



Institut für Geographie, IMIS

Soziale Stadtentwicklung / Quartiermanagement

Integration in Belm

Strukturen, Ergebnisse, Erfolge und Perspektiven nach zehn Jahren Förderprogramm „Soziale Stadt“ in Belm-Powe

Abschlussbericht

Projektleitung: Prof. Dr. Andreas Pott, Prof. Hans-Joachim Wenzel (2000-2008)

Mitarbeiter/innen: Fred Anders, Stefanie Fischer

Osnabrück, im Januar 2012

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	VII
1 Einführung.....	1
2 Gemeindeentwicklung, Migration und frühe Integrationsanstrengungen.....	4
2.1 Bevölkerungsentwicklung	4
2.2 Verteilung der Zuwanderer innerhalb des Gemeindegebietes	12
2.3 Strukturdaten im Vergleich Deutsche/Ausländer.....	14
2.4 Zuwanderung, Segregation und Integration bis zur Programmaufnahme	16
2.5 Das Programm „Soziale Stadt“	23
2.6 Rahmenbedingungen kommunaler Integrationspolitik	27
3 Soziale Stadt Belm-Powe (2000-2010)	29
3.1 Organisationsstruktur und Arbeitsabläufe.....	30
3.1.1 Anbindung der Integrierten Quartiersentwicklung auf Verwaltungsebene	30
3.1.2 Programmbegleitung durch das Quartiermanagement.....	32
3.2 Planerische und analytische Grundlagen	38
3.2.1 Städtebaulicher Rahmenplan.....	38
3.2.2 Sozialraumanalyse und Sozialer Rahmenplan	39
3.2.3 Das Integrierte Handlungskonzept.....	40
3.3 Entwicklung des Quartiers	42
3.3.1 Bauliche Strukturen und deren Veränderung.....	42
3.3.2 Bevölkerungsentwicklung.....	44
3.3.3 Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und arbeitsmarktbezogene Maßnahmen	49
3.3.4 Erziehung, Bildung und Ausbildung.....	63
3.3.5 Zuwanderung und Gesundheit	72
3.3.6 Soziale Netze und Nachbarschaften.....	75
3.3.7 Lokale Identität und Imagebildung	82
3.4 Zusammenfassung: Erfolge und Limitationen	87
4 Integrationspolitische Empfehlungen	100
4.1 Praktische Handlungsempfehlungen.....	100
4.2 Weiterentwicklung des sozialräumlichen Monitoringsystems.....	103
4.3 Gesamtgemeindliche Perspektive betonen und Integrationsleitbild entwickeln.....	104
5 Anlagen.....	108
5.1 Berichte, Studien und Stadtteilzeitungen der Sozialplanung bzw. des QM.....	108
5.2 Begleitende Studien (nach Erscheinungsjahr)	109
5.3 ESF-geförderte Mikroprojekte (2003-2011).....	110

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Belm 1960-2011.....	4
Abb. 2: Ausländische Bevölkerung in Belm 1983-2011	5
Abb. 3: Anteil der Ausländer an allen Einwohnern in Belm 1983-2011	5
Abb. 4: Ethnisch-nationale Herkunft der ausländischen Bevölkerung in Belm 2006-2011	6
Abb. 5: Ethnisch-nationale Herkunft der russischsprachigen Ausländer in Belm 2008-2011	7
Abb. 6: Deutsche mit einer weiteren Staatsbürgerschaft 2004-2011 (ohne Aussiedler)	8
Abb. 7: Ethnisch-nationale Herkunft Personen mit zweiter Staatsangehörigkeit 2004-2011.....	8
Abb. 8: Spätaussiedler in Belm 2004-2011.....	9
Abb. 9: Herkunftsstaaten der Spätaussiedler in Belm 2010-2011	10
Abb. 10: Anteil Personen mit Migrationshintergrund an Einwohnern in Belm 2004-2011	10
Abb. 11: Salden der Zu- und Wegzüge für Deutsche und Ausländer 2004-2010.....	11
Abb. 12: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung in Belm 2004/2010	14
Abb. 13: Ethnisch-nationale Herkunft der ausl. Kinder bis 12 Jahre 2004/2010	15
Abb. 14: Männer-/ Frauenanteile an der deutschen und ausl. Bevölkerung 2004/2010.....	15
Abb. 15: Kartenausschnitt Belm mit dem Sanierungsgebiet Programm „Soziale Stadt“	17
Abb. 16: Institutionelle Organisation der integrierten Quartiersentwicklung in Belm.....	31
Abb. 17: Das Belmer Netzwerk der sozialen Akteure	34
Abb. 18: Bevölkerung im Sanierungsgebiet 1995-2011	44
Abb. 19: Aussiedleranteil im Sanierungsgebiet 1995-2011.....	45
Abb. 20: Ausländeranteil im Sanierungsgebiet 1995-2011	46
Abb. 21: Ethnisch-nationale Herkunft der Ausländer im Sanierungsgebiet 2006-2011.....	46
Abb. 22: Anteil Migranten im Sanierungsgebiet und Belm 2011.....	47
Abb. 23: Anteile von Migrantengruppen in Straßen des Sanierungsgebietes 2010.....	47
Abb. 24: Altersstruktur Belm und Sanierungsgebiet 2004 und 2010	48
Abb. 25: Anteil Männer/Frauen im Sanierungsgebiet 2004 und 2010	48
Abb. 26: Sozialhilfeempfänger Belm und Sanierungsgebiet 1998-2004.....	49
Abb. 27: Ethnisch-nationale Herkunft der SH-Empfänger im SG 2000, 2002-2004	50
Abb. 28: Fälle/Personen im SGB-II Belm (gesamt) und Sanierungsgebiet 2006-2011	50

Abb. 29: Anteil Ausländer an Personen im SGB-II-Bezug 2006-2010	51
Abb. 30: Anteil Sozialhilfeempfänger (1998-2004) und SGB-II/SGB-XII (2006-2011).....	51
Abb. 31: Anteil SGB-II-Empfänger an Wohnbevölkerung 2006-2011	52
Abb. 32: Anteil Kinder und Jugendliche im SGB-II an junger Wohnbevölkerung 2006-2011 .	53
Abb. 33: Arbeitslosenquote in Belm 1992-2011.....	54
Abb. 34: Deutsche und ausländische Arbeitslose in Belm 1995-2004	55
Abb. 35: Anteil arbeitslose Ausländer an ausländischer Bevölkerung in Belm 1995-2004.....	55
Abb. 36: Arbeitslos gemeldete Personen in Belm 2008-2011 (SGB-II und SGB-III).....	56
Abb. 37: Arbeitslos gemeldete ALG-II-Empfänger im Sanierungsgebiet 2007-2011	56
Abb. 38: Erwerbsfähige ALG-II-Empfänger im Sanierungsgebiet 2007-2011	57
Abb. 39: Schullaufbahnpfehlungen der 4. Jahrgänge der GS Belm und Powe (2006-2010)	63
Abb. 40: Schüler an der JV-Schule nach Wohnort und Migrationshintergrund 2007-2010.....	67
Abb. 41: Schüler der Ickerbachschule nach Wohnort und Migrationshintergrund (Mai 2011) .	68
Abb. 42: Entwicklung der Auszubildendenzahlen in Belm und Region 2003-2006	71
Abb. 43: Anzahl geschädigter Zähne im Milch- und bleibendem Gebiss 2000-2011	74
Abb. 44: Zu- und Wegzüge im Sanierungsgebiet 2003-2010.....	75
Abb. 45: Leerstände 2003-2011	76
Abb. 46: Um-, Zu- und Wegzüge nach Region 2005-2010	77
Abb. 47: Zu- und Wegzüge nach Einbürgerungsstatus 2005-2010	78
Abb. 48: Anzahl selbstnutzender Eigentümer 2004-2010	79
Abb. 49: Zentralität der Netzwerkakteure bezogen auf informellen Kontakt.....	80
Abb. 50: Zentralität der Netzwerkakteure bei der Vermittlung von formellen Kontakten.....	81
Abb. 51: Zentralität der Netzwerkakteure bezogen auf Kooperationsprojekte.....	82

Abkürzungsverzeichnis

AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AIB	Arbeits- und Integrationsnetzwerk
ALG	Arbeitslosengeld
BIB	Belmer Initiative für Bildung und Beschäftigung
BIC	Belmer Integrationsclub e.V.
BIW	Belmer Integrationswerkstatt
BIWAQ	Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier
BMI	Bundesministerium des Innern
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BWG	Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft
DETO	Verein zur Förderung von Demokratie, Toleranz und interkulturelle Verständigung Osnabrück e.V.
DIA-TRAIN	Diagnose- und Trainingseinheit für benachteiligte Jugendliche
DM	Deutsche Mark
ESF	Europäischer Sozialfonds
FBU	Forum Belmer Unternehmer
GS	Grundschule
IES	Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung
IHK	Industrie- und Handelskammer
IMIS	Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien
ITEBO	Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH
Kita	Kindertagesstätte
LK	Landkreis
LOS	Lokales Kapital für soziale Zwecke
LVG	Landesvereinigung für Gesundheit
MaßArbeit kAöR	MaßArbeit kommunale Anstalt öffentlichen Rechts
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBank	Investitions- und Förderbank Niedersachsen

Neue OZ	Neue Osnabrücker Zeitung
nifbe	Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung
NIKO	Niedersächsische Kooperations- und Bildungsprojekte an schulischen Standorten
PBJ	Pro Belmer Jugend e.V.
PRINT	Präventions- und Integrationsprogramm
QM	Quartiermanagement
SG	Sanierungsgebiet
SGB	Sozialgesetzbuch
SKM	Katholischer Verband für Soziale Dienste
SROI	Social Return on Investment
SvO	STÄRKEN vor Ort
WE	Wohneinheit
WenDO	„Weg der Frauen“

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht bietet einen Überblick über die bislang in Belm geleistete Integrationsarbeit, die sich seit der Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2000 an einer systematisch ausgerichteten Strategie der sozialen und städtebaulichen Stabilisierung der ehemaligen NATO-Siedlung und der Integration der Wohnbevölkerung orientiert. Darüber hinaus wird die Frage beantwortet, wie nach dem absehbaren Ende des Programms die erzielten Erfolge zukünftig abgesichert und ohne gravierende Brüche oder Rückschritte fortgeführt werden können. Der Bericht wird ergänzt durch umfangreiches statistisches Datenmaterial, das u.a. Informationen zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur sowie zur Migration und Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen in der Gemeinde und in dem ausgewiesenen Sanierungsgebiet liefert.

Gemeindeentwicklung, Migration und frühe Integrationsanstrengungen

Zuwanderung, Segregation und Integration bis zur Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“

Seit Anfang der 1990er Jahre haben in Belm Fragen zum Thema Zuwanderung und Integration einen Bedeutungszuwachs erfahren, der eng mit der ab den 1960er Jahren errichteten **NATO-Siedlung** in Powe verknüpft ist. Während bis Ende der 1980er Jahre die Integration der Angehörigen der britischen Streitkräfte in das Leben der Gemeinde nicht zur Debatte stand, änderte sich dies für die Aussiedler aus Osteuropa, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ab 1990 verstärkt nach Belm kamen, grundlegend. Für sie wurden frühzeitig sowohl von kommunaler Seite als auch von Vereinen, Verbänden und Initiativen vielfältige Integrationsangebote geschaffen. Diese **Anfangsphase des Integrationsprozesses** war eher durch eine reaktive Integrationspolitik gekennzeichnet, die noch nicht systematisch von der kommunalen Politik und der Verwaltung begleitet und gestaltet wurde. Die ersten Handlungsangebote und Maßnahmen zielten dann auf eine schnelle wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Zuwanderer ab. Für die weitgehend gelungene Integration der Aussiedler der ersten „Einwanderungswelle“ bis ca. Ende der 1990er Jahre war die erfolgreiche lokale und regionale Beschäftigungsförderung ein wichtiger Faktor.

Die **zunehmende Stigmatisierung** der Wohnanlagen einerseits durch einen erheblichen, äußerlich sichtbaren Instandhaltungs- und Modernisierungstau und andererseits durch die sich entwickelnde einseitige Sozialstruktur der Bewohner führte etwa ab Ende der 1990er Jahre dazu, dass stabile, bereits relativ gut integrierte Aussiedlerfamilien das Gebiet verließen und sich häufig in den angrenzenden Gemeindeteilen niederließen. In die frei werdenden Wohnungen zogen sowohl ausländische als auch benachteiligte deutsche Familien.

Das Programm „Stadtteile mit Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“

Mit der Aufnahme in das **Programm „Soziale Stadt“** initiierte die Gemeinde in Zusammenarbeit u.a. mit dem Fachgebiet Geographie der Universität Osnabrück vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Problemfelder einen aktiven Steuerungsprozess zur Stabilisierung der Wohnsiedlung. Inhaltlich reagierte das Bund-Länder-Programm auf die vielfältigen Problemlagen in Städten mit einem Ansatz zur **integrierten Stadtentwicklung**, der die Umsetzung und Verknüpfung von baulichen und sozialen Maßnahmen vorsah. Dabei geht es bei Fragen zur **gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern** im Kern darum, inwieweit den Migranten die Teilhabe an grundlegenden gesellschaftlichen Teilbereichen gelingt, die für eine selbstständige Lebensführung von Bedeutung sind. Dazu gehört insbesondere der Zugang zu angemessen entlohnter Arbeit sowie zu Erziehung, Ausbildung und Gesundheit.

Bevölkerungsentwicklung in Belm

Im Kontext der erfolgten Zuwanderungen von Ausländern und Aussiedlern nach Belm zeigt ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung einen Anstieg des **Ausländeranteils** von 2 % Anfang der 1980er Jahre bis auf ca. 5 % im Jahr 2011. Der Ausländeranteil in Belm liegt damit deutlich unter dem Ausländeranteil in Deutschland (8,8 % - Stand: 2009).

Auffällig ist ein nahezu kontinuierlicher Anstieg der Anzahl der in Belm wohnhaften Personen mit einer **eingetragenen zweiten Staatsbürgerschaft** im Zeitraum 2004 - 2010 (2011: 154 Personen). Der **Wanderungsgewinn** als Folge des **Aussiedlerzuzugs** seit Anfang der 1990er Jahre lässt sich für die Gemeinde auf ca. 2.100 Personen beziffern. Der Gesamtanteil von **Personen mit Migrationshintergrund** in Belm betrug Ende 2010 21,7 % und liegt damit geringfügig über dem

Bundesdurchschnitt von 19,1 % (2009). Die Besonderheit Belms besteht darin, dass hier die Mehrheit der Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion fast ausschließlich in einen Ortsteil (Belm-Powe) zugezogen ist. Die Bevölkerungsstruktur ist heute durch die internationalen Migrationsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte und eine damit einhergehende zunehmende Ausdifferenzierung der Zuwandererpopulation geprägt. Die heutige **Verteilung der Ausländer und Aussiedler** auf die Ortsteile verdeutlicht, dass im Kerngebiet der Gemeinde, insbesondere in der ehemaligen NATO-Siedlung und der Neubausiedlung „Up de Heede“, überproportional viele Migranten leben, wohingegen sie in Vehrte, Icker und Haltern unterproportional vertreten sind.

Soziale Stadt Belm-Powe

Organisationsstruktur und planerische Grundlagen

Koordinator für das Programm „Soziale Stadt“ in Belm ist seit Beginn der Erste Gemeinderat. Dadurch kann die Verwaltungsleitung ressortübergreifend jeden Schritt begleiten und eine enge Abstimmung mit den politischen Entscheidungsträgern vornehmen. Das an das Institut für Geographie der Universität Osnabrück angebundene Quartiermanagement agiert moderierend, beratend und planend zwischen Bewohnern, sozialen Akteuren, Verwaltung und Politik und trägt zu einem systematischen Aufbau von selbsttragenden und nachhaltig wirksamen Strukturen des Quartiers bei. Zur Operationalisierung der im **städtebaulichen und sozialen Rahmenplan** festgelegten Ziele und Strategien kommt ein auf jährliche Fortschreibung angelegtes **integriertes Handlungskonzept** zum Einsatz, das zur Lösung der Probleme zielorientierte integrierte Lösungsansätze aufzeigt. Es beinhaltet aufeinander abgestimmte soziale (z.B. Unterstützung und Ausbau von Nachbarschaften und sozialen Netzen) und städtebauliche (z.B. Neuordnung und Verbesserung der Verkehrsstruktur) Handlungsfelder und entsprechend zugeordnete Maßnahmen.

Insgesamt hat sich als sehr erfolgreich erwiesen, das Thema Integration bereits früh als **Querschnittsaufgabe verschiedener Ressorts** Aufgabenfelder zu begreifen und die Programmumsetzung in Belm zur **Chefsache** zu machen. Die enge Zusammenarbeit des Ersten Gemeinderates mit dem Quartiermanagement stärkte dessen zentrale Brückenfunktion zwischen Politik, Verwaltungsspitze,

Bewohnern und sozialen Netzwerkakteuren. Die kontinuierliche evaluative Begleitung des Sanierungsprozesses in den vergangenen Jahren durch das QM erleichterte die Identifizierung von Ergebnissen und Erfolgen auf der einen sowie veränderte Planungsanpassungen auf der anderen Seite.

Der **territoriale Programmansatz**, der vor Programmbeginn die Eingrenzung des Fördergebietes notwendig gemacht hat, führte dazu, dass zunächst innerhalb der ehemaligen NATO-Siedlung neue, aus sozialer Sicht nicht begründbare Grenzen gezogen wurden. Die Aufteilung des Heideweges bewirkte zum Beispiel, dass einige Hochhäuser und die in ihnen lebenden Menschen trotz vergleichbarer Problemlagen zunächst von den Fördermaßnahmen ausgeschlossen waren. Erst mit der 2006 erfolgten Erweiterung des Gebietes konnte dieser Bereich ebenfalls in das Sanierungsprogramm aufgenommen werden.

Entwicklung des Quartiers

Die zügige Entwicklung von **baulich-investiven Maßnahmen** im Bereich der öffentlichen Flächen hat viel zu den bislang erreichten Verbesserungen beigetragen. Durch einen breiten parteiübergreifenden Konsens gelang es, die Umsetzung des Programms nach einer anfänglichen Planungsphase voranzubringen und damit das weitere Abgleiten in eine Negativspirale zu stoppen. Insgesamt kann ein hoher Zielerreichungsgrad im baulich-investiven Bereich festgestellt werden.

Der zu beobachtende **Wandel der Migrationsbevölkerung** mit einer weiteren Zunahme der Bewohner aus russischsprachigen Ländern führt zu einer stärkeren Homogenität der Sozialstruktur innerhalb des Sanierungsgebietes. Belm ist mittlerweile innerhalb der Netzwerke von russischsprachigen Personen überregional bekannt als Wohnstandort mit relativ hoher Lebensqualität. Die innergemeindliche Mobilität insbesondere der Aussiedler zeigt gleichzeitig, dass sich ausgehend von einem Stabilisierungs- und Integrationsprozess, der sich aus dem Sanierungsgebiet heraus entwickelt, in den angrenzenden Wohnbereichen und Neubaugebieten deutliche Durchmischungstendenzen ergeben, die auf eine weiter zunehmende Integration von Migrantengruppen hindeuten. Auf der anderen Seite weisen einzelne Indikatoren, die sich auf die ausländische, nicht russischsprachige Bevölkerung beziehen (insbesondere Arbeitslosigkeit, hohe Fluktuati-

on bei Existenzgründungen), darauf hin, dass es bei dieser Gruppe ebenso wie bei einheimischen benachteiligten Familien offenbar größere Integrationshemmnisse gibt, denen bislang noch nicht in ausreichendem Maße entgegengewirkt werden konnte. Hinzu kommt, dass die **Benachteiligung von Schülern** mit Migrationshintergrund im Bildungssystem in Belm auch nach zehn Jahren Programmlaufzeit noch signifikant ist.

Demgegenüber haben sich innerhalb der Programmlaufzeit alle Faktoren, die soziale Netze und Nachbarschaften unterstützen und stabilisieren, positiv entwickelt. Die **Fluktuation** unter den Bewohnern und die **Leerstände** von Wohnraum sind rückläufig, die **Zahl der selbstnutzenden Eigentümer** steigt kontinuierlich.

Zuletzt konnten **Beteiligungsprozesse** und deren Unterstützung nicht mehr in größerem Umfang dazu beitragen, das Engagement der Bewohner für den Stadtteil zu erhöhen. Die aktuelle Situation stellt sich aber so dar, dass sich die Gruppe der Migranten durch enge soziale Netzwerkbeziehungen auszeichnet, die die Alltagssituation der Zuwanderer unterstützen und ihre Lebenssituation weiter verbessern. Wenn, wie zum jetzigen Zeitpunkt, die wesentlichen städtebaulichen Missstände beseitigt sind, erfolgt ein Engagement für das eigene Wohnumfeld nur bei den wenigen Themen und Anlässen, die „unter den Nägeln brennen“. Weitergehende Aktivierungsangebote sind hier offensichtlich nicht notwendig.

In Belm ist das **Thema Verstetigung** innerhalb des Netzwerkes der am Sanierungsprozess beteiligten Akteure bislang noch kaum systematisch bearbeitet worden. Dabei handelt es sich um die Frage, ob die bislang geleistete integrative Arbeit zur sozioökonomischen und soziokulturellen Stabilisierung der Siedlung zu dauerhaften Strukturen geführt hat, die nach Auslaufen der Förderung fortbestehen, ohne dass es zu deutlichen Einschnitten und Verschlechterungen kommt. Bei einer Bewertung der städtebaulich realisierten Vorhaben kann festgestellt werden, dass hier Verstetigungsprobleme zukünftig kaum zu erwarten sind. Differenzierter stellt sich die Verstetigung von sozialen Entwicklungen dar. Erwartungsgemäß ist es im Sanierungszeitraum nicht gelungen, das Quartier zu einem „durchschnittlichen“ Wohngebiet mit einer entsprechenden Mischung unterschiedlicher

Bevölkerungsgruppen zu entwickeln. Die Daten zur Sozialstruktur machen deutlich, dass sich dort noch immer benachteiligte Personengruppen konzentrieren. Auch wenn sich die Situation durch die Umsetzung des integrierten Entwicklungsansatzes deutlich verbessert hat, spielen Faktoren wie Struktur und Ausstattung der Gebäude oder die Fluktuation und die damit verbundene Funktion des Gebietes als „**Integrations-schleuse**“ weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Belegung der Wohnungen. Soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Transferleistungen oder Bildungs- und Ausbildungsdefizite lassen sich auf kommunaler Ebene nicht ursächlich und umfassend lösen, sondern allenfalls abmildern und ansatzweise reduzieren. Unstrittig ist daher, dass auch nach Beendigung des Programms „Soziale Stadt“ Förderbedarf besteht, damit es nicht zu einer Umkehr der Positiventwicklung kommt.

Integrationspolitische Empfehlungen

Die positiven Erfahrungen in den letzten Jahren führen zu der übergeordneten Empfehlung, dass Integration weiterhin **Chefsache** mit den damit verbundenen kurzen Entscheidungswegen bleiben sollte. Die **Ämterkooperation** sollte im Sinne einer ressortübergreifenden Integrationspolitik weiter ausgebaut (z.B. dauerhafte Einbeziehung des Fachdienstes Organisation, Kultur und Finanzen) und systematisiert werden.

Die **Fortschreibung des „Integrierten Handlungskonzeptes“** sollte als Steuerungsinstrument aktiver eingesetzt werden. Dafür braucht es eine grundlegende Diskussion über zukünftige Ziele und eine kontinuierliche Überprüfung der Zielerreichung bzw. der veränderten Zielanpassung.

Es hat sich gezeigt, dass **Begegnung und Kommunikation** zwischen Bewohnern unterschiedlicher Gemeindeteile noch nicht im vorgesehenen Umfang befördert werden konnten. Es sollte geprüft werden, ob z.B. Planungen für einen größeren ortsteilübergreifenden Spielplatz noch realisiert werden können (ggf. auch im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“).

Trotz einer deutlichen Reduzierung von Personen im SGB-II (Hartz 4) ist in Belm der Anteil der betroffenen Kinder in den Bedarfsgemeinschaften noch immer vergleichsweise hoch. In Fortführung des Aktionstages 2011 gegen Kinderarmut wird die Gründung eines festen

Arbeitskreises „Kinderarmut“ empfohlen, um das Thema dauerhaft zu beobachten und zu bearbeiten und eine kommunale Strategie zur Verbesserung der Situation von Kindern aufzuzeigen, die von Armut betroffen oder bedroht sind.

Eine stärkere **Einbindung der im Quartier lebenden Senioren** in gemeindeweite Aktivitäten ist anzustreben. Der demografische Wandel führt dazu, dass diese Gruppe zukünftig zahlenmäßig größer wird und an Bedeutung gewinnt.

Der Umsetzung der noch ausstehenden städtebaulichen Projekte sollte ein breiter **Beteiligungsprozess** vorausgehen, um insbesondere die mit einer Parkplatzgestaltung am Stettiner Platz sich ergebenden Fragen transparent zu erörtern. Die **Fortführung des Bürgerforums** als niedrigschwelliges Angebot stellt für die Bewohner eine gute Möglichkeit dar, um mit der Verwaltung einen kontinuierlichen Dialog zu führen und sich über Veränderungen und Verbesserungen in einzelnen Wohngebieten zu verständigen. Die **Verstetigungsdebatte** sollte intensiviert werden. Da davon ausgegangen werden kann, dass es sich bei der städtebaulichen und sozialen Stabilisierung des Gebietes trotz der erzielten Erfolge um eine langfristige Aufgabe handelt, müssen dazu auch zukünftig die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.

Eine Weiterentwicklung des bewährten **sozialräumlichen Monitoringsystems** zur Prozessevaluierung ist notwendig, um im Sinne einer nachhaltigen Integrationspolitik auch die zukünftige Entwicklung in dem Wohngebiet beobachten und steuern zu können. Im Sinne einer stärkeren Betonung der gesamtgemeindlichen Perspektive sollte darüber hinaus das Monitoringsystem, ähnlich wie in diesem Bericht ausgeführt, auf die gesamte Gemeinde ausgeweitet werden. Durch eine kontinuierliche Selbstbeobachtung besteht für Verwaltung und Politik die Möglichkeit, sich verschlechternde Gebiets- und Soziallagen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Frühwarn- und Präventionsinstrumente zu entwickeln.

Erfolgreiche Integration kann nur auf gesamtgemeindlicher Ebene gelingen. Erst Begegnungs- und Vernetzungsmöglichkeiten für *alle* Bürger können soziale Beziehungen stärken und zum Abbau bestehender Vorurteile sowie zur Überwindung von Grenzen „in den Köpfen“ beitragen. Zwar muss nach wie vor auf dem Sanierungsgebiet ein

besonderer Fokus liegen und dessen Bedeutung als „Integrations-schleuse“ anerkannt werden, dennoch sollte zukünftig **das soziale Gefüge der Gesamtgemeinde** noch stärker berücksichtigt werden. Mittelfristig sollte auch **die Terminologie**, die sich aus der Programmlogik ergibt (z.B. Sanierungsgebiet, Quartiermanagement, Fördergebiet mit besonderem Entwicklungsbedarf) und die den besonderen Status des Wohngebietes betont, abgelegt und durch neutrale Bezeichnungen ersetzt werden (z.B. Sozialplanung).

Die Erarbeitung eines Belmer **„Leitbildes der Integration“**, das die wichtigsten gesellschaftlichen Teilbereiche (u.a. Familie, lokale Bildungseinrichtungen und Schulen, regionaler Arbeitsmarkt) umfasst, ist anzustreben. Die Entwicklung und politische Verabschiedung eines Integrationsleitbildes würde dazu beitragen, neben den Migranten auch die im Integrationsbereich bisher geleistete Arbeit anzuerkennen, abzusichern und zukunftsorientiert weiterzuführen. Die Entwicklung eines Leitbildes unter Beteiligung aller relevanten Bevölkerungsgruppen hilft, den Integrationsgedanken in Belm stärker zu verankern, Orientierungslinien für die zukünftige Integrationsarbeit vorzugeben und damit das Handeln der Netzwerkakteure in diesem Themenfeld auf eine verbindlichere Basis zu stellen.

1 Einführung

Die verstärkten Zuzüge aus Osteuropa nach Deutschland als Folge des Wegfalls des „Eisernen Vorhangs“ führten Anfang der 1990er Jahre dazu, dass Belm sich zu einem der Schwerpunktgebiete der Aussiedlerzuwanderung in Niedersachsen entwickelte. Der Aufnahme der Gemeinde in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt – Stadtteile mit Entwicklungsbedarf“ im Jahr 2000 ging zunächst eine Phase von Integrationsanstrengungen verschiedenster Akteure voraus, die als unmittelbare Reaktion auf den plötzlichen Zuzug von ca. 2000 Neubürgern aus Osteuropa geleistet wurden. Die etwa seit Mitte der 1990er Jahre deutlicher werdenden Problemlagen durch die Konzentration von Zuwanderern in der ehemaligen NATO-Siedlung bedurften in der Folgezeit aber einer eher systematisch ausgerichteten Integrationsstrategie in einer Gemeinde, in der dann Ende 2010 Menschen aus 69 Nationalitäten lebten. Belm stellt damit insofern einen besonderen „Laborfall“ dar, als dass in dieser überschaubaren Stadtrandgemeinde Bevölkerungsstrukturen anzutreffen sind, die normalerweise eher mit einem großstädtischen Umfeld in Verbindung gebracht werden können.

Durch die Umsetzung eines integrierten Handlungskonzeptes im Zuge der Programmumsetzung „Soziale Stadt“ gelang es den Verantwortlichen, ab 2000 stabilisierende Impulse für das Sanierungsgebiet (SG) zu setzen und die Negativspirale aus sozialen und städtebaulichen Missständen zu stoppen und z.T. positiv zu wenden. In regelmäßigen Zwischenberichten des 2001 am Institut für Geographie der Universität Osnabrück eingerichteten und auch für die wissenschaftliche Begleitung der Programmumsetzung verantwortlichen Quartiermanagements (QM) sind die erzielten Fortschritte in den verschiedenen Handlungsfeldern dokumentiert, die zu Beginn der Sanierung in einem sozialen Rahmenplan festgelegt worden waren (vgl. Literaturliste am Ende des Bandes). Mit der Auszeichnung der Bertelsmann Stiftung im Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ wurden der Gemeinde 2005 Erfolge in der Integrationsarbeit auch von neutraler, übergeordneter Stelle attestiert.

Nach zehn Jahren „Soziale Stadt“ soll mit dem vorliegenden Bericht am Ende der Belmer Programmlaufzeit zum einen eine Zusammenfassung der zielgerichteten Integrationsarbeit seit Beginn der Sanierung und des erreichten Stands der Integration geleistet werden. Ergänzend dazu werden zum anderen die bislang überwiegend nur für die ehemalige NATO-Siedlung erhobenen Daten zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung für das ganze Gemeindegebiet dargestellt und eingeordnet.

Darüber hinaus wird ausgehend von den im Sanierungsprozess gewonnenen Erkenntnissen die Frage beantwortet, wie auch jenseits des Auslaufens der Städtebauförderung die Integrationsarbeit zur Stabilisierung der ehemaligen NATO-Siedlung in Belm-Powe fortgeführt werden kann. Angesichts weiter bestehender Handlungsbedarfe muss es darum gehen, die erreichten positiven Veränderungen zu sichern und ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen, das die notwendige Verstetigung, also die Überführung sozialer Stadtentwicklungspolitik von der Sonderförderung in die Regelförderung, ohne gravierende Brüche und Rückschritte gewährleisten kann. Darauf

aufbauend soll geprüft werden, inwieweit die erzielten Integrationserfolge in Powe auch übertragbar und nutzbar sind für die übrige Gemeinde. Daran knüpft die Überlegung an, ob das Lernen aus der „Sozialen Stadt“ ein gesamtstädtisches Zukunftskonzept befördern kann, das eine strategisch ausgerichtete kommunale Integrationspolitik als dauerhafte Aufgabenstellung beinhaltet. Diese müsste mit Migrationsbewegungen verbundene Chancen und Potenziale erkennen und letztlich das (Zusammen-)Leben von Bewohnern aus vielen verschiedenen Nationalitäten in Belm in der Zukunft gestalten und nachhaltig unterstützen.

Ob die Gemeinde den daraus entwickelten Handlungsempfehlungen letztlich auch folgen und den skizzierten Weg beschreiten möchte, ist in den politischen Gremien zu beraten und vor dem Hintergrund der dort festgelegten Zielsetzungen zu entscheiden. Mit dem vorliegenden Bericht und den darin bereit gestellten Grundlagen insbesondere zu den integrationspolitischen Potenzialen soll die Gemeinde aber in die Lage versetzt werden, die allgemein mit Migration einhergehenden Chancen für die kommunale Entwicklung wahrzunehmen und den damit verbundenen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Orientierungspunkte sind dabei die Erfordernisse aus Sicht der Aufnahmegesellschaft und der Zuwanderer.

Methodische Vorbemerkungen und Datengrundlage

Mit Blick auf die im folgenden Kapitel dargestellten statistischen Daten zur Entwicklung der einheimischen und zugewanderten Bevölkerung ist es notwendig, einige terminologische Klärungen vorzunehmen. Im öffentlichen Sprachgebrauch ist häufig von „Menschen mit Migrationshintergrund“ die Rede. Nicht selten wird diese Bezeichnung auch synonym zum Begriff „Ausländer“ verwendet. Zur letztgenannten Gruppe gehören jedoch nur die Personen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurden. Dagegen werden unter die Kategorie „Menschen mit Migrationshintergrund“ neben Ausländern und deren Kinder (unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit¹) alle Personen erfasst, die nach 1950 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind. Dazu gehören auch Aussiedler bzw. Spätaussiedler als „formal“ Deutsche sowie ggf. eingebürgerte vormalige Ausländer der ersten und zweiten Generation. Als Personen mit Migrationshintergrund zählen somit auch die Kinder von Spätaussiedlern oder Eingebürgerten. Damit wird der Migrationsstatus einer Person durch die persönlichen Merkmale Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit sowie bei Kindern durch die entsprechenden Merkmale der Eltern bestimmt. Das Statistische Bundesamt weist in diesem Zusammenhang aus Gründen einer vereinfachten Erhebung noch Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne aus (Zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländer/-innen). Der mit diesen Definitionen möglichen umfassenden Ermittlung der Migrationsbevölkerung auf verschiedenen Maßstabsebenen stehen für diesen Bericht verfügbare, z.T. andere Daten gegenüber, die in Teilbereichen nur eingeschränkte Aus-

¹ Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht beinhaltet seit 2000 auch das Geburtsortsprinzip (lat. *ius soli*) in Ergänzung zum bis dahin ausschließlich geltenden Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*). Kinder, deren beide Elternteile nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können unter bestimmten Voraussetzungen mit der Geburt in Deutschland automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben.

sagen zulassen. Dennoch geben die von der ITEBO² bereit gestellten quantitativen Daten insbesondere durch die Erfassung der Geburtsorte und der weiteren Staatsangehörigkeiten die Migrationsverhältnisse in Belm relativ gut wieder. Haushaltsbezogene Merkmale (z.B. Zuordnung von Kindern mit deutscher Staatsangehörigkeit zu ihren Eltern mit Migrationshintergrund) können aufgrund dieser Daten i.d.R. nicht zusammengestellt werden.

In den dargestellten Zahlen zur Gruppe der Ausländer sind zunächst nur die Personen erfasst worden, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Personen mit weiteren Staatsangehörigkeiten neben der deutschen sind gesondert ausgewiesen. Die Erfassung der Aussiedler ist durch die Parameter Geburtsort und weitere Staatsangehörigkeiten möglich³. Die in Deutschland geborenen Kinder aus Ausländer- und Aussiedlerfamilien, die keine zweite Staatsangehörigkeit neben der deutschen aufweisen, können im Gemeindegebiet als Personen mit Migrationshintergrund nicht identifiziert werden. Am Beispiel der von Aussiedlerfamilien stark frequentierten Neubausiedlung „Up de Heede“ wird jedoch in einem Fall exemplarisch eine ethnisch-kulturelle Zuordnung der Kinder zu ihren Familien vorgenommen und somit ein noch genaueres Bild der Migrationsbevölkerung in diesem Wohnbereich abgebildet.

Die aufgeführten Arbeitsmarktdaten basieren im Wesentlichen auf zwei Quellen: Während auf die gesamte Gemeinde bezogene Statistiken von der Agentur für Arbeit zur Verfügung gestellt werden, können auch kleinräumlichere Einheiten wie z.B. das Fördergebiet im Programm der „Sozialen Stadt“ seit Reformierung der Sozialhilfe 2005 durch Daten der MaßArbeit kAÖR abgebildet werden, die seitdem alle erwerbsfähigen und hilfebedürftigen Arbeitsuchenden im Landkreis Osnabrück⁴ betreut. Diese lassen auch weitere Differenzierungen zu, um etwa die Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund erfassen zu können.

Ausführungen zum Wanderungssaldo und zu den Herkunfts- und Zielgebieten der Zu- und Wegziehenden sowie zu den selbstnutzenden Eigentümern sind auf Basis der vorhandenen Meldedaten vorgenommen worden. Darüber hinaus fließen zahlreiche Daten in den Bericht ein, die im Rahmen der alltäglichen Arbeit des Quartiermanagements oder in Kontakten mit den Akteuren der sozialen Einrichtungen gewonnen bzw. von diesen zur Verfügung gestellt wurden. Auch die vom QM im Rahmen kleinerer Studien selbst erhobenen Daten z.B. durch Haushaltsbefragungen in und außerhalb des Sanierungsgebietes sowie die Gespräche mit Bewohnern des Stadtteils bilden eine wichtige Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen und Bewertungen. Nicht zuletzt sind auch die Erfahrungen und Beobachtungen im Rahmen der vom QM federführend organisierten sozialen Projekte und Maßnahmen in den Bericht eingeflossen.

² Die Fa. ITEBO (Osnabrück) stellt als IT-Dienstleistungsunternehmen für Belm die einwohnerbezogenen Meldedaten zusammen, auf die sich der Bericht in den Kapiteln zur Bevölkerungsentwicklung und -struktur stützt.

³ Um bei den Aussiedlern aus Polen eine Abgrenzung zu den kriegsbedingt Vertriebenen zu erreichen, gehen nur die Personen mit polnischem Geburtsort in die Aussiedlerstatistik ein, die nach 1950 geboren wurden.

⁴ Der Landkreis gehört zu den bundesweit 69 Kommunen, die diese Aufgabe selbstständig ohne die Agentur für Arbeit wahrnehmen. Grundlage dafür ist das Sozialgesetzbuch II, in dem die Grundsicherung für Arbeitsuchende über das Arbeitslosengeld II geregelt ist.

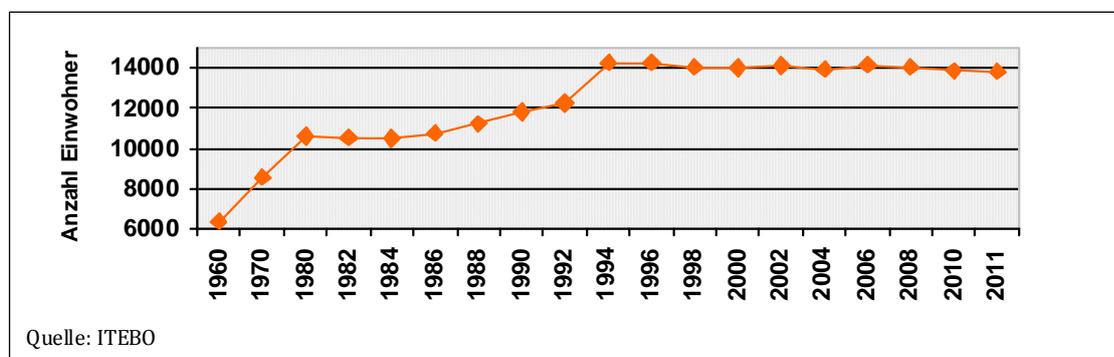
2 Gemeindeentwicklung, Migration und frühe Integrationsanstrengungen

Die Herausbildung vielfältiger Integrationsanstrengungen in der Gemeinde aufgrund der Zuwanderung von Aussiedlern nach Wegfall des „Eisernen Vorhangs“ ist in die Entwicklungsgeschichte Belms seit etwa der 1960er Jahre einzuordnen. 1966 teilte sich die damalige Samtgemeinde Belm in die drei Kommunalverbände Samtgemeinde Belm (mit den Mitgliedsgemeinden Belm, Haltern und Powe), Samtgemeinde Icker-Vehrte und Samtgemeinde Darum-Gretesch-Lüstringen auf. 1968 erfolgte innerhalb der Samtgemeinde Belm der freiwillige Zusammenschluss der Mitgliedsgemeinden Belm und Powe. Im Zuge der Gebietsreform entstand am 01. Juli 1972 die Gemeinde Belm in der noch heute bestehenden Form mit den Ortsteilen Belm, Haltern, Icker und Vehrte. Die Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Darum-Gretesch-Lüstringen wurden zeitgleich in die Stadt Osnabrück eingemeindet.

2.1 Bevölkerungsentwicklung

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung in Belm von 1960 bis 2010 (s. Abb. 1) ergibt sich aus den Zahlen der Geburten, der Todesfälle sowie der Zu- und Fortzüge. Bis Ende der 1970er Jahre stieg die Bevölkerung von 6353 auf 10617 Einwohner um rund 67 % an, wobei sich die Zuwächse in etwa gleichmäßig auf die beiden Jahrzehnte verteilen. In der Folge sind Wachstumsphasen nur noch Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre zu verzeichnen. So nahm die Bevölkerung 1989 gegenüber 1987 um rund 8 % und 1994 im Vergleich zu 1992 um rund 16 % zu. In der folgenden Stagnationsphase blieben die Zahlen lange Zeit stabil auf dem Niveau von etwas mehr als 14.000, wobei 2004 die Marke im Zuge des sich verstärkenden demografischen Wandels erstmals leicht unterschritten wurde. Ab 2005 sind aufgrund der Umstellung auf ein neues Einwohnerverfahren in der Statistik auch Personen enthalten, die mit einer Nebenwohnung in Belm gemeldet sind. Am 31.12.2011 lebten in Belm 13.837 Bewohner, von diesen entfallen auf den Ortsteil Vehrte 20 %, auf Icker 8 % und auf Haltern 5 % der Bewohner. Im Kerngebiet leben demnach 67 % der Belmer Bürger.

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Belm 1960-2011⁵



⁵ Die Abbildungen 1-48 in diesem Bericht stellen eigene Darstellungen auf Basis der angegebenen Quelle dar. Die aktuellsten Daten (Stichtag: 31.12.2011) liegen nur teilweise vor.

Entwicklung der Ausländerzuwanderung

Im Zeitraum 1983-2011 ist die Zahl der Ausländer⁶ (s. Abb. 2) in der Gemeinde kontinuierlich angestiegen, wobei die größten Zuwächse Anfang der 1990er Jahre zu verzeichnen sind. Erst seit 2006 ist im Zuge des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs in der Gemeinde ein Absinken der Ausländerzahlen zu beobachten.

Abb. 2: Ausländische Bevölkerung in Belm 1983-2011

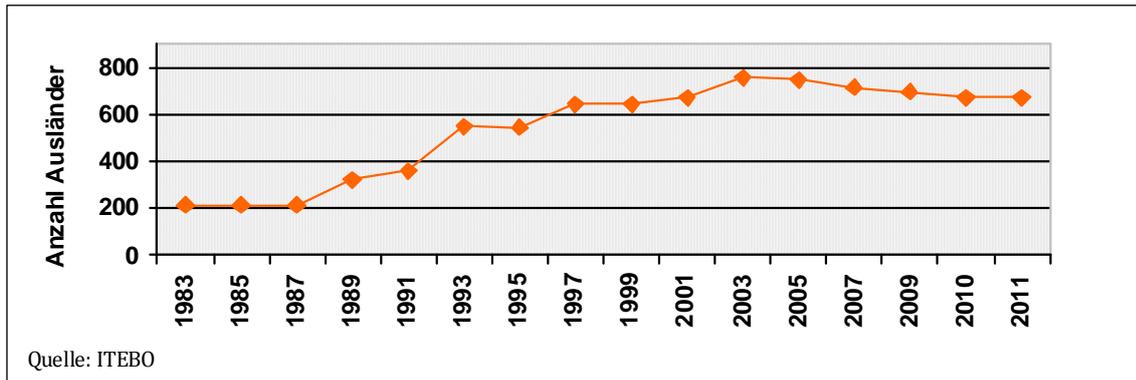
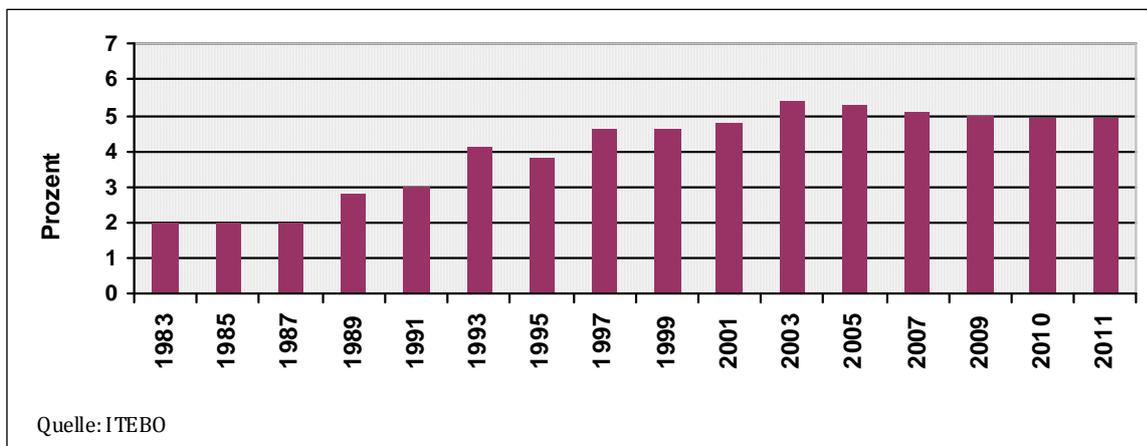


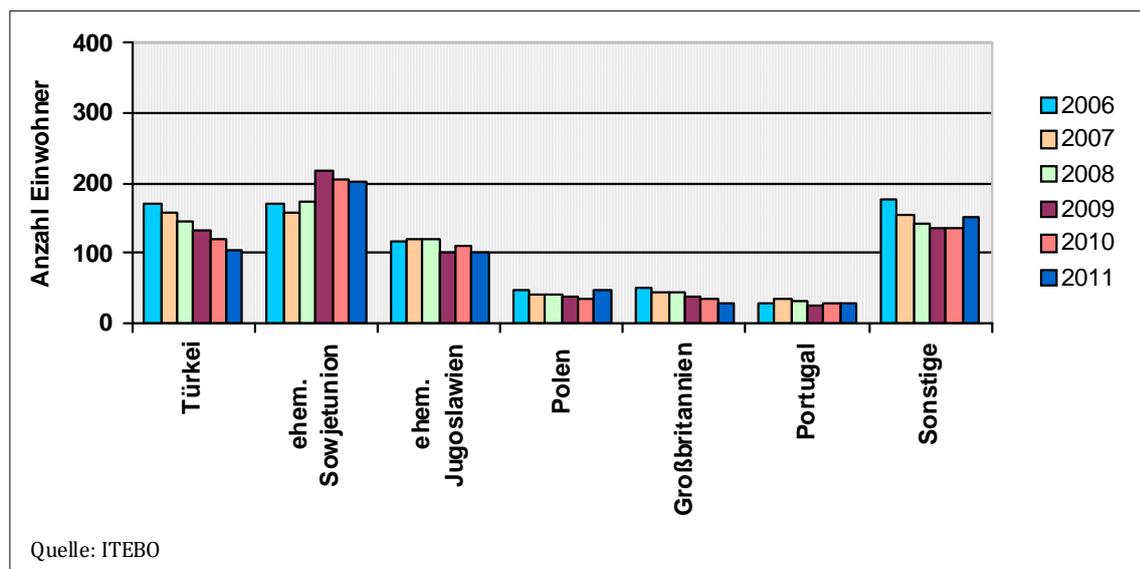
Abb. 3: Anteil der Ausländer an allen Einwohnern in Belm 1983-2011



Parallel dazu zeigt sich bei der Darstellung der Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung (Abb. 3) ebenfalls ein nahezu kontinuierlicher Anstieg seit Anfang der 1980er Jahre. Der Ausländeranteil ist von 2 % Anfang der 1980er Jahre innerhalb von 27 Jahren auf ca. 5 % angestiegen. Der höchste Wert wurde im Jahr 2003 mit 5,4 % erreicht. Der Anteil liegt damit unter dem Ausländeranteil in Deutschland von 8,8 % und auch unter dem Wert in Niedersachsen von 6,6 % (Stand: 2008).

⁶ Die Erfassung der Ausländerzahlen erfolgt von der ITEBO erst seit 1983.

Abb. 4: Ethnisch-nationale Herkunft der ausländischen Bevölkerung in Belm 2006-2011

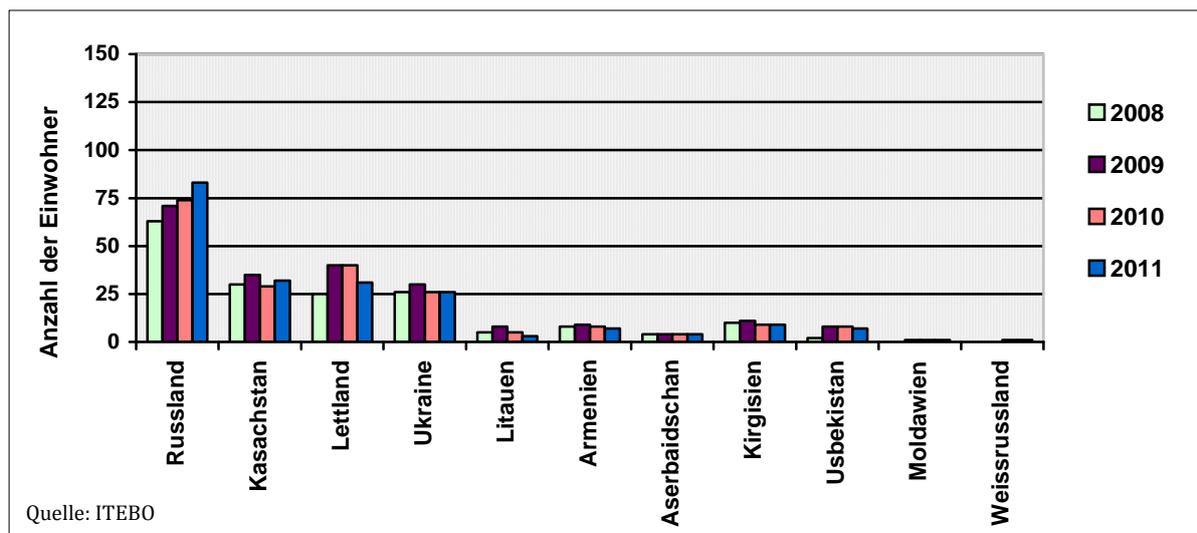


Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Belm hinsichtlich ihrer ethnisch-nationalen Herkunft⁷ (s. Abb. 4) im Zeitraum 2006 bis 2011 zeigt eine Verschiebung bei den Personengruppen aus der Türkei und aus den Nachfolgeländern der ehemaligen Sowjetunion auf. Beide bildeten 2006 noch gleichauf die stärkste Gruppe. Während die Zahl der Türken in Belm in den Folgejahren stetig zurückging, stieg bis 2009 die Zahl der Personen aus der ehemaligen Sowjetunion um ca. 25 % an. Das hohe Niveau wurde auch in 2011 annähernd gehalten. Ein leichter Rückgang ist ebenfalls bei den Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien zu verzeichnen sowie bei den Briten. Die ausländischen Bewohner in der Gemeinde verteilen sich auf 65 Länder (davon 22 Länder, die dem ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion zuzurechnen sind). Die Veränderung in der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung wirft die Frage auf, aus welchen Herkunftsregionen die Menschen stammen, die offensichtlich vermehrt erst seit 2009 in die Gemeinde gezogen sind.

Bei der Betrachtung der Herkunftsländer der russischsprachigen Ausländer im Zeitraum 2008 bis 2011 (Abb. 5) wird deutlich, dass der Anstieg der Zahlen von Personen aus der ehemaligen Sowjetunion in Belm ab 2009 maßgeblich durch den vermehrten Zuzug von Russen und Letten zu erklären ist.

⁷ Dargestellt sind die zahlenmäßig stärksten Gruppen.

Abb. 5: Ethnisch-nationale Herkunft der russischsprachigen Ausländer in Belm 2008-2011



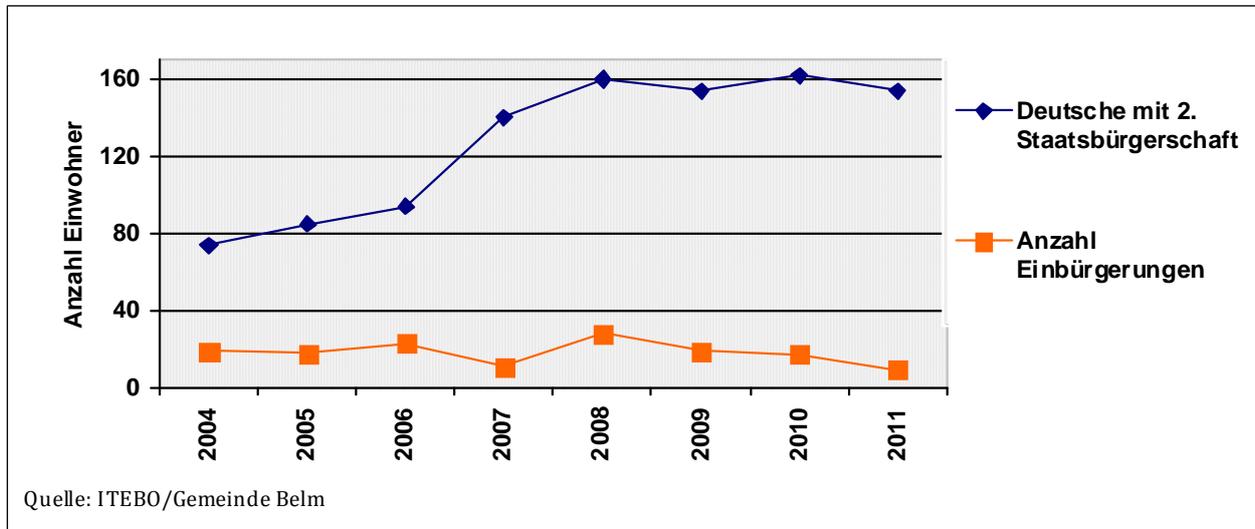
Weitere Staatsangehörigkeiten und Einbürgerungen

Die Entwicklung der Anzahl von in Belm wohnhaften Personen mit einer eingetragenen zweiten Staatsbürgerschaft im Zeitraum 2004-2011⁸ (Abb. 6) zeigt einen nahezu kontinuierlichen Anstieg. 2010 wurde mit 162 Personen der höchste Wert erreicht. Die hier erfassten Personen sind nahezu ausschließlich Kinder und Jugendliche. Aussiedler, die teilweise ebenfalls neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit führen, sind in den Zahlen nicht enthalten. Der untere Kurvenverlauf zeigt die jährliche Anzahl der in der Gemeinde vollzogenen Einbürgerungen⁹. Der Mittelwert liegt in dem betrachteten Zeitraum bei 18 Einbürgerungen, größere Abweichungen von diesem Wert gibt es in den Jahren 2007 (11), 2008 (28) und 2011 (9).

⁸ Daten vor 2004 liegen nicht vor.

⁹ Eingebürgerten Personen wurde aufgrund von best. Rechtsvorschriften die deutsche Staatsangehörigkeit mittels Einbürgerungsurkunde auf Dauer verliehen. Diese Personen werden in der amtlichen Statistik als Deutsche gezählt und sind in der Ausländerstatistik auch dann nicht mehr enthalten, wenn ihre bisherige Staatsangehörigkeit fortbesteht. Ein Grundgedanke im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht ist es allerdings, Mehrstaatigkeit zu vermeiden. Das bedeutet i.d.R., dass die alte Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung in Deutschland nicht bestehen bleibt. Ausnahmen sind aber möglich.

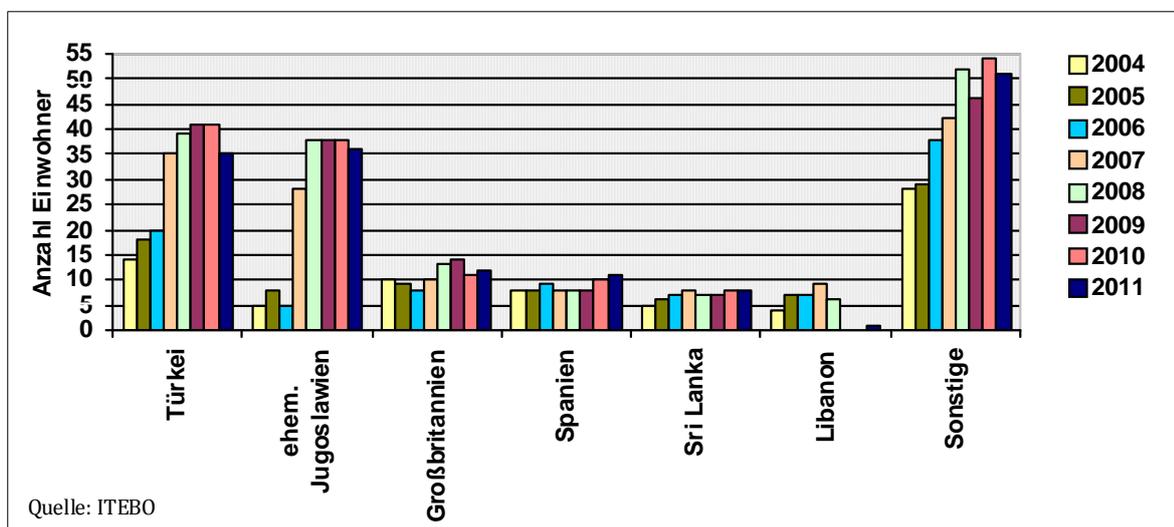
Abb. 6: Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft 2004-2011(ohne Aussiedler) und Anzahl Einbürgerungen



Daraus ergibt sich eine Einbürgerungsquote, die 2011 mit 1,3 % den niedrigsten und 2008 mit 4 % den höchsten Wert aufweist. Für die Jahre 2008-2010 ergibt sich in Belm eine durchschnittliche Quote von 3 %. Diese liegt deutlich über den Vergleichswerten von Stadt (1,6 %) und Landkreis Osnabrück (1,2 %). Im Landkreis Osnabrück entfallen 2010 9 % aller Einbürgerungen auf Belm, während in der Gemeinde nur etwa 3,5 % der Landkreisbevölkerung und nur 3,8 % der im Landkreis ansässigen Ausländer wohnen.

Bei der Betrachtung der eingebürgerten Personen mit zweiter Staatsangehörigkeit nach ihrer ethnisch-nationalen Herkunft ab 2004 (s. Abb. 7) ist bis 2010 ein Anstieg bei Personen mit türkischer Herkunft und aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien zu erkennen. Insbesondere ab 2007 sind die Zahlen noch einmal deutlich angestiegen, 2011 ist hier hingegen ein Rückgang zu verzeichnen. Auch die Gruppe der „Sonstigen“ hat im Verlauf der letzten sieben Jahre deutlich zugenommen. Die Zahl der Personen mit libanesisch als zweiter Staatsbürgerschaft ist seit 2009 deutlich zurückgegangen.

Abb. 7: Ethnisch-nationale Herkunft Personen mit zweiter Staatsangehörigkeit 2004-2011



Nach dem deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz wird es nur Kindern und Jugendlichen ermöglicht, im Zuge der vollzogenen Einbürgerung der Eltern bzw. mit Geburt neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit zu führen¹⁰. Die Zunahme der Kinder und Jugendlichen mit zweiter Staatsangehörigkeit in Belm seit etwa 2007 hängt voraussichtlich auch damit zusammen, dass seit Ende der 1990er Jahre die Zahl der Ausländer insgesamt zugenommen hat. Insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien sind seitdem Personen in die Gemeinde gezogen. Eine Voraussetzung für die Einbürgerung der Eltern bzw. für die Anwendung des Geburtsortsprinzips ist ein mindestens achtjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland. Dass die Zahl der Einbürgerungen und damit auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit zweiter Staatsbürgerschaft acht Jahre nach dem Zuzug nach Deutschland ansteigt, liegt somit nahe.

Entwicklung der Aussiedlerzuwanderung

Als Aussiedler bezeichnet werden Migranten, die als deutsche Staatsangehörige in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie geboren wurden bzw. dort ihren Wohnsitz hatten, nach 1945 zunächst in diesen Gebieten verblieben und erst später nach Deutschland übergesiedelt sind. Zu dieser Gruppe werden darüber hinaus diejenigen gezählt, die als deutsche Volkszugehörige aus einem kommunistisch regierten Land im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens nach Deutschland übergesiedelt sind. Angehörige bzw. Nachkommen dieser Personen werden ebenfalls dieser Gruppe zugerechnet. Bis 1992 wurden diese Personen nach dem Bundesvertriebenengesetz als Aussiedler bezeichnet, seit 1993 werden sie unter dem Begriff „Spätaussiedler“ gefasst.

Abb. 8: Spätaussiedler in Belm 2004-2011

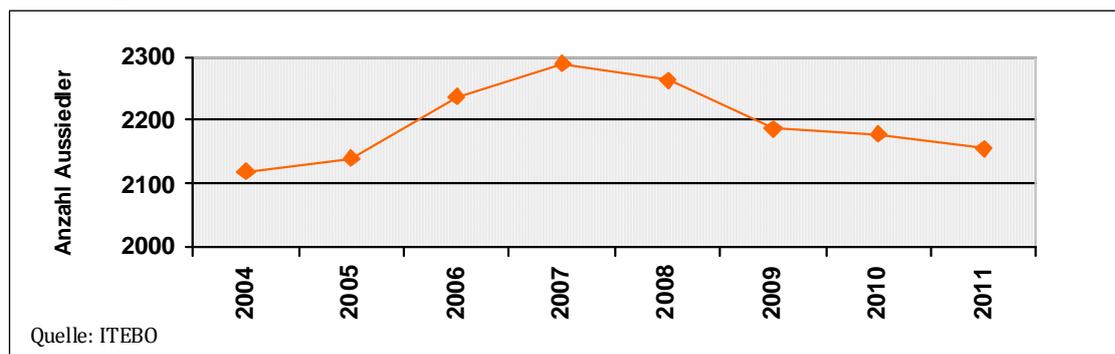


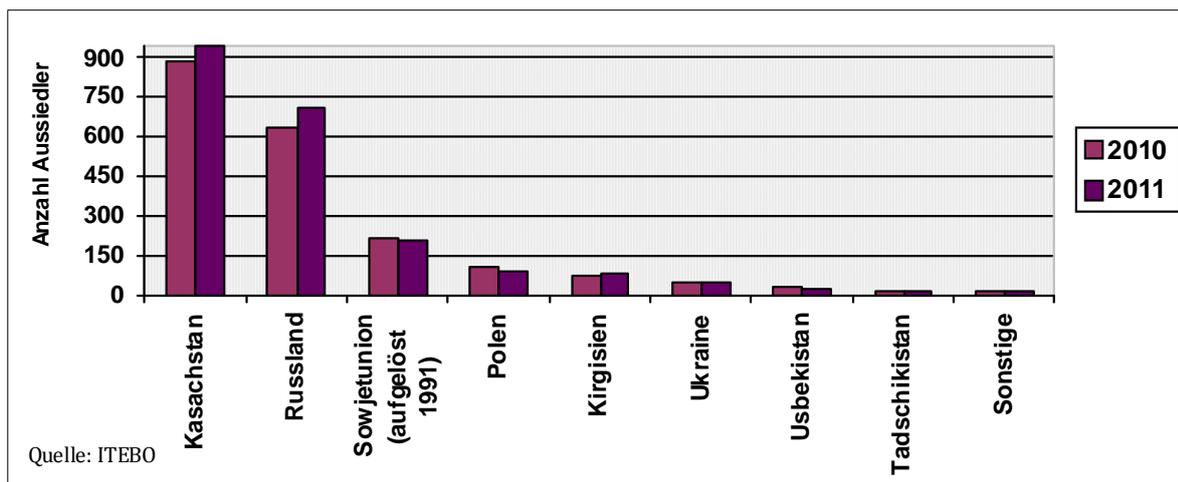
Abb. 8 zeigt die absolute Zahl der Spätaussiedler im Zeitraum 2004-2011. Während 2006 ein Anstieg um ca. 100 Personen auf 2238 Personen erfolgte, ist die Zahl 2009 um rund 200 Personen zurückgegangen. Insgesamt ist aufgrund der Nichterfassung von in Deutschland geborenen Kindern aus Aussiedlerfamilien in Zukunft ein stetiger Rückgang der Aussiedler-

¹⁰ Nach dem sog. Optionsmodell müssen sich die Heranwachsenden aber nach Erreichen der Volljährigkeit, spätestens jedoch bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres, entscheiden, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen.

zahlen zu erwarten. Der Wanderungsgewinn für die Gemeinde als Folge des Aussiedlerzuzugs seit Anfang der 1990er Jahre lässt sich auf ungefähr 2100 Personen beziffern.

Die Herkunftsstaaten der Aussiedler in Belm im Zeitraum 2010-2011 sind in Abb. 9 dargestellt. Die überwiegende Mehrheit stammt aus Kasachstan und Russland. Bei den bis 1991 zugezogenen Aussiedlern wird die Sowjetunion als Herkunftsstaat angegeben (Ausnahme: Aussiedler aus Polen).

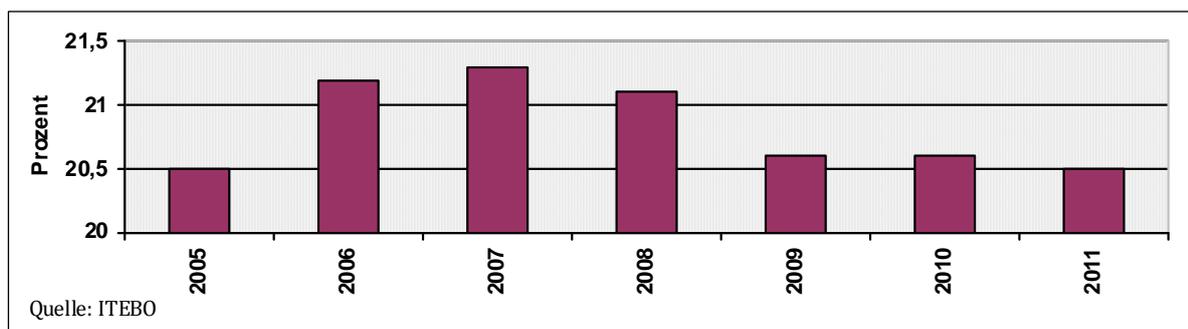
Abb. 9: Herkunftsstaaten der Spätaussiedler in Belm 2010-2011



Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund¹¹ in Belm (Abb. 10) im Zeitraum 2004-2011 ergibt sich aus den vorherigen Darstellungen. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg ab 2006 ist mittlerweile wieder das Niveau von 2005 erreicht (2011: 20,5 %).

Während der Anteil der Ausländer in Belm deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt ist, liegt der Migrantenanteil (Aussiedler und Ausländer) geringfügig über dem Bundesdurchschnitt. So betrug der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund (im engeren Sinne) in Deutschland 2009 19,1 %, die meisten von ihnen stammen aus der Türkei und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Besonderheit Belms besteht darin, dass hier die überwiegende Mehrheit der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion zugezogen ist.

Abb. 10: Anteil Personen mit Migrationshintergrund an Einwohnern in Belm 2004-2011



¹¹ In den Zahlen sind Ausländer, Aussiedler und Personen mit einer zweiten Staatsangehörigkeit enthalten.

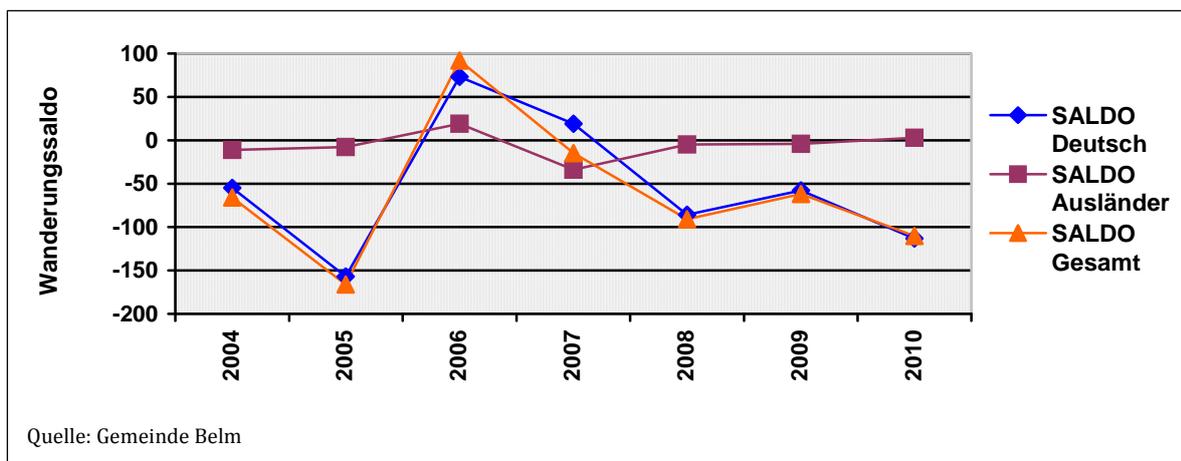
In Niedersachsen betrug der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund 2009 16,5 %, im Regierungsbezirk Weser-Ems 17,2 %. Die Verteilung nach Raumkategorien ergibt in Deutschland für ländliche Räume einen Anteil von 11,6 %, für verstärkte Räume 15,9 %¹². Bundesweit liegt der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Gemeindegrößenklasse 10.000 bis 20.000 Einwohner bei 16,4 %.

Die Bevölkerungsstruktur von Belm ist heute deutlich durch die internationalen Migrationsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte und eine damit einhergehende zunehmende Ausdifferenzierung der Zuwandererpopulation geprägt. Im Hinblick auf die Entwicklung der Bevölkerung in den vergangenen Jahren kann festgestellt werden, dass ohne Zuwanderung kein Bevölkerungswachstum in dem beschriebenen Umfang eingetreten wäre.

Determinanten der Bevölkerungsentwicklung

Die Zu- und Wegzüge von und nach Belm sind für den Zeitraum 2004 bis 2010 in Abb. 11 dargestellt. Es ist nur eine Differenzierung zwischen Deutschen und Ausländern möglich, die vorliegenden Daten lassen keine weitere Berücksichtigung der Aussiedler zu.

Abb. 11: Salden der Zu- und Wegzüge für Deutsche und Ausländer 2004-2010



Die Einwohnerzahl in Belm sank im Zeitraum 2004-2010 durch Wegzüge um 417 Personen. Lediglich im Jahr 2006 ergab sich ein positiver Wanderungssaldo von 92 Personen. Die Zahl der Ausländer sank im dargestellten 7-Jahreszeitraum um 40 Personen. Außer im Jahr 2007 ist der Saldo bei der Gruppe der Ausländer trotz insgesamt rückläufiger Bevölkerungszahlen im Gegensatz zum Negativsaldo bei der deutschen Bevölkerung nahezu ausgeglichen. Der sich selbst verstärkende Prozess von rückläufigen Bevölkerungszahlen in der Gemeinde kann nach den vorliegenden Zahlen durch Zuwanderung nicht mehr kompensiert werden, wie noch in den 1990er Jahren geschehen. Es ist offensichtlich, dass der weiter fortschreitende Schrumpfungs- und Alterungsprozess der Bevölkerung mittelfristig auch in Belm nicht mehr

¹² Agglomerationsräume 23,5 %

gestoppt werden kann. Dieser wird in den nächsten Jahren zu einem relativen Anstieg der Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund in Belm beitragen.

Die Geburtenzahlen werden in der Gemeinde nicht nach Staatsangehörigkeit differenziert. Seit 2005 liegen die Zahlen stabil auf einem Niveau von ca. 120 Geburten pro Jahr, wobei es lediglich 2008 (131 Geburten) größere Abweichungen von diesem Wert gab. Auffällig ist die geringe Zahl von Geburten im Jahr 2004 mit 58. Der demographische Wandel ist auf absehbare Zeit eine der großen Herausforderungen für alle Kommunen in Deutschland. Seit 2004 erstellt der Landkreis Osnabrück auf Basis der Einwohnermeldedaten Bevölkerungsprognosen für die kreisangehörigen Kommunen, die Ergebnisse werden jährlich fortgeschrieben. Als Basiszeitraum der aktuellen Prognose 2009-2025 sind die Jahre 2006 bis 2009 berücksichtigt. Darin wird für den Landkreis mit einem Bevölkerungsrückgang von rd. 15.100 Personen gerechnet, dies entspricht einem Minus von 4,2 %. Im gleichen Zeitraum wird der Rückgang in Belm auf 864 Personen (6,3 %) beziffert.

2.2 Verteilung der Zuwanderer innerhalb des Gemeindegebietes

Die Verteilung der Ausländer und Aussiedler auf die Ortsteile Vehrte, Icker und Haltern (s. Tab. 1) zeigt, dass Migranten dort deutlich unterproportional vertreten sind. Besonders in Haltern und Icker wohnen kaum Bürger mit Migrationshintergrund. Demgegenüber leben im Kerngebiet der Gemeinde überproportional viele Migranten. Die Situation im Sanierungsgebiet der „Sozialen Stadt“, in dem innerhalb der Gemeinde die meisten Zuwanderer wohnen, wird hier sowie bei der nachfolgenden Tab. 2 nicht berücksichtigt und in Kapitel 3.3.2 ausführlich beschrieben.

Tab.1: Personen mit Migrationshintergrund in den Belmer Ortsteilen (31.12.2010)

	Belm ohne Ortsteile	Haltern	Icker	Vehrte
%-Anteil Einwohner	66,8	4,6	7,8	20,8
%-Anteil Ausländer	83	1,3	1,5	14,2
%-Anteil Aussiedler	85,3	0,3	2,2	12,1
%-Anteil Personen mit 2. Staatsangehörigkeit	77,2	1,9	1,9	19,1

Quelle: Gemeinde Belm

Die kleinräumliche Verteilung von Personen mit Migrationshintergrund im Kerngebiet der Gemeinde zeigt erhebliche Unterschiede. Tab. 2 verdeutlicht die zehn Straßen mit den höchsten Anteilen. Zwei Punkte fallen auf: Die sechs Straßen mit den höchsten Anteilen an Personen mit Migrationshintergrund (Nr. 1-6) entfallen auf das in den letzten Jahren in der Ge-

meinde entstandene Neubaugebiet „Up de Heede“. In den insgesamt elf Straßen dieses Gebietes ergibt sich ein durchschnittlicher Anteil von 40 %. Rechnet man die in Deutschland geborenen Kinder aus Aussiedlerfamilien hinzu¹³, erhöht sich der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund auf 53 %.

Tab. 2: Personen mit Migrationshintergrund in Belm nach Straßen (Stand: 31.12.2010)

Nr	Straßen	Anzahl Bewohner	Anzahl Ausländer	Anzahl Aussiedler ¹⁴	%-Anteil Personen mit Migrationshintergrund
1	Plaggenwall	48	7	20	56,3
2	Kroneneiche	42	2	21	54,8
3	Up de Heede	111	13	45	52,2
4	Zum Rittergut	23	2	9	47,8
5	Zum Ziegelmeister	17	3	5	47
6	Mutter-Theresa-Weg	11	1	4	45,5
7	Marktring	55	9	16	45,5
8	Westerteich	145	6	49	38
9	Wahner Hof	32	4	8	37,5
10	Humboldtweg	16	-	6	37,5

Quelle: Gemeinde Belm

Daneben finden sich hohe Konzentrationen von Migranten insbesondere in Straßen, die sich in unmittelbarer Nähe zum Programmgebiet „Soziale Stadt“ befinden (Nr. 7-8, 10). Bei den dargestellten Bereichen handelt es sich in erster Linie um Schwerpunkte des Aussiedlerzuzugs bzw. um Ausländer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die ebenfalls den funktionierenden Aussiedlernetzwerken zuzurechnen sind. Ausländer aus anderen Herkunftsländern konzentrieren sich außerhalb des Gebietes der „Sozialen Stadt“ noch im Bereich der Bundesstraße B 51 (Bremer Straße und Industriestraße).

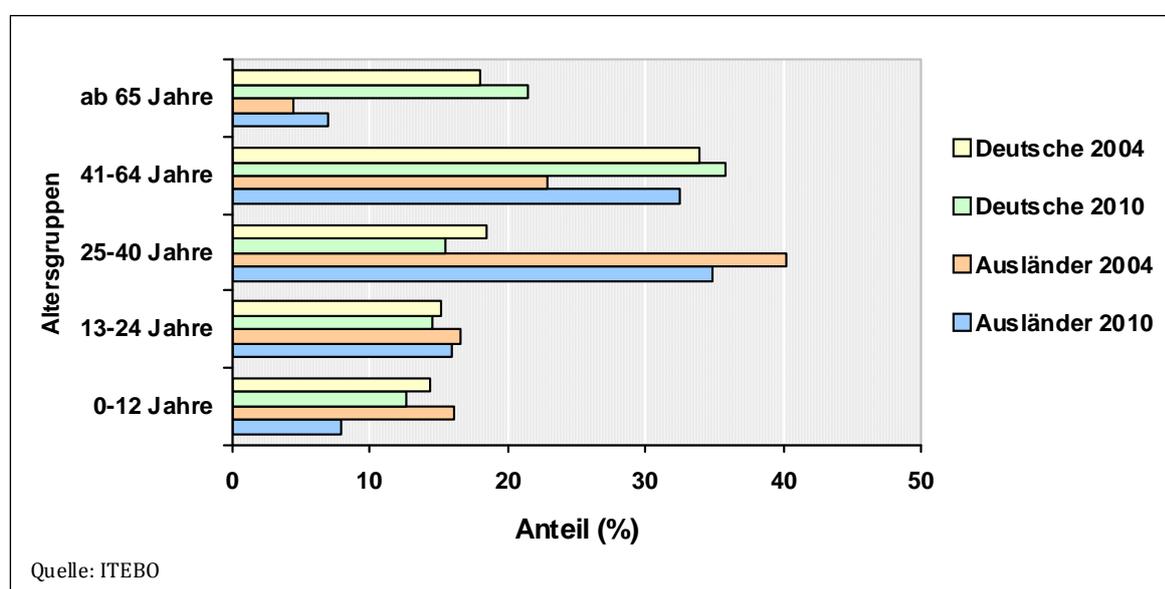
¹³ In Siedlungen mit Einfamilienhäusern ist es über den ethnisch-staatsbürgerlichen Status der Eltern möglich, die in Deutschland geborenen Kinder aus Aussiedlerfamilien zu identifizieren.

¹⁴ Ohne in Deutschland geborene Kinder aus Aussiedlerfamilien.

2.3 Strukturdaten im Vergleich Deutsche/Ausländer

Die Altersstruktur im Vergleich der Jahre 2004 und 2010 innerhalb ausgewählter Alterskohorten (Abb. 12) zeigt die angesichts der allgemeinen demographischen Entwicklung typische Ausprägung einer alternden Bevölkerung sowohl bei der Gruppe der Deutschen als auch der Ausländern. So ist bei der deutschen Bevölkerung der Kinderanteil innerhalb von sechs Jahren um ca. 2 % zurückgegangen. Der Anteil der Senioren ist im gleichen Zeitraum um ca. 3 % angestiegen. Sehr auffällig ist der starke Rückgang des Kinderanteils bei der ausländischen Bevölkerung um 8 % (s. auch Abb. 13). Damit liegt der Anteil auch deutlich unter dem der deutschen Bevölkerung trotz eines insgesamt geringeren Durchschnittsalters der Ausländer.

Abb. 12: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung in Belm 2004 und 2010



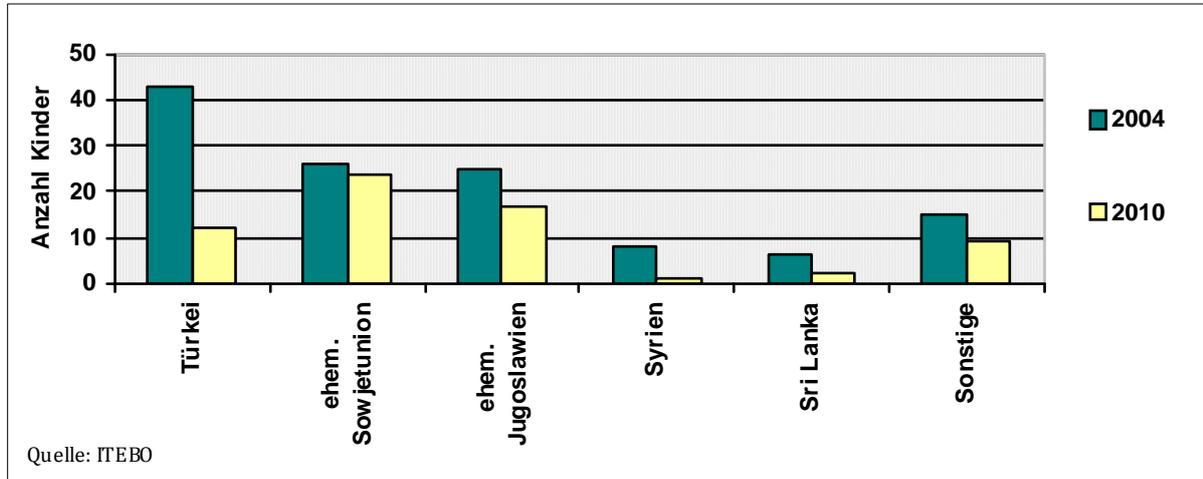
Insgesamt beeinflussen offenbar rückläufige Geburtenraten mittlerweile auch bei der ausländischen Bevölkerung die Altersstruktur. Der Anteil der Senioren ist in dem Zeitraum um rund 2 % angestiegen ist. Wie bereits eingangs erwähnt, ist es zur Ermittlung der Altersstruktur der Migranten nicht möglich, die Aussiedler entsprechend zuzuordnen. Sie werden somit als Deutsche auch innerhalb der Kategorie „Deutsche“ erfasst.

Im Vergleich der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen fällt auf, dass der Anteil der Senioren bei der deutschen Bevölkerung dreimal so hoch liegt. Demgegenüber ist der Anteil der Ausländer in der aufgrund der großen Zahl von Erwerbstätigen auch volkswirtschaftlich bedeutsamen Altersgruppe 25-40 Jahre mehr als doppelt so hoch.

Im Jahr 2004 waren Ausländer mit einem Altersdurchschnitt von 32 Jahren im Schnitt noch neun Jahre jünger als Deutsche. Während ihr Durchschnittsalter bis 2010 um fünf Jahre auf 37 angestiegen ist, beträgt der Anstieg bei der deutschen Bevölkerung lediglich zwei Jahre. Es kann demnach von einer Annäherung des generativen Verhaltens der ausländischen Bevölke-

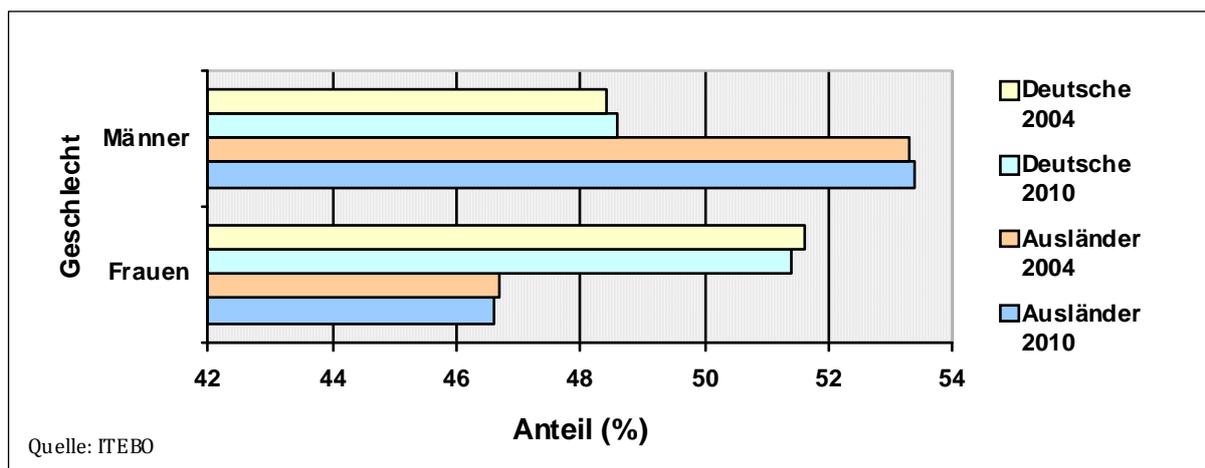
nung an das der Deutschen gesprochen werden. Trotzdem trägt Zuwanderung nach wie vor dazu bei, dass der Altersdurchschnitt der Bevölkerung abgesenkt wird.

Abb. 13: Ethnisch-nationale Herkunft der ausl. Kinder bis 12 Jahre 2004 und 2010



Die Anzahl der Kinder mit türkischer Staatsangehörigkeit ist im Zeitraum 2004-2010 stark zurückgegangen (s. Abb. 13). Diese Entwicklung geht einher mit dem zuvor bereits dargestellten Rückgang von türkischen Bewohnern in Belm. Allerdings wird auch die zunehmende Wahl der deutschen Staatsangehörigkeit für Neugeborene durch die ausländischen Eltern zum Rückgang der Kinderzahlen beigetragen haben.

Abb. 14: Männer-/ Frauenanteile an der deutschen und ausl. Bevölkerung 2004 und 2010



Insgesamt hat sich das Verhältnis von Männern und Frauen bei der deutschen und der ausländischen Bevölkerung in den letzten sechs Jahren nicht wesentlich verändert (s. Abb. 14). Bei der ausländischen Bevölkerung ist ein mit ca. 5 % deutlich höherer Anteil von Männern festzustellen. Ein höherer Männeranteil bei der ausländischen Bevölkerung ist auch bundesweit

zu beobachten, auch wenn sich dort die Verhältnisse in den letzten Jahren stärker angeglichen haben. Der Frauenanteil verschob sich von 37,8 % im Jahr 1970 und 45,5 % im Jahr 1985 auf 49 % im Jahr 2010. Ein Grund hierfür ist der Entschluss vieler ausländischer Familien, dauerhaft in Deutschland leben zu wollen. Darüber hinaus ist hier auch die verstärkte Zuwanderung in Verbindung mit Eheschließungen (Heiratsmigration) zu nennen.

2.4 Zuwanderung, Segregation und Integration bis zur Programmaufnahme

Der Bedeutungszuwachs, den Fragen zum Thema Zuwanderung und Integration in Belm seit Anfang der 1990er Jahre erfahren, ist eng mit der Entstehung der NATO-Siedlung verknüpft.

Entstehungsgeschichte der NATO-Siedlung

In Belm bildeten in den 1970 und 1980er Jahren Angehörige der britischen Rheinarmee und deren Familien die stärkste Zuwanderungsgruppe. Die Briten lebten konzentriert in der NATO-Siedlung Belm-Powe, die ab 1964 als Großraumbauanlage mit insgesamt 648 Wohneinheiten an der zum damaligen Zeitpunkt unbewohnten Schnittstelle der beiden alten Orte Belm und Powe errichtet wurde. 1962 hatte das Bundesfinanzministerium der Baugesellschaft Interbau den Auftrag erteilt, in Powe, Vehrte (120 Wohneinheiten) und in Osnabrück Wohnungen für die Soldaten der britischen Rheinarmee und deren Familien zu bauen. Die Ausstattung mit einer eigenen, abgeschlossenen Infrastruktur (z.B. Kindergarten, NAAFI-Shop, eigene Buslinie) unterstrich den Inselcharakter der Anlage, eine Integration der Bewohner in das Gemeindeleben war nicht vorgesehen. Ordnungsmaßnahmen wurden, falls notwendig, durch die britische Militärpolizei unterstützt. Durch ihr Höhenprofil standen die 8-geschossigen Hochhäuser und die 3- und 4-geschossigen, in Skelettbauweise errichteten Wohnhauszeilen im deutlichen Gegensatz zur restlichen 1-2 geschossigen Familienhausbebauung der Gemeinde. Der Bau der Gebäude wurde nach einem Investorenmodell finanziert, die Eigentümer waren Kapitalanleger aus dem gesamten Bundesgebiet. Über ca. 25 Jahre wurden die Wohnungen vom Bundesvermögensamt für die britische Rheinarmee angemietet, was den Investoren eine kontinuierliche Rendite garantierte. Das Luftbild, das vor Beginn der Sanierung aufgenommen wurde (Abb. 15), verdeutlicht die zentrale Lage der Siedlung innerhalb der Gemeinde¹⁵.

¹⁵ Die Grenzen der NATO-Siedlung und die Grenzen des Sanierungsgebietes im Programm „Soziale Stadt“ (gelbe Markierung) stimmen im Wesentlichen überein. Das Sanierungsgebiet umfasst zusätzlich den Übergangsbereich zwischen Frankfurter Straße und Stettiner Straße mit dem ehemaligen Waldstück hinter der Grundschule Powe (jetziger Bürgerpark) sowie den evangelischen Kindergarten östlich des Breslauer Ringes. Die Häuser Heideweg 37-51 (am unteren Bildrand gelb markiert) wurden erst im Zuge einer Gebietsverweiterung im Jahr 2006 in das Sanierungsprogramm aufgenommen.

Abb. 15: Luftbild von Belm mit dem Sanierungsgebiet Programm „Soziale Stadt“



Abzug der Briten und Veränderung der Zuwanderungsstruktur

Nach einer ersten Freistellung von ca. 100 Wohnungen der NATO-Siedlung 1986 wurden 1993/94 fast zeitgleich mit dem verstärkt einsetzenden Aussiedlerzuzug aus den Staaten Osteuropas in die Bundesrepublik nach Öffnung der Grenzen knapp 500 weitere Wohnungen von der britischen Armee gekündigt. Die Zuwanderung von Aussiedlern sorgte nicht nur in Belm für ein deutliches Bevölkerungswachstum. Vielmehr entwickelte sich Anfang der 1990er Jahre der Landkreis Osnabrück insgesamt zu einem Schwerpunkt der Aussiedlerzuwanderung in Niedersachsen. Damit rückten erstmals auch ländliche Gemeinden stärker in den Fokus des Zuwanderungsgeschehens. In Belm zogen die Neubürger aus Osteuropa überwiegend in die frei gewordenen Wohnungen der ehemaligen NATO-Siedlung ein. Der Aussiedleranteil in diesem Gebiet betrug 1995 bereits rund 65 %. In der gesamten Gemeinde stieg der Aussiedleranteil von 2 % 1990 auf 16 % (absolut 2.296) 1995 an. Damit kann die Errichtung der Siedlung als grundlegend für die segregierten Strukturen bezeichnet werden, die sich in der Folgezeit weiter verstärkten und entsprechende Integrationsprobleme nach sich zogen.

Umgang der Gemeinde mit den Veränderungen bis Ende der 1990er Jahre

Der Anstieg der Bevölkerung machte zunächst seitens der Kommune erhebliche Infrastrukturinvestitionen notwendig, die bereits zum damaligen Zeitpunkt die Gemeinde an den Rand der finanziellen Leistungsfähigkeit brachte. Im Zentrum entstand ein Grundschulneubau mit Gymnastikhalle. Die bereits vorhandene Grundschule wurde um vier Räume ergänzt, die Haupt- und Realschule mit O-Stufe wurde ebenfalls baulich erweitert. In unmittelbarer Nähe dazu wurde in den leer stehenden ehemaligen Versorgungsgebäuden der Rheinarmerie ein

kommunaler Kindergarten eingerichtet. Für den Ortsteil Astrup wurde ebenfalls ein neuer Kindergarten gebaut. Insgesamt wurden Investitionen in Höhe von 9 Millionen Euro getätigt. Die beabsichtigte Steuerung der Zuzüge durch das 1996 verabschiedete Wohnort-zuweisungsgesetz verhinderte eine weitere ungesteuerte Belegung frei werdender Wohnungen durch Aussiedler in diesem Gebiet.

Frühe Integrationspolitik

Während die Integration der Angehörigen der britischen Streitkräfte in das Leben der Gemeinde nicht zur Debatte stand, wurden für die Zuwanderer aus Osteuropa bereits frühzeitig sowohl von kommunaler Seite als auch von Vereinen, Verbänden und Initiativen vielfältige Integrationsangebote geschaffen, die anfangs teilweise im Rahmen gemeinsamer „Runder Tische“ durch ein sich nach und nach bildendes Netzwerk unter Federführung der Gemeinde abgestimmt und auf den Weg gebracht wurden. Zusätzlich wurden anfangs im Zuge der allgemein positiven Grundstimmung nach der deutschen Vereinigung von der einheimischen Bevölkerung regelmäßig Patenschaften übernommen, um einzelnen Familien beim Start in der neuen Heimat Hilfestellungen zu geben. Begegnungstreffen, Informationsveranstaltungen oder zahlreiche Möbel- und Kleiderspenden für die Zuwanderer deuteten auf die Bereitschaft in Teilen der Aufnahmegesellschaft hin, die Integration der Neubürger zu unterstützen.

Die Anfangsphase des Integrationsprozesses war demnach eher durch eine reaktive Integrationspolitik gekennzeichnet, die noch nicht systematisch von der kommunalen Politik und der Verwaltung begleitet und beeinflusst wurde. Die ersten Handlungsangebote und Maßnahmen zielten auf eine schnelle wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Zuwanderer ab. Für die weitgehend gelungene Integration der Aussiedler der ersten „Einwanderungswelle“ zu Beginn der 1990er Jahre war die erfolgreiche lokale und regionale Beschäftigungsförderung ein wichtiger Faktor. Der Landkreis Osnabrück initiierte in Kooperation mit den Kommunen erste Versuche in der Bearbeitung der Migrationsfolgen, indem die Aktivitäten von Arbeits-, Sozialämtern und Kommunen mit denen von Bildungs-/Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beratungsinstitutionen vernetzt wurden. Eine zentrale Stellung erlangte dabei die Beschäftigungsinitiative MaßArbeit, die u.a. die Beschäftigungssituation der erwerbsfähigen Aussiedler und anderer Problemgruppen, zum Vorteil auch der regionalen Wirtschaft, entscheidend verbessern konnte. In Kooperation zwischen Sozialamt und dem Landkreis wurden in Belm allein bis Mitte der 1990er Jahre rund 600 Arbeitsverträge nach § 19 BSHG mit Aussiedlern geschlossen. Während zu Beginn der 90er Jahre u.a. als Folge des Anstieges der erwerbslosen Migrationsbevölkerung die Sozialhilfekosten in der Gemeinde von 2 Mio. auf 9 Mio. DM angestiegen waren, folgte anschließend durch die erfolgreiche Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in Arbeitsverhältnisse ein kontinuierlicher Rückgang.

Die Vermittlung in häufig unbefristete Arbeitsverhältnisse wurde ermöglicht durch die gute praxisorientierte Qualifikation der erwerbsfähigen Zuwanderer insbesondere im handwerklichen Bereich, durch ihre hohe Leistungsbereitschaft, die relativ guten Deutschkenntnisse und

die verbreitete Bereitschaft von hochqualifizierten, akademisch ausgebildeten Kräften, auch Tätigkeiten weit unter dem Qualifikationsniveau des erlernten Berufes aufzunehmen.

Die Erfolge in der beruflichen Integration in der Frühphase der Zuwanderung hatten auch spürbare Auswirkungen auf die Teilhabe der Zuwanderer an anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das Werben der Vereine fiel bei ihnen auf fruchtbaren Boden und die Gemeinde wies zusätzliches Bauland aus. Ihre Zahl in Vereinen (insbesondere Sportverein) nahm daher kontinuierlich zu, gut integrierte Familien verließen verstärkt die NATO-Siedlung und zogen in bessere Wohnlagen. Sie bauten teilweise Eigenheime (Neubaugebiet „Up de Heede“) und einige gründeten später eine eigene Existenz (meist im Einzelhandel z.B. Lebensmittel, Artikel des tägl. Bedarfs, Reisebüro). Durch die vielfältigen Kontakte entstanden so auch Bekanntschaften zwischen einheimischen und zugewanderten Familien. Die Gründung des Belmer Integrationsclubs (BIC) Anfang 1996 hatte das Ziel, die Integration der Neubürger (z.B. durch Infoveranstaltungen, Hilfen zur Alltagsbewältigung oder Begegnungstreffen mit den Einheimischen) dauerhaft zu unterstützen. Sie kann als Ausdruck für das gute Verhältnis zwischen Einheimischen und Zugewanderten gewertet werden. Zahlreiche Auszeichnungen für gelungene Integrationsarbeit des BIC unterstreichen die erzielten Erfolge.

Erste Schwierigkeiten bei der Integration der Neubürger

Die zunehmende Stigmatisierung der ehemaligen NATO-Wohnanlage einerseits durch einen erheblichen, äußerlich sichtbaren Instandhaltungs- und Modernisierungstau und andererseits durch die sich entwickelnde einseitige Sozialstruktur der Bewohner führte dazu, dass stabile, bereits gut integrierte Aussiedlerfamilien teilweise das Gebiet verließen und sich häufig in den angrenzenden Gemeindeteilen niederließen. In diese Lücke stießen sowohl ausländische (z.T. Bürgerkriegsflüchtlinge) als auch benachteiligte deutsche Familien. So erhöhte sich von 1995 bis 2003 der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Belm von 3,6 % auf 5,4 %.

Zwar stellt die räumliche Segregation von Zuwanderern nicht per se ein Problem dar. Ethnische Kolonien können auch als Schutzraum fungieren, in dem Zugewanderte nach und nach die Aufnahmegesellschaft kennen lernen und sich auf der Grundlage der mitgebrachten Identität in die neue Heimat hineinfinden können. Die Siedlung in Belm erfüllte diese schrittweise Schleusenfunktion allerdings nur begrenzt, da dort die sozialen Netzwerke nicht sehr ausgeprägt waren. Außerdem war die Wohnsiedlung in der Außenperspektive mit einem Negativimage belegt. Zudem lebte die überwiegende Mehrzahl der Bewohner dort nicht freiwillig sondern aufgrund fehlender ökonomischer Alternativen. Diese unfreiwillige Konzentration führte folglich zu einer erzwungenen Ausgrenzung und Isolation auch im Alltagsleben.

Obwohl zunächst die wirtschaftliche Entwicklung bis zur Jahrtausendwende noch für eine gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt sorgte, verschlechterten sich zusehends die individuellen Voraussetzungen (Qualifikation, Deutschkenntnisse) der Zuwanderungsbevölkerung und der einheimischen Bewohner für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Gleichzeitig wurden die staatlichen Eingliederungshilfen für Spätaussiedler (z.B. Sprachkurse) einge-

schränkt, sodass sich die Gemeinde gezwungen sah, diese Lücke teilweise durch eigene Angebote zu schließen. Immer deutlicher wurde vor der Jahrtausendwende auch, dass der Prozess der Zuwanderung teilweise mit erheblichen Brüchen in der Biographie der betroffenen Menschen verbunden ist. Während vor der Ausreise mögliche Integrationsprobleme in der neuen Heimat eher verdrängt wurden, muss später das zumeist vorhandene idealisierte Bild von Deutschland häufig korrigiert werden. Neben den Einstiegsproblemen auf dem Arbeitsmarkt ist es auch die Erkenntnis, dass man als „Deutscher aus Russland“ auf Grund der Abstammung nicht überall vorbehaltlos akzeptiert wird. So wurden die anhaltenden Zuzüge von Russlanddeutschen ab Mitte der 1990er Jahre verstärkt mit Vorbehalten seitens der einheimischen Bewohner aufgenommen. Auch in der örtlichen Presse wurden Straftaten häufiger ausdrücklich mit Aussiedlern bzw. Ausländern in Verbindung gebracht. Der in diesem Zeitraum sich so entwickelnde Ethnisierungsdiskurs erschwerte den Integrationsprozess zusätzlich. Die neu eingerichtete Substitutionsambulanz sah sich auch mit den Suchtproblemen junger Aussiedler konfrontiert.

Als Gruppe mit auffälligen Problemlagen wurden in Belm insbesondere jugendliche Aussiedler wahrgenommen. Die an sie gestellten hohen Erwartungen auch seitens der Familie, als „Deutsche“ schnell in der Bundesrepublik Fuß zu fassen, konnten vor allem diejenigen nicht gerecht werden, die ihre Schulausbildung ganz oder überwiegend in den Herkunftsländern erhalten hatten. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse waren sie in der Schule und bei der Suche nach einer Ausbildung häufig ohne Perspektiven und liefen Gefahr, sich als Gruppe zu isolieren und ein unangepasstes Eigenleben zu führen. Auf ihre mitgebrachten schulischen, beruflichen und sozialen Kompetenzen konnten sie nur sehr begrenzt zurückgreifen.

Durch den zunehmenden Wegfall von gering qualifizierten Tätigkeiten aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen zahlreicher Betriebe im Zuge des sich verstärkenden Globalisierungsprozesses stieg in den Folgejahren die Arbeitslosenquote von Zuwanderern kontinuierlich an. Auffällig sind in diesem Kontext die zum Teil noch immer vorhandenen Defizite in der deutschen Sprache auch in der zweiten Generation der ausländischen Bewohner, da früher für diesen Personenkreis keine öffentlichen Gelder z.B. für Sprachkurse zur Verfügung standen.

Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“

Der Aufnahme in das Programm im Jahr 2000 ging für die Gemeinde eine längere Phase der Bewerbung um Fördermittel voraus, in der durch regelmäßige Kontakte insbesondere zu Landespolitikern der im Landtag vertretenen Parteien intensive Lobbyarbeit für die Belmer Belange betrieben wurde. Dabei stand neben der Siedlung in Powe auch das Hochhausgebiet in Vehrte mit 120 Wohnungen, die zum 01.01.1999 von den Briten geräumt wurden, im Zentrum der Bemühungen um Fördergelder. Es bestand einerseits die Sorge, dass bei einer freien Vermietung der Wohnungen verstärkt sozial benachteiligte Familien einziehen könnten. Andererseits sollten Folgekosten für die Kommune vermieden werden, die nach dem

Abzug der Briten ähnlich wie in Powe u.a. aufgrund notwendiger Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen entstehen würden.

Im April 1998 fasste der Gemeinderat den Beschluss, das *Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES)* an der Universität Hannover mit einer vorbereitenden Untersuchung zu beauftragen, die das Ziel einer sozialen Stadterneuerung in den Mittelpunkt stellen sollte. In dem im Juli 1998 vorgelegten „Aktionsprogramm für eine soziale Stadterneuerung in der Gemeinde Belm“ werden nach einer einführenden Bestandsaufnahme Ziele und Maßnahmen der Sanierung sowohl für Belm-Powe als auch für Vehrte formuliert. Die Bestandsaufnahme für den sozialen Bereich sieht den „Zuwanderungsdruck“ als verantwortlich dafür an, dass sich in den NATO-Siedlungen eine „einseitige, homogene Sozialstruktur“ entwickelt hat. Als problematisch wird die „verschärfte Stigmatisierung“ der Gebiete angesehen, wobei entstehende Konflikte zwischen Einheimischen und Aussiedlern auf „soziale Ungleichheiten, soziale Verteilungs- und Verdrängungsprozesse und weniger auf ethnische Ursachen“ zurückgeführt werden. Es wird festgestellt, dass vielen Aussiedlern die Integration in den regulären Arbeits- und Wohnungsmarkt aufgrund von Sprachproblemen sowie mangelnder beruflicher Qualifikation nicht gelingt. Die Gesamtsituation in Belm wird in der vorbereitenden Untersuchung mit der in sozialen Brennpunkten verglichen. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass Belm im Gegensatz zu Großstädten mit ähnlichen Problemen „nicht über hinreichende Kräfte und über die sozialpolitische Infrastruktur zum Problemabbau verfügt“.

Im Abschnitt „Ziele und Maßnahmen der Sanierung“ des Aktionsprogramms werden zunächst Ansätze zur Beseitigung städtebaulicher Missstände skizziert. Damit die Gebiete ihren „Inselcharakter“ verlieren, sollen sie in die Siedlungsstruktur der Gemeinde eingefügt werden und eine „Ausprägung erhalten, die von der einheimischen Bevölkerung akzeptiert wird“. Empfohlen wird der Rückbau der Hochhäuser bei gleichzeitiger Schaffung neuer kleinteiliger Wohnformen und Erhalt der bestehenden Bewohnerstruktur („kein Bewohner soll durch Abriss, Umbau oder Modernisierung aus dem Gebiet verdrängt werden“), die Entwicklung eines sozial gemischten Siedlungsgefüges sei anzustreben. In Ergänzung dazu sollte die städtebauliche Erneuerung mit einem breiten Spektrum sozialer Projekte verbunden werden. Genannt werden Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und zur Bürgerbeteiligung, um die Potenziale der Menschen im Sanierungsgebiet zu aktivieren. Um den „Mangel an Nachbarschaft und Kommunikation“ zu beseitigen, wird ein erweitertes Angebot sozialer Infrastruktur vorgeschlagen in Form eines Stadtteil- und Bürgerbüros, eines Qualifizierungs- und Beschäftigungsbüros sowie einer Dienstleistungszentrale.

Fast zeitgleich mit der Vorlage des Aktionsprogramms erhielt die Gemeinde vom Landkreis einen Strukturhilfeszuschuss in Höhe von zwei Millionen Euro, um der befürchteten Negativentwicklung der Siedlung in Vehrte entgegenwirken zu können. Mit dem Geld startete die Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft (BWG) rechtzeitig vor dem beginnenden Abzug der Briten Anfang 1999 mit dem Ankauf der freiwerdenden Wohnungen in Vehrte. Fünf Jahre

später, im September 2004, wurden in Vehrte zwei sechs- und achtgeschossige Hochhäuser abgerissen.

Nach Vorlage des Aktionsprogramms durch das IES 1998 erwies sich in der Folgezeit insbesondere die deutliche Fokussierung auf den geplanten Rückbau der Hochhäuser in Powe als Hürde für die Aufnahme in ein Programm zur städtebaulichen Erneuerung. Überwiegender Tenor in entsprechenden Gesprächen auf Landesebene war, dass Wohnungsbauförderung nicht für den Abriss von Häusern vorgesehen sei, sondern nur für Sanierungsmaßnahmen im bestehenden Bestand. Im Mai 2000 folgte schließlich doch die Aufnahme in das Bund-/Länderprogramm „Soziale Stadt“, nachdem es im Jahr zuvor noch eine Absage gegeben hatte. Begründet wurde der positive Bescheid seitens des Landes damit, dass die Gemeinde auf die „Radikallösung, die einen Abriss der Häuser vorsah, verzichtet hatte“ (Neue OZ v. 13.05.2000). Bedeutsam für die Programmaufnahme war die neun Seiten umfassende Fortschreibung der Vorbereitenden Untersuchungen, die die Gemeinde in Abstimmung mit dem späteren Sanierungsträger BauBeCon 1999 dem Land vorgelegt hatte. Darin heißt es, dass eine städtebauliche Sanierung unter der Maßgabe umgesetzt werden soll, die vorhandene Bausubstanz zu erhalten und die Bewohner sozial zu integrieren. „Der bislang verfolgte Gedanke des Abrisses und Rückbaues von Hochhäusern wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich aufgegeben“ (Fortschreibung der VU S.2). Die dort formulierten Ziele und Inhalte zum Thema Integration orientierten sich dagegen eng am Aktionsprogramm, das zwei Jahre zuvor vom IES erarbeitet worden war. Es wird darauf verwiesen, dass die Maßnahmen der sozialen Stadterneuerung das Ziel haben müssen, „bestehende Grenzen und Ausgrenzungen des Quartiers und der Bewohner zu beseitigen“. Als vordringliche soziale Maßnahmen werden die Errichtung eines Stadtteilzentrums, die Stärkung des sozialen Netzes, die Schaffung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Identifikation der Bewohner mit dem Wohnquartier vorgeschlagen.

Mit der Aufnahme in das Programm „Stadtteile mit Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ endete die eher reaktive Phase integrativer Politik in Belm. In Zusammenarbeit u.a. mit dem Fachgebiet Geographie der Universität Osnabrück stieß die Gemeinde einen aktiven Steuerungsprozess zur Stabilisierung der ehemaligen NATO-Siedlung an. Es folgte damit auch die Abkehr von einer Sichtweise, die in erster Linie die städtebaulichen Problemlagen als maßgeblich für die Negativentwicklung des Wohngebietes begriff. Die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes zur Verknüpfung von städtebaulichen und sozialen Maßnahmen im Jahr 2000 unter Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren stellte die Weichen in Richtung einer zielgerichteten Verbesserung des Wohnquartiers und der Lebenssituation der dort lebenden Menschen (s. Kap. 3).

2.5 Das Programm „Soziale Stadt“

Hintergrund: Die Entwicklung sozialer Brennpunkte in Deutschland

Um die in Kapitel 3 dargestellte Programmumsetzung in der ehemaligen NATO-Siedlung als ein benachteiligtes Wohngebiet innerhalb der Gemeinde auch über Belm hinaus sozialstrukturell und räumlich einordnen zu können, wird nachfolgend der Entstehungsprozess von sozialen Brennpunkten in der Bundesrepublik kurz skizziert.

Das Wirtschaftswunder in Nachkriegsdeutschland und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates ließen bis in die 1970er Jahre den Glauben an dauerhaften Wohlstand und sozialen Ausgleich entstehen. Armut als Einzelphänomen konnte durch ein umfangreiches Netz der sozialen Sicherung aufgefangen werden. Zudem profitierten benachteiligte Bevölkerungsgruppen davon, dass nach dem Zweiten Weltkrieg zur Behebung der Wohnungsnot der soziale Wohnungsbau forciert wurde. Eine neue Dimension sozialer Ungleichheit entwickelte sich ab Mitte der 1970er Jahre in den meisten westlichen Industriestaaten vor dem Hintergrund eines ökonomischen Strukturwandels vor allem in den Städten. Die Entstehung von struktureller Arbeitslosigkeit führte zur Ausgrenzung derjenigen, die aufgrund mangelnder Qualifikation von Erwerbsarbeit ausgeschlossen waren. 1975 überstieg die Arbeitslosenzahl in Deutschland erstmalig die Millionengrenze. In der Folgezeit zeigte sich, dass sich wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsmarkt weitgehend unabhängig voneinander entwickelten. 1983 waren erstmals mehr als zwei Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos, zehn Jahre später mehr als drei Millionen. Der vorläufige Höchststand mit 4,8 Millionen Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 13 % wurde im Jahr 2005 verzeichnet. In einer derart angespannten Arbeitsmarktsituation stellte die große Zahl von Langzeitarbeitslosen, die kaum Chancen auf eine berufliche Integration haben, das Hauptproblem dar.

Als maßgeblicher Grund für diese krisenhafte Entwicklung ist der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zu nennen, im Zuge dessen zahlreiche Arbeitsplätze in der industriellen Produktion mit niedrigeren Qualifikationsanforderungen ins Ausland verlagert wurden und der Arbeitsmarkt als Integrationsmotor nicht mehr wie zuvor funktionierte. Zwar entstanden im Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze, Jobs für gering qualifizierte Arbeitskräfte in diesem Sektor wurden aber nur schlecht bezahlt und waren oft befristet. Mit dem Argument, in Zeiten zunehmender weltwirtschaftlicher Konkurrenzsituation die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Unternehmen nicht gefährden zu dürfen, wurden auch die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen gekürzt. Es entwickelte sich eine zunehmende Divergenz von Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit in der Bevölkerung und einhergehend mit der wachsenden Einkommensungleichheit eine sich verfestigende Segregation der von Armut betroffenen Gruppen insbesondere in den Städten. Eine Begleiterscheinung der zunehmenden internationalen Verflechtungen waren sich verstärkende und z.T. neue Migrationsprozesse, die einen Wandel hin zu einer multinationalen Stadtbevölkerung und damit verbunden zu ethnisch-kulturell geprägten Ungleichheitsphänomenen hervorriefen. Auf diese zunehmende sozial-

räumliche Polarisierung und den Prozess einer neuen sozialen Spaltung der Städte wies zuerst die Stadtforschung bzw. die Stadtsoziologie hin.

Dass sich die beschriebene zunehmende Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft besonders in den Großstädten niederschlägt, liegt vor allem begründet in den Angebots- und Nachfragemechanismen des Wohnungsmarktes. Einkommensschwache Haushalte sind auf Wohnquartiere angewiesen, in denen sich nur geringe Mieteinnahmen erzielen lassen, entweder aufgrund der ungünstigen Lage und/oder der geringen Qualität der Wohnungen. Dieses trifft zum einen auf Großwohnanlagen aus den 1960er und 1970er Jahren zu, die häufig an der Peripherie gelegen sind und zum anderen auf traditionelle innerstädtische Arbeiterquartiere, die oft zusätzlich durch Lärmbelästigung und Luftverschmutzung belastet sind. Die in den letzten Jahrzehnten zunehmende sozialräumliche Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Städten ist verstärkt in diesen Gebieten zu beobachten. Lediglich beim sozialen Wohnungsbau werden mit der öffentlichen Förderung die Spielregeln des Marktes teilweise unterlaufen. Allerdings ist das Angebot preisgünstiger Wohnungen seit etwa 20 Jahren zurückgegangen, da sich der Staat zunehmend aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen hat und bestehende Mietpreis- und Belegungsbindungen für den Wohnungsbestand nach und nach ausgelaufen sind.

Die Abwärtsspirale in den städtischen Quartieren ist neben sinkenden Einkommen und Arbeitslosigkeit auch gekennzeichnet durch belastete Nachbarschaften, eingeschränkte Infrastrukturausstattung und Verwahrlosungstendenzen, die im öffentlichen Raum sichtbar werden. Die Negativentwicklung führt zu einer Stigmatisierung der Wohngebiete und dazu, dass besser situierte Familien, die noch in den Siedlungen wohnen, sich nach alternativen Wohnstandorten umsehen. Während ab den 1960er Jahren zunächst Suburbanisierungsprozesse einsetzten und wohlhabende Familien aus Stadtquartieren in das Eigenheim vor den Toren der Stadt zogen, war seit Beginn der 1980er Jahre in den Städten bereits ein gegenläufiger Trend mit zunehmenden Bevölkerungszahlen in den Kernstädten zu beobachten. Durch die Aufwertung (Gentrifizierung) von innerstädtischem Wohnraum kam es zu erhöhter Nachfrage und teilweise zur Verdrängung von unteren Einkommensgruppen aus einzelnen sanierten Stadtquartieren. Eine derartige soziale Entmischung kann für die einkommensschwachen Haushalte dazu führen, dass positive Rollenbilder wegfallen, eine „Kultur der Armut“ Integrationschancen erschwert und negative Kontexteffekte des Quartiers die Bewohner zusätzlich belasten und benachteiligen. Auch im Bildungsbereich, z.B. in den Schulen, zeigen sich Ausgrenzungsphänomene darin, dass Schüler aus bildungsferneren Familien unter sich bleiben.

Die Diskussion um zunehmende Segregationstendenzen in deutschen Großstädten führte schnell zu der Frage, wie diesen Negativentwicklungen entgegengewirkt werden kann. Bis in die 1970er Jahre hinein bedeutete Stadterneuerung zuerst den Ausbau von Infrastruktur im Verkehrssektor und die Sanierung von Flächen. Auch danach war die klassische Stadtentwicklung und Stadterneuerung lange gekennzeichnet durch ein deutliches Übergewicht baulich-investiver Maßnahmen. Spezielle Länderprogramme in Nordrhein-Westfalen und Ham-

burg, die zu Beginn der 1990er Jahre die soziale Stadtentwicklung stärker in den Mittelpunkt rückten, können als Vorläuferprogramm der „Sozialen Stadt“ bezeichnet werden. 1996 wurde die Ausweitung der Städtebauförderung offiziell von der Ministerkonferenz für Bau- und Städtewesen vorgeschlagen, um die von einer Negativspirale betroffenen Stadtteile in ihrer Entwicklung zu stabilisieren. Aufgegriffen wurde diese Empfehlung schließlich 1999 von der neuen Bundesregierung.

Programmumfang und -inhalte

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Länder wurde 1999 von der rot-grünen Bundesregierung als eigene Programmkomponente der Städtebauförderung und als Leitprogramm für eine integrierte soziale Stadtentwicklung mit dem Ziel aufgelegt, wachsenden sozialräumlichen Segregationstendenzen in deutschen Städten entgegenzuwirken, die Negativentwicklung von neuer Armut in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen zu verbessern.

Das Programm startete 1999 mit 161 Stadtteilen in 124 Gemeinden, 2010 waren es nach Angaben des Ministeriums bereits 603 Gebiete in 375 Gemeinden. Es sieht eine Drittfinanzierung jeweils von Bund, Land und Kommune vor, wobei die zur Verfügung stehenden Mittel gewichtet nach Einwohner- und Arbeitslosenanteilen auf die Bundesländer verteilt werden. Bis einschließlich 2009 wurden rund 2,7 Milliarden Euro für die beteiligten Programmgebiete bereitgestellt. Während für das Haushaltsjahr 2010 für die „Soziale Stadt“ vom Bund noch Finanzhilfen in Höhe von rund 95 Mio. Euro bewilligt wurden, erfolgte für das Programmjahr 2011 eine Kürzung um 70 % auf 28,5 Mio. Euro. Eine Änderung in 2011 betrifft auch die Verwendung der Mittel. Seit 2006 konnten die Mittel des Bundes auch für Modellvorhaben mit sozial-integrativen Zielsetzungen eingesetzt werden. Diese Möglichkeit hatte das Ministerium für Maßnahmen im Bereich Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie angeboten¹⁶. Bis 2009 wurden in 311 Gebieten Modellvorhaben durchgeführt. Diese wurden mit dem Beschluss des Bundestages zum Bundeshaushalt 2011 im Zuge der Mittelkürzungen ebenfalls gestrichen.

In Niedersachsen wurden nach Angaben der NBank bisher 34 Stadt- und Ortsteile in das Programm aufgenommen. 2011 befinden sich lt. Nds. Sozialministerium noch 31 Gesamtmaßnahmen mit einem Fördermittelbedarf für investive Maßnahmen von rund 100 Mio. Euro in der Programmförderung. Da das Land sich nicht an der Finanzierung der sozial-integrativen Modellvorhaben beteiligte, haben die aktuellen Streichungen in Niedersachsen keine unmittelbaren Auswirkungen auf soziale Projekte.

¹⁶ Vgl. Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2010, S.9.

Inhaltlich reagierte das Programm auf die vielfältigen Problemlagen in den Städten mit einem Ansatz zur integrierten Stadtentwicklung, der die Umsetzung von baulich-investiven und nicht-investiven Maßnahmen zur Stabilisierung der Gebiete vorsah. Unterschieden wurde zwischen inhaltlichen und instrumentell-strategischen Handlungsfeldern, wobei letztere als erforderlich für die Umsetzung der Maßnahmen angesehen werden. Konkret wurde in der Verwaltungsvereinbarung festgelegt, dass Maßnahmen in den Feldern Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung, Wertschöpfung im Gebiet, Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur, Schule und Bildung, Gesundheitsförderung, Umwelt und Verkehr, Stadtteilkultur, Sport und Freizeit, Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen, Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung, Wohnumfeld und öffentlicher Raum sowie Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit angesiedelt sein sollten. Die Vielzahl der Felder ist für die umsetzenden Kommunen als Katalog anzusehen, aus dem heraus vor dem Hintergrund der spezifischen Problemlagen Schwerpunkte gebildet werden können. Als instrumentell-strategische Handlungsfelder wurden Integrierte Entwicklungs- bzw. Handlungskonzepte, Gebietsbezug, Ressourcenbündelung, Quartiermanagement, Aktivierung und Beteiligung, Evaluierung und Monitoring genannt.

Ausführlicher geht der „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘“ der Bauministerkonferenz (ehemals ARGEBAU) auf Ziele, Handlungsfelder und Umsetzungsvorschläge ein. In der dritten überarbeiteten Fassung aus dem Jahr 2005 heißt es vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen, dass die Themen „Integration und die Förderung des Zusammenlebens in den Quartieren, die Verbesserung des Bildungsangebotes in den Quartieren oder des Zugangs zu Bildungsangeboten [...] und die Gesundheitsförderung an Bedeutung gewinnen“. Hingewiesen wird darauf, dass zur Zielerreichung die Bündelung aller vorhandenen Ressourcen notwendig ist und Anreize für eine verbesserte Kooperation verschiedener Ressorts gesetzt werden sollen. Der Städtebauförderung als Investitionsprogramm wird mit ihren Merkmalen des Gebietsbezuges und der Förderung der Gesamtmaßnahme eine „bedeutende Klammerfunktion für die Einbindung anderer Programme“ und „eine Steuerungs- und Scharnierfunktion für die gesamte Quartiersentwicklung“ zugeschrieben (Leitfaden S.13). Damit war das Programm „Soziale Stadt“ von Beginn an darauf angelegt, dass von den verantwortlichen Akteuren in den Kommunen weitere Fördermittel in die Gebiete besonders für die zentralen nicht-investiven Maßnahmen gelenkt werden. Zu diesem Zweck wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Partnerprogramme aufgelegt, die sich zunächst ausschließlich auf die Fördergebiete der „Sozialen Stadt“ bezogen. Dazu gehörten die bereits ausgelaufenen Programme „Entwicklung junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ und „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“. Aktuell noch laufende Programme sind STÄRKEN vor Ort sowie „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“. Mit Ausnahme des erstgenannten Förderprogramms wurden/werden die genannten Programme in Belm umgesetzt und trugen/tragen wesentlich dazu bei, die zu Beginn der Sanierung formulierten Ziele anzugehen und zu erreichen.

Territorialer Programmansatz

Der territoriale Programmansatz der „Sozialen Stadt“ macht für die beteiligten Kommunen eine räumliche Abgrenzung des Fördergebietes auf der Basis städtebaulicher und sozialräumlicher Voruntersuchungen notwendig. Im Leitfaden wird darauf hingewiesen, dass die dazu notwendige Auswahl „in einem transparenten Verfahren“ geregelt werden soll und durch das „zuständige Vertretungsorgan“ zu beschließen ist. Dass ein ausgewähltes Fördergebiet nicht zwangsläufig mit dem Begriff „Quartier“ gleichgesetzt werden kann, wird nicht thematisiert.

Die im weiteren Verlauf dieses Berichtes verwendeten Begriffe wie Sanierungs- oder Fördergebiet beziehen sich daher ausschließlich auf die durch das Programm festgelegte räumliche Perspektive. Demgegenüber stehen Begriffe wie z.B. „Quartier“, die sich stärker an der Lebenswelt, der Art der Identifikation und den sozialen Interaktionen der dortigen Bewohner orientieren. Quartiere sind nicht durch Verwaltungshandeln abgegrenzte „starre“ Gebilde, sondern sind gekennzeichnet durch ebenso veränderbare Handlungsradien und Raumwahrnehmungen, die von den dort agierenden Akteuren ausgehen und sich naturgemäß nicht an formal gezogenen Grenzen festgelegter Sozialräume orientieren¹⁷. Für die mit der Programmumsetzung „vor Ort“ beauftragten Personen bedeutet die über das definierte Programmgebiet hinausgehende Quartiersperspektive, flexible Grenzen und Prozesse zu erkennen und entsprechende Erkenntnisse in die Entwicklung von integrierten Konzepten einfließen zu lassen.

2.6 Rahmenbedingungen kommunaler Integrationspolitik

Die Frage, was unter dem häufig verwendeten Begriff der Integration verstanden wird, bedarf vor der im 3. Kapitel vorgenommenen ausführlichen Beschreibung der Programmumsetzung ebenfalls einer grundsätzlichen Erläuterung. Im Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative der „Sozialen Stadt“ gibt es wenig direkte Hinweise, allerdings zielen die aufgeführten Inhalte der verschiedenen Handlungsfelder in diese Richtung. Den in den betroffenen Stadtteilen lebenden Personen werden eine „sehr begrenzte ökonomische Leistungsfähigkeit und geringes Integrationsvermögen“ attestiert. Dabei wird Arbeitslosigkeit als „zentrale Ursache für Armut und Ausgrenzung“ angesehen. Die Quartierentwicklungsprozesse sollen daher darauf abzielen, die Lebensbedingungen und -chancen der Menschen zu verbessern und die Sozialstruktur zu stabilisieren. Da die soziale Integration der Menschen in diesen Quartieren „zum Erliegen gekommen“ sei, wird als wesentliche Aufgaben einer erfolgreichen Quartiersentwicklung genannt, das eigenständige Stadtleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen und das Zusammenleben im Quartier zu fördern. Auch sollen die Bewohner motiviert werden, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. Darüber hinaus wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, Ergänzungen in der sozialen Infrastruktur vorzunehmen, um den sozialen Ausgleich zu befördern.

¹⁷ Vgl. Thomas Franke (2011): Raumorientiertes Verwaltungshandeln und integrierte Quartiersentwicklung. Wiesbaden.

Die beschriebenen Aufgaben und Ziele in den verschiedenen Handlungsfeldern zielen bereits ab auf das, was in der Migrationsforschung als Grad der gesellschaftlichen Integration gefasst wird. Dabei geht es im Kern darum, inwieweit den Migranten (bzw. Stadtteilbewohnern) die Teilhabe an grundlegenden gesellschaftlichen Bereichen, die für eine selbstständige Lebensführung von Bedeutung sind, gelingt. Dazu gehört insbesondere der Zugang zu angemessen entlohnter Arbeit sowie zu Erziehung und Ausbildung. Diese Teilbereiche stehen zusammen mit einer stabilen Familiensituation im Zentrum sozialer Integration und sind häufig Voraussetzung dafür, dass auch der Zugang zu Wohnung, Gesundheit, Recht, Politik, Massenmedien und Religion gelingen kann. Damit werden Erfolge und Misserfolge von Integration auf der einen Seite bestimmt durch Einsatz, Fertigkeiten, Verhaltensmuster und Leistungsfähigkeit der Migranten selbst sowie auf der anderen Seite von den Bedingungen, Anforderungen, Bereitschaften und Zugangsmöglichkeiten, die sie in der Aufnahmegesellschaft vorfinden. Klar wird dabei, dass sich z.B. der Erfolg von Integration nicht politisch verordnen lässt. Integration entsteht in den empirischen Realitäten der sozialen, sozioökonomischen und politisch-administrativen Felder der Gesellschaft, wie z.B. in Betrieben, Schulen, Verwaltungen oder politischen Gremien/Parteien, und hängt auch mit deren Teilnahmebedingungen zusammen. Gleichzeitig muss einkalkuliert werden, dass eine chancenvergleichbare Teilhabe auch scheitern kann, weil die dort bestehenden sozialen Bedingungen den Zugriff der Migranten auf wichtige Ressourcen wie Erwerbstätigkeit, Einkommen oder Bildung behindern. In diesem Zusammenhang kann Kommunalpolitik die Rahmenbedingungen gestalten und die Zugänge zu den genannten Bereichen fördern, in dem z.B. Ressourcen für die Organisation erfolgreichen Lernens bereit gestellt werden oder mit passgenauen Qualifizierungsangeboten die Integration in den Arbeitsmarkt gefördert wird.

Im 2007 von der Bundesregierung vorgestellten Nationalen Integrationsplan¹⁸, der den Anspruch erhebt, die Integrationsinitiativen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Bürgergesellschaft erstmalig auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen, wird darauf verwiesen, dass der Integration als Querschnittsaufgabe eine hohe kommunalpolitische Bedeutung zukommt und als ressortübergreifende Aufgabe nach Möglichkeit in der Verwaltung verankert werden soll. Aus einer derartigen Struktur heraus können geeignete Integrationsstrategien entwickelt und fortgeschrieben werden. Wenn vor dem Hintergrund des Bedeutungszuwachses und einer gestiegenen Anerkennung für die „Integration vor Ort“ den Kommunen die Rolle des Moderators für die soziale Integration zugeschrieben wird, darf gleichzeitig aber nicht übersehen werden, dass Integrationsprozesse auch maßgeblich von nationalen und globalen Entwicklungen abhängen, die auf lokaler Maßstabsebene nicht beeinflusst werden können. Für die Sanierungsgeschichte in Belm, die im folgenden Kapitel ausführlich dargestellt wird, ist dieser Zusammenhang ebenfalls wichtig.

¹⁸ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan. Berlin.

3 Soziale Stadt Belm-Powe (2000-2010)

Mit Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ im Jahr 2000 hat sich die Gemeinde einem neuen Aufgabenfeld geöffnet. Das Programm hat zur Vorgabe gemacht, dass neben der notwendigen städtebaulichen Umgestaltung auch zwingend Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration der Bewohner in die Gemeinde im Fokus stehen. Gemeint sind im Kern die Teilnahme und Teilhabe am Gemeindeleben, dem Bildungsangebot und dem Arbeitsmarkt. Der Ansatz der integrierten Quartiersentwicklung als Kopplung investiver und nicht-investiver Maßnahmen war für die Gemeinde neu zu organisieren. In einem ersten Schritt mussten die planerischen Grundlagen geschaffen werden: der städtebauliche und der soziale Rahmenplan als Orientierungsrahmen für die auf die lokale Situation angepasste Programmumsetzung. Mit der Erstellung des städtebaulichen Rahmenplans beauftragte die Gemeinde nach Ausschreibung die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) aus dem Planungsbüro Hahm und dem Architekturbüro Dr. Ahrens und Pörtner (siehe Kap. 2.2.1). Bezüglich des sozialen Rahmenplans sprachen die Verantwortlichen der Gemeinde Dr. Dirk Heuwinkel an, der bereits am IES in die vorbereitenden Untersuchungen eingebunden war und mittlerweile ins Referat für Strategische Planung und Landkreisentwicklung zum Landkreis Osnabrück gewechselt war. Auf seine Empfehlung hin und die der BauBeCon als Sanierungsträger nahm die Gemeinde 2000 die Zusammenarbeit mit dem Sozialgeographen und Regionalforscher Prof. Dr. Hans-Joachim Wenzel auf, der am damaligen Fachgebiet Geographie und am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück tätig war. Dieser erhielt den Auftrag, für die Gemeinde eine Sozialraumanalyse durchzuführen und den sozialen Rahmenplan zu entwickeln. Seine Arbeitsgruppe, zu der die Mitarbeiter Fred Anders und Dagmar Bode gehörten, trug vorhandene Daten zusammen und erhob aktuelle Daten zur baulichen und sozialen Struktur in der Siedlung. Parallel entwickelten die Gemeinde, die Treuhändergesellschaft und der Sanierungsträger BauBeCon GmbH zusammen mit Prof. Wenzel ein Konzept für ein Quartiermanagement, mit dessen Leitung und Durchführung Prof. Wenzel im März 2001 beauftragt wurde. Die bereits an der Erstellung des sozialen Rahmenplans beteiligten Mitarbeiter erhielten Mitte 2001 am Fachgebiet Geographie Verträge als Quartiermanager mit den Arbeitsstandorten Universität und Stadtteilbüro in Belm, das bereits im März 2001 eingerichtet wurde. Seitdem gab es mehrere Personalwechsel. Im QM übernahm Christine Niebuhr die Aufgaben von Dagmar Bode; ihr folgte 2008 Stefanie Fischer. Ebenfalls 2008 übergab Prof. Wenzel die Leitung des Projekts an den neu ans Institut für Geographie und ans IMIS berufenen Sozialgeographen und Migrationsforscher Prof. Dr. Andreas Pott.

In den folgenden Kapiteln werden die analytischen Instrumente zur Erfassung und Beobachtung der soziostrukturellen Entwicklung sowie die institutionelle Anbindung und Umsetzung der Quartiersentwicklung vorgestellt.

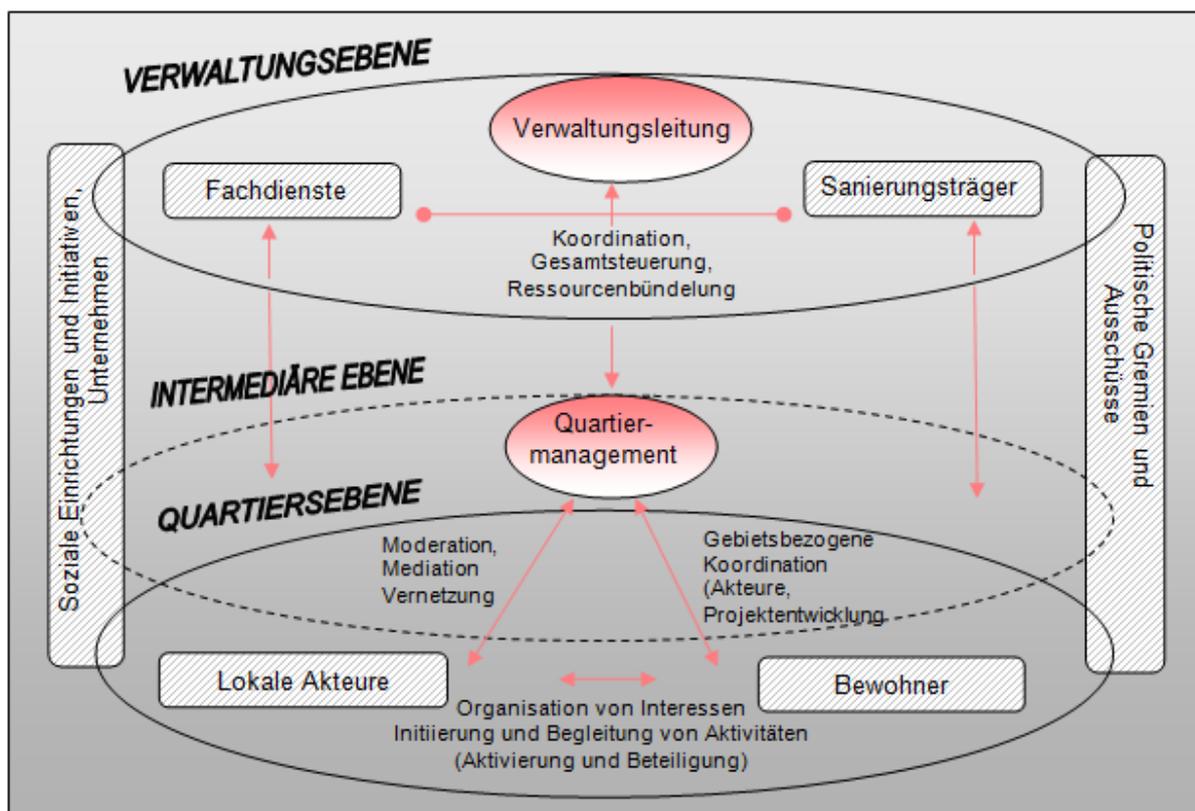
3.1 Organisationsstruktur und Arbeitsabläufe

3.1.1 Anbindung der Integrierten Quartiersentwicklung auf Verwaltungsebene

Ansprechpartner und Koordinator der Programmumsetzung „Soziale Stadt“ in Belm ist seit Beginn der Erste Gemeinderat. Somit ist sichergestellt, dass die Verwaltungsleitung ressortübergreifend jeden Schritt begleitet und auch eine enge Abstimmung mit den politischen Entscheidungsträgern stattfindet. Zusätzlich zu dieser Verantwortlichkeit hat der Erste Gemeinderat auch die Zuständigkeit als Integrationsbeauftragter in der Gemeinde übernommen. Dadurch ist er eingebunden in das Netzwerk der Integrationsbeauftragten auf regionaler, Landes- und Bundesebene und steht hierüber, Integrationsfragen betreffend, im Informationsaustausch über Erkenntnisse, Maßnahmen, Programme und deren Durchführung. Somit ist die Bearbeitung der wesentlichen Aufgaben und Informationen im Rahmen der Sozialen Stadt in den Händen des Ersten Gemeinderats zusammengeführt und die integrierte Quartiersentwicklung wird zur Chefsache erhoben. Mit der Zusammenführung auf höchster Verwaltungsebene ist ebenso der Erkenntnis Rechnung getragen, dass der Ansatz innerhalb der Verwaltung eine Querschnittsaufgabe darstellt. Insbesondere sei darauf verwiesen, dass die soziale Integration der Bewohner die Einbeziehung fast aller Ressorts erfordert.

Zur Organisation von Beteiligungs- und Abstimmungsprozessen im Verfahren werden die Themen in bereits bestehenden Gremien und Ausschüssen auf Gemeindeebene durch Fachvertreter vorgetragen; weitere Gremien wurden programmgebunden neu gegründet. Der institutionelle Aufbau von Beteiligungs- und Abstimmungsprozessen im Rahmen der Sozialen Stadt (Abb. 16) lässt erkennen, dass zwischen der Verwaltungs- und der Quartiersebene eine intermediäre Ebene eingezogen wurde, auf der die Kooperation mit dem Institut für Geographie/IMIS in der Sozialen Stadtentwicklung und dem QM angesiedelt ist.

Abb. 16: Institutionelle Organisation der integrierten Quartiersentwicklung in Belm



Quelle: Quartiermanagement

Der Erste Gemeinderat lädt zu regelmäßigen Treffen der Steuerungsrunde ein, in denen er mit Vertretern des Sanierungsträgers BauBeCon, dem Fachdienst Planen und Bauen und dem QM zusammentritt. Hier werden alle investiven und nicht-investiven Maßnahmen im Rahmen der Programmumsetzung sowie die Öffentlichkeitsarbeit inhaltlich und finanziell abgestimmt. Der Fachdienst Ordnung und Soziales ist nicht ständig, sondern themenbezogen in der Steuerungsrunde vertreten. Seit 2010 ist die Fachdienstleiterin jedoch deutlich häufiger in den Sitzungen anwesend, da sie die Koordinierung des ESF-Programms STÄRKEN vor Ort vom Ersten Gemeinderat übernommen hat, das zurzeit die wichtigste Finanzierungsquelle für soziale Projekte im Rahmen der Sozialen Stadt darstellt. Die sozialen Fragen sieht der Erste Gemeinderat durch sich selbst in der Steuerungsrunde vertreten, sodass von einer ständigen Mitgliedschaft des Fachdienstes abgesehen wurde.

Fragen des Sanierungsverfahrens werden in zwei Arten von Gremien erörtert. Zum einen beschäftigen sich der Rat und die politischen Gremien und Ausschüsse mit Teilfragen von Planung und Finanzierung. Zum anderen wurde ein Sanierungsbeirat eingerichtet, der einmal im Quartal zusammentritt. In ihm sind, neben Vertretern der Fraktionen, die Fachdienste Planen und Bauen sowie Soziales, das QM und gewählte Vertreter von Vereinen und Bewohnern versammelt. Ergänzend laden die Gemeinde und das QM halbjährlich zu einem öffentlichen Sanierungsforum ein, das Bewohnern die Gelegenheit zum direkten Austausch mit dem

Sanierungsbeirat bietet. Auf Vorschlag des QM wurde der Name 2010 in Bürgerforum geändert, um ein Signal der Öffnung des Diskussionsprozesses für alle interessierten Bürger, unabhängig von den Grenzen des Programmgebiets, zu senden.

Da in Niedersachsen nicht-investive Maßnahmen nicht Bestandteil der Städtebauförderung sind, sind die Einrichtungen in Belm für die Durchführung von sozialen Maßnahmen darauf angewiesen, Mittel aus anderen Förderprogrammen einzuwerben. Das bereits angesprochene ESF-Bundesprogramm STÄRKEN vor Ort ergänzt das Programm „Soziale Stadt“ seit 2009 mit Mitteln für Mikroprojekte zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Frauen. Dem voran ging das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ von 2004 bis 2008. Um die Fördersumme von jährlich €100.000 bewirbt sich die Gemeinde. Die Vergabe der Mittel wird von der Lokalen Koordinierungsstelle innerhalb der Verwaltung verwaltet, das QM unterstützt die Koordinierungsstelle bei der Programmumsetzung. Zur Beschlussfassung tritt ein Begleitausschuss zusammen, der aus Vertretern lokaler Einrichtungen, Vereinen und Bewohnern besteht.

Die Erläuterungen zeigen, dass die Arbeitsachse zwischen Gemeindeverwaltung und QM die Programmumsetzung in Belm antreibt. Während die Gemeinde die Gesamtkoordination innehat und die investiven Maßnahmen betreut, übernimmt das QM die Programmbegleitung vor allem durch die Koordination sozialer Maßnahmen. Funktion und Aufgaben werden im Folgenden erläutert.

3.1.2 Programmbegleitung durch das Quartiermanagement

Im Konzept der integrierten Stadtteilerneuerung ist das Quartiermanagement als zentraler Bestandteil im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt vorgeschrieben. Die Gemeinde Belm übergab im März 2001 die Leitung und Durchführung des QM mit einer vertraglichen Vereinbarung an das heutige Institut für Geographie/IMIS der Universität Osnabrück. Somit hat das QM eine gewisse unabhängige Stellung gegenüber der Gemeinde und dem Sanierungsträger BauBeCon GmbH, was den Aufgaben und der Arbeitsweise entgegen kommt. Das QM agiert moderierend und beratend zwischen Bewohnern, sozialen Akteuren und Verwaltung und Politik. Es soll zu einem systematischen Aufbau von selbsttragenden und nachhaltig wirksamen Strukturen des Quartiers beitragen. Nach Programmende sollen die Institutionen der Gemeinde, die lokalen Einrichtungen und Vereine nach Möglichkeit in der Lage sein, die bisher vom QM übernommenen Aufgaben im Sinne einer durch soziale Integration geprägten Quartiersentwicklung weiterzuführen. Das QM übernimmt Verantwortung in der Zusammenführung und Vernetzung von Vereinen, Institutionen und Akteuren aus der Gemeinde. Das besondere an der Arbeit ergibt sich aus der universitären Einbindung. Das QM hat die planerischen Grundlagen unter Einbeziehung der sozialwissenschaftlichen Stadt-, Quartiers- und Migrationsforschung entworfen und entsprechende Instrumente zur Beobachtung und Erfassung der sozialen Quartiersentwicklung entwickelt. Durch die theoriegeleitete und datenbasierte Interpretation kann es Erfolg versprechende und geeignete Handlungsansät-

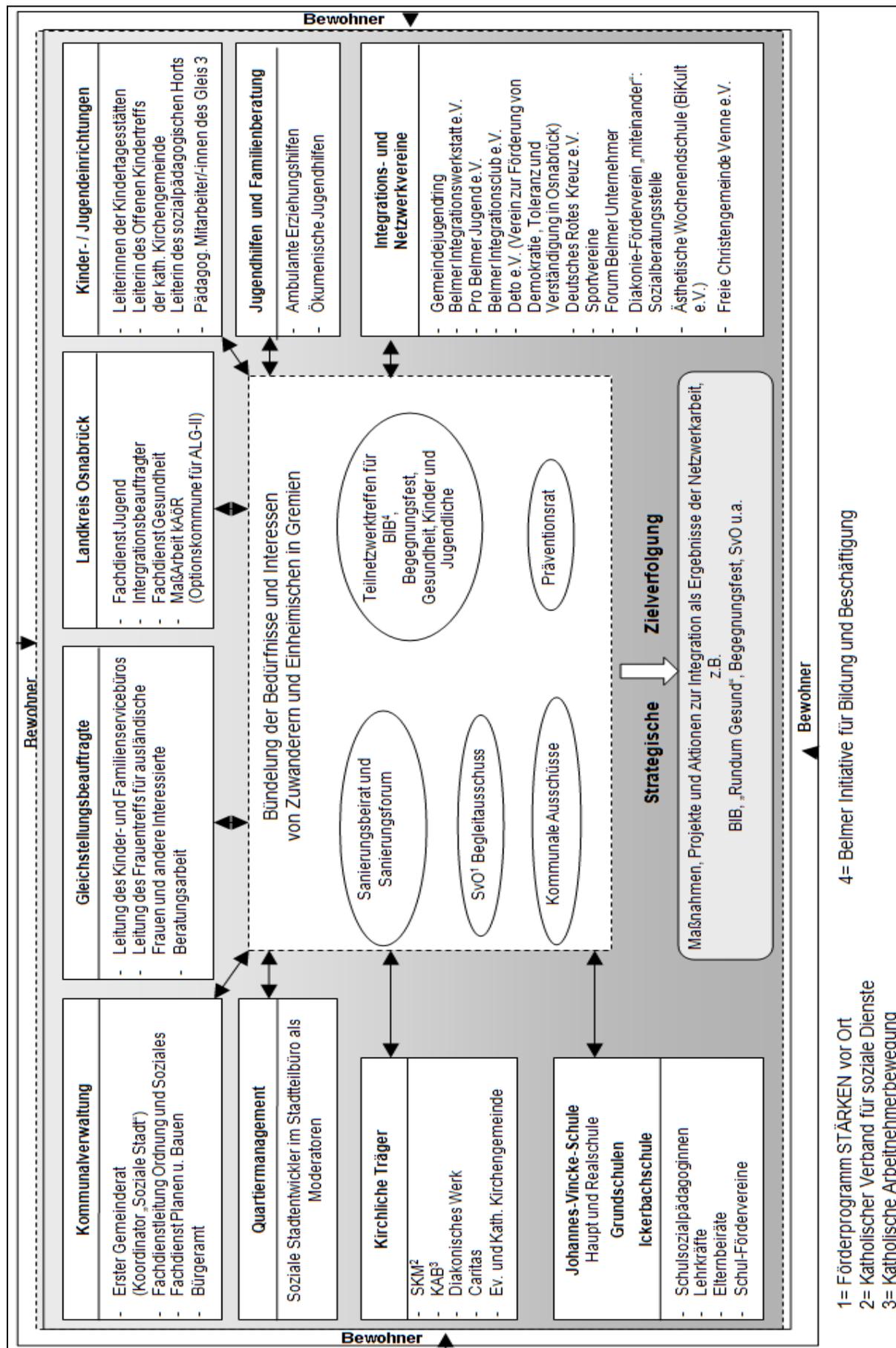
ze identifizieren und die Arbeit daran ausrichten. Unterstützung erfährt das QM dabei durch begleitende Forschungsarbeiten, die von Studierenden und Graduierten am Institut für Geographie zu verschiedenen Fragestellungen der sozialen Stadtentwicklung angefertigt worden sind.

Im Laufe der Programmumsetzung haben sich die Schwerpunkte der Arbeit des QM mit der Entwicklung des Quartiers verschoben. Die Aufgaben werden im Folgenden ausführlicher dargestellt.

Netzwerkkoordination

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt hat das QM alle Einrichtungen, Vereine und Initiativen angesprochen, deren Arbeit Auswirkungen auf die Lebenssituation der Bewohner des Quartiers haben und sie im Laufe der zehn Jahre in einem Netzwerk zusammengeführt, das von den Akteuren als das „Belmer Netzwerk“ bezeichnet wird, zum Teil mit dem Zusatz „der sozialen Akteure“, um die grundsätzliche Ausrichtung der Netzwerkpartner zu beschreiben. Das bestehende soziale Netzwerk in Belm umfasst in etwa 50 Vereine, Initiativen, Bildungs- und kommunale Einrichtungen, die zum Großteil in Belm ansässig sind, zum Teil aber auch von anderen Gemeinden oder der Stadt Osnabrück aus in Belm tätig werden. Innerhalb des Netzwerks bestehen zwischen einzelnen Akteuren mehr oder weniger regelmäßige themen- und projektbezogene Kooperationen. Aufgabe des QM ist es, die Netzwerkarbeit zu koordinieren, um alle Akteure untereinander im Kontakt zu halten und hierüber eine kontinuierliche, innovative Projektentwicklung und Umsetzung in den einzelnen Handlungsfeldern der sozialen Quartiersentwicklung zu erreichen. Die Grafik gibt einen Überblick über den Aufbau des Netzwerks und die darin organisierten Einrichtungen und Vereine (Abb. 17).

Abb. 17: Das Belmer Netzwerk der sozialen Akteure



Quelle: Quartiermanagement

Das QM organisiert seit 2009 zweimal jährlich ein großes Netzwerktreffen jeweils gemeinsam mit einer Einrichtung, die sich als Gastgeberin in ihren Räumlichkeiten den Netzwerkpartnern vorstellt. Darüber hinaus treten unterschiedliche Netzwerkpartner in verschiedenen Gremien oder Treffen zusammen, wie dem SvO-Begleitausschuss, dem Sanierungsbeirat, dem Bürgerforum und im Kontext die Vorbereitungstreffen für das Begegnungsfest. Das QM ist in allen genannten Gremien vertreten, bereitet sie in Abstimmung mit dem Ersten Gemeinderat vor und übernimmt zum Teil die Moderation und Nachbereitung. Zur Verbesserung der Netzwerkarbeit wurden die professionellen und die ehrenamtlichen Netzwerkakteure in Belm zwischen Oktober 2009 und November 2010 zu vier Workshops eingeladen. Die Moderation wurde von einem externen Team übernommen. Aus diesem Austausch heraus ist die vom QM koordinierte Arbeitsgruppe Netzwerklogo entstanden, deren Ziel die Stärkung der Identifikation mit dem Netzwerk und die erhöhte Sichtbarkeit nach außen durch Nutzung eines gemeinsamen Logos ist. Das Ergebnis wird für 2012 erwartet.

Prozessmanagement, Programmanalyse und Evaluation

Das QM gründet die Ausrichtung seiner Ziele und Arbeitsweisen auf Ergebnissen der wissenschaftlich-analytischen und evaluativen Begleitung des Sanierungsprozesses. In diesem Rahmen führen die Quartiermanager Datenerhebungen und -fortschreibungen sowie Sozial(raum)analysen durch und fertigen Projektberichte und Protokolle an. Die Ergebnisse fassen sie im jährlichen Zwischenbericht und in der jährlichen Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts zusammen und leiten aus der Interpretation der Entwicklungen Handlungsbedarfe ab. In der oben beschriebenen Lenkungsrunde stimmen sie städtebauliche und soziale Maßnahmen aufeinander ab. Um den Prozess der sozialen Quartiersentwicklung möglichst transparent zu gestalten, Maßnahmen aufeinander abzustimmen und zu weiterführenden Ideen anzuregen, berichtet das QM regelmäßig über die Umsetzung von sozialen Projekten, Möglichkeiten zur Teilnahme an Förderprogrammen und Perspektiven der sozialen Quartiersentwicklung. Der Zwischenbericht und das Integrierte Handlungskonzept werden allgemein zugänglich auf den Internetseiten veröffentlicht, auf Anfrage stellt das QM auch Daten und Informationen themenbezogen zusammen.

Durchführung und Begleitung von Studien

Als Teil der begleitenden Programmanalyse und -evaluation führen die Quartiermanager mit studentischer Unterstützung wissenschaftliche Studien durch bzw. begleiten die Durchführung von Studienprojekten, Diplom- und Bachelorarbeiten zu Aspekten der Programmumsetzung. In den Jahren 2001 und 2006 führte das QM eine umfangliche Haushaltsbefragung innerhalb des Quartiers durch, mit dem Ziel, genauere Daten zur Sozialstruktur der Bewohnerschaft sowie zur Zufriedenheit über die Lebenssituation zu erheben. Im Jahr 2009 wurde vom QM eine Befragung innerhalb der Belmer Bevölkerung zur Wahrnehmung des Quartiers und zur Akzeptanz der Programmumsetzung Soziale Stadt vorgenommen. Eine im Frühjahr 2011 durchgeführte Studie, die das QM gemeinsam mit einer Dozentin des Instituts für Geo-

graphie konzipierte, hat die Dichte und die Intensität der Zusammenarbeit von 40 zentralen Akteuren des Belmer Netzwerkes untersucht. Alle durchgeführten und begleitenden Studien sind im Anhang einzeln aufgeführt.

Zusätzlich führte das QM im Auftrag der Gemeinde im Zeitraum von Januar 2007 bis Juni 2008 im Rahmen eines INTERREG-IIIa-Projektes gemeinsam mit der Stadt Münster, der Gemeinde Almelo (NL) und dem Bildungsträger ROC van Twente eine Untersuchung durch, die den sozialen Ertrag von Investitionen in „weichen“ Feldern misst, wie z.B. der Arbeitsmarktintegration von Migranten. Unter fachlicher Anleitung untersuchten die Quartiermanager die Arbeit in der Belmer Integrationswerkstatt mit der Messmethode „Social Return on Investment“ (SROI) mit dem Ziel, den sozialen Erfolg von Maßnahmen in der Einrichtung v.a. den Geldgebern und politisch Verantwortlichen gegenüber messbar und transparent zu machen. Als Fortsetzung der Arbeit im Rahmen des INTERREG-III-A Projektes beteiligte sich das QM 2009 an der Auftaktveranstaltung zum Aufbau eines bundesweiten Netzwerkes zur Etablierung der Messmethode SROI.

Imagebildung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Gemeinde Belm hat in der Öffentlichkeit mit einem überwiegend negativen Image zu kämpfen. Dieses entstand ab Mitte der 1990er Jahre durch die zunehmenden sozialen Probleme im späteren Sanierungsgebiet und die sich darauf beziehende lokale Presseberichterstattung. Die häufige Darstellung von Negativereignissen bezog sich in erster Linie auf die große Gruppe der Zuwanderer, insbesondere auf die in ihrer Orientierungslosigkeit oft verhaltensauffälligen Jugendlichen. Eine Aufgabe des QM ist es, die positiven Entwicklungen und das veränderte Erscheinungsbild des Quartiers in der Öffentlichkeit hervorzuheben und das negative Image zu verändern. Hierzu nutzt das QM unterschiedliche Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit. Zur lokalen Presse pflegt es einen regelmäßigen Kontakt. Pressemitteilungen und Pressetermine finden in hohem Maße Beachtung, insbesondere in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* und im Anzeigenblatt *Belm hautnah*. Ergänzend ist das QM verantwortlich für Redaktion und Herausgabe von jährlich zwei Ausgaben der Stadtteilzeitung „*Wir in Belm*“, die kostenlos an alle Haushalte in der Gemeinde verteilt werden, sowie eine Sonderausgabe über Mikroprojekte, die mit Mitteln von ESF-Bundes-Programmen gefördert wurden. Das QM pflegt darüber hinaus den Internetauftritt der Sozialen Stadt Belm und der lokalen Umsetzung der genannten Förderprogramme. Die durchgeführte Studie zur Akzeptanz der Programmumsetzung in der Belmer Bevölkerung ergab, dass die Pressearbeit und insbesondere die Stadtteilzeitung in hohem Maße wahrgenommen werden und die hauptsächliche Informationsquelle über das Quartier und das Städtebauförderungsprogramm sind.

Eine besondere Image bildende Maßnahme ist das vom QM organisierte Begegnungsfest, das einmal im Jahr für einen Nachmittag auf dem Stettiner Platz unter dem Namen „Power in Powe – Ein Fest für alle“ stattfindet. Auf dieser Veranstaltung kooperiert das QM mit rund 30 Vereinen, Einrichtungen und Gruppen, zum überwiegenden Teil zugehörig zum Belmer

Netzwerk, zum Zwecke der Gestaltung eines Aktionsprogramms und des kulinarischen Angebots sowie eines Programms auf mittlerweile zwei Bühnen. Mehr als ein Drittel der Kosten werden durch Sponsorengelder finanziert, die das QM im Vorfeld des Festes akquiriert. Im Laufe der Jahre hat sich das Begegnungsfest zu einem Publikumsmagneten entwickelt, das nicht nur Bewohner Belms sondern auch Besucher aus der Region ins Quartier lockt. Zuletzt lag die geschätzte Besucherzahl bei über 500. Als Werbemaßnahme für das Fest gestaltet das QM Flyer und Plakate, die in den Wochen vor dem Fest an zentralen Punkten ausgehängt und verteilt werden. Das QM organisiert ebenfalls die Öffentlichkeitsarbeit rund um das Begegnungsfest, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf das integrative Ereignis zu lenken.

Fördermittelakquise

Da in Niedersachsen nicht-investive Maßnahmen kein Bestandteil der Städtebauförderung sind, ist das QM ebenso wie die lokalen Einrichtungen für die Durchführung von sozialen Maßnahmen darauf angewiesen, Mittel aus anderen, z.T. komplementär aufgelegten Förderprogrammen einzuwerben. Das QM übernahm, in Abstimmung mit der lokalen Koordinierungsstelle und den sozialen Akteuren aus der Gemeinde, die Erarbeitung und jährliche Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans für die ESF-Bundes-Programme „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ und STÄRKEN vor Ort mit einem jährlichen Fördervolumen von 100.000 €. In Projekten aus weiteren, an das Städtebauförderungsprogramm angegliederten Bundesförderprogrammen, wie das Projekt Arbeits- und Integrationsnetzwerk Belm (2007-2008) und Belmer Initiative für Bildung und Beschäftigung (2009 bis 2012), ist das QM Kooperationspartner. Für das Begegnungsfest werben die Quartiermanager jährlich Sponsorengelder in Höhe eines Drittels bis der Hälfte des Kostenrahmens ein, was eine entscheidende Säule für die Finanzierung des Festes darstellt. Für die WenDo- und Selbstbehauptungskurse an zwei Belmer Grundschulen akquiriert das QM seit 2002 jährlich Fördergelder zur Unterstützung der Schulfördervereine von der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Osnabrück und dem Belmer Präventionsrat. Verschärfte Förderkriterien erschwerten in den letzten Jahren die Akquise von Geldern. Der Trend zur Ausschreibung von Programmen mit einem hohen Finanzvolumen und einem notwendigem Eigenanteil seitens der Träger benachteiligt kleine Kommunen und kleine Träger wie in Belm. Aufgrund überlasteter kommunaler Haushalte und der begrenzten Laufzeit des Programms „Soziale Stadt“ ist erfolgreiches Fundraising für die erfolgreiche Arbeit der sozialen Akteure aber von großer Bedeutung. Ab 2012 wird sich die Lage verschärfen, da von Seiten des BMVBS bislang keine Verlängerung von STÄRKEN vor Ort oder ein Nachfolgeprogramm in Aussicht gestellt wurde.

Für kleinere Maßnahmen der Aktivierung oder Projektunterstützung stattet die Gemeinde Belm einen Verfügungsfonds mit einer jährlichen Summe von 2.500 € aus, über die das Quartiermanagement verfügt.

Projektmanagement/Projektcoaching

Das QM initiiert und begleitet soziale Projekte in enger Abstimmung mit den Akteuren des Netzwerks, übernimmt aber nur in wenigen Fällen die Federführung bei der Durchführung der Projekte. Vielmehr sind die Quartiermanager z.B. beratend tätig, wenn für die Umsetzung von Projekten aus Förderprogrammen Zielsysteme und Indikatoren entwickelt werden müssen. Zudem bieten sie im Projektmanagement Hilfe zur Selbsthilfe: Sie unterstützen Akteure bei einer professionellen Umsetzung der Projekte, z.B. bei der Übernahme von Managementaufgaben oder einer Evaluation, um einen hohen Standard und gleichzeitig Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Insbesondere unerfahrene Träger profitieren von den Beratungsleistungen des QM. Diese Leistungen erbringt es u.a. als Teil der Lokalen Koordinierungsstelle im Rahmen der ESF-Bundes-Programme „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ und STÄRKEN vor Ort in der Betreuung der Mikroprojekträger.

Aktivierung und Beteiligung

Das Programm Soziale Stadt fordert die Einbindung der Bewohner in die Umgestaltung ihres Lebensraumes und Verbesserung ihrer Lebenssituation im Sinne eines nachhaltigen Entwicklungsansatzes. Dem QM ist von der Gemeinde die Organisation der Bürgerbeteiligung übertragen worden und es fungiert daher als Schnittstelle zwischen Bewohnern und Verwaltung. Es greift Interessen, Themen und Probleme der Bewohner/innen im Gebiet auf, stößt Initiativen an bzw. organisiert diese, um die Bewohner aktiv an der Quartiersentwicklung teilhaben zu lassen. Hierzu gehören die Betreuung der Bürgerforen, die Organisation des Begegnungsfestes und der nachbarschaftlichen Zusammenkünfte und Informationsveranstaltungen sowie der Aktivitäten wie Müllsammeln und Beetpflege. Auch bietet das Quartiermanagement an zwei Tagen in der Woche Sprechzeiten im Stadtteilbüro im Quartier an.

3.2 Planerische und analytische Grundlagen

3.2.1 Städtebaulicher Rahmenplan

Die Gemeinde Belm beauftragte zu Beginn 2001 die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) des Planungsbüros Hahm GmbH und des Architekturbüros Dr. Ahrens + Pörtner mit der Aufstellung eines städtebaulichen Rahmenplans. Hierin „soll [...] der klassische Part der Planung mit der Erarbeitung baulicher und stadtgestalterischer Vorgaben erbracht werden.“¹⁹

Aufgabe des städtebaulichen Rahmenplans war es, eine – wohlgermerkt offene – Fiktion zu entwerfen, die den Zustand des Quartiers im Jahr 2010 zeigt. Sie orientiert sich u.a. an den Leitbildern der „Stadt der kurzen Wege“²⁰ und dem „Wohnen im Grünen“²¹. Für die Gemein-

¹⁹ ARGE Planungsbüro Hahm GmbH und Architekturbüro Dr. Ahrens + Pörtner (2001): Städtebaulicher Rahmenplan Belm-Powe. Belm, S. 4.

²⁰ Ebd., S. 21.

²¹ Ebd., S. 25.

de ist der Rahmenplan „die politisch beschlossene Grundlage für die Einleitung von öffentlichen sowie privaten Planungs- und Baumaßnahmen.“²² Jedoch ist er kein Arbeitsprogramm, sondern bietet ausreichend Flexibilität, um auf soziale Entwicklungen und sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können. Der städtebauliche Rahmenplan umfasst

- a) die rechtlichen Grundlagen,
- b) eine Bestandsanalyse der baulichen und flächenmäßigen Nutzungen inklusive Fotodokumentation des Ist-Bestands basierend auf Vor-Ort-Erhebungen im November 2000 samt Interviews,
- c) die Formulierung von Leitbildern und Planungseckdaten
- d) sowie die planerische Konzeption.

Leitbilder und Konzeption unterlagen der politischen Beschlussfassung. Insbesondere die Leitbilder reflektieren die vom Gemeinderat abgestimmten „Planungsrandbedingungen und konkreten Zielvorstellungen der Sanierung.“²³ Die Konzeption hingegen ist das planerische Ergebnis, das die Auftragnehmer aus der städtebaulichen Bedarfsanalyse und den zuvor formulierten Leitbildern und Zielsetzungen entwickelt haben. Beide Bereiche wurden mit der sozialen Rahmenplanung in Übereinstimmung gebracht. Eine Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplans zum 31.12.2007 liegt vor.

3.2.2 Sozialraumanalyse und Sozialer Rahmenplan

Im März 2001 begannen Dr. Heuwinkel, Prof. Wenzel und seine Mitarbeiter mit der Entwicklung des Sozialen Rahmenplans. Zentraler Bestandteil war eine Sozialraumanalyse, d.h. die grundständige Erhebung relevanter Strukturdaten im Quartier, um die soziale Ausgangslage beschreiben und davon ausgehend geeignete Handlungsoptionen entwickeln zu können. Dafür ergänzten sie die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung von 1998 durch zusätzliche Erhebungen: eine Haushaltsbefragung im Quartier, eine Bedarfserhebung zur Ganztagsbetreuung von Kindern, Interviews mit sozialen Trägern, Workshops mit politischen Entscheidungsträgern und aktuelle Gemeindestatistiken.

Der soziale Rahmenplan „legt als eine Art Werkzeug die Ausrichtung des Projektes und den Orientierungsrahmen für den ganzen Sanierungszeitraum fest sowie unterbreitet erste Handlungsvorschläge“²⁴. Er ist darauf ausgerichtet, die Mitwirkung und Mitbestimmung der Bewohner zu stärken und ihre Potenziale für den Gestaltungsprozess zu aktivieren. Wie der städtebauliche Rahmenplan ist dieses Dokument nicht als verbindliches Arbeitsprogramm zu verstehen. Der Inhalt umfasst:

²² Ebd., S. 42.

²³ Ebd., S. 21.

²⁴ Wenzel, Hans-Joachim u.a. (2001): Sozialer Rahmenplan Belm-Powe. Belm, S. 2.

- a) die Beschreibung der sozialen Problemlagen im Quartier,
- b) Darstellung der lokalen Potenziale,
- c) die Zielformulierung,
- d) die Darstellung von Handlungsstrategien und wichtigen Maßnahmen,
- e) die Einordnung der Aufgaben des Quartiermanagements
- f) sowie einen Masterplan als tabellarische Darstellung der zeitlichen Abfolge von Maßnahmen.

Aus der Analyse der Problemlagen und der Potenziale wurden fünf Oberziele als Handlungsfelder hergeleitet, auf die sich die vorgeschlagenen Handlungsstrategien und Maßnahmen beziehen.

- 1) Qualifizierung und Beschäftigung
- 2) Bürgerbeteiligung und Aktivierung
- 3) Unterstützung und Ausbau von sozialen Netzen und Nachbarschaften
- 4) Verbesserung der Betreuungs- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- 5) Quartiersmarketing und Imagebildung

Die skizzierten Ziele, Strategien und Maßnahmen sind der im politischen Konsens formulierte soziale Planungsrahmen für die Gemeindeverwaltung. Gleichzeitig umreißen sie das Tätigkeitsfeld des Quartiermanagements, das nach Auffassung der Autoren einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und Implementierung leisten soll²⁵.

Die Ziele und planerischen Konzepte bzw. Handlungsstrategien des städtebaulichen und des sozialen Rahmenplans waren als einzelne Dokumente für den Arbeitsprozess einer integrierten Quartiersentwicklung jedoch nicht ausreichend, sie wurden während der Bearbeitung miteinander harmonisiert. Daher erarbeitete Prof. Wenzel mit seinen Mitarbeitern ein Integriertes Entwicklungskonzept, das beide Maßnahmenbereiche zusammenführte. Im Rat der Gemeinde setzte sich hierfür schließlich die Bezeichnung „Integriertes Handlungskonzept“ durch.

3.2.3 Das Integrierte Handlungskonzept

Zur Operationalisierung der im städtebaulichen und sozialen Rahmenplan festgelegten Ziele und Strategien kommt ein auf jährliche Fortschreibung angelegtes Handlungskonzept zum Einsatz, das zur Lösung der komplexen Probleme zielorientierte integrierte Lösungsansätze aufzeigt. Es beinhaltet aufeinander abgestimmte soziale und städtebauliche Handlungsfelder und Maßnahmen. Das Konzept basiert auf der Vorstellung, dass die Struktur des Wohnquar-

²⁵ Vgl. ebd., S. 33.

tiers als eine entscheidende Einflussgröße bei der Lebensbewältigung angesehen werden kann und deshalb einen geeigneten Ansatzpunkt für Stabilisierungs- und Entwicklungsmaßnahmen bietet. Es gliedert sich in neun Handlungsfelder, die als Oberziele formuliert sind und die z.T. aus dem sozialen Rahmenplan übernommen wurden:

Oberziel: Beschäftigung und Qualifizierung, Lokale Ökonomie

Oberziel: Aktivierung der Bürgerbeteiligung

Oberziel: Unterstützung und Ausbau von Nachbarschaften und sozialen Netzen

Oberziel: Betreuungs- und Freizeitmöglichkeiten / Verbesserung der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen

Oberziel: Verbesserung der Lebenssituation von Frauen

Oberziel: Wohn- und Wohnumfeldverbesserungen

Oberziel: Neuordnung und Verbesserung der Verkehrsstruktur

Oberziel: Verknüpfung des Sanierungsgebietes mit den angrenzenden Gemeindeteilen

Oberziel: Quartiersmarketing und Imagebildung

Jedes Handlungsfeld unterteilt sich in Maßnahmen und Projekte, weitere damit verbundene Ziele (Mehrzielstruktur), ausführende bzw. potenzielle Träger und Beteiligte sowie angestrebte bzw. bereits vorgenommene Finanzierungen und Förderungen. Gemeinde und Quartiermanagement schreiben in das Integrierte Handlungskonzept Maßnahmen und Projekte aus eigener Kenntnis und Überlegung und solche der vor Ort tätigen Einrichtungen und Vereine, die sie in Rücksprache mit dem Sanierungsbeirat als sinnvoll für die in den Rahmplänen definierten Ziele bewerten. Maßnahmen und Projekte sind als gut begründete Vorschläge zu verstehen. Da Planung einen Prozess darstellt, sind während einzelner Phasen Veränderungen und situationsspezifische Anpassungen möglich. Insgesamt gibt das Handlungskonzept den Rahmen vor, in dem die Akteure im Verlauf der Programmumsetzung verschiedene Aktivitäten unterstützen und durchführen sollen und durch das die Lebensbedingungen der Menschen im Quartier verbessert werden können. Durch einstimmige Beschlüsse in Sanierungsbeirat und Gemeinderat besitzt das Konzept auch die notwendige Legitimation durch die politischen Gremien.

3.3 Entwicklung des Quartiers

3.3.1 Bauliche Strukturen und deren Veränderung

Die im städtebaulichen Rahmenplan aufgeführten maßgeblichen Problemlagen in der 16,8 ha großen ehemaligen NATO-Siedlung²⁶ beziehen sich zunächst auf die ortsfremde Bauweise (Hochhäuser) und die mangelhafte Gebäudesubstanz. Darüber hinaus werden fehlende Fuß- und Radwegeverknüpfungen innerhalb des Gebietes und zu benachbarten Bereichen sowie ein Mangel an Freiräumen mit Verweilqualitäten genannt. Für Fußgänger und Radfahrer wird ein erhebliches Gefährdungspotenzial darin gesehen, dass die vorhandenen Verkehrsflächen in erster Linie am Kraftfahrzeugverkehr ausgerichtet sind. Ausgehend von diesen städtebaulichen Defiziten wurden im Rahmenplan drei Ziele bzw. Handlungsfelder formuliert, die anschließend in das integrierte Handlungskonzept übernommen wurden: Wohn- und Wohnumfeldverbesserungen, Neuordnung und Verbesserung der Verkehrsstruktur und die Verknüpfung des Sanierungsgebietes mit den angrenzenden Gemeindeteilen. Die seit Beginn der Sanierung geplanten und umgesetzten baulichen Maßnahmen konzentrierten sich auf diese Bereiche.

Wohn- und Wohnumfeldverbesserungen

Wo zuvor noch zwei alte Container und eine abgängige Bühnenkonstruktion das Bild des Jugendtreffs prägten, ist 2002 ein neues Jugendzentrum mit angrenzendem Freigelände errichtet worden. Das neue über ca. 300 m² große Gebäude beinhaltet u.a. einen offenen Bereich und verschiedene Gruppenräume, der Außenbereich wurde mit einer Schutzhütte, einem Streetballfeld und einer Skateranlage ausgestattet. In der Stettiner Straße wurde 2003 das baufällige Haus Nr. 17/18 abgerissen. Auf dem frei gewordenen Gelände entstand ein zentraler Treffpunkt im Quartier mit neuer Aufenthaltsqualität, der mit einer Sandspielfläche für Kleinkinder, einer Boulebahn und Sitzgelegenheiten für Anwohner zum Treffen und Verweilen ausgestattet ist. Niedrige Bepflanzungen mit einzelnen Strauchgruppen und Bäumen brachten zusätzliches „Grün“ in das Wohngebiet rund um den neu entstandenen Stettiner Platz. Die 2001 eingerichtete Baumschule mit ca. 6000 Pflanzen hinter den Häusern Frankfurter Straße 2-6 ermöglichte die regelmäßige Verwendung von Pflanzen im Rahmen von landschaftsgestalterischen Maßnahmen.

Als Folge der Windhosenverwüstung von Teilbereichen der Gemeinde im Jahr 2003 war der im Sanierungsgebiet liegende Power Kindergarten baufällig geworden und musste abgerissen werden. Der entstandene Freiraum kann vorübergehend als zusätzliche Grünanlage für den Schulhof der Power Grundschule genutzt werden. Durch den Anbau eines Gruppenraumes am

²⁶ Zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Sanierungsprogramm befanden sich in dem Gebiet 564 Wohneinheiten in 25 Gebäuden. Es existierten acht Wohneigentumsgemeinschaften (WEG's) nach dem Wohneigentumsgesetz, durch die teilweise mehrere Wohngebäude und deren großflächige Außenbereiche zu Gemeinschaftseigentum mit Sondereigentumsrechten zusammengefasst sind.

evangelischen Christuskindergarten im gleichen Jahr bestand die Möglichkeit, die Kinder des abgerissenen Kindergartens dort unter zu bringen und zu integrieren. Aus dem durch die Windhose genauso verwüsteten Feuchtgeländes hinter der Grundschule entstand 2004 ein Bürgerpark mit einer Teichanlage zur natürlichen Entwässerung. 2005 wurde mit dem Heideweg 36 ein Hochhaus abgerissen, das lange durch hohe Fluktuationen, Leerstände, Instandhaltungsstau und fehlende Investitionen gekennzeichnet war. 2011 folgte auf der gegenüberliegenden Straßenseite der Abriss der Häuser Heideweg 47-51, die unter vergleichbaren Problemen litten. Die Abrisse in der Stettiner Straße und im Heideweg konnten trotz des im Programm „Soziale Stadt“ vorgesehenen Abrissverbotes realisiert werden. Die zuständige Landesbehörde als Bewilligungsstelle folgte dabei im Wesentlichen der Argumentation der Gemeinde, wonach der Rückbau einzelner Wohnanlagen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des gesamten Wohngebietes leistet.

Die Einbindung der privaten Eigentümer in die Sanierung führte ebenfalls zu verschiedenen Aufwertungsmaßnahmen. Die Wohneigentumsgemeinschaft Frankfurter Straße 2-6 setzte 2002 als erste eine Fördervereinbarung mit der Gemeinde um. Mithilfe einer anteiligen Förderung durch das Programm „Soziale Stadt“ wurden neue Fenster in den Treppenhäusern eingesetzt und eine Dämmung der Außenfassaden vorgenommen. 2006 ließen Eigentümer den Spielplatz erneuern, neue Wegeverbindungen zwischen den Häusern einrichten, die Mülltonnenplätze umzäunen und neue Pflasterungen anlegen. Erneuert wurden auch die Haustüren und die Treppenaufgänge. Die benachbarte Gemeinschaft hatte 2004 bereits ähnliche Investitionen in die Eingangs- und Außenbereiche vorgenommen. Ursprünglich waren die Außenanlagen durch Trampelpfade sowie vernachlässigte Spielplätze und offene Müllplätze gekennzeichnet.

Eigentümergeinschaften aus dem Breslauer Ring sowie aus zwei Häusern in der Stettiner Straße ließen in den Jahren 2005 und 2006 ebenfalls Fassadendämmungen vornehmen. Zusätzlich wurden die Hauswände auf Basis eines abgestimmten Farbkonzeptes durch ansprechende, abwechselnde Farbtöne gestaltet. Einige Häuser erhielten zudem neu gepflasterte Zuwege zu den Hauseingängen und Einzäunungen um die Müllcontainerplätze. Die Sanierung dieser Wohnanlage erfolgte ausschließlich aus Mitteln der Eigentümer, da diese nicht dem Beschluss des Gemeinderates gefolgt waren, wonach Zuschüsse in diesem Fall nur bei einer Aufteilung der Wohnungseigentümergeinschaft zu gewähren sind. Hintergrund des Beschlusses war die Erwartung seitens der Politik, dass nur so kleine, handlungsfähige Gemeinschaften zur Realisierung einzelner Außenraummusteranlagen mit Privatgärten und mit Hecken, Mauern oder Rankgerüsten entstehen würden.

Die ursprünglich geplante Errichtung eines Wasserspielplatzes konnte nicht realisiert werden, da der Gemeinde die für eine entsprechende Nutzung vorgesehenen Flächen am Ickerbach von den Eigentümern nicht zur Verfügung gestellt wurden. Der Bau eines „Bürgerhauses“ im Sanierungsgebiet als zentrales Leuchtturmprojekt der „Sozialen Stadt“ wurde ebenfalls nicht umgesetzt. Insbesondere aus Kostengründen und angesichts rückläufiger Schülerzahlen in den

Grundschulen wurde eine dezentrale Lösung zur Unterbringung der im Bürgerhaus vorgesehenen sozialen Einrichtungen bevorzugt.

Neuordnung und Verbesserung der Verkehrsstruktur

In vier Bauabschnitten erfolgte ab 2005 der Ausbau des Heideweges und der Ringstraße als eine der Hauptverbindungsachsen in der Gemeinde. Neue Bürgersteige, Fahrradwege und Überquerungshilfen erhöhten die Verkehrssicherheit. Die nach dem Abriss des Hauses Heideweg 36 frei gewordene Fläche ermöglichte eine sicherere Verkehrsführung an der Kreuzung Heideweg/Ringstraße. Diese stellte vor der Umgestaltung wegen der engen Straßbreite eine Unfallgefahrstelle dar. Mit der Sanierung der Frankfurter Straße 2008 und des Breslauer Rings 2009 wurden zwei weitere zentrale Straßenzüge im Gebiet baulich aufgewertet. Dazu wurden u.a. Aufpflasterungen in Kreuzungs- bzw. Zufahrtsbereichen und begrünte Fahrbahneinengungen zur Verkehrsberuhigung vorgenommen sowie die Fahrbahndecken erneuert. Zusätzlich wurden Bäume gepflanzt sowie Parkplätze und Gehwege neu hergestellt.

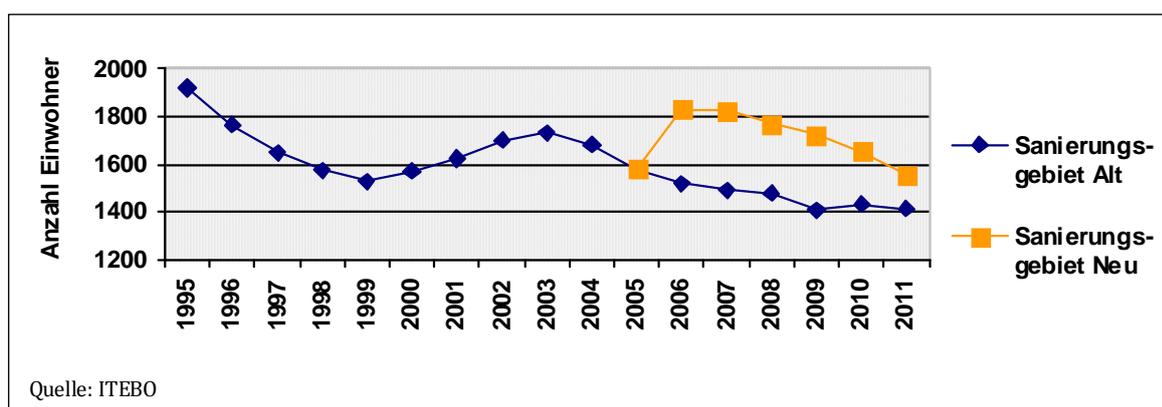
Verknüpfung des Sanierungsgebietes mit den angrenzenden Gemeindeteilen

2006 begannen die Arbeiten zur Ufergestaltung am Ickerbach und zum Bau eines durchgängigen Uferweges. Der Weg führt in Höhe der Häuser Stettiner Straße 10 bis 12 über den Bach und bindet das Sanierungsgebiet besser an das Ortszentrum an. Bestehende Fußwegeverbindungen wurden auch in der Frankfurter Straße und im Bereich Heideweg/Ringstraße erneuert, um den Bewohnern eine bessere Erreichbarkeit der benachbarten Gebiete zu ermöglichen.

3.3.2 Bevölkerungsentwicklung

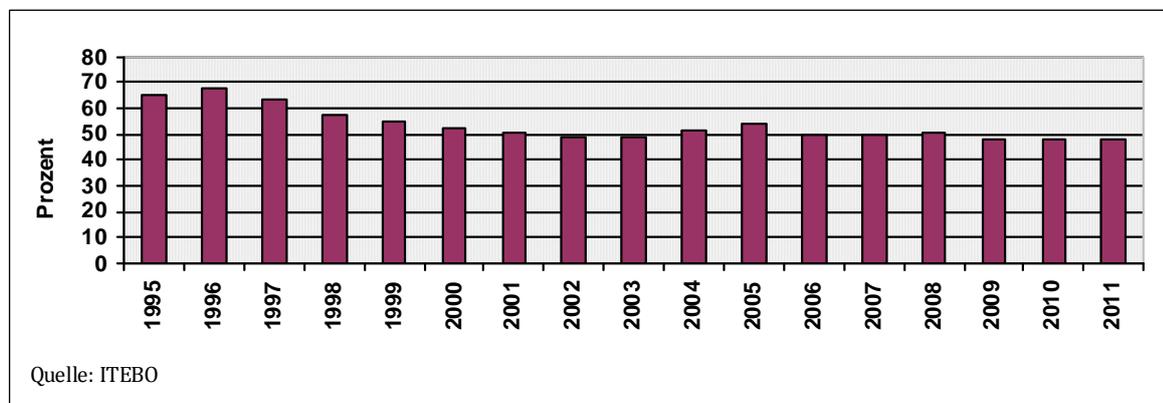
In den im Jahr 2000 ausgewiesenen Grenzen des Sanierungsgebietes sind die Bevölkerungszahlen seit 1995 bis zur Aufnahme in das Programm um ca. 25 % zurückgegangen (s. Abb.18). Einem Anstieg bis 2003 folgte ab 2004 ein weiteres Absinken auf den bisherigen Tiefstand im Jahr 2009 mit 1405 Bewohnern. 2010 ist erstmals nach 2003 wieder ein leichter Anstieg festzustellen, der sich 2011 aber nicht fortgesetzt hat. Die Erweiterung des SG um den Bereich Heideweg 37-51 im Jahr 2006 führte zu einem Bevölkerungsanstieg in der Größenordnung von ca. 20 %. Bis 2009 blieb die Zahl der Bewohner in der Anlage konstant, erst ab 2010 erfolgte ein deutlicher Rückgang aufgrund des 2011 erfolgten Abrisses der Häuser Heideweg 47-51.

Abb. 18: Bevölkerung im Sanierungsgebiet 1995-2011



Die Gründe für den Bevölkerungsverlust in den alten Gebietsgrenzen liegen vor allem in der Veränderung der Haushaltsgrößen, nicht jedoch z.B. in einer Zunahme der Leerstände. Die Zuwanderung nach Belm in den 1990er Jahren war dadurch gekennzeichnet, dass ankommende Großfamilien zunächst häufig nur eine Wohnung belegten. Dabei waren zeitweise bis zu drei Generationen in einer Wohnung untergebracht. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer kam es vermehrt zu einer Auflösung dieser beengten Wohnverhältnisse. Während zunächst verstärkt die Senioren in eine eigene Wohnung zogen, ist der weitere Bevölkerungsrückgang ab 2004 dadurch zu erklären, dass in zunehmendem Maße die dritte Generation das Elternhaus verließ. Darüber hinaus trug auch der Abriss des Hauses Heideweg 36 im Jahr 2005 zum Rückgang bei, Ende 2004 waren dort noch ca. 50 Personen angemeldet.

Abb. 19: Aussiedleranteil im Sanierungsgebiet 1995-2011



Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion²⁷ bilden seit Anfang der 1990er Jahre die bevölkerungsreichste Gruppe in der Siedlung. Der Anteil der Aussiedler ist vom Höchststand im Jahr 1996 von 68 % auf mittlerweile 48 % gesunken (Abb.19).

Folgende Gründe lassen sich für diese Entwicklung anführen: Anfang der 1990er Jahre wurden zunächst nahezu alle von den Briten geräumten Wohnungen durch Aussiedler belegt. Während in den nachfolgenden Jahren bereits gut integrierte Aussiedlerfamilien das Gebiet verließen, zogen verstärkt benachteiligte einheimische Familien und Ausländer (z.T. Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien) in die frei gewordenen Wohnungen. 2001 betrug der Aussiedleranteil nur noch rund 50 %²⁸. Der Rückgang des Aussiedleranteils im Jahr 2006 um 4,3 % gegenüber dem Vorjahr ist vor dem Hintergrund der erfolgten Erweiterung des Sanierungsgebietes um die Häuser Heideweg 37-51 zu erklären. Der Anteil der Aussiedler in dieser Wohnanlage betrug 2006 „nur“ rund 26 %.

²⁷ Zu einem geringen Teil sind auch Aussiedler aus Polen zugewandert

²⁸ Die kontinuierliche Abnahme des Aussiedleranteils ist auch durch die natürliche demografische Entwicklung erklärbar. In Deutschland geborene Kinder aus Aussiedlerfamilien werden von der Statistik nicht als Personen mit Migrationshintergrund erfasst.

Abb. 20: Ausländeranteil im Sanierungsgebiet 1995-2011

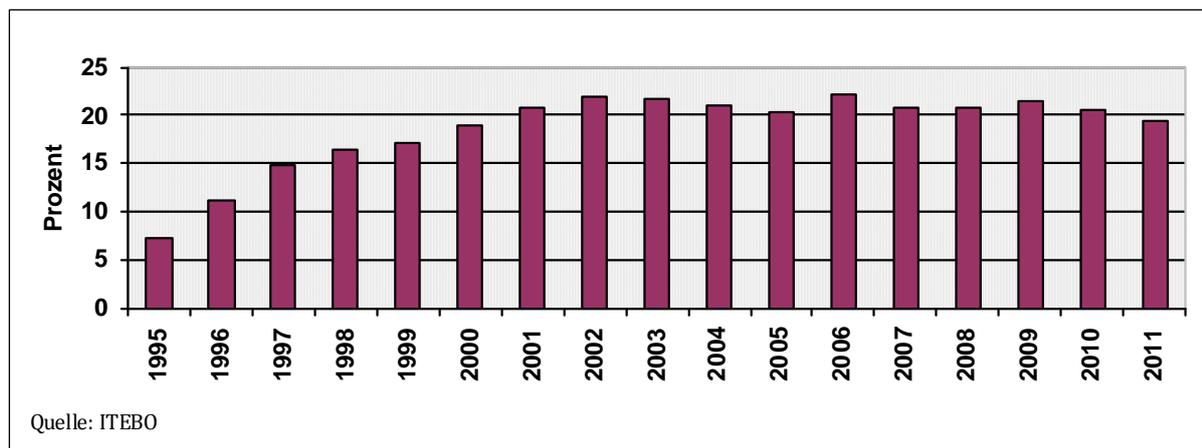
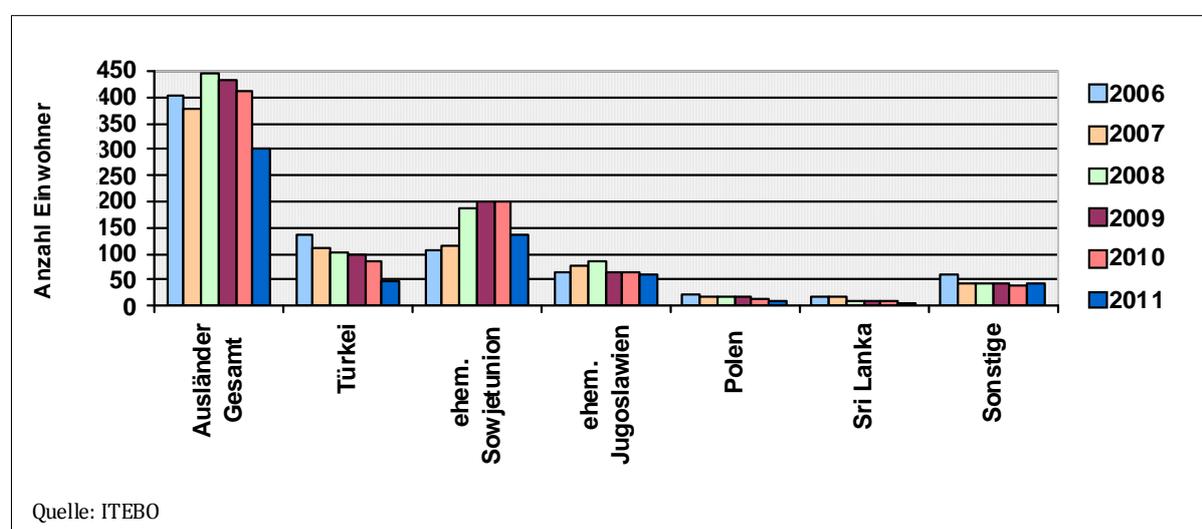


Abb. 21: Ethnisch-nationale Herkunft der Ausländer im Sanierungsgebiet 2006-2011

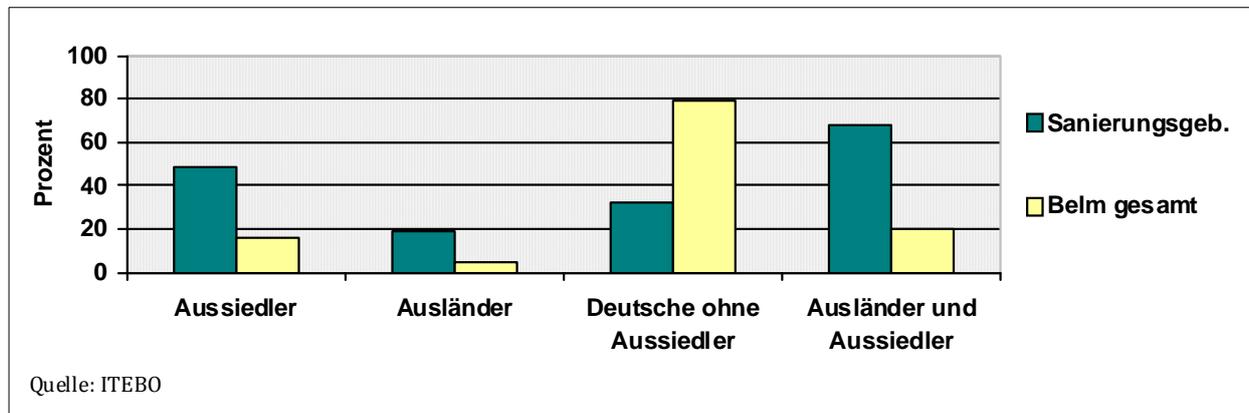


Der Ausländeranteil hat sich im Zeitraum 1995 bis 2001 aus den dargelegten Gründen nahezu verdreifacht (s. Abb. 20). Der Anteil liegt seit zehn Jahren relativ konstant bei ca. 20 %. 2011 sank der Anteil allerdings erstmals seit dem Jahr 2000 wieder unter 20 % (19,3%).

Die Verteilung der ausländischen Bevölkerung hinsichtlich ihrer ethnisch-nationalen Herkunft (s. Abb. 21) im Zeitraum 2006 bis 2011 zeigt eine wesentliche Veränderung: Seit 2008 bilden Personen aus der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe (188). Der Abstand zur zweitgrößten Gruppe der Türken (2008: 103) hat sich in den folgenden Jahren weiter erhöht. Die Anzahl der Türken im Gebiet ist seit 2006 rückläufig. Der deutliche Rückgang der Ausländerzahlen 2011 ist insbesondere durch die Gruppe der Türken und Personen aus der ehemaligen Sowjetunion erklärbar. Die nachfolgend größten Gruppen von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Polen weisen innerhalb des betrachteten Zeitraums keine größeren Veränderungen auf. Die Zahl der Bewohner aus Sri Lanka ist rückläufig, allerdings auf niedrigem Niveau. Die ausländischen Bewohner verteilen sich auf 41 Länder (davon 18 Länder, die dem ehem. Jugoslawien und der ehem. Sowjetunion zuzurechnen sind). Insgesamt beträgt der Anteil von Migranten im Sanierungsgebiet 68 % (s. Abb. 22).

Der hohe Anteil gibt einen eindeutigen Hinweis auf die sozialräumliche Segregation und damit auf die Sonderstellung des Sanierungsgebietes innerhalb der Gemeinde. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund liegt 2011 in der gesamten Gemeinde knapp 50 % unter ihrem Anteil im Sanierungsgebiet.

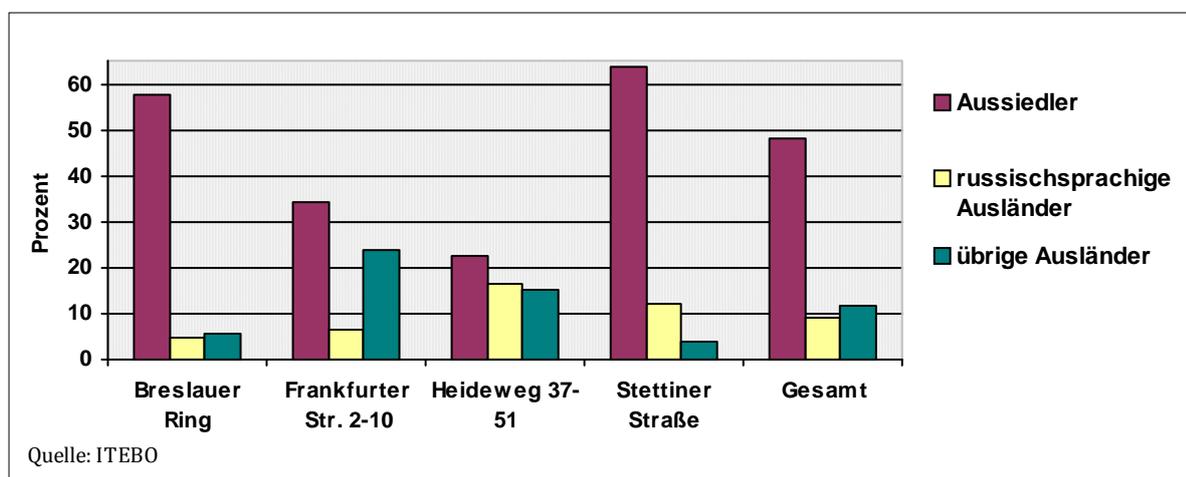
Abb. 22: Anteil Migranten im Sanierungsgebiet und Belm 2011



Verteilung der Zuwanderer innerhalb des Sanierungsgebietes

Die Zuwanderer sind im Sanierungsgebiet nicht gleichmäßig verteilt (s. Abb.23). Der Aussiedleranteil ist im Breslauer Ring und in der Stettiner Straße überproportional. Unter Berücksichtigung der nicht erfassten Kinder wohnen dort nur wenige nicht russischsprachige Personen. Dagegen leben am Heideweg und in der Frankfurter Straße vergleichsweise wenige Aussiedler. Russischsprachige Ausländer, die teilweise auch den Aussiedlernetzwerken zuzurechnen sind, haben sich ebenfalls verstärkt in der Stettiner Straße niedergelassen. Eine Ausnahme stellen Wanderarbeiter aus Lettland dar, die seit 2008 nach Belm zuziehen. Diese wohnten bis zur Räumung der Häuser Nr. 47-51 nahezu ausschließlich am Heideweg. Der Anteil der Ausländer mit einer anderen Nationalität ist in der Frankfurter Straße am höchsten. 87 % der Türken im Gebiet wohnen in den dortigen fünf Hochhäusern. Insgesamt findet in den Wohnanlagen nur in geringem Umfang eine Mischung von russischsprachigen Migranten und Personen anderer Nationalitäten statt.

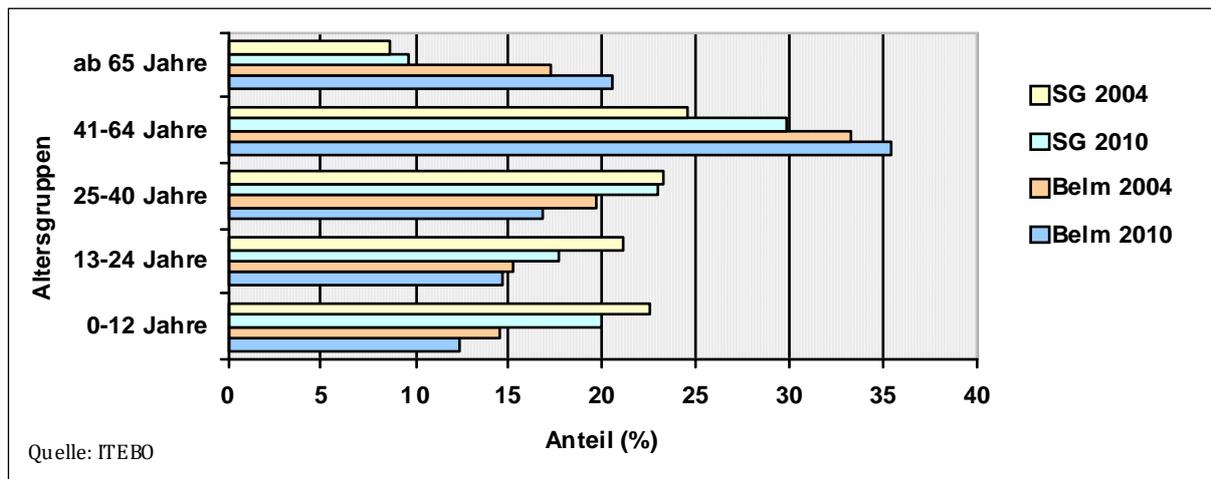
Abb. 23: Anteile von Migrantengruppen in Straßen des Sanierungsgebietes 2010



Demografische Strukturdaten

Der Vergleich der Altersstruktur in Belm (gesamt) und im SG in den Jahren 2004 und 2010 weist erhebliche Unterschiede auf (s. Abb. 24). So ist der Anteil der jüngeren Altersgruppen im Quartier deutlich höher als in der gesamten Gemeinde. Er liegt z.B. bei Kindern bis 12 Jahre bei 20 %, in Belm nur bei 12,4 %. Während 20,5 % der Bewohner Belms 65 Jahre und älter sind, entfallen im SG nur 9,6 % auf diese Altersgruppe. In Belm liegt der Altersdurchschnitt bei 43 Jahren, im SG beträgt er 35 Jahre.

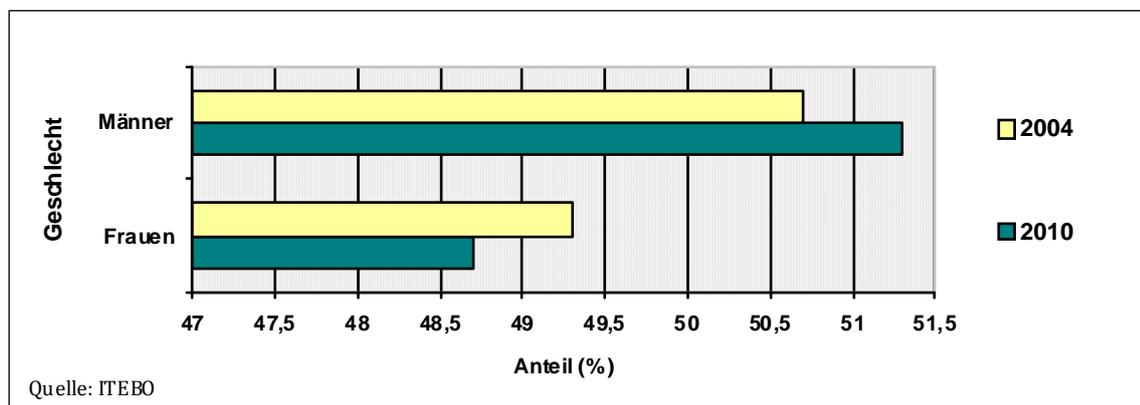
Abb. 24: Altersstruktur Belm und Sanierungsgebiet 2004 und 2010



Die Tendenz der aktuellen demographischen Entwicklung mit rückläufigen Geburtenzahlen und einer Zunahme von älteren Menschen ist trotz des insgesamt geringeren Altersdurchschnitts auch im SG festzustellen. So ist dort 2010 der Anteil der Kinder im Vergleich zu 2004 um 2,5 % zurückgegangen, in der gesamten Gemeinde betrug der Rückgang 2,1 %. Die Zunahme des Seniorenanteils verlief im gleichen Zeitraum dagegen langsamer als in der gesamten Gemeinde (SG +0,9 %, Belm + 3,3 %).

Der Männeranteil ist im Zeitraum 2004 bis 2010 leicht angestiegen (s. Abb. 25) und betrug am 31.12.2010 51,3 %. Bei den Frauen ergibt sich dementsprechend ein umgekehrtes Bild. Ein möglicher Grund für diese Entwicklung konnte darin bestehen, dass in den letzten Jahren verstärkt Wanderarbeiter (z.T. aus Lettland) in das Gebiet gezogen sind.

Abb. 25: Anteil Männer/Frauen im Sanierungsgebiet 2004 und 2010



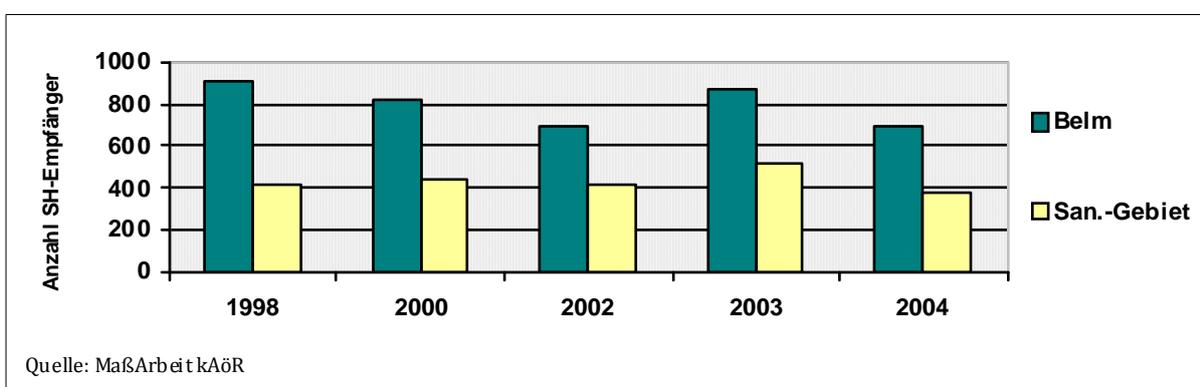
3.3.3 Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und arbeitsmarktbezogene Maßnahmen

Sozialhilfe und Leistungen nach SGB-II und SGB-XII

Mit der Reform der Sozialhilfe trat zum 01. Januar 2005 das unter dem Namen HARTZ IV bekannt gewordene Gesetz in Kraft, in dem Sozial- und Arbeitslosenhilfe zum neuen Arbeitslosengeld (ALG) II zusammengelegt wurden. Die neue gesetzliche Regelung führt bei der Sozialhilfe dazu, dass nur noch ein geringer Teil von Bedürftigen die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialhilferecht (SGB XII) erhält. Sozialhilfe im engeren Sinne kommt nur noch in Betracht für Personen ab 65 Jahren (Grundsicherung im Alter), dauerhaft Erwerbsgeminderte ab 18 Jahren und für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Erwerbsfähige Menschen ohne ausreichendes Einkommen erhalten auf Antrag die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II). Seitdem ist die MaßArbeit als kommunale Anstalt öffentlichen Rechts (kAÖR) des Landkreises Osnabrück zuständig für die Vermittlung erwerbsfähiger und hilfebedürftiger Arbeitsloser. Die Befristung des sog. Optionsmodells wurde 2010 von der Bundesregierung aufgehoben, somit betreibt der Landkreis die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen auch in Zukunft in Eigenregie. Personen aus Belm, die nicht länger als ein Jahr arbeitslos sind, entfallen in den Zuständigkeitsbereich der Agentur für Arbeit (SGB-III).

Vor 2005 ging die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der Gemeinde wie auch im Sanierungsgebiet seit 1998 zurück (Ausnahme 2003). Der Rückgang fiel in der Gesamtgemeinde mit 24 % deutlicher aus als im Sanierungsgebiet mit nur 7 % (s. Abb. 26). Die benachteiligte Stellung des Sanierungsgebietes wird in den Zahlen ebenfalls deutlich, insgesamt lebten dort 55 % der SH-Empfänger (Stand: 31.12.2004).

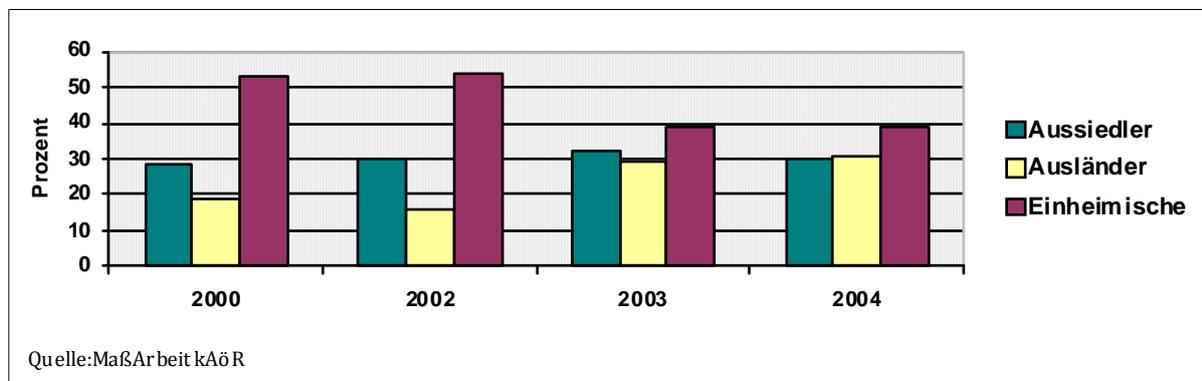
Abb. 26: Sozialhilfeempfänger Belm und Sanierungsgebiet 1998-2004



Auffällig ist im SG der überproportionale Anteil der einheimischen Personen in der Sozialhilfe, dieser betrug insbesondere in den Jahren 2000/2002 mehr als 50 % (s. Abb. 27). Dagegen sind Aussiedler unterrepräsentiert, während der Anteil der Ausländer ab 2003 deutlich angestiegen ist und ebenfalls ihren Anteil an der Bevölkerung um ca. 10 % übersteigt. Als Haupt-

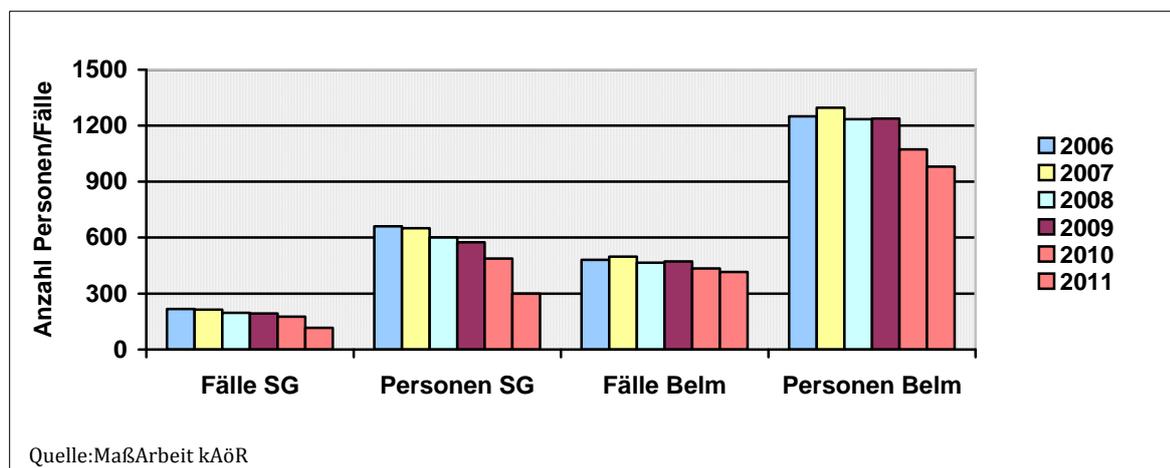
gründe für den Bezug der Sozialhilfe wurden von der MaßArbeit „Arbeitslosigkeit“ (29 %), „geringes Einkommen“ (31 %) und „Trennung/Scheidung“ (13 %) genannt.

Abb. 27: Ethnisch-nationale Herkunft der SH-Empfänger im SG 2000, 2002-2004



Im SG und in der gesamten Gemeinde sind die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften/Fälle und die darin erfassten Personen im SGB-II seit 2006 kontinuierlich gesunken (s. Abb. 28)²⁹. Darunter sind auch Personen erfasst, die mit ergänzenden SGB-II-Leistungen ihr niedriges Arbeitseinkommen aufstocken müssen. Insgesamt erhalten nur noch 19,3 % (Stand: 31.12.2011) der Bewohner des Sanierungsgebietes Leistungen nach dem SGB-II (2010: 29,5 %; 2009: 33,4 %). 28,1 % der Fälle (2010: 40 %) beziehen sich auf das Sanierungsgebiet, 30,6 % der Personen im SGB-II-Bezug wohnen im Sanierungsgebiet³⁰ (2010: 45 %).

Abb. 28: Fälle/Personen im SGB-II Belm (gesamt) und Sanierungsgebiet 2006-2011

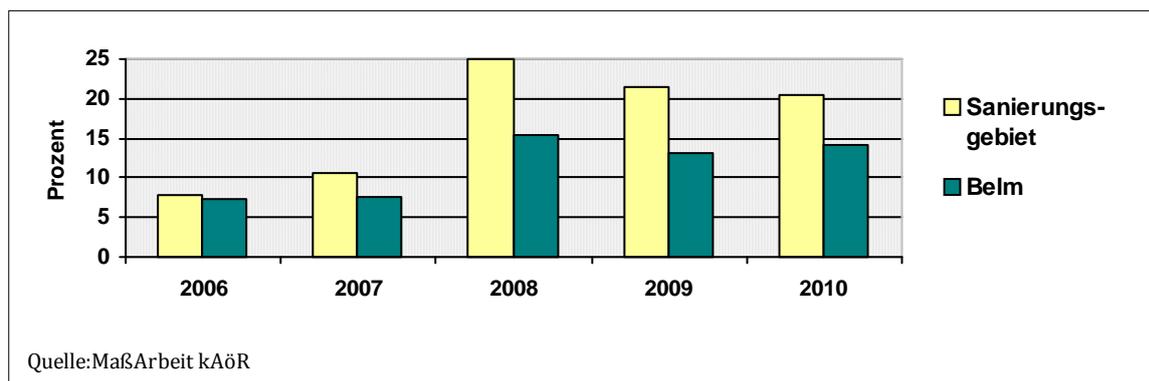


Auch nach der Sozialhilfereform ist der Leistungsbezug der Ausländer in der Gemeinde überproportional (s. Abb. 29).

²⁹ Im ersten Reformjahr 2005 liegen keine vergleichbaren Daten vor.

³⁰ Zum Vergleich: Im Sanierungsgebiet wohnen 2011 ca. 12 % der Belmer Bürger

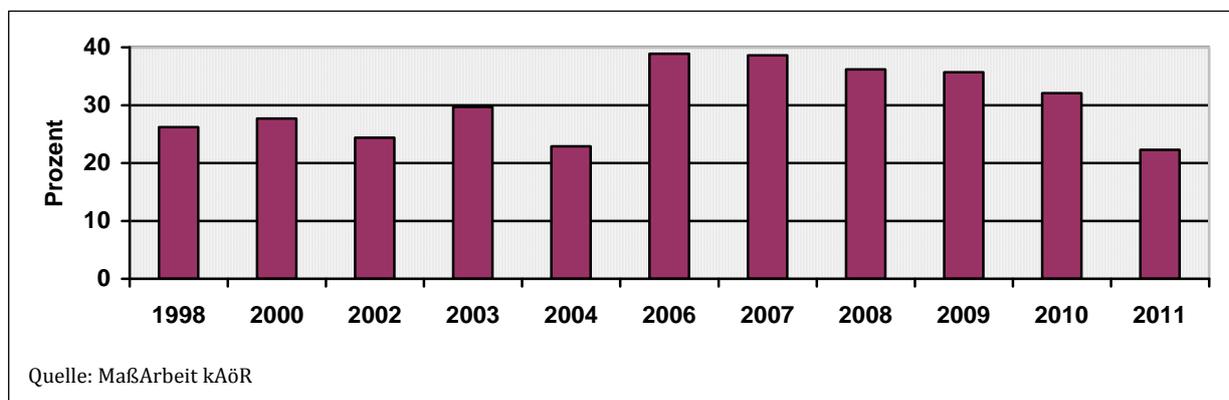
Abb. 29: Anteil Ausländer an Personen im SGB-II-Bezug 2006-2010³¹



Der Anteil der ausländischen Personen³² im SGB-II-Bezug ist in Belm von 7,4 % 2006 auf 14,2 % 2010 angestiegen und liegt damit über dem Anteil an der Bevölkerung (2006: 5,4 %; 2010: 4,9 %). Im SG ist der Ausländeranteil im SGB-II ausgehend von einem sehr niedrigen Wert 2006³³ ebenfalls angestiegen und entspricht 2010 mit 20,5 % in etwa dem Ausländeranteil an der Bevölkerung.

Mit 111 Personen (davon 96 Grundsicherung im Alter und wegen Erwerbsminderung) ist die Zahl der Personen im Jahr 2011, die in der Gemeinde Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem SGB-XII erhalten, gegenüber dem Vorjahr etwas angestiegen (2010: 104). Auf das SG entfallen 47 Personen (2010: 42), der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund beträgt 87 %.

Abb. 30: Anteil Sozialhilfeempfänger (1998-2004) und SGB-II/SGB-XII (2006-2011)



³¹ Die Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29. September 2010 verhindert ab 2011 die Auswertung von migrationsbezogenen Daten im SGB-II-Bereich auf lokaler Ebene.

³² Für Ausländer und Aussiedler liegen nur Zahlen zu den Personen jedoch keine Fallzahlen vor. Aufgrund der nicht erfassten Kinder, die in Deutschland geboren wurden, sind für die Gruppe der Aussiedler keine vergleichbaren Zahlen verfügbar.

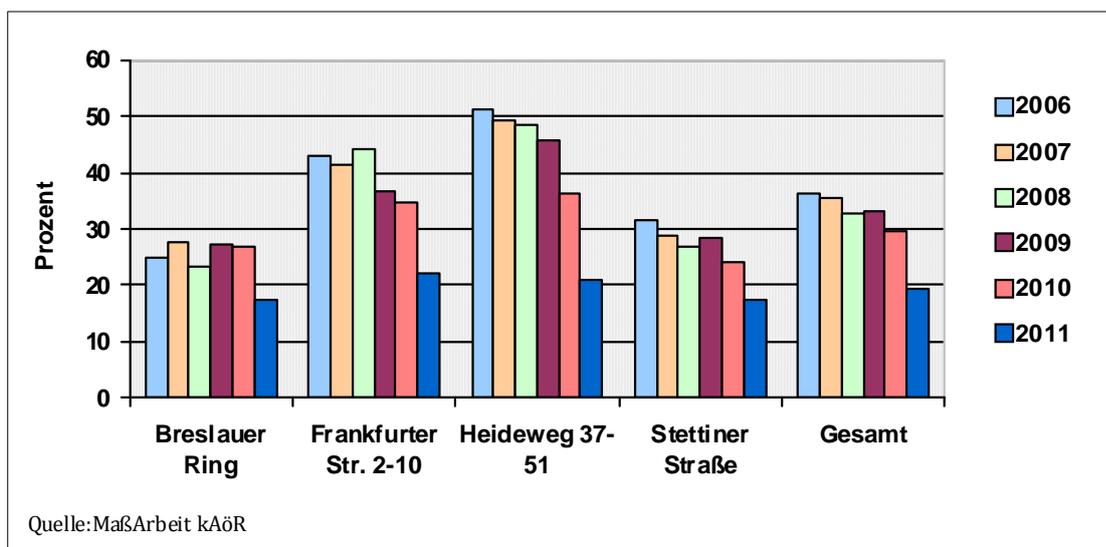
³³ Die mit der Einführung der Sozialreform einhergehenden anfänglichen Anpassungsprobleme können für den niedrigen Wert verantwortlich sein.

Der Anteil von Personen im Sozialhilfebezug bis 2004 bzw. im Bezug von SGB-II- und SGB-XII-Leistungen ab 2006 ist im Sanierungsgebiet innerhalb der beiden Zeiträume ebenfalls rückläufig (s. Abb. 30). Allerdings wird deutlich, dass die Reform zunächst dazu beigetragen hat, mehr Personen zu Beziehern von Sozialleistungen werden zu lassen. Seit 2005 sind es zusätzlich zu den Sozialhilfeempfängern insbesondere die erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen, die diesem Personenkreis zugerechnet werden. Während 2004 noch 22 % der Bewohner Sozialleistungen bezogen, waren es 2006 bereits 39%. In den Folgejahren sank dann die Zahl der Leistungsempfänger, 2011 wurde nach einer deutlichen Verbesserung der Situation gegenüber dem Vorjahr mit 22 % wieder der Wert vor der Reform erreicht.

Verteilung der SGB-II-Bezieher im Sanierungsgebiet

Der Rückgang von SGB-II-Beziehern im Sanierungsgebiet im Zeitraum 2006-2011 (-17 %) zeigt sich auch in den einzelnen Wohngebieten (s. Abb. 31).

Abb. 31: Anteil SGB-II-Empfänger an Wohnbevölkerung 2006-2011

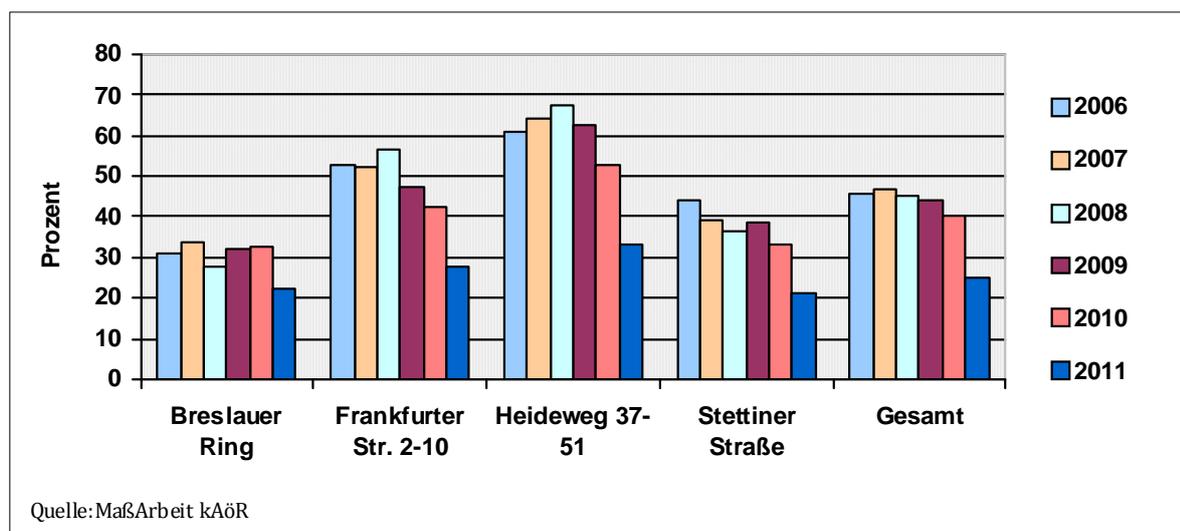


So fällt der Rückgang in der Frankfurter Straße (-22,3 %) und im Heideweg (-20,8%) besonders hoch aus. In der Stettiner Straße (-9,3 %) und im Breslauer Ring (-5,6 %) ist ausgehend von einem niedrigeren Niveau der Rückgang geringer. Die höchsten Werte weisen nach wie vor die Frankfurter Straße (22,3 %) und der Heideweg (20,8 %) auf, dort bezieht ungefähr jeder fünfte Bewohner SGB-II-Leistungen (2010: jeder dritte Bewohner). Die Abstände zu den anderen Wohnbereichen sind seit 2011 aber deutlich geschrumpft. Die Zahl der SGB-II-Bezieher im Heideweg ist aufgrund des Wegzuges der Familien aus den Häusern Heideweg 47-51 zurückgegangen.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren im SG, die in Bedarfsgemeinschaften leben, ist ebenfalls gesunken (s. Abb.32), besonders deutlich seit 2011. Er liegt um rund 5 % (2010: 10%) über den in der vorherigen Abbildung dargestellten Werten für alle Altersgruppen. Danach sind es noch immer insbesondere kinderreiche Familien, die von SGB-II-

Leistungen abhängig sind. Der beschriebene Rückgang seit 2006 fällt bei Kindern und Jugendlichen mit 21 % allerdings größer aus als bei allen Altersgruppen. Die Wohnanlage am Heideweg ist trotz des Wegzuges vieler Familien aufgrund des Abrisses noch immer am stärksten belastet. Etwa ein Drittel der Ende 2011 dort wohnenden Kinder und Jugendlichen leben in Bedarfsgemeinschaften. Einen negativen Spitzenwert erreichten hier noch 2010 die Häuser 47–51. Dort betrug die Quote der Kinder und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften 66,6 % (2009: 72 %). Die Anzahl der Personen pro Bedarfsgemeinschaft ist im Heideweg ebenfalls besonders hoch (durchschnittlich 3,8 Personen).

Abb. 32: Anteil Kinder und Jugendliche im SGB-II an junger Wohnbevölkerung 2006-2011



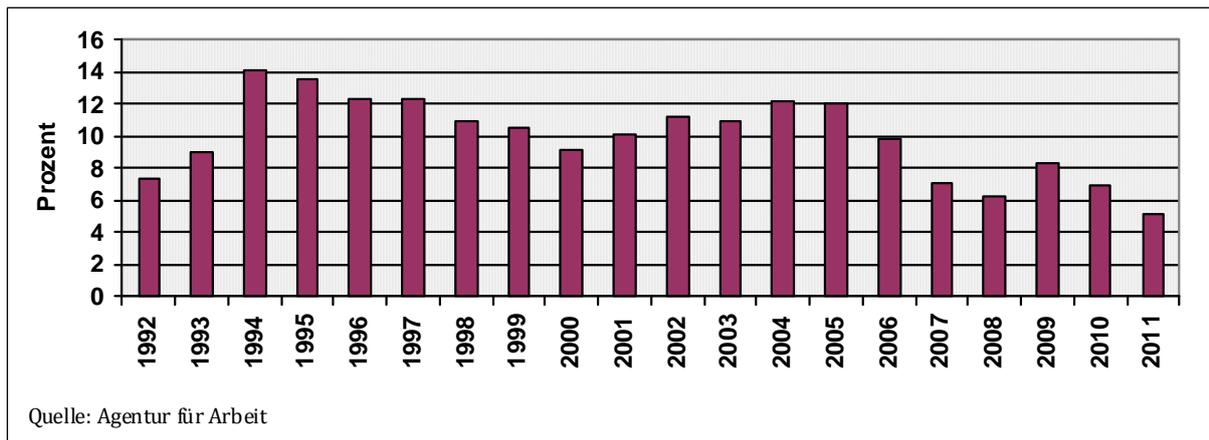
Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

Die vorbereitende Untersuchung, die von der Gemeinde zur Aufnahme in städtebauliche Förderprogramme 1998 in Auftrag gegeben wurde, stellt für Belm ein schwach entwickeltes Wirtschaftspotenzial fest. Hingewiesen wird insbesondere auf die ungünstige Arbeitsplatz-Bevölkerungs-Relation mit dementsprechend hohen Auspendlerzahlen. Aktuelle Zahlen des Landkreises bestätigen diesen Trend: 1.742 Einpendler standen im Jahr 2009 3.909 Auspendlern gegenüber (Saldo: -2.167; 1997: -2.364). Die Beschäftigtenquote³⁴ betrug 2009 55,8 %. Gegenüber dem Zeitpunkt der vorbereitenden Untersuchung hat sich in zehn Jahren bis 2009 die Zahl der in Belm Beschäftigten um ca. 4 % erhöht. Knapp 50 % der Beschäftigten sind im produzierenden Gewerbe tätig, 30 % im Handel und ca. 17 % im Dienstleistungsbereich. In der Untersuchung wird weiter darauf hingewiesen, dass der Anteil von gering qualifizierten Arbeitskräften (Beschäftigte am Arbeitsort ohne Berufsabschluss) in Belm überdurchschnittlich hoch, der Anteil an mittleren Qualifikationen unterdurchschnittlich und an hoch qualifizierten Beschäftigten ausgesprochen gering sei. Demnach weist Belm im Landkreis das ungünstigste Verhältnis der Qualifikationsstufen der Beschäftigten am Arbeitsort auf, so das

³⁴ Beschäftigte am Arbeitsort

Fazit des damaligen Berichtes. Die Reform der Sozialhilfe führte ab 2005 auch zu einer Veränderung bei der Erfassung der Arbeitslosen. Während seitdem Langzeitarbeitslose dem SGB-II zugeordnet sind, entfallen die übrigen Arbeitslosen (i.d.R. bis ein Jahr arbeitslos, Ausnahmen bis max. zwei Jahre möglich) auf den Bereich des SGB-III. Die Arbeitslosenquoten in Belm seit 1992 mit einer wellenartigen Ausprägung (s. Abb. 33) sind in erster Linie erklärbar durch Konjunkturerwicklungen auf nationaler und internationaler Maßstabsebene.

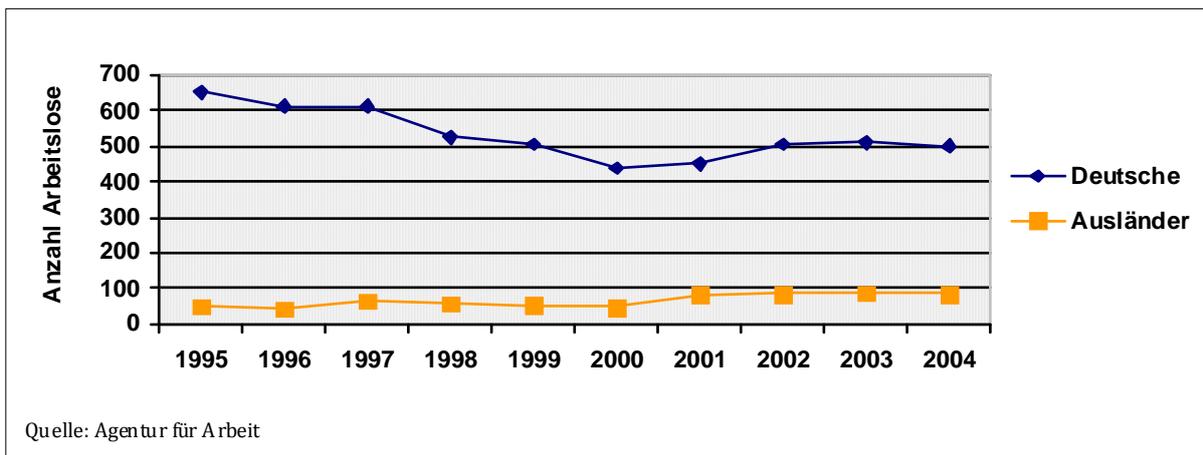
Abb. 33: Arbeitslosenquote in Belm 1992-2011



Seit Beginn der Sanierung stieg die Arbeitslosenquote innerhalb von fünf Jahren um 3 % an. Zuvor konnte in den „Boomjahren“ vor der Jahrtausendwende das hohe Niveau, das sich nach der Wiedervereinigung ab 1994 entwickelt hatte, deutlich reduziert werden. Die höchste Quote mit 14,1 % 1994 ist in Belm auch durch die ein Jahr zuvor verstärkt einsetzende Zuwanderung zu erklären. Ab 2005 ging die Quote als Folge der sich erholenden Konjunktur in Deutschland bis 2008 auf den bisherigen Tiefstand von 6,3 % zurück. Die Weltwirtschaftskrise 2008 ließ auch die Zahl der Arbeitslosen in Belm wieder ansteigen, der bis jetzt anhaltende Aufschwung sorgte wieder für einen deutlichen Rückgang (2011: 5,2 %). Vor der Reform der Sozialhilfe lagen keine kleinräumigen, auf das Sanierungsgebiet bezogenen Arbeitsmarktdaten vor. Aufgrund der im Gebiet zum damaligen Zeitpunkt bestehenden vielfältigen ökonomischen und sozialen Problemlagen ist aber davon auszugehen, dass ein durchschnittlich höherer Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner zu diesem Zeitpunkt ebenfalls bereits von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

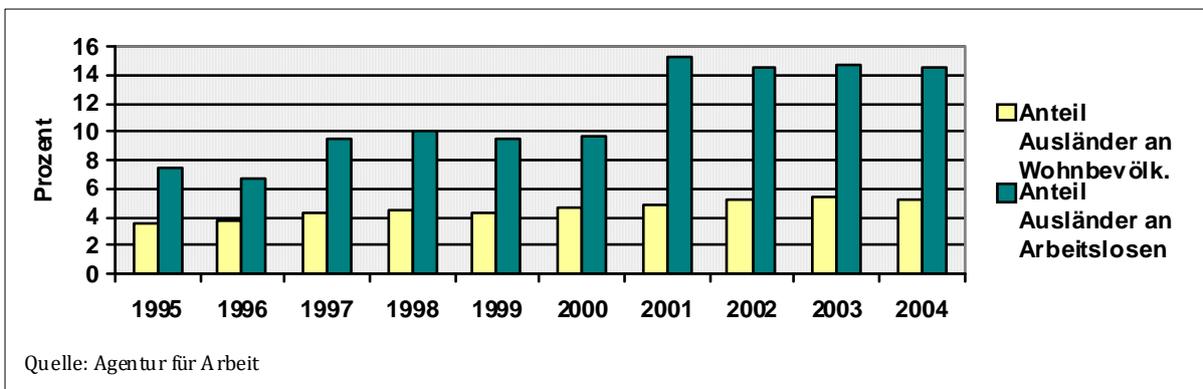
Die absolute Zahl der ausländischen Arbeitslosen entwickelte sich bis zur Reform der Sozialhilfe teilweise entlang der beschriebenen Zyklen (s. Abb. 34), es können jedoch Abweichungen festgestellt werden. So konnten Ausländer von der ab 1995 zunächst einsetzenden positiven Entwicklung bis 2000 nicht profitieren. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer blieb bis dahin relativ konstant, um danach ebenfalls anzusteigen. Für die Gruppe der Aussiedler liegen keine Arbeitsmarktdaten vor, sie sind in den Zahlen der Kategorie „Deutsche“ enthalten.

Abb. 34: Deutsche und ausländische Arbeitslose in Belm 1995-2004



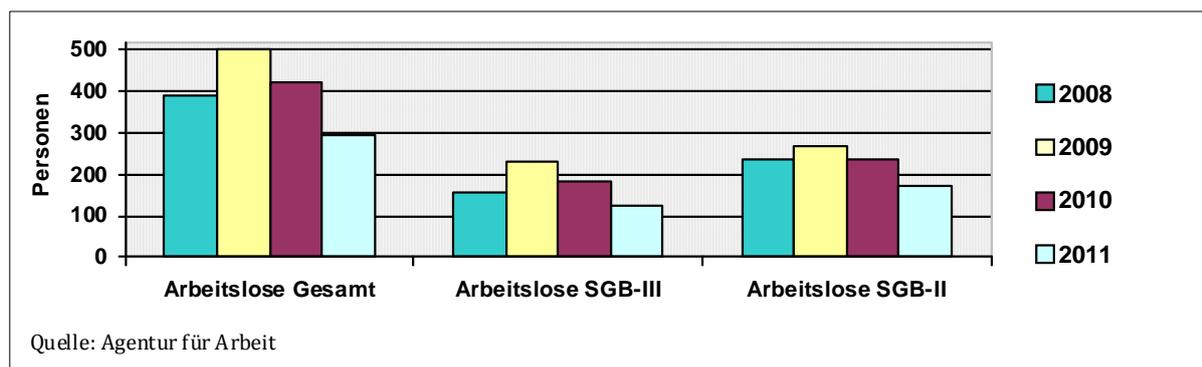
Die Benachteiligung am Arbeitsmarkt zeigt sich beim Blick auf das Verhältnis von ausländischen Arbeitslosen und ausländischer Wohnbevölkerung (s. Abb. 35). Während sich der Anteil der Ausländer an der Gesamtwohnbevölkerung in der Gemeinde im Zeitraum von 1995 bis 2004 von 3,6 % auf 5,5 % erhöhte, ist der %-Anteil an den Arbeitslosen im gleichen Zeitraum überproportional stark angestiegen. Von 2001 bis 2004 lag er konstant bei ca. 15 %.

Abb. 35: Anteil arbeitslose Ausländer an ausländischer Bevölkerung in Belm 1995-2004



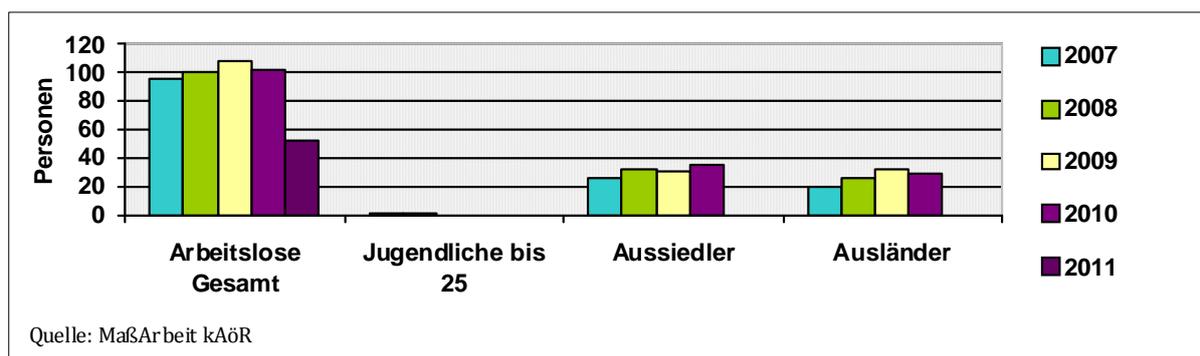
Die Zahlen der Arbeitslosen in Belm werden nach der HARTZ IV-Reform in die Bereiche SGB-II und SGB-III unterteilt. In den letzten drei Jahren lag die Zahl der Langzeitarbeitslosen etwas über der Zahl der Arbeitslosen im SGB-III (s. Abb. 36). 2008 wurde in Belm erstmalig seit Beginn der 1990er Jahre die Schwelle von 400 arbeitslosen Personen (SGB-II und SGB-III) unterschritten. Nach einem neuerlichen Anstieg 2009 waren in Belm Ende 2011 noch 326 Personen arbeitslos gemeldet. Zahlen zu arbeitslosen Migranten im SGB-III liegen für den Zeitraum nicht vor.

Abb. 36: Arbeitslos gemeldete Personen in Belm 2008-2011 (SGB-II und SGB-III)



Die Zuständigkeit der MaßArbeit für die Vermittlung von erwerbsfähigen und hilfebedürftigen Arbeitslosen im SGB-II hat dazu geführt, dass seitdem auch für kleinräumige Gebiete Daten zur Verfügung stehen. Migrationshintergründe von Arbeitslosen flossen bis 2010 ebenfalls in die Erhebungen ein. Im Kontext der vorherigen Abbildung verdeutlichen die Zahlen (s. Abb. 37), dass von 2007 bis 2010 mehr als 40 % der arbeitslosen ALG-II-Empfänger in Belm im Sanierungsgebiet wohnten. Dagegen betrug der Anteil 2011 nur noch 31 %.

Abb. 37: Arbeitslos gemeldete ALG-II-Empfänger im Sanierungsgebiet 2007-2011

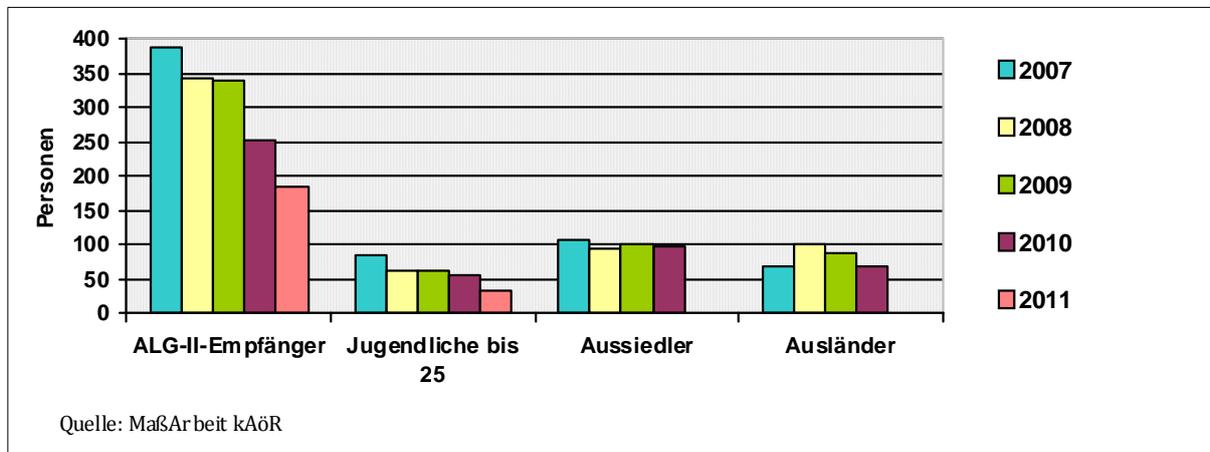


Aufgrund der Vielzahl von beruflichen Integrationsmaßnahmen, die insbesondere von der MaßArbeit getroffen worden sind, ist seit 2009 in Belm kein arbeitslos gemeldeter Jugendlicher bzw. junger Erwachsener bis 25 Jahren mehr ohne Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen ist 2011 erstmals seit 2007 deutlich gesunken. Noch 2010 war die Zahl der Aussiedler entgegen der rückläufigen Entwicklung in Belm gegenüber dem Vorjahr weiter angestiegen.

Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen gibt nur unzureichend das Ausmaß der sozialen Benachteiligung wieder, die eine fehlende Arbeitsmarktintegration nach sich zieht. Die Zahl aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im ALG-II-Bezug (s. Abb. 38) schließt außer den in der Statistik geführten Arbeitslosen auch die sog. Ein-Euro-Jobber, Personen in Qualifizierungsmaßnahmen und auch Geringverdiener (Aufstocker) ein. Seit 2007 ist bei diesen Personen ein Rückgang um 47 % zu verzeichnen. Eine ähnlich positive Entwicklung kann für die Gruppe der Migranten zumindest bis 2010 nicht festgestellt werden. Der Rückgang betrug bei Aussiedlern 8 %, bei Ausländern lediglich 1,5 %. Bei Jugendlichen bis 25 Jahre liegt der Rück-

gang bis 2011 bei ca. 38 %. Zum Vergleich: In Belm ist die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher von 2008³⁵ bis 2011 um ca. 17,5 % zurückgegangen (SG 2008-2011: 45 %).

Abb. 38: Erwerbsfähige ALG-II-Empfänger im Sanierungsgebiet 2007-2011



Ziele und Handlungsstrategien der Rahmenplanung

Ausgehend von dem im Kontext der Sozialraumanalyse zu Beginn der Sanierung diagnostizierten Arbeitsplatzmangel in Belm und der Vielzahl von gering qualifizierten Bewohnern im SG wurde dem Handlungsfeld „Qualifizierung und Beschäftigung“ innerhalb des sozialen Rahmenplans eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Der integrierte Ansatz zur Stadterneuerung stand dabei besonders im Fokus. Es wurde erwartet, dass das vorgesehene Investitionsvolumen und die Vielzahl der geplanten städtebaulichen Aktivitäten in der Umgebung ansässigen Firmen entsprechende Aufträge und arbeitsfähigen Personen ein breites Spektrum an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnen könnten. Städtebaulichen Projekten wurde somit eine Impulsfunktion für die Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt zugeschrieben. Konkret wurde im Rahmenplan das Ziel formuliert, möglichst für jeden arbeitsfähigen Arbeitslosen eine Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahme bereit zu stellen. Ein Netzwerk aus Trägern, die langjährige Erfahrung in der Arbeit mit Sozialhilfeempfängern und Langzeitarbeitslosen aufweisen, und lokalen Firmen des Handwerks sollten dieses Ziel unterstützen. Zur Koordinierung der Maßnahmen wurde der Kommune aufgrund der dafür notwendigen erheblichen Ressourcen in der Verwaltung keine eigene Beschäftigungsgesellschaft empfohlen. Stattdessen wurde die Gründung eines runden Tisches Beschäftigungsförderung vorgeschlagen, wobei die Handwerkskammer eine koordinierende Rolle übernehmen sollte. Als besonders innovatives Vorhaben wurde ein Jugenddienstleistungszentrum vorgesehen, das mit den Praxisbetrieben der Belmer Integrationswerkstatt vernetzt werden sollte mit dem Ziel, Jugendliche für den ersten Arbeitsmarkt zu

³⁵ Vergleichbare Zahlen für 2007 liegen nicht vor.

qualifizieren. Schließlich wurde auch der Bereich „Existenzgründungen“ aufgegriffen, um das wirtschaftliche Potenzial der Migranten im SG zu erschließen.

Arbeitsmarktbezogene Maßnahmen

Die **Verknüpfung von städtebaulicher Erneuerung und beruflicher Integration** konnte zu Beginn des Sanierungsprozesses nicht wie vorgesehen umgesetzt werden. Die Vorschrift zur öffentlichen Ausschreibung ab einem bestimmten Auftragsvolumen führte dazu, dass die preisgünstigsten Anbieter den Zuschlag erhielten. Auflagen für die beteiligten Unternehmen zur Einbindung von Langzeitarbeitslosen oder die Vergabe an Firmen, die den integrativen Ansatz unterstützen, waren nicht möglich. Lediglich in begrenztem Umfang konnten mit den beteiligten Baufirmen Kooperationen vereinbart werden, um z.B. Jugendlichen der Belmer Integrationswerkstatt über Praktika Ausbildungsperspektiven zu eröffnen. Darüber hinaus wurden mit einigen der beauftragten Firmen Sponsoringvereinbarungen zur Unterstützung des Begegnungsfestes getroffen.

Der Wegfall an beschäftigungswirksamen Aufträgen ließ auch die geplanten **Vernetzungsaktivitäten zur Beschäftigungsförderung** (z.B. Runder Tisch) in den Hintergrund treten. Stattdessen wurden von einzelnen Netzwerkpartnern projektbezogene Abstimmungen vorgenommen, um Maßnahmen zur beruflichen Integration auf den Weg zu bringen. Erst mit der Umsetzung des Programms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ ab 2003 wurde die Idee einer stärkeren Vernetzung der Akteure zur Beschäftigungsförderung wieder aufgegriffen. Im eingerichteten Begleitausschuss, der über Projektanträge entscheidet, waren neben Mitarbeitern aus verschiedenen sozialen Einrichtungen auch Vertreter der MaßArbeit und der Agentur für Arbeit als Mitglieder vertreten. Akteure der lokalen Wirtschaft fehlten allerdings. Der Ausschuss wurde anschließend auch zur Umsetzung des LOS-Nachfolgeprogramms STÄRKEN vor Ort herangezogen.

Der Prozess der stärkeren **Einbindung der ansässigen Betriebe** in die „Soziale Stadt“ wurde im gleichen Jahr bereits durch eine Diplomarbeit an der Universität Osnabrück inhaltlich vorangetrieben. Die Diplomandin beschrieb einerseits die heterogene Struktur der Firmen und Unternehmen sowie die daraus resultierenden, z.T. unterschiedlichen Interessenlagen. Zum anderen begründete sie, wie Kooperationen der heimischen Wirtschaft mit dem Ziel der Gründung eines neuen Gewerbevereins vielfältige Synergien zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Belm mit sich bringen können. Das Ergebnis war die Gründung des Forums Belmer Unternehmer (FBU) im Jahr 2004. Inzwischen hat das Forum mit zahlreichen Aktionen (z.B. Gewerbeschau, Kooperationspartner bei sozialen Projekten – Jobbörse) seine Handlungsfähigkeit bewiesen.

Eine federführende Rolle bei der **Vermittlung von Langzeitarbeitslosen** spielt die MaßArbeit als Beschäftigungsinitiative des Landkreises. Bereits vor der Reform der Sozialhilfe war die MaßArbeit erfolgreich in der Vermittlung von Sozialhilfeempfänger tätig, 2005 wurden die Kompetenzen erweitert. Zur Intensivierung der Vermittlungsarbeit von Personen mit

Migrationshintergrund wurde 2010 das Kompetenzzentrum Migration als Pilotprojekt des Landes Niedersachsen gegründet, gefördert mit 320.000 Euro aus dem europäischen Sozialfonds. Das Zentrum richtet sich an Menschen mit Migrationshintergrund, die im Landkreis wohnen und ALG-II beziehen. Es koordiniert die Begleitung von Migranten in den Arbeitsmarkt und ist Ansprechpartner für die verschiedenen Netzwerkpartner sowie die kommunalen Arbeitsvermittler der MaßArbeit. Schwerpunkte der Arbeit sind Hilfen bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, Unterstützung auf dem Weg in die Selbstständigkeit, die Vermittlung in geeignete Qualifizierungsmaßnahmen und die Forderung zur nachhaltigen Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Im Jahr 2010 wurden von der MaßArbeit 403 Personen aus Belm in berufliche Integrationsmaßnahmen (Ausbildung/Arbeit/Qualifizierung) vermittelt (2008: 450; 2009: 439). Zu diesen Maßnahmen liegen keine weiteren sozialstrukturellen Differenzierungen, z.B. im Hinblick auf Personen mit Migrationshintergrund, vor.

Das geplante **Jugenddienstleistungszentrum** im SG unter Trägerschaft der Belmer Integrationswerkstatt konnte zunächst nicht realisiert werden, da die vorgesehene Konzeption eines sozialen Betriebs einer Wirtschaftlichkeitsprüfung nicht standhielt. Die eingeschaltete Beratungsgesellschaft sah für die geplanten Auftragsarbeiten mit sozial benachteiligten Teilnehmern in den vorgesehenen Kernbereichen Second-Hand-Laden und Änderungsschneiderei am Markt keine Chancen. Mit der Umsetzung des Bundesprogramms „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ unter der Trägerschaft des Vereins zur Förderung von Demokratie, Toleranz und interkulturelle Verständigung Osnabrück e.V. (DETO) wurde dieses Vorhaben 2007 wieder aufgegriffen. Im Zuge der Programmumsetzung in Belm wurde das „Arbeits- und Integrationsnetzwerk (AIB)“ aufgebaut, durch das Jugendliche und Langzeitarbeitslose in das Berufsleben integriert wurden. Bestandteil des Netzwerkes war auch das soziale Kaufhaus „Fundus“, in dem u.a. günstige Second-Hand-Kleidung angeboten wird und gleichzeitig in Kooperation mit der Belmer Integrationswerkstatt Arbeitslose auf den beruflichen Wiedereinstieg vorbereitet werden.

2009 wurde im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ das Projekt AIB zur „Belmer Initiative für Bildung und Beschäftigung (BIB)“ weiterentwickelt mit dem Ziel, Arbeitsuchende noch gezielter mit dem regionalen Angebot an Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zusammenzuführen. Sozialräumlich war BIB nicht mehr auf das Sanierungsgebiet beschränkt, sondern kann bei Bedarf auch auf die Ortsteile ausgedehnt werden. Im „Sozialen Kaufhaus“ wurde in der Folge die Kooperation mit der BIW ausgebaut. So konnten bereits 2009 Teilnehmer aus dem Projekt "JobAktiv" der BIW qualifiziert werden, in der Folge wurden neue Qualifizierungsbausteine wie "Verkaufsvorbereitung" und "Verkauf" bei der IHK angemeldet und anerkannt. Die Erweiterung des Kaufhauses um einen Lagerraum ermöglichte ab 2010 zusätzlich Qualifizierungen in der Lagerhaltung. Bereits ein Jahr zuvor konnte in der BIW mit der Einrichtung einer Änderungsschneiderei und zwei angegliederten Ausbildungsplätzen auch der zweite ursprünglich vorgesehene Bereich des Jugenddienstleistungszentrums umgesetzt werden.

Die Aktivitäten zum Thema **Existenzgründung** als weiterer Schwerpunkt, der im sozialen Rahmenplan zur Beschäftigungsförderung genannt ist, beinhalteten Info-Veranstaltungen im Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) in Kooperation mit der BUS GmbH der Handwerkskammer. Es zeigte sich im Rahmen dieser Aktivitäten, dass die Existenzgründung trotz einiger erfolgversprechender Ansätze und Ideen ein schwieriges Aufgabenfeld ist und nur wenige Personen aus dem Sanierungsgebiet offensichtlich die grundlegenden Voraussetzungen für eine Gründung (Eigenkapital, Unternehmerpersönlichkeit) erfüllen können. Auf der anderen Seite ist es in der Vergangenheit in Belm auch Personen mit Migrationshintergrund immer wieder gelungen, Nischen zu besetzen und den Weg in die Selbständigkeit erfolgreich zu bestreiten.

Das **Förderprogramm LOS**, das von 2003 bis 2008 in Belm umgesetzt wurde, sollte einen Beitrag dazu leisten, die lokale Arbeitsmarktsituation zu verbessern und über die Durchführung von Mikroprojekten die Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Darüber hinaus wurde als übergeordnete Zielsetzung eine nachhaltige Strukturveränderung im Gebiet angestrebt z.B. durch den Aufbau von Netzwerken und die Stärkung von Initiativen und Einrichtungen, deren Wirkung im Sinne einer Nachhaltigkeit über die Programmdauer von LOS hinaus reichen sollte. Der lokale Aktionsplan, mit dem sich die Gemeinde erfolgreich am Konzeptwettbewerb beteiligte, war zuvor von einer Arbeitsgruppe unter Federführung des QM erarbeitet worden. Dieser wurde in der Folge jährlich fortgeschrieben. Darin wurden zu Beginn drei Entwicklungsziele formuliert, die mit der Umsetzung geeigneter Mikroprojekte erreicht werden sollten. In der fünften Förderperiode wurde ein weiteres Entwicklungsziel festgelegt, nachdem bis dahin eines der Ziele bereits überwiegend erreicht werden konnte.

Zahlreiche Projekte waren auf das Ziel „Verbesserung der lokalen Beschäftigungssituation“ ausgerichtet und leisteten einen Beitrag dazu, dass sich der Kontakt zu lokalen Unternehmen intensiver gestaltete (z.B. Ausbildungsplatzbörse) und insbesondere junge Teilnehmer durch Praktika im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen auf konkrete Anforderungen eines Arbeitsplatzes vorbereitet wurden. Insgesamt konnten in dem Förderzeitraum mehr als 70 Teilnehmer/-innen in Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden. Am Ende der Programmlaufzeit wurde der Status der Zielerreichung zwischen "kaum erreicht" und "überwiegend erreicht" eingestuft. Anhand der vorliegenden ALG-II-Daten für das Sanierungsgebiet konnte keine durchgreifende Verbesserung der lokalen Beschäftigungssituation festgestellt werden.

Das zweite Ziel der „Stärkung der Lernfähigkeit und sozialen Kompetenz aller Altersgruppen“ wurde nach fünf Jahren Programmumsetzung als „überwiegend erreicht“ eingestuft. Dem lag die Einschätzung zugrunde, dass es in Belm weitgehend gelungen ist, insbesondere Jugendliche und Frauen im Bereich von sozialen Fähigkeiten und Basisqualifikationen zu stärken und ihnen durch Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen neue Perspektiven für Ausbildung und Beruf aufzuzeigen. Vor allem die berufsvorbereitenden Projekte haben durch

die teilweise kreativen Lerninhalte Lernfähigkeit und soziale Kompetenz der jugendlichen Teilnehmer gestärkt und ihre Einstellung zur Berufswelt positiv beeinflusst.

Ebenfalls als „überwiegend erreicht“ wurde das Ziel „Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen im Stadtteil und des Zusammenlebens sowie der sozialen Netzwerke“ eingestuft. Die Netzwerke zur Verbesserung der Lebenssituation von Bewohnern/-innen des Sanierungsgebietes und der nachbarschaftlichen Beziehungen sind durch das Förderprogramm deutlich gestärkt worden, so das Fazit. Zahlreiche erfolgreiche Netzwerkprojekte bauten auf den bereits bestehenden Netzwerkstrukturen auf, förderten das Zusammenleben im Gebiet und sorgten für ein besseres „Miteinander“. Durch die zahlreichen Kooperationen, die im Rahmen einzelner Projekte zustande kamen, konnte das lokale Netzwerk ausgebaut und insgesamt gestärkt werden. Die notwendige Abstimmung der Partner untereinander förderte die Zusammenarbeit und sorgte für kurze Kommunikationswege. Auch die Arbeit im Begleitausschuss stärkte die Netzwerkstrukturen, indem sich die beteiligten Akteure besser kennen lernten und Einblicke in andere Arbeitsbereiche bekamen, Kooperationen mit anderen Mikroprojekträgern eingingen und sich gegenseitig bei der Antragstellung oder bei auftretenden Problemen im Projektverlauf unterstützten.

Das vierte Ziel „Stärkung der Sprach-, Erziehungs- und Sozialkompetenz von Eltern“, das erst mit Beginn der fünften Förderperiode in den lokalen Aktionsplan aufgenommen wurde, ist aufgrund des zu dem Zeitpunkt bereits fortgeschrittenen Programmverlaufs als „kaum erreicht“ eingestuft worden. Grund für die Aufnahme des Zieles waren Rückmeldungen der pädagogischen Fachkräfte aus dem Belmer Netzwerk, wonach es insbesondere bei der Förderung von benachteiligten Jugendlichen notwendig ist, auch das soziale Umfeld mit einzubeziehen. Durch verstärkte Elternarbeit sollten kinderreiche Familien gestärkt werden, um das soziale Umfeld von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und damit deren Bildungschancen durch die Verhinderung von Schulabbrüchen und die Sicherstellung des Überganges Schule-Ausbildung-Beruf zu erhöhen. Einige Projekte der letzten Förderperiode (z.B. Aufbau eines Migrantenmütternetzwerkes) setzten hier bereits wichtige Akzente, ohne jedoch entscheidende Veränderungen auf den Weg bringen zu können. Insgesamt wurden in Belm in den fünf LOS-Förderperioden 70 Mikroprojekte von 26 Trägern in Kooperation mit zahlreichen Einrichtungen und Akteuren durchgeführt. Dabei handelte es sich in der Mehrzahl um kleinere Vereine vor Ort, die aufgrund der räumlichen Nähe zum Sanierungsgebiet ihre bestehenden Kontakte bei der Aktivierung der Teilnehmer/-innen nutzen konnten.

Das **Förderprogramm STÄRKEN vor Ort**, das im Zeitraum 2009-2011 in der Gemeinde umgesetzt wird, übernahm die erfolgreich eingesetzten Instrumente aus dem Vorgängerprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ und wurde gleichzeitig stärker auf jugend- und gleichstellungspolitische Ziele ausgerichtet. Projekte sollten zur Verbesserung der sozialen, schulischen und beruflichen Integration von jungen Menschen mit schlechteren Startchancen und von Frauen mit Problemen beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben beitragen. In Workshops zum Entwurf des Lokalen Aktionsplans mit verschiedenen Netzwerkak-

teuren wurden wiederum Ziele formuliert, die sich an den beiden maßgeblichen Zielgruppen Jugendliche („Verbesserung der Ausbildungschancen“ und „Ausbau des Unterstützungsnetzwerks für Jugendliche“) und Frauen („Verbesserung der Einstellungschancen“ und „Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“) orientieren und darüber hinaus auf die Stärkung der Netzwerkstrukturen („Netzwerkstärkung mit lokalen Unternehmen, Vereinen, Verbänden und sozialen Institutionen“ und „Stärkung und Ausbau der ehrenamtlichen Strukturen“) abzielen. Die „Förderung der Toleranz zwischen Personen unterschiedlicher Kulturen“ wird als übergreifende Zielsetzung formuliert, die mit der Umsetzung von Mikroprojekten erreicht werden sollte. Insgesamt wurden in den ersten beiden Förderjahren in Belm 25 Projekte umgesetzt, weitere elf starteten im abschließenden Förderjahr 2011. Die unmittelbare Beschäftigungswirkung der Projekte muss als eher gering eingestuft werden, da viele Projekte verstärkt einen aufsuchenden und niedrigschwellig orientierenden Charakter aufweisen mit dem Ziel, die Befähigung zur Aufnahme einer Berufstätigkeit zu fördern und damit die Vermittelbarkeit der Zielgruppen in Ausbildung bzw. Arbeit zu verbessern. Die Aufnahme von Projektteilnehmern in Berufsorientierungsangebote und die Akquirierung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen durch Träger führte dazu, dass Jugendlichen der Übergang ins Berufsleben erleichtert wurde. Ähnlich wie im Vorgängerprogramm konnten durch SvO die gut funktionierenden Netzwerkstrukturen in der Gemeinde weiter gestärkt werden. Es gelang, auch neue Träger für die Integrationsarbeit in Belm zu gewinnen und das Netzwerk mit lokalen Unternehmen zu stärken.

Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Gemeinde Belm

Die Frage, inwieweit Migrantinnen und Migranten aus Belm die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt, lässt auch die Analyse der Mitarbeiterstrukturen in der Gemeinde selber als sinnvoll erscheinen. Die Kommune stellt einerseits einen bedeutenden Arbeitgeber dar. Andererseits kann die interkulturelle Öffnung insbesondere der Verwaltung auch verstärkt dazu beitragen, dass Migrationsthemen von den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit der notwendigen Offenheit und Toleranz bearbeitet werden.

Daten zu den Beschäftigungsverhältnissen in den Gemeindevorrichtungen erhebt die Personalabteilung. Ihren Daten zufolge waren zum 31.12.2010 bei der Gemeinde 97 Personen beschäftigt. Von diesen wiesen 15 Personen (15,5 %) einen Migrationshintergrund auf, wobei alle Personen der Gruppe der Spätaussiedler zuzurechnen sind. Die Verteilung auf verschiedene Bereiche bzw. Einrichtungen innerhalb der Gemeinde fällt folgendermaßen aus:

Verwaltung (2 Personen)

Gemeindewerke (2 Personen)

Schulsozialarbeit/Kindertagesstätte (5 Personen)

Reinigungskräfte (5 Personen)

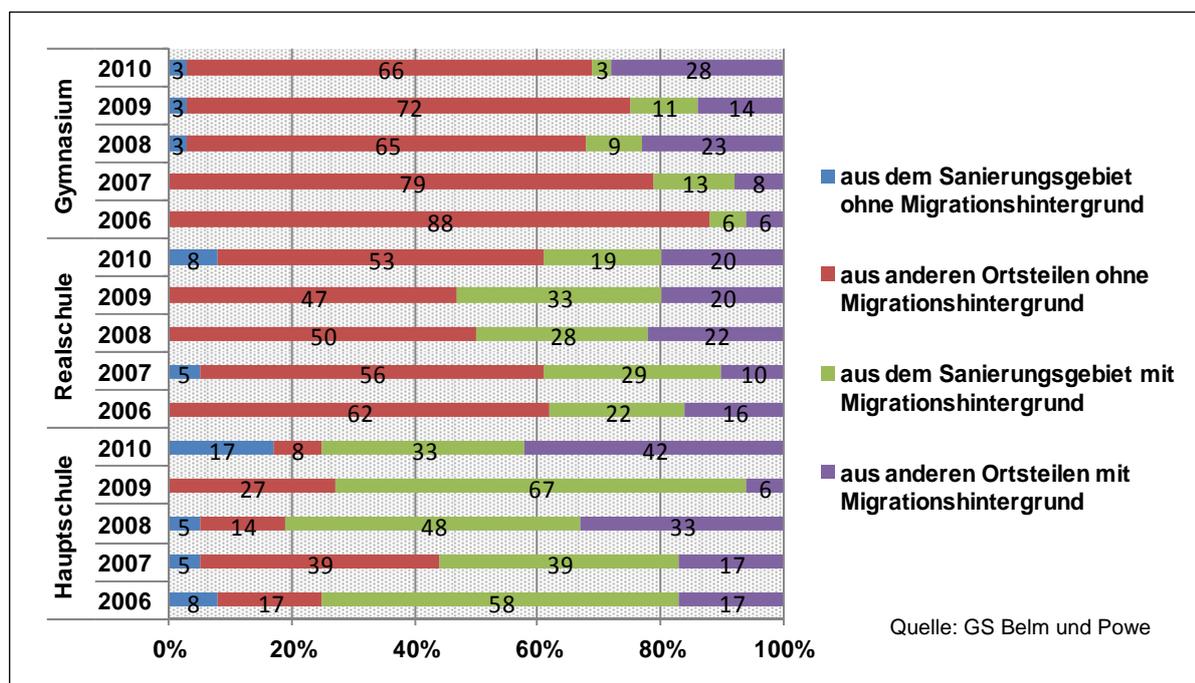
Auszubildende (1 Person)

Zur Unterstützung der Integrationsarbeit von Kindern und Jugendlichen hat die Gemeinde bereits in den 1990er Jahren gezielt Personen mit Migrationshintergrund sowohl in der Schulsozialarbeit der Haupt- und Realschule als auch in den Kindertagesstätten eingestellt. Damit wurde die Grundlage des heute vergleichsweise hohen Migrantenanteils in den kommunalen Einrichtungen gelegt, der heute fast dem Anteil an der Wohnbevölkerung entspricht. Im Laufe der Zeit kamen weitere Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund hinzu, die sich im üblichen Personalauswahlverfahren (AGG konform) durchgesetzt haben. In der Verwaltung wurde zudem eine Migrantin für Dolmetschertätigkeiten im „Sozialbereich“ eingestellt, eine andere wurde im „Bürgerbüro“ an einer innerhalb der Verwaltung wichtigen Schnittstelle zu den Bürgern eingesetzt.

3.3.4 Erziehung, Bildung und Ausbildung

Die Bevölkerungsstatistik des Programmgebietes zeigt einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen an der Wohnbevölkerung. Allerdings ist dieser Trend in den letzten Jahren rückläufig. Der Kinderreichtum des Gebietes ist angesichts des demografischen Wandels, der auch in Belm deutlich nachweisbar ist, als Potenzial für den lokalen Arbeitsmarkt und das Sozialsystem zu begreifen. Daher ist im Bildungsbereich die Chancengleichheit von Kindern aus Migrantenfamilien von zentraler Bedeutung. Um die Bildungschancen von Kindern aus dem Quartier im Vergleich zu ihren Mitschülern sichtbar zu machen, hat das QM nach einem aussagekräftigen Indikator gesucht, der kontinuierlich erhoben werden kann. Die Schullaufbahneempfehlungen sind zwar nicht bindend, dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die meisten Eltern ihnen folgen. In jedem Falle geben sie eine pädagogische Einschätzung des Leistungsniveaus in der 4. Klasse wieder. Daher erhebt das QM seit 2006 die jährlich ausgesprochenen Empfehlungen für Viertklässler der Grundschulen Belm und Powe und kombiniert das Merkmal „Wohnort innerhalb oder außerhalb des Sanierungsgebiets“ jeweils mit dem Merkmal „mit oder ohne Migrationshintergrund“ (Abb. 39).

Abb. 39: Schullaufbahneempfehlungen der 4. Jahrgänge der GS Belm und Powe (2006-2010)



Die räumliche Differenzierung ergibt, dass die Schüler mit Wohnsitz im Sanierungsgebiet (grüne Abschnitte) bei den Gymnasialempfehlungen mit meist unter 15 % deutlich unterrepräsentiert sind und auch mit 20-30 % der Realschulempfehlungen stark hinter den Schülern aus der übrigen Gemeinde zurückstehen. Dagegen entfällt regelmäßig die Hälfte bis zwei Drittel aller Hauptschulempfehlungen auf Schüler aus dem Sanierungsgebiet. Die Anteile liegen in fast allen Jahren 2006-2010 deutlich höher bei den Schülern, die zusätzlich einen Migrationshintergrund aufweisen. Gut zwei Drittel der Schüler aus dem Sanierungsgebiet stammen aus Zuwandererfamilien.

Die Verteilung der Schullaufbahneempfehlungen zeigt eine deutliche Benachteiligung der Kinder aus Zuwandererfamilien. Regelmäßig entfallen drei Viertel der Hauptschulempfehlungen auf diese Gruppe, während die Gymnasialempfehlungen nicht einmal ein Drittel ausmachen. Auch die Realschulempfehlungen liegen bis auf eine Ausnahme in jedem Jahr meist deutlich unter der 50 %-Marke. Aus diesen Daten lässt sich nicht ableiten, wie die Entwicklung ohne die Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt aussähe. Es ist nur festzustellen, dass bis jetzt die Bildungschancen von Kindern aus Zuwandererfamilien noch nicht den Kindern aus deutschen Familien angeglichen werden konnten, obwohl viele der erfassten Kinder bereits in Deutschland geboren wurden. Weitere Anstrengungen sind nötig, um die bisherigen Maßnahmen der Sprachförderung und nachmittäglichen Betreuung, die im Kindergarten beginnen und in den Grundschulen fortgesetzt werden, auszubauen.

Umgang mit kultureller und sprachlicher Heterogenität in den Bildungseinrichtungen

Betreuung von Kindern bis 6 Jahren

In der Betreuung von unter 3-jährigen gibt es in der Gemeinde ein Defizit. Es fehlte lange Zeit eine Krippe und weiterhin können nicht ausreichend Tagesmutterplätze angeboten werden. Am 1.8.2011 sind in der Kindertagesstätte St. Josef und im kommunalen Kindergarten Vehrte jeweils eine Krippe mit 15 (Ganztags-)plätzen eröffnet worden. Tagespflegeplätze werden seit April 2007 über das neu in Belm eingerichtete Familienservicebüro organisiert. Die Anzahl der in Tagespflege befindlichen Kinder beträgt aktuell 75, in der Vergangenheit wurden auch schon Zahlen von 110 Kindern erreicht. Eine weitere Erhöhung der vorhandenen Betreuungskapazitäten ist notwendig, da schon jetzt die Nachfrage das Angebot übersteigt und sich die Situation mit dem Anspruch auf einen Betreuungsplatz ab Geburt ab 2013 noch verschärfen wird. Als besondere Schwierigkeit erweist sich, dass die Betreuungsangebote über Krippe und Tagesmütter nicht flexibel genug auf die nachgefragten Betreuungszeiten abgestimmt werden können, z.B. früh morgens und bis in den Abend hinein. Das entspricht jedoch den Arbeitszeiten vieler berufstätiger Eltern. Auffällig ist, dass außer Aussiedlern nur wenige Zuwandererfamilien die frühkindliche Tagesbetreuung nachfragen. Ebenfalls gibt es nur wenige Tagesmütter mit Migrationsbiographie, auch hier fast ausschließlich Aussiedlerinnen.

Die Kinder über 3 Jahren aus dem Sanierungsgebiet und angrenzenden Straßenzügen werden hauptsächlich in der katholischen Kindertagesstätte St. Josef und der evangelischen Christus-kindertagesstätte betreut. Beide Einrichtungen bieten eine Ganztagsbetreuung für je 25 Kinder an, die in St. Josef bereits 2002 und in der Christus-KiTa 2007 aufgrund der starken Nachfrage eingerichtet wurde. In beiden Einrichtungen kommen mehr als 50 % der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Die Kindertagesstätten haben sich auf diese Gruppe eingestellt. Für sie wird seit acht Jahren Sprachförderunterricht angeboten. Während die Christus-Kita schon früh über das niedersächsische Sprachförderprogramm eine zusätzliche Fachkraft beschäftigte, wurde der Bedarf in der Kita St. Josef zunächst über nachgeschulte Erzieherinnen gedeckt. Seit einigen Jahren teilen sich beide Einrichtungen eine Sprachförderkraft. In der Kita St. Josef ist eine Erzieherin, in der Christus-KiTa sind zwei Erzieherinnen aus der ehemaligen Sowjetunion angestellt.

Im Februar 2007 konnte, durch Spenden und Mittel der Gemeinde unterstützt, eine Babysprechstunde in der Kita St. Josef als Pilotprojekt eingerichtet werden. Das Projekt wurde betreut durch Personal des Fachbereichs Psychologie der Universität Osnabrück, die das Konzept hierzu entwickelten und dort erfolgreich umsetzen. Das kostenfreie Angebot soll überforderte Eltern mit Kindern bis 6 Jahre frühzeitig erreichen, ihnen Hilfestellung anbieten und ggf. weiterführende Angebote vermitteln. Im ersten Jahr konnten 12 Familien vor allem aus dem Sanierungsgebiet mit dem Angebot erreicht und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Aufgrund der erfolgreichen Einführung, wurde das Angebot als Familiensprechstunde im Folgejahr auf alle KiTas der Gemeinde ausgeweitet. Im November 2008 wurde das Angebot als Modellprojekt beim Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) in die Förderung genommen mit einer Laufzeit von weiteren 18 Monaten. Von Oktober bis Dezember 2010 übernahm ein Trägerverbund im Sozialraum Belm, Bissendorf und Wallenhorst die Familiensprechstunde. Darüber hinaus ist die Finanzierung und somit Weiterführung ungeklärt. Die KiTa St. Josef ist seit 2008 ein so genanntes ‚Haus für Kinder und Familien‘ im Bistum Osnabrück und sie bietet hierüber z.T. kostenfreie familienorientierte Dienstleistungen an, u.a. ist hier die Familiensprechstunde integriert.

Im Sommer 2005 wurde im Untergeschoss der Christus-KiTa der sozialpädagogische Hort mit acht Plätzen für Grundschüler eingerichtet. Die Kinder kommen zumeist aus Aussiedler- oder russischsprachigen Familien. Es konnte eine Aussiedlerin als pädagogische Mitarbeiterin eingestellt werden, die u.a. eine sprachliche und kulturelle Brückenfunktion zu den Familien übernimmt. Im Hort wurde zwischen 2008 und 2010 über Fördermittel zusätzlich ein spezielles Sprachförderprogramm für Vorschulkinder mit knapp 20 meist russisch und einigen türkischsprachigen Zuwandererfamilien durchgeführt.

Betreuung von Kindern im Grundschulalter

Die Einschulung der Kinder aus dem Sanierungsgebiet erfolgt in die Grundschulen Belm und Powe. Während die GS Powe durchgängig zweizügig ist, ist die GS Belm im Schuljahr 2010/11 in der zweiten Jahrgangsstufe dreizügig.

An der Grundschule Belm sind durchschnittlich 50 % Kinder aus Familien mit Migrationsvorgeschichte. Die Schule bietet Kindern mit Lern- und Entwicklungsverzögerungen verschiedene Fördermöglichkeiten. Sie führt Sprachförderunterricht mit eigenen Lehrkräften durch und verfügt auch über einen Schulkindergarten, in dem schulpflichtige, aber nicht schulfähige Kinder unterrichtet werden. An der GS Belm arbeiten drei pädagogische Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund (Russland, Polen).

Seit 2010 sind beide Einrichtungen offene Ganztagschulen mit einem kostenfreien, freiwilligen Nachmittagsangebot inklusive Hausaufgabenbetreuung, das durch ein ebenfalls freiwilliges, aber kostenpflichtiges Mittagessen vom vormittäglichen Unterricht getrennt ist. Die Nachmittagsbetreuung wird in der Grundschule Powe über den Offenen Kindertreff organisiert. Die Betreuungszeit bis 15 Uhr ist nach Angaben der Leiterin des Offenen Kindertreffs für arbeitende Eltern zu knapp bemessen. Der Offene Kindertreff bietet seit zehn Jahren in den Räumen in der Grundschule Powe eine kostenpflichtige Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe in Kleingruppen sowie ein offenes Freizeitangebot bis 17 Uhr für Grundschulkin-der an. Die Einrichtung hat durch die Ganztagschule Konkurrenz vor allem im Bereich der schulischen Hilfe erfahren, sodass für sie die Übernahme des freiwilligen Mittagessens und Nachmittagsangebots existentielle Bedeutung hat. Die schulische Hilfe ist jetzt Teil des vom Offenen Kindertreff organisierten Ganztagschulprogramms. Die jetzigen Gruppen sind aufgrund des knappen Budgets deutlich größer zugeschnitten und somit schwieriger zu fördern. Die AGs im weiteren Nachmittag können nur anbieten, was kostengünstig und in sehr be-grenzter Zeit durchführbar ist. Im Anschluss an das Ganztagsprogramm bietet der Offene Kindertreff auch weiterhin seine offenen Freizeitaktivitäten bis 17 Uhr an. Um einen Aus-gleich zum Wegfall der intensiven schulischen Hilfe zu schaffen, wurden vermehrt Angebote im Bildungsbereich eingeführt, z.B. eine Sprachfördergruppe, eine Bücherei und eine Musik-gruppe. Hervorzuheben ist, dass drei Mitarbeiterinnen eine Migrationsbiographie haben, zwei aus dem russischsprachigen Raum und eine aus der Türkei. Ein als Projekt eingeführtes Pa-tenprogramm wurde aufgrund der geringen Resonanz wieder eingestellt.

An der Grundschule Belm wird das Nachmittagsprogramm durch unterschiedliche Partner organisiert. Nach dem Mittagessen findet eine Stunde Hausaufgabenbetreuung statt, die klas-senweise zusammengefasst ist. Bei den sportlichen Angeboten arbeitet die Schule mit dem SV Concordia Belm-Powe zusammen, Outdoor-Aktivitäten werden über die ökumenischen Jugendhilfen angeboten. Ab dem Schuljahr 2011/12 wird die Schule auch mit der ev. Chris-tusgemeinde kooperieren. Im Schuljahr 2010/11 haben zwischen 56 und 70 Schüler das An-

gebot wahrgenommen. Insgesamt ermöglicht das erhebliche finanzielle Engagement der Gemeinde die erfolgreiche Umsetzung des Ganztagskonzeptes in den Grundschulen.

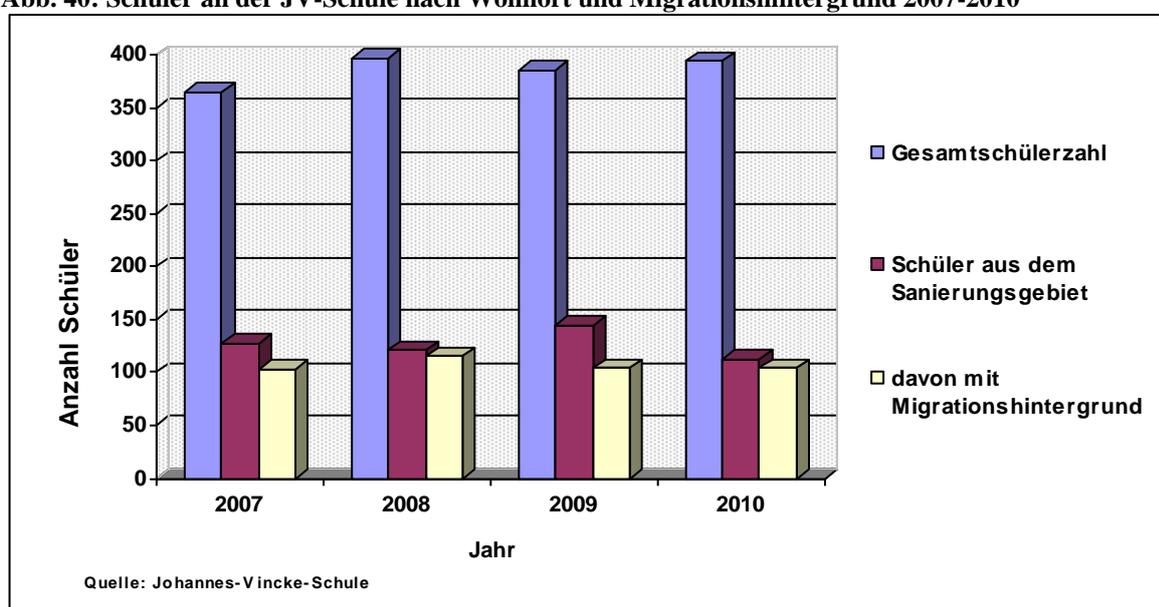
In ihrer jetzigen Form gibt die offene Ganztagschule Anlass zu Kritik. So wird durch die Freiwilligkeit nicht die Zielgruppe erreicht, die eine zusätzliche Förderung benötigt, weil in vielen Zuwandererfamilien beide oder ein Elternteil nicht arbeitstätig sind und keine Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen. Aber auch das Angebot und die Qualität liefern unter der gegebenen finanziellen Ausstattung nicht die stärksten Argumente. Von Seiten der Grundschule Belm wird ein Mangel an Schulsozialarbeit festgestellt, über die gerade Familien mit Migrationshintergrund besser angesprochen werden könnten. Vermutlich muss sich die neue Betreuungsstruktur an den Schulen erst einspielen, bis beurteilt werden kann, welche Gruppen tatsächlich erreicht werden, inwiefern hierüber eine sinnvolle Förderung erfolgt oder evtl. eine Angebotsveränderung vorgenommen werden muss.

Im Regelunterricht werden von beiden Schulen zusätzliche Fördermaßnahmen für die sprachliche aber auch für die Persönlichkeitsentwicklung durchgeführt. Über das Präventionsbudget werden regelmäßig in den unteren Klassen die pädagogischen Maßnahmen „Faustlos“ und „Mein Körper gehört mir“ sowie für die 4. Jahrgangsstufe das Selbststärkungsprojekt „Wen-Do für Mädchen und Selbstbehauptung für Jungen“ umgesetzt.

Weiterführende Schulen

Belmer Schüler, die auf die Haupt- oder Realschule wechseln, haben in Belm die Möglichkeit, an die Johannes-Vincke-Schule zu gehen. Ein Gymnasium oder eine Gesamtschule gibt es vor Ort nicht; üblich ist dann der Wechsel an eine Schule in Osnabrück. Die oben gezeigte Verteilung der Schullaufbahnpfehlungen legt nahe, dass die meisten Schüler aus dem Sanierungsgebiet die lokale Haupt- und Realschule besuchen. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl der Johannes-Vincke-Schule betrug in den letzten vier Jahren immer rund ein Drittel (Abb. 40). Die meisten dieser Schüler weisen einen Migrationshintergrund auf bzw. stammen aus Zuwandererfamilien.

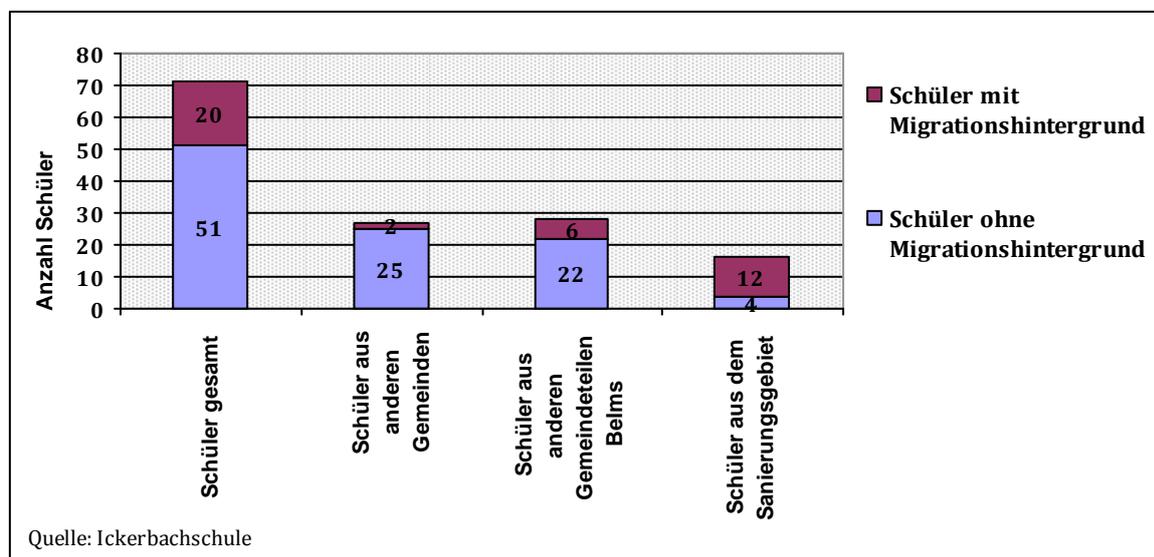
Abb. 40: Schüler an der JV-Schule nach Wohnort und Migrationshintergrund 2007-2010



Die Schule hat sich auf den erhöhten Förderbedarf ihrer Schülerschaft eingestellt. Neben einer Sozialpädagogin, die vor allem im Hauptschulzweig Ansprechpartnerin für Schüler und Lehrer ist und zudem Projektarbeit in den Bereichen Berufsorientierung und Prävention durchführt, ist durch die Gemeinde (freiwillige Aufgabe) eine zweite pädagogische Fachkraft eingestellt worden, die Aussiedlerin ist und besonders den Kontakt zu den Zuwandererfamilien pflegt. Die Einbeziehung der Eltern in die schulische Förderung der Kinder ist ein wichtiger Ansatz, der auch mit Einführung einer Familienberatung 2009 über Mittel aus dem Programm STÄRKEN vor Ort gestärkt wurde. Hier arbeiten die Familienberaterinnen der Ambulanten Erziehungshilfen mit den Schulsozialpädagoginnen zusammen, um Familien von Schülern zu unterstützen, deren Schulleistungen durch private Probleme beeinträchtigt sind. Das Projekt wird 2011 aus fallunabhängigen Mitteln des Fachdienstes Jugend (LK Osnabrück) weiterfinanziert. Eingebunden ist auch die Schulsozialarbeiterin der Ickerbachschule.

Die Ickerbachschule ist eine Förderschule in Trägerschaft des Landkreises mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Als Landkreisschule umfasst der Einzugsbereich auch die umliegenden Kommunen, aus denen sich die Schülerschaft von rund 70 Schülern zusammensetzt, die dort in den Klassen 1-9 lernen. Nach der 9. Klasse kann ein Förderschulabschluss erworben werden, der zwar zum Besuch weiterführender Schulen zur Schulpflichterfüllung oder zur Ausbildung berechtigt, aber in der Bildungsstatistik nicht als Schulabschluss geführt wird. Diese Schüler werden statistisch als Abgänger ohne Abschluss erfasst. Den Hauptschulabschluss können Förderschüler über unterschiedliche Wege in anderen Bildungseinrichtungen erlangen. Rund 60 % der Schüler an der Ickerbachschule kommen aus Belm (Abb. 41), davon über die Hälfte aus dem SG. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund beträgt etwa ein Drittel. Auffällig ist, dass diese Schüler nahezu alle aus Belm stammen und zu einem überwiegenden Anteil im SG wohnen. In diesen Zahlen schlägt sich die hohe Zahl von bildungsbenachteiligten Zuwandererfamilien in Belm und besonders im SG nieder. Die damit verbundene Herausforderung einer geeigneten Förderung der Kinder wird hier offensichtlich, um ihre Chancen im Bildungssystem und im Anschluss daran auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Abb. 41: Schüler der Ickerbachschule nach Wohnort und Migrationshintergrund (Mai 2011)



Deutschlandweit wird eine besondere Benachteiligung von Jugendlichen mit niedrigem Bildungsabschluss auf dem Arbeitsmarkt konstatiert, die noch einmal erschwert wird durch eine Migrationsvorgeschichte der Familie. Abgänger der Förderschulen ohne anerkannten Schulabschluss haben tendenziell eine Karriere in Maßnahmen der Jugendhilfe zu erwarten. Ansätze der Inklusion (Öffnung der Regelschule für gemeinsames Lernen mit förderbedürftigen Schülern) und die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zu einer Oberschule scheinen vor allem auf die Imageprobleme von Förder- und Hauptschulen zu reagieren. Eine bessere Lernumgebung wird dadurch nicht per se geschaffen. Der Bereitstellung außerschulischer Lern- und Integrationsangebote wird zukünftig eine zunehmende Bedeutung zukommen müssen.

Außerschulische Bildungsträger und Jugendarbeit

Die Belmer Integrationswerkstatt (BIW) ist ein außerschulischer Bildungsträger, der finanziert wird mit Mitteln der Gemeinde und des Landkreises. Hinzu kommen Fördermittel für die Durchführung von Projekten aus Bundes- und Länderprogrammen. Die BIW ist tätig in der Integration von Schulverweigerern und Schulabgängern ohne Abschluss sowie schwer vermittelbaren Jugendlichen. Die meisten Jugendlichen werden über die MaßArbeit vermittelt. Die Teilnehmer werden begleitet von Sozialpädagogen und Fachkräften unterschiedlicher handwerklicher Bereiche wie Textilwerkstatt, Holzarbeiten oder Garten- und Landschaftsbau. In der Einrichtung können sie erste Erfahrungen in einem Berufsfeld sammeln sowie wichtige Fach- und Sozialkompetenzen erwerben. Auch besteht die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachzuholen. Gemeinsam mit dem Verein DETO betreibt die BIW das soziale Kaufhaus Fundus als Qualifizierungsstätte in den Bereichen Verkauf und Lagerlogistik. In einem neueren Modellvorhaben engagiert sich die BIW im kooperativen Lernen; das bedeutet, dass sie einzelne Jugendliche bis in die Ausbildung hinein gemeinsam mit dem Ausbildungsbetrieb betreuen. Damit kann eine höhere Akzeptanz bei den Unternehmen für schwierige Auszubildende erreicht werden. Dieser Ansatz soll zusammen mit lokalen Betrieben nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden. Die derzeitige demographische Entwicklung läuft auf eine Reduzierung von Ausbildungsanwärtern hinaus, so dass die Betriebe sich zukünftig vermehrt auf die Ausbildung von Nachwuchskräften einlassen müssen, die bisher aufgrund mangelnder Ausbildungsreife abgelehnt werden.

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen findet heute nicht ausschließlich über Bildungseinrichtungen, sondern auch über Einrichtungen der Jugendarbeit statt. Für Jugendliche aus dem Sanierungsgebiet ist nachmittags und bis in den Abend hinein insbesondere das Jugendzentrum Gleis 3 Anlaufstelle. Für die Übernahme der kommunalen Jugendarbeit wurde 2007 der Trägerverein Pro Belmer Jugend (PBJ) gegründet, der im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages und mit der entsprechenden Finanzausstattung durch die Gemeinde für das Jugendzentrum Gleis 3 zuständig ist. Gleichzeitig hat PBJ auch die pädagogische Leitung des Jugendtreffs in Vehrte unter der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes Vehrte übernommen. Der Verein arbeitet mit drei fest angestellten, zwei über Projekte beschäftigten und

mehreren ehrenamtlichen pädagogischen Fachkräften im Haus. Er ist mit vielen Bildungseinrichtungen vernetzt, um die Arbeit miteinander abzustimmen und die Jugendlichen sinnvoll zu fördern. So ist eine Fachkraft des Vereins über das derzeit auslaufende Projekt Niedersächsische Kooperations- und Bildungsprojekte an schulischen Standorten (NIKO) in der Johannes-Vincke-Schule tätig. Das letztere wurde 2007 von PBJ und der Gemeinde Belm beim Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration erfolgreich beantragt. Vorgänger des Projekts war das von 2000 bis 2006 laufende Präventions- und Integrationsprogramm (PRINT), im Rahmen dessen Belm ebenfalls eine Förderung erhalten hatte. Beide Programme zielten insbesondere auf die gesellschaftliche Integration von gefährdeten Jugendlichen aus einem benachteiligenden Umfeld. Somit kam die Förderung auch den Jugendlichen aus dem Sanierungsgebiet zugute. Nach Auslaufen von NIKO 2011 ist von Seiten des Ministeriums kein Nachfolgeprogramm geplant. Damit bricht ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit und in der Kooperation von Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe weg. Über Mittel aus dem ESF-Bundesprogramm STÄRKEN vor Ort konnte der Verein eineinhalb Jahre einen Streetworker beschäftigen und ein Netzwerk Prävention aufbauen. Die Arbeit kann 2011 durch Spenden weitergeführt werden, danach ist die Finanzierung der Tätigkeit nicht gesichert und wird möglicherweise eingestellt.

Ausbildungsmarkt in Belm und Region

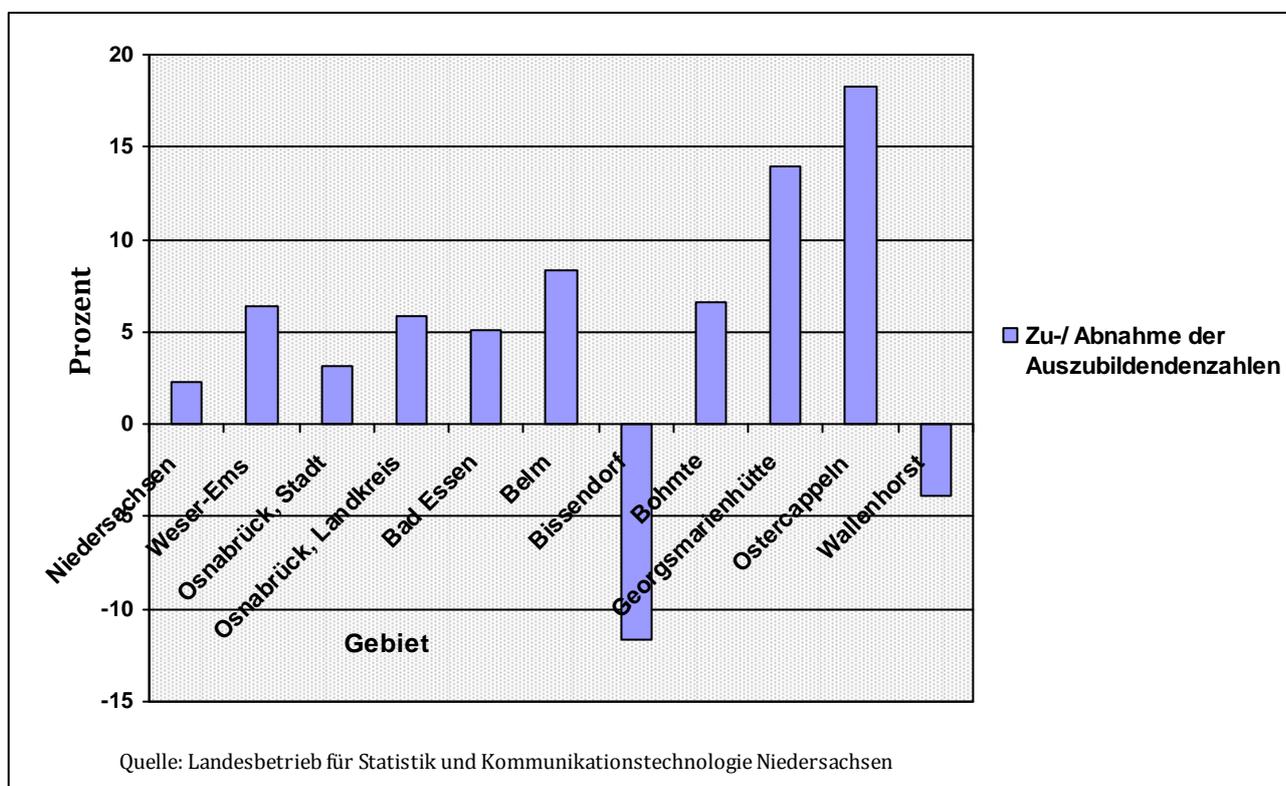
In den letzten Schuljahren vor Erreichen eines Abschlusses befinden sich Jugendliche in der Phase der beruflichen Orientierung. Diese Phase wird an Förder-, Haupt- und Realschulen besonders intensiv von berufsorientierenden Veranstaltungen begleitet, um frühzeitige Weichenstellungen in Richtung Arbeitsmarktintegration vorzunehmen. Die Belmer Schulen arbeiten hier in enger Abstimmung mit der Jugendarbeit des Pro Belmer Jugend e.V. zusammen, die im Freizeitbereich einen Schwerpunkt auf berufsbezogene Beratung und Orientierungsprojekte gelegt haben. Diejenigen Schüler, die die Regelschule nicht erfolgreich durchlaufen oder vorzeitig abgehen, erhalten die Chance, in außerschulischen Bildungseinrichtungen wie Jugendwerkstätten die notwendigen Qualifizierungsschritte in enger sozialpädagogischer Betreuung nachzuholen. Die im vorangegangenen Abschnitt vorgestellte BIW erfüllt für Belm und die umliegenden Gemeinden diese Funktion.

Dem Arbeitsmarkt kommt, wie schon früher erwähnt, eine wichtige soziale Integrationsfunktion zu. Die Produktivitätssteigerung je Arbeitsplatz, die fortschreitende Technologisierung sowie die Auslagerung von Produktionsstandorten ins Ausland haben jedoch zu einem Strukturwandel im deutschen Arbeitsmarkt beigetragen, im Zuge dessen insbesondere das Arbeitsplatzangebot für niedrig Qualifizierte abnahm. Bundesweit ist ein Trend zur Höherqualifizierung zu beobachten (Facharbeiterspezialisierung bzw. Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung und Studium), wobei allerdings immer noch der überwiegende Anteil der Jugend-

lichen nach Schulabgang eine vollqualifizierende Berufsausbildung anstrebt³⁶. Für die Einschätzung der Ausbildungschancen von Förder-, Haupt- und Realschülern ist die Betrachtung des regionalen Arbeitsmarktes von besonderer Bedeutung. In der Regel treten die Schulabgänger ihre Ausbildung noch vor Erreichen der Volljährigkeit an und haben ein niedriges Einstiegsgehalt, wodurch eine eigene Haushaltsführung erschwert ist und sie deshalb meist zunächst im Elternhaus verbleiben.

Der regionale Ausbildungsmarkt hat sich in den Jahren 2003-2007 in Belm und den umliegenden Gemeinden überwiegend positiv entwickelt (Abb. 42). Die Zahl an Auszubildenden ist in diesem Zeitraum in Belm um 8,3 % angestiegen. Dieser Wert liegt deutlich über der durchschnittlichen Zunahme der Auszubildendenzahlen in Niedersachsen und im Bezirk Weser-Ems.

Abb. 42: Entwicklung der Auszubildendenzahlen in Belm und Region 2003-2006



Leider liegen keine aktuellen Zahlen vor, anhand derer die weitere Entwicklung zu beschreiben und zu analysieren ist. Es wäre aufgrund der Finanzkrise zu erwarten, dass die Zahl der Ausbildungsplätze 2008 und 2009 einen Rückgang erlebt hat. Auch ist an diesen Zahlen nicht abzulesen, wie sich einzelne Branchen und Qualifikationsanforderungen an Auszubildende entwickelt haben.

³⁶ Pressemitteilung des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen vom 11.11.2010

Einen Einblick in den Übergang von der Johannes-Vincke-Schule in die Ausbildung vermittelt eine Studie, die 2008 von DETO beauftragt und unter Leitung der Sozialgeographen Prof. Wenzel und Prof. Pott durchgeführt wurde. Die Studie zeichnet folgendes Bild³⁷:

- **Bewerbungsverhalten:**
Trotz Zuversicht, den Schulabschluss zu erlangen, zweifeln viele Schüler, vor allem Mädchen, am Erfolg des anstehenden Bewerbungsverfahrens. Gerade bei Hauptschülern besteht die Tendenz, die Berufsentscheidung noch aufzuschieben durch den Wechsel in eine berufsbildende Schule. Gleichzeitig ist bei einem erheblichen Anteil der Schulabgänger die Bewerbungsmotivation kurz vor Schulabschluss – für eine Ausbildung sowie für einen Schulwechsel – sehr gering.
- **Berufswahl**
Weibliche und männliche Jugendliche neigen zur rollen- und geschlechtsspezifischen Berufswahl. Zur Orientierung wird das Berufsinformationszentrum in der Agentur für Arbeit und das Internet genutzt, starken Einfluss haben darüber hinaus die aus dem sozialen Umfeld bekannten Berufe. In Zuwanderer- und sozial schwächer gestellten Familien erfolgt tendenziell wenig Unterstützung durch die Eltern. Eine positive Rolle für die Berufswahl und z.T. für die Ausbildungsplatzsuche spielen Schülerbetriebspraktika.
- **Chancen**
Viele lokale Betriebe, insbesondere kleinere Handwerksbetriebe, lehnen Ausbildungsbewerber der Haupt- und Realschule aufgrund fehlender Ausbildungsreife ab. Sie bemängeln Defizite im Sozialverhalten, die sie ihres Erachtens im Betrieb nicht auffangen können.

Um die Informationen über Qualifikationsanforderungen und Berufsfelder zu verbessern und die Akzeptanz von Betrieben in der Region für Schulabgänger zu erhöhen, ist Zusammenarbeit gefragt. In diesem Zusammenhang spielt die Vernetzung der relevanten Akteure (Fachkräfte der Berufsorientierung an Bildungseinrichtungen und Berufsausbilder in Unternehmen) eine wichtige Rolle.

3.3.5 Zuwanderung und Gesundheit

Voraussetzung für soziale Teilhabe, erfolgreiche Bildungsabschlüsse und langfristigen Verbleib im Arbeitsmarkt ist die physische und psychische Gesundheit bzw. die fachgerechte Behandlung von Krankheit. Das deutsche Gesundheitssystem, dem ein allgemeiner Versicherungsanspruch für deutsche Bürger zugrunde liegt, garantiert unabhängig vom sozialen Status eine medizinische Grundversorgung anhand eines definierten Leistungskatalogs. Dennoch erkennen die Bundesregierung, das Ethno-Medizinische Zentrum Hannover oder die Landesvereinigung für Gesundheit (LVG) Schwierigkeiten beim Erreichen und der Behandlung von

³⁷ Viehöfer, Julia (2008): An der Schwelle zur Berufswelt. Osnabrück/Belm.

Migranten aufgrund von Sprachbarrieren, aber auch aufgrund von fehlenden Informationen über kulturelle Besonderheiten. Zudem setzen die Krankenkassenformalitäten oder übliche Zuzahlungs- und Bonussysteme einen geübten Sprachumgang voraus.

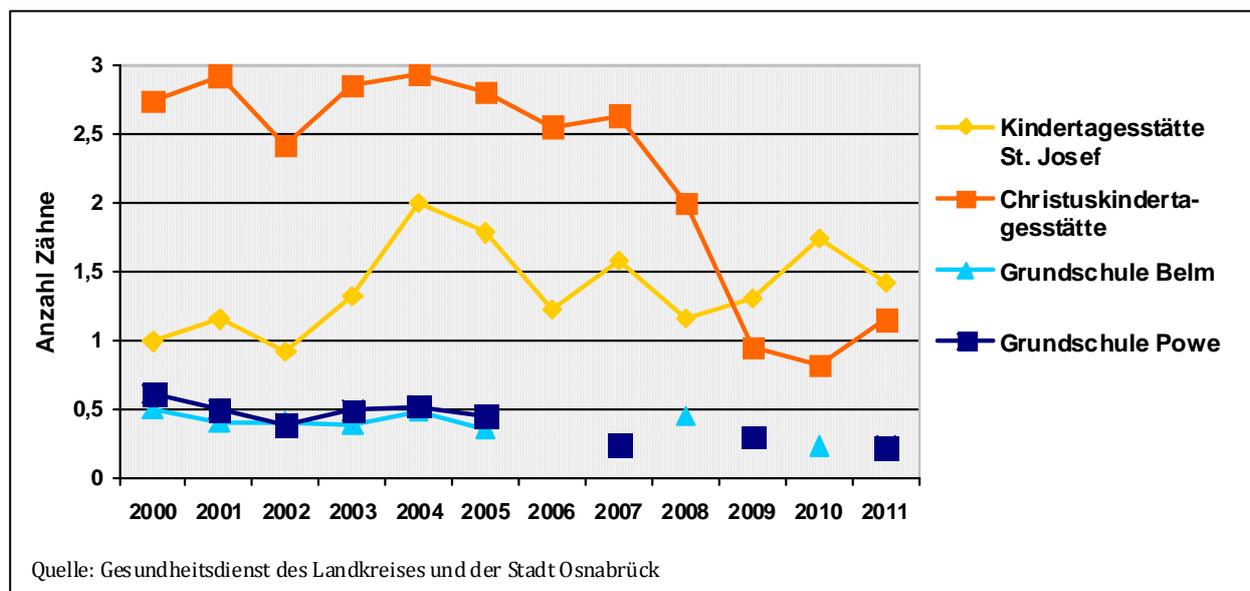
Daten auf Bundesebene über den Gesundheitszustand von Migranten zeigen, dass sie nicht unbedingt häufiger krank sind als Deutsche, aber z.T. unterschiedliche Krankheitsrisiken aufweisen. Allerdings sind Kinder mit Migrationshintergrund häufiger von Übergewicht, Bewegungsarmut und mangelndem Impfschutz betroffen. Auch gibt es bei ihnen einen Nachholbedarf bei der Wahrnehmung der Früherkennungsuntersuchungen.

Gesicherte Daten zum Gesundheitszustand der Bewohner und insbesondere der Kinder im Quartier liegen nicht vor. Hier können nur Einschätzungen von Einrichtungen gesammelt werden, die regelmäßigen Kontakt zu Kindern haben. Aus diesen Einschätzungen hat das QM schon früh einen Handlungsbedarf abgeleitet, der sich auf die Verbesserung der Informationen über Gesundheitsthemen konzentriert. Um Brücken zu bauen, rief das QM in Zusammenarbeit mit dem Team Zahngesundheit das Projekt „Rundum gesund“ ins Leben, im Rahmen dessen regelmäßig kostenfreie Zahnuntersuchungen im Zahnmobil des Gesundheitsdienstes des Landkreises in Belm angeboten werden sowie Lerneinheiten zu gesunder Ernährung in Schulen, Kindertagesstätten oder dem Stadtteilbüro. Um die Elternkompetenz hinsichtlich der Gesundheit ihrer Kinder zu verbessern, hat das Quartiermanagement mit dem Team Zahngesundheit von Januar bis März 2011 eine Schulung angeboten, die viele relevante Themen in wöchentlichen Kursstunden mit den Teilnehmerinnen, Besucherinnen des Treffs ausländischer Frauen in Belm, bearbeitet hat. Im Gespräch mit den Frauen wurde deutlich, dass viele dem Gesundheitswesen mit Unsicherheit und Hemmungen begegnen, die sie dann auch an die Kinder weitergeben. Es konnten aber auch Wissenslücken geschlossen werden, zum Beispiel die Notwendigkeit zur Dokumentation regelmäßiger Zahnarztbesuche für die spätere Zuzahlungsberechnung bei Zahnersatz. Das erhöhte Allergierisiko durch den verbreiteten Einsatz von scharfen Reinigungs- und Desinfektionsmitteln bei der Haushaltsreinigung war nur wenigen bekannt, ebenso die tatsächliche Menge an Zucker und Fett in vielen, von Kindern bevorzugten Getränken und Lebensmitteln.

Über die Gesundheitsschulung konnten kleine Einblicke gewonnen werden in Verhaltensweisen, die nicht den Grundsätzen gesunder Lebensweise entsprechen. Am besten einschätzen lässt sich das Gesundheitsbewusstsein der Familien anhand der Zahngesundheit. Der Gesundheitsdienst des Landkreises und der Stadt Osnabrück führt Statistiken zu den jährlichen Zahnuntersuchungen in den Kindertagesstätten und Grundschulen. Für die Christuskita sowie die Grundschulen Belm und Powe, die die meisten Kinder aus dem Sanierungsgebiet besuchen, zeigt der Zustand von Milch- bzw. bleibendem Gebiss insgesamt eine Verbesserung der Werte ab 2004. Die Kita St. Josef zeigt dagegen keinen kontinuierlichen Trend (Abb. 43)³⁸.

³⁸ In den Grundschulen erfolgte nach einer Pause 2006 in den Folgejahren die Erhebung zur Zahngesundheit im zweijährigen Abstand.

Abb. 43: Anzahl geschädigter Zähne im Milch- und bleibendem Gebiss 2000-2011



Die Faktoren, die zu dieser Verbesserung geführt haben, sind nicht im Einzelnen benennbar. Sicherlich zeigen regelmäßige Informationen und Projekte zur Zahngesundheit und gesunder Ernährung in allen vier Einrichtungen positive Effekte im Verhalten von Eltern und Kindern. In der Christuskindertagesstätte wurde auch das gemeinsame Zähneputzen wieder eingeführt, was möglicherweise zu der sehr deutlichen Abnahme geschädigter Milchzähne bei Kindern in der Einrichtung geführt hat. Die Kita St. Josef hat sich gegen das gemeinsame Zähneputzen entschieden, obwohl zuletzt ein Trend zur Verschlechterung der Zahngesundheit zu konstatieren war. Die Leitung argumentiert, dass die Eltern gerne die Verantwortung für das tägliche Zähneputzen gänzlich der Kita übergeben würden, wenn es dort angeboten würde. Dieses hätten sie besonders bei zugewanderten und bildungsfernen Familien beobachtet. Zu Beginn des Programms „Soziale Stadt“ wurde auch vom Gesundheitsdienst die mangelhafte Zahnhygiene und Beratungsresistenz hinsichtlich gesunder Ernährung in Zuwandererfamilien kritisiert. Mittlerweile kommen die Mitarbeiter bei den Erhebungen zu einem anderen Ergebnis. So seien schlechte Zähne keineswegs mehr nur ein Problem in Zuwandererfamilien, sondern dieses habe sich in den letzten Jahren vermehrt in die Mittelschichtfamilien hinein verlagert. Vermutet wird eine Überforderung der Eltern, die häufig Doppelverdiener seien und durch zusätzliche Belastungen die Konflikte bei konsequenter Durchsetzung von Regeln und Verhaltensweisen scheuen. Gestärkt wird dieses Argument von Mitarbeiterinnen der Familienberatung, die zunehmend Erziehungsprobleme in sozial unauffälligen Familien beobachten.

Eine gesunde physische und psychische Entwicklung ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Alltagsbewältigung. Sind die Eltern nicht in der Lage, dieses zu erkennen und zu gewährleisten, sind negative Auswirkungen auf den Bildungserfolg und spätere Karrierechancen zu erwarten. Wissen über eine gesunde Lebensweise und die erzieherische Kompetenz, ihre Grundsätze um- und durchzusetzen, sind aber längst nicht mehr nur wichtige Aspekte in der Integration, sondern weiten sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem aus.

3.3.6 Soziale Netze und Nachbarschaften

Dem im sozialen Rahmenplan formulierten Ziel und Handlungsfeld „Unterstützung und Ausbau sozialer Netze und Nachbarschaften“ liegt die Annahme zugrunde, dass die Stabilität und Wohnqualität innerhalb einer Hausgemeinschaft und eines Quartiers wesentlich davon abhängt, ob es eine funktionierende Nachbarschaft gibt und die Bewohner in soziale Netze in ihrem Wohnumfeld eingebunden sind. Der Zusammenhalt wirkt sich meist positiv auf das Zugehörigkeitsgefühl und die Identifikation mit dem Wohnort aus. Bewohner mit länger- und langfristiger Wohnperspektive sind tendenziell stärker interessiert an gesellschaftlicher Teilhabe in ihrem Quartier und achten mehr auf den Zustand der Wohnraum- und Wohnumfeldqualität. Das QM hat, ausgehend von diesen Annahmen, Faktoren identifiziert, die eine stabilisierende Wirkung auf das Quartier ausüben: geringe Fluktuation, geringer Leerstand, hoher Anteil an selbstnutzenden Eigentümern und eine sozial verträgliche Bevölkerungsmischung. Diese Faktoren können in gewissem Grad durch politische Entscheidungen und planerische Maßnahmen von der Gemeinde beeinflusst werden. Tendenziell sind Quartiere, wie das Sanierungsgebiet in Belm, ein interessanter Wohnungsmarkt für drei Arten von Wohnungssuchenden: für neu zugewanderte Haushalte als Übergang, für Haushalte mit geringem Einkommen und für Haushalte, die vor Ort bereits über ein Netzwerk verfügen. Durch die Attraktivitätssteigerung des Wohnumfelds und den Abbau des Überangebots an Wohnraum hat die Gemeinde zwei Möglichkeiten, die Wohnqualität im Gebiet und damit den Verbleib der Haushalte zu erhöhen.

Fluktuation und Leerstand

In den Jahren von 2003 bis 2010 hat jährlich zwischen 15 % und 25 % der Haushalte das Quartier verlassen, viele neue Haushalte sind ins Quartier gezogen (Abb. 44). Noch bis 2004 überstiegen die Zu- die Wegzüge. Entsprechend sind auch die Leerstände bis November 2004 um über die Hälfte zurückgegangen (Abb. 45).

Abb. 44: Zu- und Wegzüge im Sanierungsgebiet 2003-2010

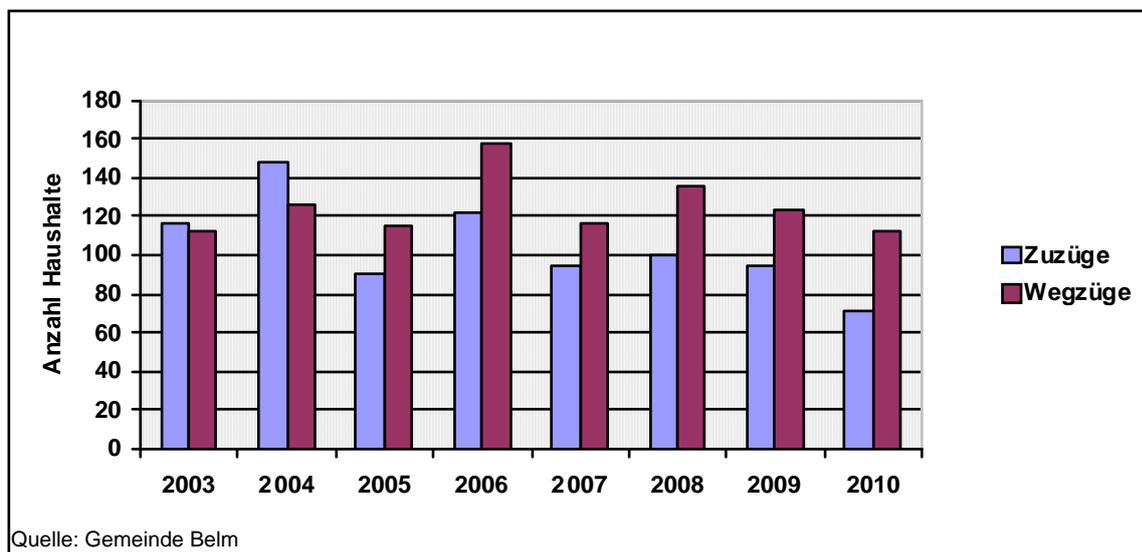
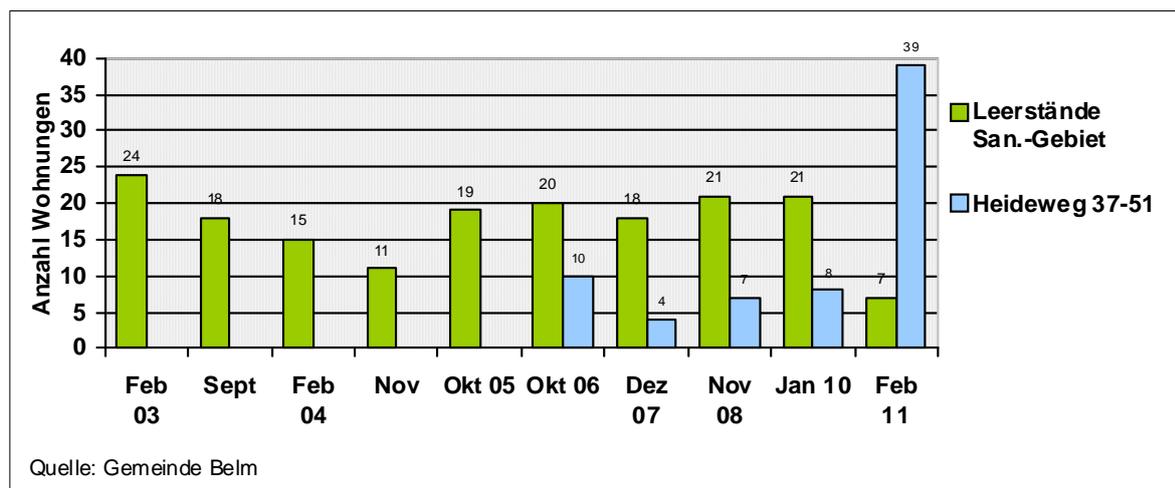
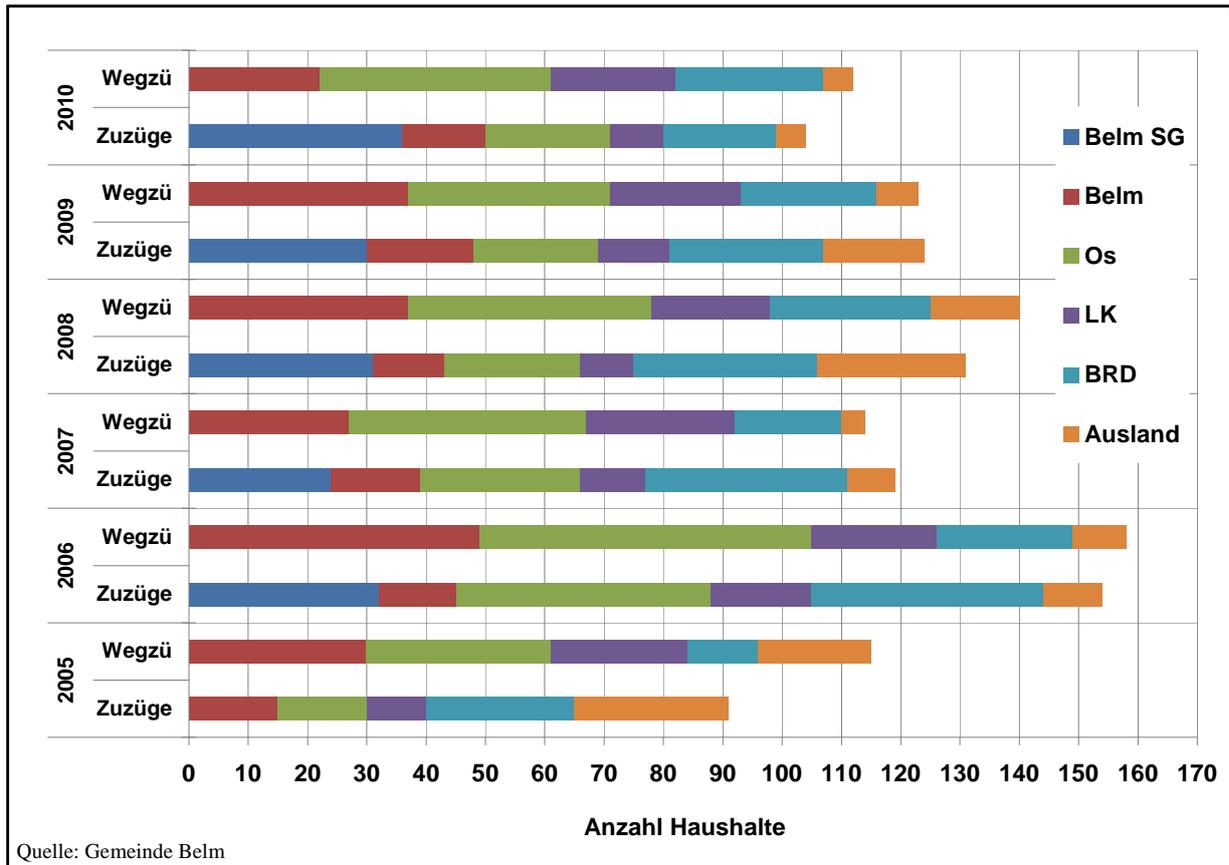


Abb. 45: Leerstände 2003-2011



Seit 2005 ist der Wanderungssaldo negativ, die Fluktuationsrate zeigt eine absteigende Tendenz. Die Erhöhung der Werte im Jahr 2006 ist auf die Erweiterung des Programmgebiets um den Heideweg 37-51 zurückzuführen. Beide Entwicklungen sind im Sinne einer Stabilisierung zu begrüßen. Im Zeitraum von 2005 bis 2010 ist die Anzahl der Leerstände stabil geblieben, im alten Sanierungsgebiet waren ungefähr 3-4 % der Wohneinheiten betroffen, im Erweiterungsgebiet dagegen rund 20 %. Mit Leerzug der Häuser am Heideweg 47-51 konnte der Leerstand im übrigen Gebiet signifikant reduziert werden, da aus der Anlage mit 46 Wohnungen 16 Familien neuen Wohnraum innerhalb des Sanierungsgebiets bezogen haben. Insgesamt ziehen jährlich rund 30 Haushalte innerhalb des Sanierungsgebietes um (Abb. 46). Für die Quartiersentwicklung ist die Besetzung der Leerstände durch im Sanierungsgebiet bereits länger ansässige Haushalte positiv zu bewerten, da sie schon in soziale Netze vor Ort eingebunden sind. Dagegen erschwert der Wegzug gerade von sozial stabilen Familien positive Entwicklungen im sozialen Bereich. In der Vergangenheit war zu beobachten, dass insbesondere die Familien, für die der Aufenthalt im Sanierungsgebiet erstes Anlaufziel war und die sich schnell erfolgreich integrieren konnten, bald wieder weggezogen sind. Dazu trugen das begrenzte Wohnraumangebot, insbesondere von großen Wohnungen, und die renovierungsbedürftige Bausubstanz bei.

Abb. 46: Um-, Zu- und Wegzüge nach Region 2005-2010



Die zugezogenen Familien kommen in allen dargestellten Jahren vor allem aus dem Bundesgebiet außerhalb des Landkreises und der Stadt Osnabrück. Auch das Ausland hatte phasenweise eine gewisse Bedeutung als Quellgebiet. Der überregionale Zuzug lässt darauf schließen, dass Belm den Zuziehenden über Netzwerkkontakte bekannt ist. Der Landkreis und die übrigen Gemeindeteile spielen als Quellgebiete eine eher nachgeordnete Rolle. Die Wegzüge sind hingegen über alle Jahre hinweg stärker lokal orientiert. Das spricht dafür, dass sich Familien sozioökonomisch stabilisiert haben, in lokale Netzwerke eingebunden sind und die Familienmitglieder vermutlich eine berufliche Perspektive in der Region entwickelt haben. Für den Erhalt von vertrauten Nachbarschaften und sozialen Netzen im Quartier ist die hohe Fluktuation sicherlich ein Hindernis.

Zusammensetzung der Wohnbevölkerung

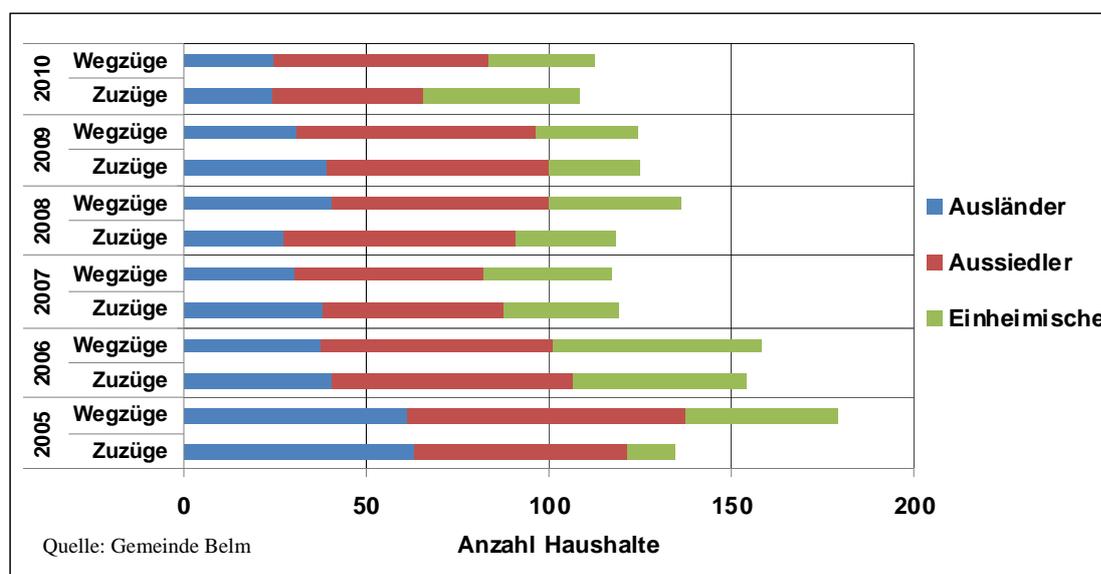
Erste Anlaufstelle für Neuvermietungen sind in einigen Wohnanlagen die Hausmeister. Sie haben ein großes Interesse an einer funktionierenden Hausgemeinschaft und knüpfen teilweise die Auswahl der Neumieter an entsprechende Kriterien. So wohnen im Bereich Stettiner Straße und Breslauer Ring überwiegend Aussiedler und Ausländer aus der ehemaligen Sowjetunion, z.T. in recht homogenen Hausgemeinschaften. Auch gibt es hier Hausgemeinschaften aus überwiegend älteren Ehepaaren und Alleinstehenden. Dieser Bereich fällt durch besondere Stabilität auf. Durchmischer ist die Bewohnerschaft in der Anlage am Heideweg, in

der sich deutsche vor allem mit ausländischen Familien mischen, sowie in den Hochhäusern an der Frankfurter Straße mit einem hohen Anteil an ausländischen Haushalten.

In den Jahren 2005 bis 2009 ist der Anteil einheimischer Haushalte durch erhöhte Abwanderung gesunken (Abb. 47). Erst 2010 hat sich dieser Trend umgekehrt.

Bei den Aussiedlerfamilien ist die Entwicklung insgesamt ausgeglichener, nur 2005 und 2010 sind in dieser Gruppe mehr Weg- als Zuzüge zu beobachten. Ab- und Zuwanderungen ausländischer Haushalte halten sich über die Jahre die Waage, sind aber nach 2005 insgesamt deutlich zurückgegangen und machen seitdem ca. ein Viertel aus.

Abb. 47: Zu- und Wegzüge nach Einbürgerungsstatus 2005-2010

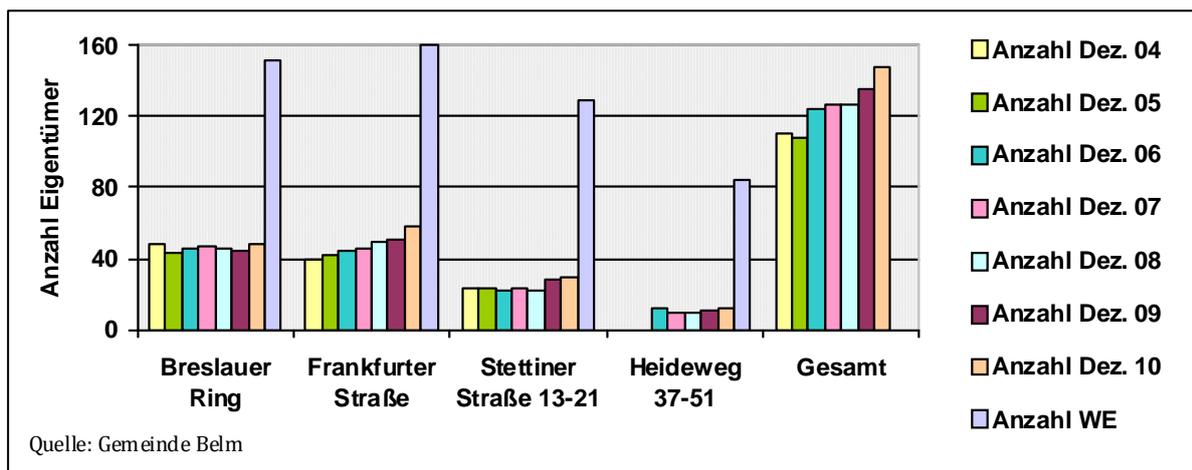


Die Vielzahl von unterschiedlichen ethnisch-nationalen Gruppen innerhalb des Gebietes fordert den Bewohnern ein hohes Maß an Offenheit und Toleranz ab, damit das Zusammenleben funktioniert. Zwar übernehmen Vereine, Initiativen und die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen eine wichtige Funktion beim Aufbau gegenseitigen Verständnisses und privater Kontakte. Dennoch wird z.B. das Zusammenleben von Aussiedlern und Türken, die bis 2006 größten Zuwanderergruppen im Sanierungsgebiet, innerhalb der Hausgemeinschaften heute noch als schwierig beschrieben. Es wird auch berichtet, dass bei den Jugendlichen mit der Pubertät zum Teil ein Rückzug in die ethno-kulturellen Peergroups erfolgt.

Selbstnutzende Eigentümer

Den höchsten Grad an Stabilität für ein Gebiet bringen selbstnutzende Eigentümer. In diesem Bereich profitiert das Quartier von einer positiven Entwicklung. Die Anzahl der Selbstnutzer ist jedes Jahr gestiegen und liegt jetzt bei ca. 25 % der Wohneinheiten (Abb. 48).

Abb. 48: Anzahl selbstnutzender Eigentümer 2004-2010



Besonders konsequent ist dieser Trend in den Hochhäusern an der Frankfurter Straße, in denen jedes Jahr Wohnungen durch Bewohner erworben wurden. In der Stettiner Straße hat sich der Trend in den letzten zwei Jahren ebenfalls positiv entwickelt, während die Zahlen am Heideweg und am Breslauer Ring eher stagnieren. Die Zahlen deuten darauf hin, dass ausländische und einheimische Familien sich eher den Erwerb von Eigentum im Sanierungsgebiet vorstellen können als Aussiedlerfamilien. In dieser Gruppe und bei den russischsprachigen Ausländern besteht bei Eigentumbildung eher die Nachfrage nach Baugrundstücken und Ein- und Zweifamilienhäusern, die nicht im Sanierungsgebiet befriedigt werden kann. Möglicherweise können über die andauernde Gestaltung des öffentlichen Raums und die Sanierungsmaßnahmen an den Wohnhäusern weitere am Wohnungskauf interessierte Bewohner zu diesem Schritt bewogen werden. Auch wird vermutlich nach Ableben der jetzigen Eigentümer das Interesse an den Wohnungen durch die Erben nachlassen, was die Zahl der zum Verkauf angebotenen Wohnungen erhöhen könnte. Für das Quartier wäre es wünschenswert, wenn insbesondere Bewohner vom Kauf dieser Wohnungen überzeugt werden könnten, um den langfristigen Verbleib im Quartier zu stärken.

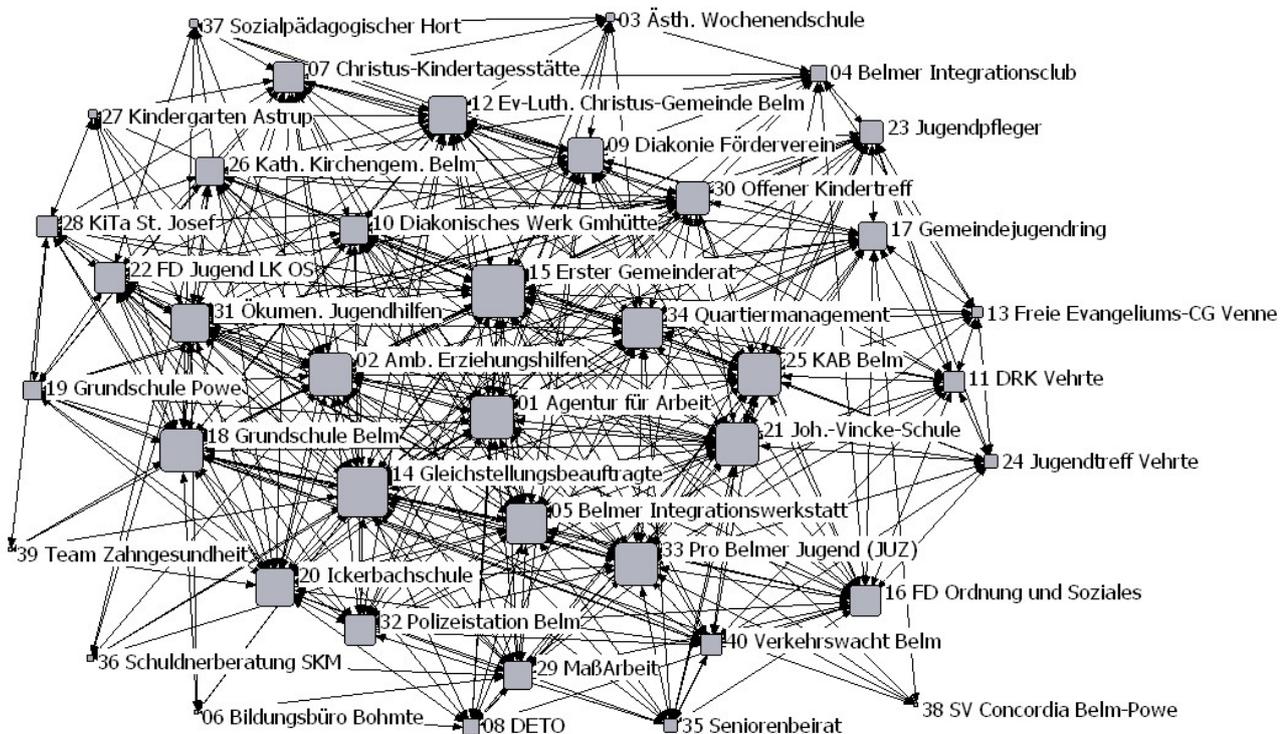
Das Belmer Netzwerk sozialer Akteure

Im Frühjahr 2011 führten Studierende des Instituts für Geographie unter Begleitung durch das QM eine aufschlussreiche Netzwerkanalyse unter Haupt- und Ehrenamtlichen des Belmer Netzwerkes durch. In einer geschlossenen Gruppe von 40 zentralen Akteuren des Netzwerkes, die vom QM identifiziert worden waren, wurden von den Vertretern aller beteiligten Institutionen mittels eines standardisierten Fragebogens Angaben zur Art und Intensität des Kontakts mit jeder anderen beteiligten Institution erfragt. Die Ergebnisse, die im Folgenden zusammenfassend dargestellt werden, zeigen, dass das Belmer Netzwerk stark interaktiv verbunden ist und trotz der großen Zahl an Akteuren sehr gut funktioniert.

Die Analyse ergab zunächst, dass sich alle 40 Institutionen untereinander kennen, es in dieser Gruppe also keine isolierten Akteure im Netzwerk gibt. Bei der Bewertung der informellen Kontakte untereinander (Abb. 49) zeigt sich, dass auch hier alle Akteure über mehrere Verbindungen in das Netzwerk eingebunden sind. Je zentraler die Position innerhalb der graphi-

schen Netzwerkdarstellung und je größer ein Knotenpunkt, desto höher ist die Einbindung des Akteurs in den informellen Informationsaustausch. Das QM steht in dieser Hinsicht neben dem Ersten Gemeinderat im Zentrum des Netzwerks und pflegt zu allen beteiligten Institutionen informellen Kontakt.

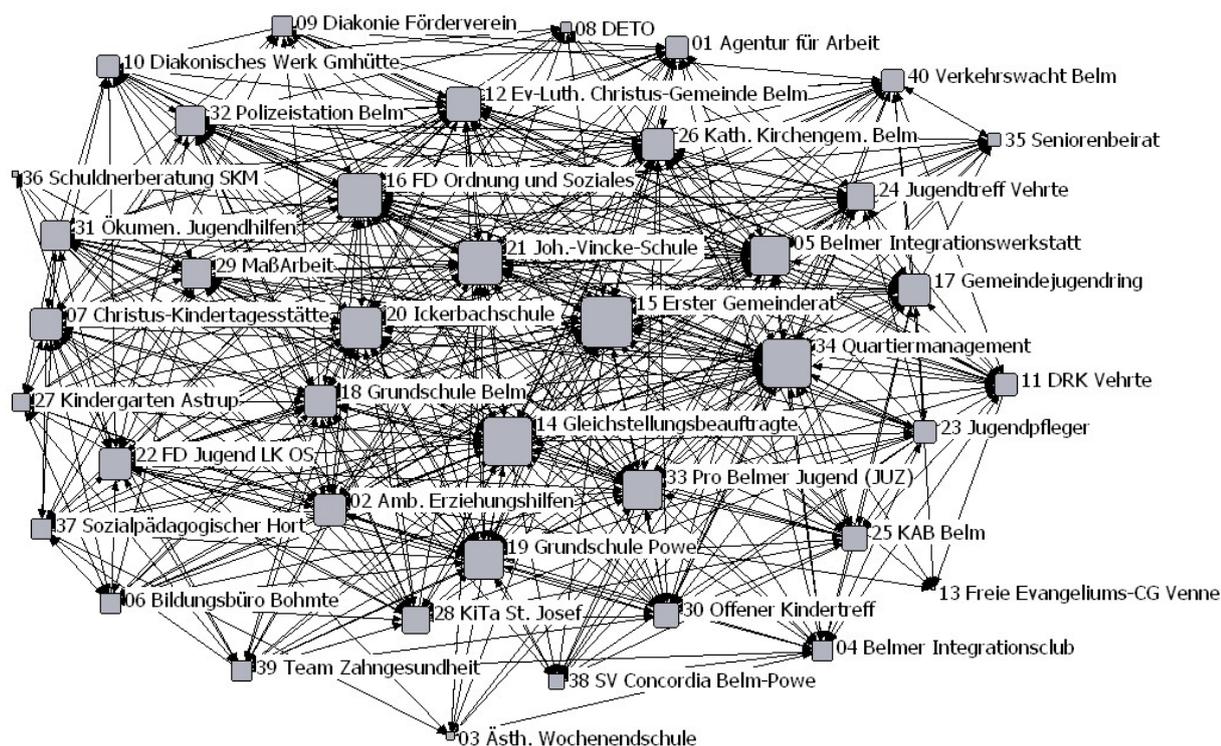
Abb. 49: Zentralität der Netzwerkakteure bezogen auf informellen Kontakt



Quelle: Universität Osnabrück, Institut für Geographie

Bei der Analyse der formellen Kontakte zeigt sich ebenfalls, dass alle beteiligten Akteure über mehrere Verbindungen in das Netzwerk integriert sind. Formelle Kontakte entstehen häufig über Vermittlung durch einen Dritten. Wenn ein solcher Zusammenhang für das Belmer Netzwerk angenommen und berechnet wird, über welche Institutionen der jeweils kürzeste Weg von einem Akteur zu jedem anderen verläuft, dann ergibt sich folgendes Bild (Abb. 50): QM, Erster Gemeinderat und die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde nehmen im Netzwerk eine Mittlerposition ein, da über sie auf wahrscheinlich kürzestem Wege Kontakt zu einer anderen Institution des Netzwerks hergestellt werden kann. Dieses Ergebnis bestätigt, dass das QM die Koordination des Belmer Netzwerks erfolgreich durchführt.

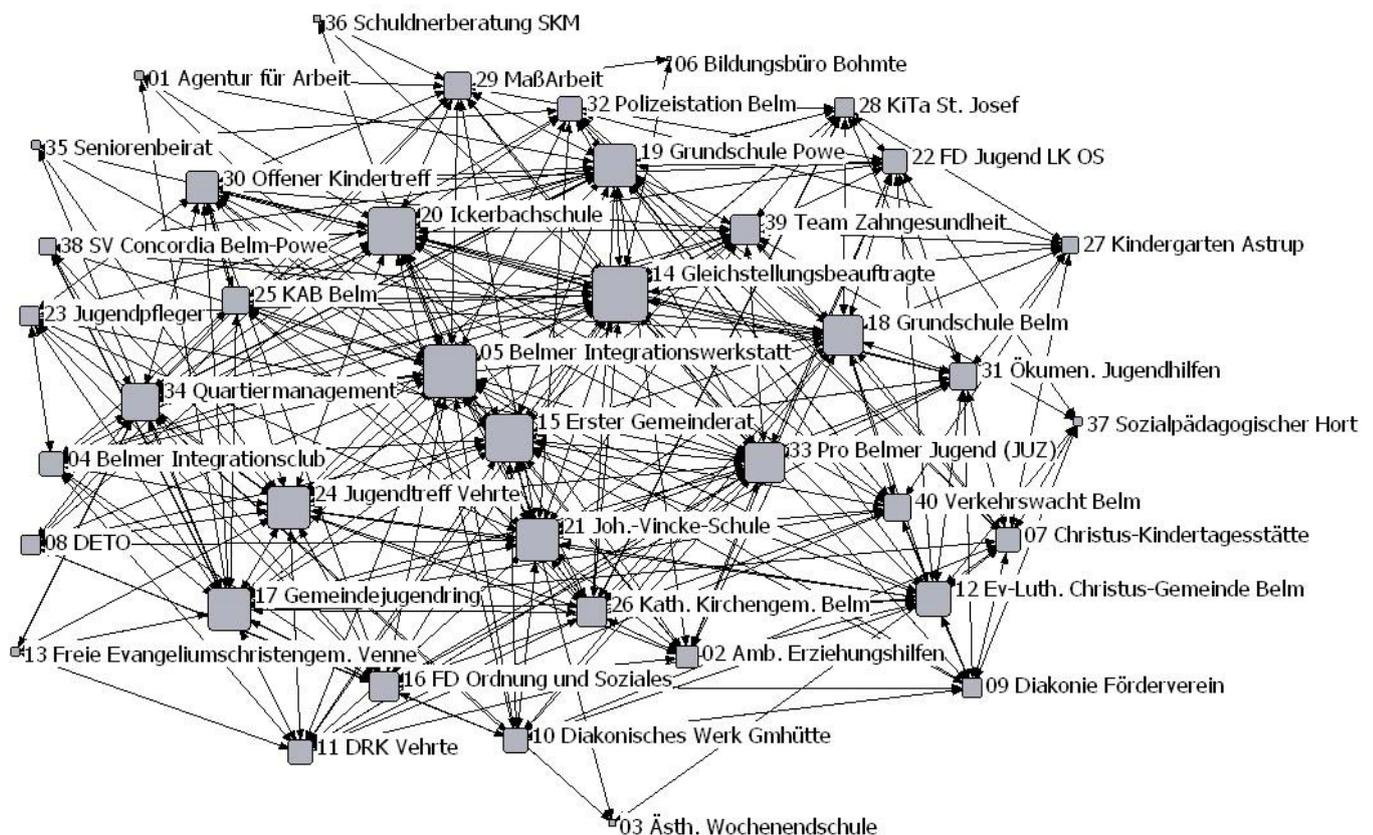
Abb. 50: Zentralität der Netzwerkakteure bei der Vermittlung von formellen Kontakten



Quelle: Universität Osnabrück, Institut für Geographie

Bei der dritten Intensitätsstufe der Zusammenarbeit im Netzwerk, der Durchführung gemeinsamer Projekte, interagiert ebenfalls jede Institution über mindestens eine Verbindung mit anderen Netzwerkakteuren. Die Analyse der von jedem Akteur genannten Häufigkeit der Projektzusammenarbeit mit anderen Netzwerkpartnern ergibt, dass vor allem Einrichtungen für Kinder und Jugendliche die Durchführung gemeinsamer Projekte pflegen, allen voran die Belmer Integrationswerkstatt und die Gleichstellungsbeauftragte (Abb. 51), die zusätzlich die Leitung des Familien- und Kinderservicebüros innehat. Erwartungsgemäß nimmt das Quartiermanagement hier eine Randposition ein. Ganz im Sinne des eigenen moderierenden Selbstverständnisses übernimmt das QM gegenüber Projektvorhaben von Netzwerkakteuren eine beratende und begleitende Funktion, es agiert eher im Hintergrund und nimmt selten Leitungsfunktionen bei der Durchführung wahr. Da Veranstaltungen wie das Begegnungsfest aus der Befragung ausgenommen waren, beziehen sich die Verbindungen auf die WenDo-Kurse mit den Grundschulen, die Zusammenarbeit mit dem Team Zahngesundheit im Projekt „Rund um Gesund“ und die wiederkehrenden Aktionen mit dem Treff ausländischer Frauen.

Abb. 51: Zentralität der Netzwerkakteure bezogen auf Kooperationsprojekte



Quelle: Universität Osnabrück, Institut für Geographie

Insgesamt zeigt die durchgeführte Netzwerkanalyse, dass die sozialen Akteure sehr gut vernetzt und integriert sind, und zwar auf allen Interaktions- und Kooperationsebenen. Das Quartiermanagement agiert professionell entsprechend seines Aufgaben- und Rollenverständnisses, was durch Zuweisung der jeweils zu erwartenden Position im Netzwerk bestätigt wird. Die hohe Zentralität des QM, die aus der Analyse hervorgeht, kann bei Rückzug und Wegfall aus dem Netzwerk aber auch leicht dazu führen, dass das Netzwerk in mehrere Teile zerfällt. Daher ist der Erhalt einer koordinierenden Instanz ein wichtiger Faktor für die Stabilität und Funktionalität des Belmer Netzwerkes.

3.3.7 Lokale Identität und Imagebildung

Ausgangssituation

Die fehlende Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohngebiet wurde im sozialen Rahmenplan als ein maßgebliches Problem bezeichnet. Mangelnde Saubereit im öffentlichen Raum führte ebenso zu Unzufriedenheit bei den Bewohnern wie fehlende Privatgärten und Freizeittreffpunkte sowie unzureichende Betreuungsangebote für Kinder. Der schlechte bauliche Zustand der Wohnungen, einheitliche Wohnungsformen und insbesondere ein Mangel an seniorengerechten Wohnungen belasteten eine positive Wahrnehmung der Bewohner. Teilweise herrschte unter den Bewohnern Resignation aufgrund der angespannten ökonomischen

Situation; Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten im Alltag waren nicht vorhanden. Dazu kamen Defizite der Zuwanderer in der deutschen Sprache sowie die hohe Fluktuation im Quartier. In politischen Gremien bzw. Initiativen und sozialen Einrichtungen auf Gemeindeebene waren kaum Vertreter der Bewohner tätig.

In der Haushaltsbefragung, die im Sanierungsgebiet unmittelbar nach der Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ durchgeführt worden war, schrieb die Mehrzahl der Befragten ihrer Wohnsituation zwar durchaus auch positive Eigenschaften zu und gab an, dass sie sich insgesamt in der Gemeinde wohl fühlen. Besonders auffällig war die hohe Ortsbindung. Fast zwei Drittel der Befragten bezeichneten Belm als ihren „Lieblingswohnot“. Das Gebiet der ehemaligen NATO-Siedlung wurde allerdings nur von 8 % der Befragten als bevorzugter Wohnstandort bezeichnet. Gefragt nach den augenfälligsten Missständen in ihrem Wohngebiet wurden Unsauberkeit/Dreck, der Zustand der Häuser, Verkehrsprobleme, Ruhestörung durch Nachbarn sowie Kriminalität und Drogenprobleme genannt.

Auch ein schlechtes Image des Wohngebietes kann unmittelbar Auswirkungen auf die Zufriedenheit der Bewohner haben und ggf. negative Einstellungen und Unsicherheitsgefühle verstärken. Seit ihrer Errichtung Anfang der 70er Jahre wurden die mehrstöckigen Häuser der ehemaligen NATO-Siedlung zumeist als Fremdkörper in der Gemeinde angesehen. Die Abwärtsspirale, in die die Wohnsiedlung in den 1990er Jahren geriet, führte zu einer Verstärkung des Negativbildes. Bestimmte Bezeichnungen deuteten auf die stigmatisierte Wahrnehmung des Gebietes aufgrund der hohen Zahl von dort lebenden Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion hin. Bürger aus der übrigen Gemeinde äußerten vermehrt Überfremdungsängste und latente Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum. In der bereits erwähnten Haushaltsbefragung ordneten die Befragten dem Gebiet zum Image überwiegend die Merkmale „arm“, „dreckig“ und „hässlich“ zu.

Ziele und Handlungsstrategien der Rahmenplanung

Die im städtebaulichen und sozialen Rahmenplan beschriebenen integrierten Konzepte und Maßnahmen zielen unmittelbar auf eine erhöhte Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohngebiet ab. Ein eigenes Kapitel wurde der Stärkung der Partizipation eingeräumt. Unter dem Titel „Bürgerbeteiligung und Aktivierung“ wurden Wege aufgezeigt, wie eine institutionalisierte aktive Mitgestaltung des Quartiers und eine Beteiligung am Gesamtprozess der Stadtteilentwicklung der Bewohner ermöglicht werden kann. Es wurde erwartet, dass Partizipation zu einem stärkeren Verantwortungsgefühl der Bewohner und zu einer intensiveren Bindung an das Wohnquartier führt. Dabei sollten Formen und Verfahren der Beteiligung an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Betroffenen ansetzen und die direkte Ansprache über konkret umzusetzende Projekte erfolgen. Angeregt wurde, geeignete Selbsthilfeprojekte in die Eigenverantwortung von Bewohnergruppen zu legen. Besonderer Stellenwert für den Integrationsprozess und das Zusammenleben der verschiedenen soziokulturellen Gruppen wurde dem geplanten sogenannten „Haus der sozialen Einrichtungen“ eingeräumt. Der Vorschlag

lautete, das Konzept in einem Beteiligungsprozess unter Mitwirkung aller maßgeblichen Interessengruppen in der Gemeinde zu diskutieren und zu entwerfen. Über die projektbezogene Arbeit hinaus sollten geeignete Organisationsstrukturen geschaffen werden, um Bewohnern regelmäßige Mitsprachemöglichkeiten zu eröffnen. Zum Thema Beteiligung gab in der Haushaltsbefragung knapp die Hälfte der Befragten an, Interesse an einem eigenen kleinen Garten zu haben und bei der Anlage einer Gartenparzelle mitzuhelfen zu wollen. Rund ein Viertel der Bewohner war gewillt, bei der Sanierung im Wohnviertel aktiv mitzuarbeiten.

Auch „Quartiersmarketing und Imagebildung“ wurde im Rahmen der Programmumsetzung als eigenes Handlungsfeld definiert. Es war vorgesehen, die stabilisierenden Maßnahmen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Hingewiesen wurde darauf, dass es sich bei der Veränderung von Images immer um langfristige Prozesse handelt, die dann erfolgreich sein können, wenn eine Aufwertungsstrategie auf verschiedenen, aufeinander abgestimmten Maßnahmen und Initiativen aufbaut und auch die Gefahr von Rückschlägen (z.B. durch negative Einzelereignisse) in Betracht gezogen wird. Alle Veröffentlichungen sollten sich an zwei Leitzielen orientieren: Einerseits sollten die Potenziale und Stärken des Gebietes mit den dort handelnden Akteuren herausgestellt werden und nicht wie häufig in den Medien in erster Linie die Problemlagen. Die Menschen im Quartier sollten auf Grund ihrer Selbsthilfefähigkeiten wahrgenommen werden und nicht als Empfänger von Hilfeleistungen und Sozialunterstützungen. Darüber hinaus sollten die positiven Effekte der Sanierung für die ganze Gemeinde betont werden. So wurde erwartet, dass ein besseres Image des Sanierungsgebietes durch die angestrebte Stabilisierung und Aufwertung des Quartiers auch ein besseres Image der gesamten Gemeinde nach sich zieht und dass von diesen Maßnahmen alle Belmer Bürger profitieren. Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass die in den Köpfen vieler Bürger noch vorhandenen Grenzen zwischen Sanierungsgebiet und Gemeinde nur dann abgebaut werden können, wenn die „Soziale Stadt“ zu einem solidarischen Projekt aller Belmer wird.

Maßnahmen zur Imageverbesserung und zur Stärkung der lokalen Identität

Maßnahmen zur Entwicklung eines positiveren Images setzten zunächst an einem verbesserten Erscheinungsbild des Gebietes an. Unter dem Oberbegriff „Müllprojekte“ wurden Aktionen initiiert, die sowohl direkt die Sauberkeit erhöhten als auch das Bewusstsein in der Bewohnerschaft für ein sauberes und ordentliches Wohnumfeld schärften. 2007 kam ein Wegweisersystem für Einrichtungen im Sanierungsgebiet hinzu, das die Erreichbarkeit der Angebote erleichterte und durch eine ansprechende Beschilderung den optischen Eindruck des Gebietes verbesserte. Mit der Herausgabe einer Stadtteilzeitung für das Gebiet wurde das Ziel verbunden, in der Gemeinde eine Transparenz aller geplanten und umgesetzten Aktivitäten und Maßnahmen im Programm sicherzustellen und darüber hinaus den Menschen im Gebiet alltagsrelevante Informationen über soziale Einrichtungen und Angebote zu liefern. Schließlich ging es auch darum, der breiten Öffentlichkeit Menschen aus dem Gebiet und deren Potenziale, Lebensgeschichte und Interessen vorzustellen und Werbung für Toleranz und Akzeptanz zu betreiben. Eine ähnliche Zielrichtung wurde mit dem Internetauftritt der „Sozia-

len Stadt“ in Belm verfolgt, wobei damit zusätzlich das Image Belms über die Grenzen der Gemeinde hinaus verbessert werden sollte. Das regelmäßige Begegnungsfest im Sanierungsgebiet hatte neben der Stärkung von Nachbarschaften auch das Ziel, die Identifikation der Bewohner mit dem Gebiet zu erhöhen und durch eine möglichst breite öffentliche Wahrnehmung Vorurteile und Informationsdefizite auch der angrenzenden Bewohner abzubauen. Eine Diplomandin der Universität Osnabrück untersuchte 2004 die Imageveränderung von sozial benachteiligten Stadtteilen und stellte am Beispiel des Sanierungsgebietes fest, dass bereits durch die häufige Benutzung von bestimmten Begriffen wie „sozialer Brennpunkt“, „Problemstadtteil“ oder „Hochhaussiedlung“ in der Presseberichterstattung Negativimages erzeugt bzw. gefestigt werden. Durch den Gewinn des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ der Bertelsmannstiftung 2005 erfuhr die Gemeinde bundesweite Anerkennung für die geleistete Integrationsarbeit, der daraus und aus der erstellten Überblicksbroschüre zu den Integrationsstrategien resultierende Imagegewinn bezog sich insbesondere auf die verbesserte Außenwahrnehmung. Die Teilnahme der Gemeinde am 2007 gestarteten grenzüberschreitenden SROI-Pilotprojekt, das die Wirkung von sozialen Maßnahmen in Geldwerten zu messen versucht, ging ebenfalls auf den Integrationspreis zurück und erhöhte die überregionale Wahrnehmung der Gemeinde noch zusätzlich wie übrigens auch einige Publikationen von Mitgliedern der Universität Osnabrück. Durch die enge Zusammenarbeit mit der lokalen Presse gelang es, dass Stigmatisierungen und die Überbetonung von Problemlagen in der Berichterstattung nach dem Beginn des Sanierungsprozesses weitgehend ausblieben.

In der 2007 vom QM durchgeführten zweiten Haushaltsbefragung gaben die Ergebnisse deutliche Hinweise darauf, dass sich die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohngebiet durch den Aufwertungsprozess im Zuge der Sanierung erhöht hat³⁹. 85 % der Befragten gaben an, dass sie insgesamt mit ihrer Lebenssituation in Belm zufrieden sind. Gelobt wurden das familienfreundliche Umfeld mit vielfältigen Freizeit- und Betreuungsangeboten. Auch die engen sozialen Netze sowie das Zusammenleben mit Verwandten und Freunden hatten für die Befragten einen hohen Stellenwert. Anerkannt wurde, dass die Gemeinde viel für die Verbesserung der Lebensqualität im Wohngebiet getan hat. Die bis dahin umgesetzten städtebaulichen Projekte wurden von der überwiegenden Mehrheit der Bewohner ebenso positiv gesehen wie die Angebote der sozialen Einrichtungen des Belmer Netzwerks. Allerdings gab es auch zahlreiche Anregungen für zukünftige Handlungsbedarfe.

Eine Studie des QM zur Akzeptanz des Förderprogramms „Soziale Stadt“ in der Gemeinde ergab 2009, dass sich im Verlauf der Sanierung bereits vieles in der Wahrnehmung des Sanierungsgebietes verändert hat und die Umsetzung des Förderprogramms und die damit einhergehenden Effekte von der Bevölkerung überwiegend honoriert werden. Der hohe Bekanntheitsgrad, die positive Beurteilung der durchgeführten städtebaulichen und sozialen Projekte,

³⁹ Nicht erhoben wurde, wie viele der Befragten auch an der ersten Haushaltsbefragung im Jahr 2000 teilgenommen haben.

die Anerkennung der Problemlösungskompetenz des Programms und die nachdrückliche Unterstützung seiner Fortsetzung zeigten, dass eine Mehrheit der Belmer die Arbeit der Programmverantwortlichen mit trägt. Kritische Stimmen zur Programmumsetzung waren eindeutig in der Minderheit. Vor dem Hintergrund der dargestellten hohen Akzeptanz des Programms war es zunächst überraschend, dass bei den Befragten zugleich eine Reproduktion des klassischen Negativimages zu beobachten war. Besonders deutlich wurden die Imagedefizite bei den genannten Assoziationen zum Sanierungsgebiet. Bauliche und soziale Aspekte wurden häufig problemorientiert beschrieben und negativ konnotiert (schlechte Gebäudesubstanz, Kriminalität, sozial Schwache), die gewählten Bezeichnungen stigmatisieren diese Teile Belms. Es gab in der Untersuchung allerdings auch deutliche Hinweise darauf, dass die Identifikation mit der Gemeinde offenbar positiv mit ihrem sozialen Profil zusammenhängt, also mit der Qualität der sozialen Einrichtungen und der stattfindenden sozialen Maßnahmen/Projekte. So beurteilen Personen mit sozialen Beziehungen in das Gebiet hinein das Programm deutlich häufiger positiv, sehen eher die Bedeutung des Sanierungsprozesses und laufen nicht Gefahr, klassische Stereotype zu reproduzieren. Auch stehen diejenigen, die sich eng mit der Gemeinde verbunden fühlen, stärker hinter dem Programm.

Bürgerbeteiligungsprozesse zur Aktivierung und zur Stärkung von Selbstverantwortung und Selbsthilfepotenzialen der Bewohner wurden vom QM aus dem Stadtteilbüro heraus koordiniert. Bürger wurden in öffentlichen Verfahren wie Stadtteilforen, in Gremienarbeit sowie in punktuellen, niedrighschwelligem Ansätzen zur Beteiligung eingebunden. In Planungsworkshops zur Vorbereitung von städtebaulichen Maßnahmen („Neubau Jugendzentrum“, „Neugestaltung Freigelände“, „Gestaltung Stettiner Platz“, „Gestaltung Schulgelände GS Powe“) wurden Ideen und Bedürfnisse der Bewohner und anderer Akteure zur Gestaltung des Quartiers erhoben und berücksichtigt. Regelmäßige Sitzungen des Sanierungsforums an verschiedenen Orten innerhalb des Sanierungsgebietes bewährten sich als niedrighschwellige Beteiligungsform. Die Sitzungen des Sanierungsbeirates und des Begleitausschusses (LOS, STÄRKEN vor Ort) gaben Bewohnervertretern teilweise Mitsprachemöglichkeiten und Einblicke in mit der Sanierung verbundene Maßnahmen und Entscheidungsprozesse. Gleichzeitig wurden dadurch die Kontakte der Bewohner in das soziale Netzwerk gestärkt. Die genannten Gremien sicherten den Aufbau institutionalisierter Beteiligungs- und Beratungsangebote. Einzelne Aktionen und Feiern im Wohnumfeld (z.B. Aufräumtage, Pflanzaktion, Renovierung von Transformatorenhäuschen, Grillfest, Gesundheitswandern, Weihnachtsbaumaktion, Boule) stärkten das Gemeinschaftsgefühl und verfolgten das Ziel einer stärkeren Identifikation mit dem Wohngebiet. Die Ergebnisse einer Diplomarbeit an der Universität Osnabrück zu Problemen und Perspektiven der Bewohneraktivierung und -beteiligung bekräftigten das umgesetzte Konzept, wonach insbesondere niedrighschwellige Angebote mit einer geringen Verbindlichkeit für die Teilnehmer auf Akzeptanz stoßen und Beteiligungsmaßnahmen, bei denen Redegewandtheit und Diskussionsteilnahme erwartet wird, in einem benachteiligten Stadtteil kaum angenommen werden.

3.4 Zusammenfassung: Erfolge und Limitationen

Die bisherige Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes in Belm ist an den übergeordneten Zielen zu messen, die unabhängig von unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in einzelnen Programmgebieten eng mit dem Programm „Soziale Stadt“ verknüpft sind. So ist zu beantworten,

- inwieweit es durch die gewählten Strategien und die damit verbundenen Maßnahmen gelungen ist, die physischen Wohn- und Lebensbedingungen im Sanierungsgebiet aufzuwerten;
- ob darüber hinaus auch die individuellen Lebenschancen der Bewohner verbessert werden konnten, z.B. durch die Vermittlung von Fertigkeiten oder einer verbesserten Zugangsmöglichkeit zum Arbeitsmarkt oder durch eine Verbesserung des sozialen Miteinanders;
- inwieweit das Image des Gebietes positiv verändert werden konnte und sich die Identifikation der Bewohner mit dem Wohngebiet erhöht hat;
- ob die gezielte, aber zeitlich begrenzte Sonderförderung eines benachteiligten Wohngebietes in der Gemeinde zur Bildung von selbsttragenden Strukturen beigetragen hat und somit eine Verstetigung der sozial-integrativen Stabilisierungseffekte zu beobachten ist.

Die kontinuierliche evaluative Begleitung des Sanierungsprozesses in den vergangenen Jahren durch das QM erleichtert die Identifizierung von Ergebnissen und Erfolgen, auch wenn sich die Komplexität sozialer Entwicklungen nicht immer durch ein festgelegtes Set von Indikatoren abbilden lässt. Die Messmethodik SROI zur Messung von sozialen Projekten, die im Rahmen eines Pilotprojektes im INTERREG IIIA-Programm in Belm von 2007-2008 in der BIW getestet wurde, konnte aufgrund des umfangreichen Erhebungsverfahrens nicht im Rahmen der Programmevaluation „Soziale Stadt“ eingesetzt werden. Nachfolgend werden vor einer zusammenfassenden Beurteilung der Zielerreichung im Programm „Soziale Stadt“ in Belm zunächst einzelne Handlungsfelder einer Bewertung unterzogen.

Organisationsstruktur, Arbeitsabläufe, planerische Grundlagen

Die Etablierung neuer Steuerungsmodelle seitens der Verwaltung wird allgemein als Voraussetzung für eine erfolgreiche Programmumsetzung und eine daran anknüpfende Verstetigung der mittel- bis längerfristigen Maßnahmen angesehen. Dabei lassen sich die Steuerungsaufgaben der Kommune nach einzurichtenden Strukturen auf Stadtteilebene und nach verwaltungsinternen Maßnahmen unterscheiden.

Als erfolgreich hat sich der Ansatz erwiesen, das Thema Integration bereits früh als Querschnittsaufgabe zu begreifen und damit die Umsetzung der „Sozialen Stadt“ zur Chefsache unter Federführung des Ersten Gemeinderates zu machen und von Beginn an kurze Entscheidungswege einzuführen, die zu einer zügigen Realisierung von Projekten und Maßnahmen geführt haben.

Die enge Zusammenarbeit mit dem Quartiermanagement stärkte dessen *zentrale* Brückenfunktion zwischen Verwaltungsspitze, Bewohnern und sozialen Netzwerkakteuren. Der vertrauensvolle Austausch in einer regelmäßigen Lenkungsrunde gewährleistete eine unmittelbare Bearbeitung und Weitergabe von Themen und Anregungen, die aus dem Netzwerk der sozialen Akteure bzw. aus der Bewohnerschaft an das QM gerichtet wurden. Dabei ermöglichen das Trägermodell und die damit verbundene Stellung des QM als Akteur, der nicht direkt der Verwaltung untersteht, eine gewisse Unabhängigkeit und Stärkung des Vertrauensverhältnisses zu den sozialen Akteuren. Die regelmäßige Abstimmung zwischen Verwaltung und QM verhindert zudem Rollenkonflikte im Hinblick auf Zuständigkeiten. Die auch durch die Ergebnisse der Netzwerkanalyse bestätigte erfolgreiche Koordination des Netzwerkes durch das QM führt dazu, dass die vorhandenen Ressourcen der sozialen Träger aktiviert und zielgerichtet in den Prozess der integrierten Stadtentwicklung einfließen können. Die erfolgreiche Arbeit des QM im Bereich der Fördermittelakquise hat die Netzwerkstrukturen in der Gemeinde zusätzlich gestärkt und dazu beigetragen, dass die Einrichtungen – teilweise in Verbindung mit Beratungsleistungen des QM – passgenaue Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen umsetzen konnten. Die im Bereich der Imagebildung und Öffentlichkeitsarbeit durch das QM angestoßenen Maßnahmen haben die Aktivitäten der sozialen Träger in Belm und auch darüber hinaus bekannt gemacht und insgesamt dazu geführt, dass sich das Image der Gemeinde positiv verändert hat. Letztlich führt die wissenschaftlich-analytische und evaluative Begleitung der Programmumsetzung durch das QM, z.T. mit Unterstützung der Universität Osnabrück, zu der notwendigen Transparenz des Sanierungsprozesses und bietet dadurch den Verantwortlichen entsprechende (Nach-)Steuerungsmöglichkeiten. Die zahlreichen wissenschaftlichen Studien, die vom QM, Studierenden und Graduierten des Instituts für Geographie und des IMIS in den vergangenen Jahren durchgeführt worden sind, bildeten ebenfalls eine wichtige Grundlage für Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen (Verwaltungs-, Quartiers- und intermediärer Ebene).

In der Ämterkooperation, die im Programmansatz eine wichtige Rolle spielt für ressortübergreifendes Handeln, hat die Gemeinde evtl. nicht das volle Potenzial ausgeschöpft. Während der Fachdienst Bauen dauerhaft und regelmäßig in die Lenkungsrunde eingebunden war, fand keine regelmäßige Einbindung des Fachdienstes Soziales statt. Erst mit der Koordinierung des Programms STÄRKEN vor Ort erfolgte hier wieder eine Abstimmung mit diesem für die Programmumsetzung zentralen Fachdienst. Der für Schulen zuständige Fachdienst Organisation, Kultur, Finanzen wurde nicht in die Lenkungsrunde eingebunden. Die Auswertung der Programmumsetzung zeigt jedoch, dass Schulen und Vereinen eine zentrale Rolle in den Integrationsbemühungen zukommt.

Mit dem integrierten Handlungskonzept hat sich die Gemeinde ein Steuerungsinstrument zur Operationalisierung der Sanierungsziele gegeben, das jährlich fortgeschrieben und in zentralen Gremien beschlossen wurde. Dennoch besitzt das Konzept keinerlei verbindliche

Wirkung. Die jährlichen Fortschreibungen in Verbindung mit den Zwischenberichten des QM wurden zuletzt in den dafür vorgesehenen Gremien nur noch wenig diskutiert, diese Dokumente können auf Gemeindeebene deshalb eher als interne Papiere bezeichnet werden. Die Steuerungsfunktion durch das integrierte Handlungskonzept wurde nicht ausgeschöpft, da in der Vergangenheit kaum eine breite Auseinandersetzung über die das Konzept stützenden Maßnahmen sowie über neu aufgenommene Maßnahmen erfolgte, für die noch keine Umsetzungsstrategie erarbeitet war.

Der Sanierungsbeirat hat bei wechselnder Zusammensetzung im Wesentlichen eine Informationsfunktion wahrgenommen, weniger bot es ein Forum zur Diskussion und zum Interessenaustausch. Selten gingen aus ihm Initiativen oder Aktivitäten hervor. Da er keine Entscheidungsbefugnisse und auch keine finanzielle Ausstattung besitzt, war diese Entwicklung vorhersehbar. In den letzten Jahren fielen mangels relevanter Berichtspunkte auch Sitzungen aus, was auch ein Indiz dafür sein kann, dass der Sanierungsbeirat nicht durchgängig in das operative Geschehen eingebunden war.

Das Sanierungsforum hat sich als Möglichkeit für Bewohner etabliert, ihre Sorgen und Anliegen in den Sanierungsprozess einzubringen. Das Ziel, mit den Versammlungen im öffentlichen Raum auf die Menschen zuzugehen und sie sozusagen vor ihrer Haustür abzuholen, wurde auch in Phasen von geringerer Beteiligung an den Treffen nicht aus den Augen verloren. Die Namensumwandlung zu einem Bürgerforum hat noch nicht dazu geführt, dass auch Bewohner aus angrenzenden Gemeindeteilen teilnehmen und sich zu Themen austauschen, die die angestrebte Stabilisierung des Wohngebietes und damit die Integration der dort lebenden Bewohner in die Gesamtgemeinde betreffen.

Der territoriale Programmansatz, der die Eingrenzung des Fördergebietes vor Programmbeginn notwendig gemacht hat, führte dazu, dass zunächst innerhalb der ehemaligen NATO-Siedlung neue, aus sozialer Sicht nicht begründbare Grenzen gezogen wurden.⁴⁰ Die Aufteilung des Heideweges bewirkte, dass die Häuser Nr. 37-51 und die darin lebenden Menschen trotz vergleichbarer Problemlagen zunächst von Fördermaßnahmen ausgeschlossen waren. Erst mit der 2006 erfolgten Erweiterung des Gebietes konnte dieser Bereich ebenfalls in das Entwicklungskonzept aufgenommen werden. Die Teilung wurde mit den begrenzten Fördermitteln begründet, die nach Ansicht der Verantwortlichen für die Entwicklung der gesamten ehemaligen NATO-Siedlung nicht ausgereicht hätten. Die vorgenommene Eingrenzung des Fördergebiets lässt die gelebten Austauschbeziehungen und Kontakte in einem größeren Quartier unberücksichtigt wie etwa zur angrenzenden Haupt- und Realschule, zum Sportverein oder zum Zentrum mit einem hohen Anteil von Geschäften, die von Migranten geführt werden. Erst durch die flankierenden Förderprogramme zur Umsetzung von Mikroprojekten ab 2004 (Lokales Kapital für soziale Zwecke und STÄRKEN vor Ort) konnten die genannten Bereiche teilweise in die Integrationsarbeit eingebunden werden.

⁴⁰ Vgl. Karte S. 17

Bauliche Strukturen

Die schnelle Entwicklung von investiven Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Flächen im Sanierungsgebiet durch die Gemeinde hat viel zu den bislang erreichten Verbesserungen beigetragen. Durch einen breiten parteiübergreifenden Konsens gelang es, die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ nach einer anfänglichen Phase der Konzeption und Planung voranzubringen und damit das weitere Abgleiten in die Negativspirale zu stoppen. Insgesamt kann ein hoher Zielerreichungsgrad im Bereich der investiven Maßnahmen festgestellt werden. Zwar konnte anfangs mit der Einrichtung einer Baumschule als Startermaßnahme nicht die erwartete Initialzündung mit breiter Bewohnerbeteiligung erreicht werden. Der Abriss des Hauses Stettiner Straße 17/18 mit anschließender Gestaltung des entstandenen Freiraumes sorgte aber ab 2003 für eine spürbare positive Entwicklung im Wohngebiet und damit für ein stärkeres Miteinander der Bewohner. Die umfassenden Reaktionen auf die Windhosenverwüstung 2001 (vorgezogener Bau des Jugendzentrums, Anbau Christuskindergarten, Anlage des Bürgerparks, Abriss des Kindergartens, Nutzung des erweiterten Freigeländes durch die Grundschule) ermöglichten eine städtebauliche Aufwertung eines zentralen Bereiches innerhalb des Sanierungsgebietes und das Erreichen verschiedener Ziele (höhere Aufenthaltsqualität durch wohnortnahe Erholungsbereiche, Stärkung der Jugendarbeit, bessere Schulhofgestaltung, Integration der Vorschulkinder durch Zusammenlegung der Kindergärten).

Der zügige Straßenausbau (Frankfurter Straße, Breslauer Ring, Heideweg/Ringstraße) war einerseits ein wichtiger Schritt für die Erhöhung der Verkehrssicherheit von Fußgängern und Radfahrern. Andererseits sorgten die Maßnahmen durch die optische Aufwertung des Straßenraumes auch für eine stärkere Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohngebiet. Gleiches gilt für den Ausbau der Wegeverbindungen. Insbesondere der neu gestaltete Weg über den Ickerbach ins Gemeindezentrum hat sich schnell zu einer häufig frequentierten Verbindung entwickelt.

Der Abriss der Hochhäuser Heideweg 36 (2005) und Heideweg 47-51 (2011) hat die Herausnahme von Häusern aus dem Bestand ermöglicht, denen aufgrund der mangelhaften baulichen Substanz und des Ausmaßes der Benachteiligung der dort lebenden Bewohner eine negative Sonderstellung innerhalb der Gemeinde zukamen. Es konnten dadurch Objekte vom Wohnungsmarkt genommen werden, die auch unter Verwendung erheblicher Fördergelder voraussichtlich nicht zu einem akzeptierten, weniger stigmatisierten Wohnquartier hätten entwickelt werden können. Von einer Verdrängung der dort lebenden Familien kann rückblickend nicht gesprochen werden, auch wenn aus den Häusern Heideweg 47-51 im Gegensatz zur Situation beim Abriss Heideweg 36 nicht alle Bewohner in Belm eine neue akzeptable Wohnung finden konnten. Dennoch haben alle betreffenden Personen im Umkreis der Gemeinde eine angemessene Wohnung beziehen können. Damit konnte die hohe Konzentration von benachteiligten kinderreichen Familien in den Hochhäusern aufgelöst werden, viele Familien wohnen jetzt in stärker gemischten Wohneinheiten.

Die Entscheidung gegen die Errichtung eines Bürgerhauses als Kommunikationsort und Begegnungszentrum erschwerte Austauschmöglichkeiten zwischen Bewohnern aus dem Sanierungsgebiet und den übrigen Gemeindeteilen. Auch zeigt sich am Beispiel der Grundschule Powe, in deren Gebäude sowohl der offene Kindertreff als auch der Frauentreff Räumlichkeiten bezogen haben, dass sich aus der räumlichen Nähe wichtiger Akteure des sozialen Netzwerks zueinander fruchtbare Synergien entwickeln können. Der ursprünglich vorgesehene Abenteuerspielplatz am Ickerbach verfolgte neben der Verbesserung des Freizeitangebotes ebenfalls das Ziel, durch eine attraktive Einrichtung im Sanierungsgebiet das Wohngebiet nach außen zu öffnen und neue Kontakte über die noch vorhandenen unsichtbaren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Leider konnte auch dieses Vorhaben nicht realisiert werden. Die Ergebnisse der 2009 durchgeführten Studie zur Akzeptanz des Förderprogramms „Soziale Stadt“ haben jedoch gezeigt, dass soziale Beziehungen in das Gebiet hinein eine wichtige Rolle spielen bei Einstellungsfragen gegenüber der Migrationsbevölkerung. Insofern hat der Verzicht auf diese beiden Maßnahmen eingeschränkte Möglichkeiten zur Folge im Hinblick auf das Zusammenwachsen der unterschiedlichen Gemeindeteile.

Die zielgerichtete zügige Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Flächen durch die Gemeinde wirkte als Anreiz für selbstnutzende Eigentümer, ebenfalls die Möglichkeiten des Förderprogramms zu nutzen und in die Wohnanlagen zu investieren. Während insbesondere in der Frankfurter Straße Maßnahmen zur Aufwertung der Außenbereiche und zur Fassadendämmung getroffen wurden, haben andere Eigentümergemeinschaften (z.B. Stettiner Straße 19-21) erst später eine Kooperation mit der Verwaltung angestrebt. Der Streit zwischen Gemeinde und Eigentümergemeinschaft Breslauer Ring/Stettiner Straße um die Bezuschussung der Baumaßnahmen hatte das bis dahin gute Verhältnis beider Parteien belastet und weitere Abstimmungen erschwert. Es ist allerdings unsicher, ob eine damalige Einigung weitergehende Investitionen der Eigentümer zur Aufwertung der Wohnanlage bis zum heutigen Zeitpunkt nach sich gezogen hätte.

Bevölkerungsstruktur

Der zu beobachtende Wandel der Migrationsbevölkerung in Belm mit einer Zunahme der Bewohner aus russischsprachigen Ländern führt zu einer stärkeren Homogenität der Sozialstruktur innerhalb der ehemaligen NATO-Siedlung. Die Gemeinde ist mittlerweile innerhalb der Netzwerke von russischsprachigen Personen überregional bekannt als Wohnstandort mit relativ hoher Lebensqualität. Verantwortlich dafür sind u.a., so die Ergebnisse der Haushaltsbefragung 2006, neben den vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten, der guten Busanbindung in das benachbarte Oberzentrum Osnabrück sowie der attraktiven Lage im Zentrum der Gemeinde mit der damit verbundenen guten Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen auch die erzielten Erfolge im Programm „Soziale Stadt“. Segregierte Strukturen auf der Basis einer eher homogenen Bevölkerung haben, wie in diesem Fall offensichtlich verstärkt, positive Effekte für die Zugewanderten zur Folge, weil sie Verbundenheit, Vertrautheit und dichte

informelle Netze verheißen. Die steigende Zahl von Existenzgründungen durch Aussiedler in Belm unterstreicht auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Motivation der Zuwanderer. Die in Kap. 2.2 und 3.3.6 beschriebene innergemeindliche Mobilität insbesondere der Aussiedler zeigt, dass sich ausgehend von einem Stabilisierungs- und Integrationsprozess, der sich aus dem Sanierungsgebiet heraus entwickelt, in den angrenzenden Wohnbereichen und Neubaugebieten Belms deutliche Durchmischungstendenzen ergeben, die auf eine weiter zunehmende Integration hindeuten. Auf der anderen Seite weisen einzelne Indikatoren, die sich auf die ausländische, nicht russischsprachige Bevölkerung beziehen (insbes. Arbeitslosigkeit, hohe Fluktuation bei Existenzgründungen), darauf hin, dass es bei dieser Gruppe ebenso wie bei den einheimischen benachteiligten Familien offenbar größere Integrationshemmnisse gibt, denen bislang noch nicht in ausreichendem Maße entgegengewirkt werden konnte. Insbesondere bei den einheimischen, sozial schwachen Familien beeinträchtigen auch die häufig im Gegensatz zur zugewanderten Bevölkerung geringer ausgeprägten sozialen Netze deren Lebenssituation.

Die mit einem hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund verbundene Absenkung des Altersdurchschnittes der Bevölkerung trägt dazu bei, dass die Gemeinde die mit dem demografischen Wandel infolge des Geburtenrückgangs verbundenen Herausforderungen besser bewältigen kann. Gleichzeitig zeigt der nach wie vor hohe Anteil von kinderreichen Familien im SGB-II-Bezug, dass diese in besonderem Maße von Einkommensarmut und Bildungsbenachteiligung und damit von einer erheblichen Einschränkung ihrer Lebenschancen betroffen sind.

Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und arbeitsmarktbezogene Maßnahmen

Die Schaffung von zahlreichen Beschäftigungsmöglichkeiten im Quartier konnte, wie bereits in Kapitel 2.3.2 ausgeführt, nicht realisiert werden. Ansätze zur lokalen Wirtschaftsförderung konnten in dem ausschließlich als Wohngebiet genutzten Quartier nicht verfolgt werden. Die erfolgreichen Aktivitäten der MaßArbeit zur Vermittlung von ALG-II-Empfängern waren zwar nicht an die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ geknüpft, dennoch hat die Beschäftigungsinitiative des Landkreises von den Netzwerkstrukturen und der sozialen Arbeit im Sanierungsgebiet profitiert. Das Resultat dieser Kooperationen sind im Sanierungsgebiet seit 2006 kontinuierlich sinkende Fall- und Personenzahlen im SGB-II-Bezug. Auch die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im ALG-II-Bezug weist eine rückläufige Tendenz auf. Die Umsetzung der begleitenden Programme „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ und STÄRKEN vor Ort hat zwar nicht in größerem Umfang zur Generierung von neuen Beschäftigungsverhältnissen beigetragen. Neben dem erfolgreichen Ausbau der Netzwerkstrukturen ist es durch die Mikroprojekte jedoch gelungen, die Schlüsselkompetenzen vieler Jugendlicher zu stärken und sie in ihrer Befähigung zur Aufnahme einer Beschäftigung zu fördern. Hier füllten die Programme eine deutliche Lücke im Bereich des Übergangs Schule/Beruf aus, die durch das Engagement der an der Programmumsetzung beteiligten Akteure geschlossen werden konnte. Der Aufbau von

nachhaltigen Strukturen nach erfolgter Anschubfinanzierung durch die Mikroprojekte ist nicht in allen Fällen gelungen. Beispiele für Projekte mit Langzeitwirkung wie z.B. die Ausbildung von Pädagogen als Dia-Trainer oder die Einbindung von Medienprojekten in die Jugendarbeit stehen zahlreiche Beispiele gegenüber, in denen eine Weiterführung der Projektarbeit aufgrund der ungeklärten Anschlussfinanzierung und unzureichend entwickelter Strukturen (teilweise aufgrund von Arbeitsüberlastungen) nicht gelang bzw. deren Effekte sich auf die Projektlaufzeit beschränkten (z.B. Schülerfirma, Vermittlungsbüro für Jobs und Ehrenamt, Ausbildungsplatzbörse). Neue Impulse zur Beschäftigungsförderung gingen von den Projekten Arbeits- und Integrationsnetzwerk Belm (AIB) und Belmer Initiative für Bildung und Beschäftigung (BIB) innerhalb der Bundesprogramme XENOS und BIWAQ aus. Das neu gegründete soziale Kaufhaus „Fundus“ bietet mittlerweile vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten und die Kontakte des Trägers DETO in die Wirtschaft hinein ermöglichten eine Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zwischen sozialen Einrichtungen und lokalen Unternehmen zur Förderung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen für Jugendliche. Das Beispiel DETO zeigt, dass die Ansprache und Einbindung neuer kompetenter Netzwerkpartner und die Förderung von Kooperationsbeziehungen im Bereich der sozialen Arbeit ein wichtiger Erfolgsfaktor sind.

Bei diesem Handlungsfeld zeigt sich jedoch besonders ausgeprägt, dass bestimmte Rahmenbedingungen nicht von den Verantwortlichen in der Kommune beeinflusst werden können. So sind sowohl weltwirtschaftliche Einflüsse verantwortlich für steigende bzw. fallende Arbeitslosenzahlen als auch bundespolitische Entscheidungen wie im Fall der Sozialhilfereform 2005. Kommunen sehen sich damit in Fragen der Quartiersentwicklung auch mit den Auswirkungen von wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen konfrontiert, deren Ursachen sie nicht beeinflussen können.

Erziehung, Bildung und Ausbildung

Die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund im Bildungssystem ist in Belm auch nach zehn Jahren Programmlaufzeit noch signifikant. Vermutlich sähe die Situation ohne die Aufmerksamkeit, die diesem Problem im Rahmen der Sozialen Stadt gewidmet wurde, noch wesentlich schlechter aus. Der Ausbau von frühkindlichen Betreuungsmöglichkeiten und die Sensibilität, die Kindergärten und Schulen für die besondere Förderbedürftigkeit von Kindern aus dem Sanierungsgebiet und denen mit Migrationshintergrund zeigen, tragen zum Ziel von mehr Chancengerechtigkeit bei. Schulen und außerschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen haben sich in besonderer Weise auf die Bedürfnisse ihrer Schülerschaft und Teilnehmer eingestellt und bemühen sich sehr um den Kontakt zu den Familien, um gemeinsam Probleme zu bearbeiten. Förder- und Unterstützungsmaßnahmen, Elternarbeit und sinnvolle Freizeitbeschäftigungen werden mit hohem persönlichem Engagement betrieben, das häufig über den beruflichen Arbeitsrahmen hinausgeht. Dieses Engagement ist ein zentraler Faktor bei der Bewältigung der weiterhin bestehenden Chancenungleichheit. Das Einwerben von Fördergeldern und die Unterstützung bei Projekt-

planung und -durchführung von Seiten des QM und der Gemeinde aber auch die Anerkennung des bisher Geleisteten sind zentrale Voraussetzungen für eine engagierte Fortführung der auf den Weg gebrachten Problembearbeitungen.

Zuwanderung und Gesundheit

In den vergangenen zehn Jahren wurde erreicht, dass der Gesundheitsdienst der Stadt und des Landkreises Osnabrück und hier vor allem das Team Zahngesundheit eng in das Netzwerk der sozialen Akteure eingebunden werden konnte und hieraus stabile Kooperationsbeziehungen entstanden sind. Über die Zusammenarbeit mit Kindergärten, Schule und Kindertreff wurde das Bewusstsein für Zahnhygiene und gesunde Ernährung bei Kindern und Eltern geschärft und erste Erfolge erzielt, sichtbar in der jährlichen Erhebung des Zahnstatus. Mittlerweile wird über Verlagerungen des Problems mangelnder Zahnhygiene in Familien des sozialen Mittelstands hinein berichtet. Gesundheit bleibt weiterhin ein wichtiger Baustein bei der Förderung von Chancengleichheit, da sich physische und psychische Beeinträchtigungen auf die Leistungsfähigkeit in Schule und Beruf auswirken, und bei Kindern und Jugendlichen auch direkt zu sozialer Ausgrenzung führen können. Hier setzte das allerdings auslaufende NiKo-Projekt in Jugendzentrum und weiterführender Schule erfolgreich an. Damit bricht ein wichtiges Förderinstrument in der Präventionsarbeit weg. Als ein weiterer wichtiger Baustein in der Gesundheitsvorsorge sind auch die Projekte zur Persönlichkeitsstärkung und Gewaltprävention zu werten, die an Kindergärten und Schulen durchgeführt werden. Hier konnte das QM über zehn Jahre die Förderung des Projekts „WenDo – Selbstbehauptung für Jungen und Mädchen“ für Viertklässler an den Grundschulen Belm und Powe initiieren. Leider übersteigen die Kosten dieser wichtigen Maßnahmen regelmäßig das Budget der Einrichtungen, so dass sie ohne zusätzliche Förderung und Sponsoren nicht entwicklungsbegleitend durchgeführt werden sondern nur sehr selektiv angeboten werden können.

Soziale Netze und Nachbarschaften

Innerhalb der Programmlaufzeit haben sich alle Faktoren, die als stabilisierend für soziale Netze und Nachbarschaften angenommen wurden, positiv entwickelt. Die Fluktuation und die Leerstände von Wohnraum sind rückläufig, die Anzahl der selbstnutzenden Eigentümer steigt dagegen kontinuierlich. Das lässt sich sicherlich auf den positiven Einfluss zurückführen, den die Wohnumfeldverbesserungen auf die erhöhte Lebensqualität der Bewohner haben. Das wurde bereits in der zweiten Haushaltsbefragung 2006 deutlich. Die Wohnraumverbesserung durch Investitionen in Dämmung und Fassadengestaltung, die Gestaltung des öffentlichen Raumes und nicht zuletzt der Rückbau maroder Hochhäuser haben zu diesem Erfolg beigetragen. Hinzu kommt die Aufmerksamkeit, die von Seiten der Gemeinde und des Quartiermanagements dem Problem der Verschmutzung durch Müll und Hundekot gewidmet wird, was durch Beteiligungsaktionen mit Bewohnern begleitet wurde.

Als weitere, Erfolg bringende Faktoren sind die wohnnahen Beratungsangebote und Treffpunkte zu nennen. Hierzu gehören die Finanzierungsberatung bei Wohnkauf durch die

BauBeCon und das Quartiermanagement, die Sozialberatung der Diakonie und die Büros des SKM in der Stettiner Straße. Als Treffpunkte für Bewohner des Quartiers haben sich das Stadtteilbüro mit punktuellen und regelmäßigen Angeboten von Quartiermanagement und Diakonie Förderverein etabliert sowie auch der Treff ausländischer Frauen in der Grundschule Powe und der Belmer Integrationsclub mit Sitz am Heideweg. Durch solche Angebote außerhalb der Wohnungen und Hausgemeinschaften konnten Kontakte und Bekanntschaften entstehen, die herkunftsübergreifend sind.

Mit dem Wegzug von SKM, Sozialberatung und QM aus dem Quartier fallen drei Angebote aus der wohnungsnahen Beratung heraus. Das Haus der Sozialen Dienste als Beratungszentrum für Belm und das Stadtteilbüro im angrenzenden Rathaus müssen sich als Standort ähnlicher oder erweiterter Funktionen für die Bewohner noch bewähren. Das stabilisierende Element der unmittelbaren Präsenz der Einrichtungen im Sanierungsgebiet ist mit dem Wegzug aber entfallen.

Lokale Identität und Imagebildung

Im Programm „Soziale Stadt“ wird die Stärkung der Bewohnerpotenziale („Empowerment“) im Rahmen von zielgruppengerechten Beteiligungsprozessen als eine Voraussetzung für eine größere Identifikation der dort lebenden Menschen mit ihrem Wohngebiet genannt. Die Beteiligungsprozesse in Belm unterlagen im Verlauf der Sanierung einem gewissen Wandel. Die in der ersten Programmphase spürbare Aufbruchstimmung führte zu einer breiten Beteiligung an Workshops und themenbezogenen Aktionen (z.B. Planung Jugendzentrum, Gestaltung Stettiner Platz, Aufräumtage). Es zeigte sich aber gleichzeitig, dass zu formalistische Beteiligungsansätze auf wenig Resonanz stoßen. In der Folgezeit ging die Beteiligung an verschiedenen Aktionen in dem Maße zurück, wie die dringendsten Missstände behoben und der Stabilisierungsprozess weiter voranschritt. Lediglich bei konkret umzusetzenden Bauvorhaben z.B. im Fall der Straßengestaltung am Breslauer Ring waren Anwohner an den Plänen interessiert und meldeten sich, wenn auch sehr spät, zu Wort. Auch kleinere Feste mit aktivierenden Elementen, die Möglichkeiten zum sozialen Miteinander und Austausch bieten, wurden gut angenommen.

Es ist im Sanierungszeitraum allerdings nicht gelungen, mit einem festen Stamm von Bewohnern an bestimmten Themen zu arbeiten, z.B. im Rahmen von regelmäßig sich treffenden Arbeitsgruppen. Neben der Fluktuation im Wohngebiet kann dafür auch der überdurchschnittlich hohe Anteil von Migranten und von sozial benachteiligten Personen im Sanierungsgebiet verantwortlich gemacht werden. Es hat sich gezeigt, dass dieser Personenkreis nur für unmittelbar drängende und eher kurzfristig zu klärende Probleme oder Themen ansprechbar ist. Eine kontinuierliche Mitarbeit an stadtteilrelevanten Themen über einen längeren Zeitraum entspricht nicht der Vorstellung und dem Handlungsmuster vieler Bewohner. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass der Einsatz anderer (z.B. russischsprachiger) Personen im QM eine kontinuierlichere Mitwirkung von Bewohnern zur Folge gehabt hätte.

Auch wenn insbesondere in den letzten Jahren die Beteiligungsprozesse nicht in größeren Umfang unmittelbar dazu beigetragen haben, Selbstwertgefühl und Identifikation der Bewohner mit dem Stadtteil zu erhöhen, gibt es doch deutliche Hinweise darauf, dass sich die Lebensqualität der Bewohner im Wohngebiet erhöht hat. Die aktuelle Situation stellt sich so dar, dass sich insbesondere die Gruppe der Migranten durch enge soziale Netzwerkbeziehungen auszeichnet, die die Alltagssituation der Zuwanderer unterstützen und ihre Lebenssituation weiter stabilisieren. Wenn, wie zum jetzigen Zeitpunkt, die wesentlichen städtebaulichen Missstände beseitigt sind, erfolgt Engagement für den Stadtteil nur bei den wenigen Themen und Anlässen, die „unter den Nägeln brennen“. Weitergehende Aktivierungsangebote sind hier offensichtlich nicht notwendig. Eine Ausnahme stellt die Gruppe der Senioren dar, die einerseits häufig über mehr Zeit und andererseits über weniger soziale Kontakte verfügen. Im Hinblick auf die angestrebte Verstetigungsstrategie können Bewohnergruppen damit nicht als Akteure angesehen werden, die in einer aktiven Rolle die Aufwertung des Wohngebietes weiter vorantreiben und z.B. Aufgaben übernehmen werden, die sich aus dem Rückzug von professionellen Kräften nach Auslaufen der Förderung ergeben.

Hinsichtlich der Imagebildung hat sich gezeigt, dass das Gebiet trotz der bislang erzielten und auch honorierten Erfolge in der übrigen Gemeinde noch immer, wenn auch gemäßigter, negativ wahrgenommen wird und die unsichtbaren Gebietsgrenzen in den Köpfen vieler Belmer Bürger insbesondere dann weiter Bestand haben, wenn es nicht zu Austauschbeziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Ortsteilen kommt. Eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu den erfolgreichen Ansätzen der integrierten Stadtentwicklung z.B. über die Stadtteilzeitung, die lokale Presse oder das Internet haben offensichtlich nicht ausgereicht, um hier wesentliche Veränderungen zu bewirken.

Verstetigung der Stadtteilarbeit

Die Frage, ob die bislang geleistete integrative Arbeit zur sozioökonomischen Stabilisierung der ehemaligen NATO-Siedlung zu dauerhaften Strukturen geführt hat, die nach Auslaufen der Förderung fortbestehen, ohne dass es zu deutlichen Einschnitten kommt, steht im Zentrum einer abschließenden Bewertung. Eine sogenannte Verstetigung der Stadtteilarbeit ist dann erreicht, wenn eine Umkehr der Aufwertungsentwicklung aufgrund der vielfältigen positiven Impulse unwahrscheinlich erscheint. Das bedeutet nicht, dass alle sozialen Probleme des Quartiers gelöst sind. Vielmehr ist zu beurteilen, ob innerhalb des Gebietes eine eigenständige und auf Nachhaltigkeit angelegte Entwicklung feststellbar ist, auf deren Grundlage benachteiligende Merkmale des Wohngebietes weitgehend eliminiert sind bzw. durch die den Negativmerkmalen zukünftig zielgerichteter entgegengewirkt werden kann. Verstetigungskonzepte beziehen sich einerseits auf die allgemeine Fragestellung, wie soziale Stadtentwicklungspolitik von der Sonder- in die Regelförderung überführt werden kann, und andererseits darauf, wie es gelingen kann, einzelne unverzichtbare Projekte und Maßnahmen

dauerhaft im Stadtteil zu verankern. Idealerweise sollen derartige Konzepte bereits von Beginn an mitentwickelt und mitbedacht werden, um der Gefahr vorzubeugen, dass der Einsatz von Fördergeldern nur kurzfristig positive Effekte nach sich zieht. In Belm ist das Thema Verstetigung innerhalb des Netzwerkes der am Sanierungsprozess beteiligten Akteure bislang noch kaum systematisch bearbeitet worden. Das QM hat in den letzten Zwischenberichten eine Einführung in das Thema geliefert und die wichtigsten Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Verstetigung aufgezeigt. Eine erste Auseinandersetzung mit den damit verbundenen Problem- und Fragestellungen hat mittlerweile begonnen und soll weiterverfolgt werden.

Bei einer Bewertung der städtebaulich realisierten Vorhaben kann festgestellt werden, dass hier Verstetigungsprobleme zukünftig kaum zu erwarten sind. Der damalige Verzicht auf ein Bürgerhaus erfolgte u.a. auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Folgekosten, die mit dem Betrieb eines derartigen Begegnungszentrums verbunden sind. Mit der Übernahme der Jugendarbeit durch den Verein PBJ wurden hier ebenfalls die Weichen gestellt, um den Betrieb und die Nutzung des neu errichteten Jugendzentrums mit Unterstützung der Gemeinde langfristig zu sichern. Aktuell ist die Jugendarbeit allerdings gefordert, mit einer geringeren Personalausstattung die gewohnte Leistungsfähigkeit der Einrichtung zu gewährleisten. Die Pflege der öffentlichen Flächen (Bürgerpark, Stettiner Platz) erfolgt im Rahmen der regelmäßigen Bewirtschaftung der gemeindlichen Grünanlagen durch den Bauhof, teilweise sorgen auch einzelne Bewohner für Sauberkeit. Die geförderten Straßenbaumaßnahmen stellen eine infrastrukturelle Investition dar, die die Gemeinde auch ohne Förderprogramm in den nächsten Jahren hätte leisten müssen. Differenzierter stellt sich die Verstetigung einiger sozialer Entwicklungen dar. Erwartungsgemäß ist es im Sanierungszeitraum nicht gelungen, das Quartier zu einem „durchschnittlichen“ Wohngebiet mit einer entsprechenden Mischung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu entwickeln. Die Daten zur Sozialstruktur machen deutlich, dass dort noch immer eine Konzentration von benachteiligten Personengruppen feststellbar ist. Auch wenn sich die Situation durch die Umsetzung des integrierten Entwicklungsansatzes deutlich verbessert hat, spielen Faktoren wie Struktur und Ausstattung der Gebäude oder die Fluktuation mit häufigen Zu- und Wegzügen und die damit verbundene Funktion des Gebietes als „Integrationsschleuse“ weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Belegung der Wohnungen. Darüber hinaus ist auf kommunaler Ebene die ursächliche Lösung von sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Transferleistungen oder Bildungs- und Ausbildungsdefiziten nicht oder nur ansatzweise möglich. Damit ist eindeutig, dass auch nach Beendigung des Programms „Soziale Stadt“ Förderbedarf gegeben ist, damit es nicht zu einer Umkehr der Positiventwicklung kommen kann.

Das Netzwerk der sozialen Akteure und die damit verbundene soziale Infrastruktur in Belm kann als Eckpfeiler einer Verstetigungsstrategie angesehen werden. Die seit den 1990er Jahren gewachsene Struktur von Akteuren und Einrichtungen in der Gemeinde und auch

darüber hinaus (insbes. Landkreis OS) gehört wie beschrieben zu den entscheidenden Faktoren für eine erfolgreiche Integration und ist Voraussetzung dafür, dass auch in Zukunft Bürger aller Altersgruppen und in allen Soziallagen Unterstützung erfahren können und dass deren Potenziale gefördert werden. Die über das Programm SvO initiierten Workshops zur Stärkung der Netzwerkarbeit sind als Elemente einer Verstetigung in diesem Bereich zu sehen. Es ist derzeit noch nicht absehbar, ob es mittelfristig gelingen kann, die wichtige Rolle des QM als Moderator und Koordinator zu ersetzen, indem diese Aufgaben vom Netzwerk und dessen Akteuren übernommen werden. Hinweise auf eine starke Arbeitsbelastung der Netzwerkakteure durch andere Aufgaben lassen erhebliche Zweifel aufkommen, ob dieses gelingen kann. Auch das Potenzial der ehrenamtlichen Kräfte reicht vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen nicht dafür aus, noch zusätzliche Tätigkeitsbereiche abzudecken. Erkenntnisse aus den Workshops mit ehrenamtlichen Akteuren legen zudem nahe, deren vielfältiges Engagement eher stärker zu honorieren als durch neue Anforderungen zu überlasten. Das gut ausgebaute Netzwerk wird nicht ergänzt durch entsprechende Strukturen auf Ebene der Bewohner. Es ist zurzeit nicht erkennbar, dass engagierte Bürger, die z.B. als selbstnutzende Eigentümer eng mit Belm verbunden sind, sich selbst organisieren, dauerhaft Verantwortung für das Wohngebiet übernehmen und z.B. Veranstaltungen wie ein Bürgerforum oder das jährliche Begegnungsfest mit organisieren. Auch die Einbindung der Bewohner in gemeindeweite Aktionen, wie z.B. die jährlichen Aufräumtage des Heimat- und Wandervereins, funktioniert nur nach direkter Ansprache über das QM. Damit wird im Zusammenhang mit der beabsichtigten Exitstrategie die Frage aufgeworfen, welche bisherigen Aufgaben des QM darüber hinaus von anderen zentralen Akteuren des Netzwerkes übernommen werden können oder auf welche der Tätigkeiten ggf. zukünftig ganz verzichtet werden kann.

Die erfolgreiche Partizipation vieler Netzwerkeinrichtungen an den Programmen LOS und SvO hat in Kooperation mit der lokalen Koordinierungsstelle zu einer deutlichen Wissenszunahme bei der Beantragung und Umsetzung von sozialen Projekten geführt. Eine professionelle Unterstützung des QM im Projektmanagement ist daher nicht mehr in dem Umfang wie noch zu Beginn der Sanierung erforderlich. In Anbetracht der angespannten Haushaltssituation der Gemeinde kommt der Akquise von externen Fördergeldern zur Durchführung von sozialen Projekten eine erhebliche Bedeutung zu, wenn über belastbare Finanzierungskonzepte im Anschluss an die Sonderförderung nachgedacht wird. Insbesondere bei dem erst seit einigen Jahren in Belm tätigen Verein DETO ist das notwendige fachliche „Know-how“ vorhanden, um auch in Zukunft zusammen mit entsprechenden Partnern umfangreich Förderanträge auf den Weg bringen zu können. Dennoch würde ohne das QM eine koordinierende Stelle fehlen, die den Überblick zu entsprechenden Förderprogrammen besitzt und in Abstimmung mit den jeweiligen Netzwerkpartnern die Entscheidung für eine Beantragung der Fördermittel vorbereitet.

Die Weiterführung der bisherigen Aktivitäten des QM im Handlungsfeld „Imagebildung und Öffentlichkeitsarbeit“ könnten evtl. von dem für den Bereich Gemeindemarketing zuständigen Verwaltungsmitarbeiter übernommen werden. Eher unwahrscheinlich ist, dass auch die Fortentwicklung der Sozialberichterstattung vom Personal innerhalb der Verwaltung abgedeckt werden kann, um auf dieser Grundlage die weitere Entwicklung im Stadtteil ebenso wie in den übrigen Gemeindeteilen beobachten, analysieren, bewerten und steuern zu können.

Auf Verwaltungsebene sind durch die bereits erfolgte Koordinierung der einzelnen Ressorts im Zuge der Programmumsetzung die Weichen gestellt, um auch in Zukunft den sozialen Herausforderungen in der Gemeinde begegnen zu können. Eine Voraussetzung dafür ist die Einbindung des Sozialressorts in alle Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen aus der Erkenntnis heraus, dass die soziale Stadtentwicklungspolitik als gesamtstädtische und ressortübergreifende Daueraufgabe zu betrachten ist. Auch die Sozialraumorientierung der Landkreisverwaltung mit der neu eingerichteten Außenstelle in Belm bietet gute Voraussetzungen dafür, dass benachteiligten Wohngebieten weiterhin Unterstützung zukommt.

Innerhalb der Lokalpolitik hat das Thema „soziale Stadterneuerung“ in den letzten Jahren an Bedeutung verloren, andere Themen sind in den Vordergrund gerückt. Hier besteht die Gefahr, dass seitens der politisch Verantwortlichen die Programminhalte als „abgearbeitet“ und der erfolgreiche Integrationsprozess sozusagen als „Selbstläufer“ betrachtet werden. Dadurch kann die Möglichkeit aus dem Blickfeld geraten, dass es ohne professionelle Unterstützung auch wieder zu einer Destabilisierung der materiellen und sozialstrukturellen Verhältnisse kommen kann.

4 Integrationspolitische Empfehlungen

Aus den dargestellten Ergebnissen ergeben sich neben praktischen, sehr konkreten Handlungsempfehlungen auch zwei eher strategisch ausgerichtete Empfehlungen, die auf die geeigneten Rahmenbedingungen einer an Nachhaltigkeit orientierten Integrationspolitik abzielen.

4.1 Praktische Handlungsempfehlungen

Integration sollte weiterhin Chefsache bleiben, kurze Entscheidungswege und zügige Umsetzung von Maßnahmen sollten dringend beibehalten werden.

In die Bearbeitung von Integrationsfragen sollten dauerhaft und regelmäßig der Fachdienst II Ordnung und Soziales und der Fachdienst I Organisation, Kultur und Finanzen (Schulsozialarbeit, Vereine, Kindertagesstätten) einbezogen werden. Die Ämterkooperation sollte in dieser Richtung ausgebaut und systematisiert werden im Sinne einer ressortübergreifenden Integrationspolitik.

Die Fortschreibung des Strategiepapiers „Integriertes Handlungskonzept“ sollte als Steuerungsinstrument aktiv eingesetzt werden. Dafür braucht man zukünftig eine grundlegende Diskussion über in die Zukunft gerichtete Handlungsimpulse und Ziele. Vor dem Hintergrund der in den letzten zehn Jahren gemachten Erfahrungen sollten besonders diejenigen Handlungsfelder⁴¹ im Mittelpunkt der Integrationsarbeit stehen, die auf lokaler Maßstabsebene noch maßgeblich beeinflusst werden können und deren Inhalte nicht überwiegend Einflüssen unterliegen, die sich außerhalb des kommunalen Verantwortungsbereiches befinden.

Die im Rahmen des Soziale Stadt Programms etablierten Gremien Sanierungsbeirat und Sanierungsforum laufen mit Beendigung der Förderung aus. Mit der Umbenennung in Bürgerforum wurde ein Schritt zur Entkopplung vom Sanierungsverfahren getan. Um dieser öffentlichen Veranstaltung eine eingehendere Beteiligung zu verschaffen, sollte breiter über Ziel und Zweck des Forums informiert (z.B. in den lokalen Medien) und die Termine über die Grenzen des Quartiers hinaus bekannt gemacht werden.

Die Entscheidung gegen die geplanten baulichen Maßnahmen Bürgerhaus und Abenteuer-spielplatz führte dazu, dass in den letzten Jahren Begegnung und Kommunikation zwischen Bewohnern unterschiedlicher Gemeindeteile nicht im vorgesehenen Umfang befördert werden konnten. Es sollte mit Nachdruck geprüft werden, ob entsprechende Planungen im Sanierungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ realisiert werden können. Durch die unmittelbare Nähe des Zentrums am Marktring bieten sich hier ebenfalls Chancen, den Integrationsprozess durch mehr Begegnungsmöglichkeiten zu stärken. Die Förderung von interkulturellen Begegnungen ist ein wesentliches Element für mehr Toleranz und Solidarität inner-

⁴¹ Im Folgenden werden noch einige Handlungsfelder benannt.

halb der Gemeinde. Dieses Ziel lässt sich zudem im lokalen Kontext durch entsprechende Maßnahmen entsprechend steuern und befördern.

Trotz deutlicher Reduzierung der Personen in den vergangenen Jahren, die SGB-II-Leistungen beziehen, ist der Anteil der betroffenen Kinder in den Bedarfsgemeinschaften noch immer vergleichsweise hoch. In Fortführung des Aktionstages gegen Kinderarmut im September 2011 und der dazu eingesetzten Arbeitsgruppe wird die Gründung eines festen Arbeitskreises „Kinderarmut“ aus diesem Kreis heraus empfohlen, um das Thema dauerhaft zu bearbeiten und eine kommunale Strategie zur Verbesserung der Situation von Kindern aufzuzeigen, die in Belm von Armut betroffen oder bedroht sind.

Ab 2012 wird es in Belm nach acht Jahren erstmals keine Förderung durch Mikroprojekte mehr geben. Vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen sollte zukünftig bei ähnlichen Förderprogrammen die Nachhaltigkeit von sozialen und sozioökonomischen Projekten noch stärker geprüft und entsprechende Perspektiven während der Laufzeit und nach Beendigung des Projektes intensiver erörtert werden. Insbesondere die positive Erfahrung mit dem Kooperationspartner DETO bei der Umsetzung von beschäftigungswirksamen Projekten führt zu der Erkenntnis, dass professionelle Partner von außerhalb das Netzwerk bereichern und neue Impulse und „know-how“ einbringen können. Auch zur Bewältigung zukünftiger Aufgaben sollte sich der Blick daher auf neue Partner richten.

Eine stärkere Einbindung der im Quartier lebenden Senioren in gemeindeweite Aktivitäten sollte angestrebt werden. Ggf. ist hier analog zu dem beschriebenen Ansatz gegen Kinderarmut ebenfalls die Einrichtung einer Arbeitsgruppe sinnvoll (z.B. in enger Abstimmung mit dem Seniorenbeirat), um in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen und Maßnahmen abzustimmen. Der demografische Wandel führt dazu, dass die Gruppe der Senioren zukünftig weiter an Bedeutung gewinnt.

Die Entwicklung der Schullaufbahneempfehlungen von Kindern aus sozial schwachen und Familien mit Migrationsvorgeschichte sollte kontinuierlich beobachtet werden. Probleme bei der Förderung der Chancengleichheit im Bildungswesen sind nicht ausschließlich auf kommunaler Ebene zu lösen. Jedoch sollte der möglichst frühzeitigen Förderung eine besondere Aufmerksamkeit zukommen und die engagierten Akteure sollten in ihrer Arbeit deutliche Unterstützung erfahren, da die junge Generation ein besonderes Potenzial für die Entwicklung der Gemeinde darstellt.

In der Gemeindeverwaltung wird die Zuständigkeit des Fachdienstes Ordnung und Soziales für die Bereiche Gesundheit und Prävention noch nicht so wahrgenommen, wie es der Bedeutung dieser Themen angemessen wäre. Das wird die Förderung von derartigen Projekten und Kooperationen bei Wegfall des Quartiermanagements deutlich erschweren. Es sollte angestrebt werden, den Themen innerhalb des zuständigen Fachdienstes und im zugehörigen Ausschuss mehr Sichtbarkeit und Bedeutung zu verschaffen.

Der Umsetzung der noch ausstehenden städtebaulichen Projekte sollte ein breiter Beteiligungsprozess vorausgehen, um insbesondere die mit einer Parkplatzgestaltung am Stettiner Platz ggf. sich ergebenden Fragen transparent zu erörtern. Um die Lebensqualität im Quartier für möglichst viele Bewohner attraktiv zu halten, ist es ratsam, dass die Verwaltung mit Bewohnern, Eigentümern, Hausmeistern und Verwaltern kontinuierlich im Dialog steht und bauliche und gestalterische Aufwertungsmaßnahmen anregt und vereinbart. Dazu gehört auch, das Engagement der Bewohner zur Wohnumfeldverbesserung zu würdigen und offen für Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge zu bleiben. Die Fortführung des Bürgerforums bietet diesbezüglich ein geeignetes, niedrighschwelliges Angebot. Attraktivität entsteht aber auch durch Akzeptanz. Hier wäre es wichtig, weiter am Abbau der sichtbaren und unsichtbaren mentalen Grenzen zwischen Fördergebiet und Restgemeinde zu arbeiten. Attraktive Treffpunkte und Begegnungsorte für Bewohner der ganzen Gemeinde im Quartier sind hierfür nach wie vor geeignet.

Verstetigungsdebatte mit Nachdruck weiterführen

Die Verstetigungsdebatte zum Programm „Soziale Stadt“, die in der Gemeinde in Ansätzen bereits geführt wird, sollte intensiviert werden. Da davon ausgegangen werden kann, dass es sich bei der Sanierung und Stabilisierung des Wohngebietes trotz der erzielten Erfolge aufgrund der bereits dargestellten Rahmenbedingungen um eine langfristige Aufgabe handelt, müssen dazu auch in Zukunft auf verschiedenen Ebenen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Situation der kommunalen Haushalte kommt der Frage, ob es gelingen kann, die Sonderförderung in eine wie auch immer geartete andere Form der Förderung zu überführen, besondere Bedeutung zu. Eine Regelförderung der integrativen Arbeit durch die Gemeinde ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Dessen ungeachtet müssen kreative, möglichst selbst tragende Lösungen entwickelt werden, die eine nachhaltige Wirksamkeit der bisher getroffenen Maßnahmen nicht gefährden. Die Möglichkeit, mit der Etablierung eines mitgliederstarken Bürgervereins die Anstrengungen zur Verstetigung in eine bestimmte Richtung zu lenken, sollte weiterverfolgt werden. Mindestens bis dahin wird die weitere Bearbeitung des bislang vom QM abgedeckten sozialplanerischen Tätigkeitsfeldes bei gleichzeitig stärkerer Ausrichtung auf gesamtstädtische Zusammenhänge und Fragestellungen empfohlen.

Um die Diskussion über das Thema innerhalb der Gemeinde mit Nachdruck voranzubringen, ist ein breiter Beteiligungsprozess anzustreben, der alle Netzwerkakteure einschließt. So könnten z.B. im Rahmen einer Zukunftswerkstatt die bereits vorhandenen Ansätze weiterentwickelt, aktuelle Bedarfe der Netzwerkakteure festgestellt und neue Ideen aufgegriffen werden. Ein festzulegender Zeitplan, aus dem ersichtlich wird, wann in welchem Umfang voraussichtlich Aufgabenbereiche entfallen bzw. anders verteilt werden müssen, kann dazu dienen, den Druck angesichts des bevorstehenden Endes des Programms „Soziale Stadt“ in Belm im Sinne dieser Veränderungen langsam zu erhöhen. Gleichzeitig wird damit den Akteuren noch ausreichend Zeit gegeben, um über zukünftige Aufgabenverteilungen und

tragfähige Betriebs- und Finanzierungskonzepte für eine soziale Stadtentwicklungspolitik diskutieren zu können.

Ohne den Ergebnissen des laufenden Verstetigungsprozesses vorgreifen zu wollen, kann zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass für die zukünftige Koordination der sozialen Maßnahmen und Aktivitäten auch weiterhin ein QM nötig ist. Es ist derzeit nicht absehbar, wer die vielfältigen Aufgaben weiterführen soll. Die aktuelle Entwicklung z.B. mit der offenbar bevorstehenden Auflösung des Belmer Integrationsclubs lässt vermuten, dass die vorhandenen Strukturen nicht so tragfähig sind, als dass diese Aufgaben dauerhaft aus dem aktuellen Netzwerk heraus übernommen werden können. In diesem Zusammenhang muss auch in Betracht gezogen werden, dass die Beeinflussung von sozialen Prozessen ein äußerst schwer kalkulierbares Geschäft ist, zumal im interkulturellen Kontext. Dabei sind Rückschläge, Brüche, zeitliche Verzögerungen und Enttäuschungen gewissermaßen „normal“. Die Umsetzung einer zielführenden Integrationspolitik, in der unterschiedliche ethnisch-kulturelle Gruppen angesprochen werden müssen, wird durch diese Unwägbarkeiten erheblich erschwert. Hinzu kommt, dass ohne die Präsenz des QM im Quartier die Entwicklung des Wohngebietes nur anhand der dann fortzuschreibenden quantitativen Daten eingeschätzt werden kann. Insgesamt sind aber die Möglichkeiten begrenzt, soziale und interkulturelle Prozesse oder Verhaltensweisen ausschließlich mittels quantitativer Daten zu beschreiben.

4.2 Weiterentwicklung des sozialräumlichen Monitoringsystems

Eine Weiterentwicklung des bewährten sozialräumlichen Monitoringsystems zur Prozessevaluierung ist notwendig, um im Sinne einer nachhaltigen Integrationspolitik auch die zukünftige Entwicklung in der ehemaligen NATO-Siedlung beobachten und steuern zu können. Angesichts des weiter bestehenden Förderbedarfs muss in Betracht gezogen werden, dass sich die positive Entwicklung der letzten Jahre umkehren und erneut eine Spirale nach unten einsetzen könnte. Dem Anspruch der „Sozialen Stadt“ als lernendes Programm kann nur dann entsprochen werden, wenn weiter auf Grundlage einer soliden migrations- und integrationsbezogenen Datenbasis Eingriffe und Anpassungen im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes möglich sind. Die Erarbeitung des vorliegenden Berichtes hat gezeigt, dass in einzelnen Themenfeldern noch Datenlücken vorhanden sind, an deren Beseitigung kurzfristig gearbeitet werden sollte. So sind aus dem derzeit verfügbaren Datenmaterial z.B. keine Informationen zur Verweildauer von Haushalten in der Gemeinde (Zuzugsdatum) abrufbar. Auch können die Geburtenzahlen oder die selbstnutzenden Eigentümer nicht nach ihrer Herkunft und Sozialstruktur differenziert werden. Aussagen zur durchschnittlichen Kinderzahl von deutschen und ausländischen Haushalten bzw. Migrantenhaushalten sind ebenfalls nicht ohne weiteres möglich. Es sollte in diesem Zusammenhang insgesamt geprüft werden, inwieweit innerhalb der Bereiche Wohnen, Bevölkerungsentwicklung, Altersaufbau, Wanderungen, Beschäftigung,

Bildung, Kinderbetreuung, soziale Lage und Gesundheit noch relevante Datenlücken für eine zielgerichtete Sozialberichterstattung zu schließen sind.⁴²

Neben den quantitativen Indikatoren, deren Aussagekraft für die erfolgreiche Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in den verschiedenen Handlungsfeldern (z.B. Imagebildung) oder für die Qualität der sozialen Arbeit ohne weitere inhaltliche Ergänzungen und Interpretationen nur begrenzt ist, stellen die qualitativen Aussagen und Indikatoren eine wichtige Grundlage dar. Diese beschreiben sog. „weiche“ Veränderungen und sie helfen, Entwicklungen in den verschiedenen Sozialräumen richtig einschätzen und bewerten zu können. Auch in diesem Bereich sollten z.B. die Sichtweisen, Interessen und Einschätzungen von Akteuren des sozialen Netzwerkes systematischer erfasst und noch stärker für die Steuerung nutzbar gemacht werden. Auf der Ebene der Bewohner muss es nach wie vor darum gehen, wesentliche belastende Veränderungen in deren Lebenswelt zu erkennen, um rechtzeitig geeignete Unterstützungen anbieten und umsetzen zu können.

Im Sinne einer stärkeren Betonung der gesamtstädtischen Perspektive (s. Kap. 4.3) sollte darüber hinaus das Monitoringsystem, ähnlich wie in diesem Bericht ausgeführt, auf die gesamte Gemeinde ausgeweitet werden. Durch eine kontinuierliche Selbstbeobachtung besteht für Verwaltung und Politik die Möglichkeit, sich verschlechternde Gebietslagen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Frühwarn- und Präventionsinstrumente zu entwickeln, um negativen sozialen Entwicklungen vorzubeugen. Auch der Stand der Beziehungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den verschiedenen Migrantengruppen kann dadurch besser erfasst werden. In einem regelmäßigen Integrationsbericht sollten die zentralen Aspekte im Überblick dargestellt werden. Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen in der Kooperation mit der Universität Osnabrück ist es wünschenswert, dass bei der Beantwortung der aufgezeigten Fragen und Problemstellungen weiterhin die Expertise universitärer Einrichtungen (IMIS, Institut für Geographie) von den Verantwortlichen in der Gemeinde angefordert wird. Die punktuelle Fortsetzung der Zusammenarbeit im Sinne der bewährten win-win-Strategie könnte Studierenden und Graduierten dann auch in Zukunft Einblicke in die verschiedenen Praxisfelder sozialer Stadtentwicklung ermöglichen.

4.3 Gesamtgemeindliche Perspektive betonen und Integrationsleitbild entwickeln

Die unsichtbaren Grenzen im „Kopf“ zwischen dem Sanierungsgebiet und den übrigen Gemeindeteilen, die zu Beginn der Sanierung als ein Problembereich benannt wurden, bestehen weiter. Der territoriale Programmansatz selbst ist mit seinem engen Raumbezug, der

⁴² Die beabsichtigte Schließung von Datenlücken wird allerdings für den Arbeitsmarktbereich durch die Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29. September 2010 erschwert, wonach die Daten von den erhebenden Stellen vor Ort (Agentur für Arbeit, MaßArbeit kAöR) verschlüsselt an die Bundesagentur für Arbeit übermittelt werden müssen und nicht mehr selbst genutzt bzw. an andere Nutzer wie z.B. die Universität weitergeleitet werden dürfen.

Fördermittel ausschließlich in ein zuvor festgelegtes Gebiet fließen lässt, teilweise zu einem Entwicklungshindernis geworden. Die innerhalb der Gemeinde räumlich begrenzte Mittelverwendung über einen längeren Zeitraum war ohne Zweifel nötig, doch sie fördert den Sonderstatus des Wohngebietes und unterstützt damit gerade nicht die funktionalen und sozialen Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gemeindeteilen. Erfolgreiche Integration kann allerdings nur auf gesamtgemeindlicher Ebene gelingen. Erst Begegnungs- und Vernetzungsmöglichkeiten für *alle* Bürger können soziale Beziehungen stärken und zum Abbau bestehender Vorurteile sowie zur Überwindung von Grenzen „in den Köpfen“ beitragen. Zwar muss nach wie vor auf der ehemaligen NATO-Siedlung ein besonderer Fokus liegen und die Bedeutung des Gebietes als „Integrationschleuse“ erkannt werden, dennoch sollte zukünftig das soziale Gefüge der Gesamtgemeinde stärker berücksichtigt werden. Engagement gegen soziale Ungleichheit und Ausgrenzung wird nur dann von den Bürgern solidarisch mitgetragen, wenn die Gemeinde als Gesamtheit und möglichst alle Bewohnergruppen von Unterstützungsmaßnahmen profitieren können. Aus diesem Grund sollte mittelfristig auch die Terminologie, die sich aus der Programmlogik ergibt (z.B. Sanierungsgebiet, Quartiermanagement, Fördergebiet mit besonderem Entwicklungsbedarf) und den besonderen Status des Wohngebietes betont, abgelegt und durch neutralere Bezeichnungen ersetzt werden. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung der Inhalte einer stärker gesamtgemeindlich orientierten Herangehensweise sollte darauf achten, dass es aufgrund der noch bestehenden Problemlagen nicht zu weiteren Stigmatisierungen des Sanierungsgebietes kommt. Der noch vorhandene Förderbedarf darf auf der anderen Seite nicht die dauerhafte Bevorzugung eines Wohngebietes zu Lasten anderer begründen.

Im Rahmen einer gesamtgemeindlichen Perspektive könnte z.B. das Thema „Einbürgerungen“ einen Ansatz bieten, um die von den Migranten selbst angestrebte Integration in die Aufnahmegesellschaft stärker in den Fokus der gesamten Gemeinde zu rücken. Die Auswertung der Daten hat gezeigt, dass in Belm die Einbürgerungszahlen deutlich über dem Durchschnitt im Landkreis liegen. Ausländer lassen sich dann einbürgern, wenn sie sich im Land wohl fühlen und sich dauerhaft in Deutschland aufhalten wollen. Im Kontext einer regelmäßigen Veranstaltung (z.B. alle zwei Jahre), auf der bei einem Empfang im Rathaus den eingebürgerten Personen Anerkennung ausgesprochen wird, könnte der Integrationswille von Migranten aus allen Gemeindeteilen auch in der Öffentlichkeit deutlicher herausgestellt werden.

Integrationsleitbild entwickeln

Belm kann auf eine langjährige Erfahrung in der Integrationsarbeit zurückblicken. Die Auszeichnung im Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ (Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem BMI) zeigt, dass die Gemeinde den richtigen Weg beschritten und kreative Lösungen zur Gestaltung des Zuwanderungsprozesses entwickelt hat. Die erarbeiteten Konzepte und Strategien sind wertvolle Grundlagen für zukünftige Herausforderungen, die von der Gemeinde bewältigt werden müssen. In Belm haben rund 20 % der Bewohner

einen Migrationshintergrund, was dem Niveau auf Bundesebene entspricht. Die Zahl macht deutlich, dass die Bundesrepublik längst zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist. Nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels in Deutschland muss es darum gehen, die Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren und ihnen Unterstützung zur besseren Entwicklung und Nutzung ihrer Potenziale anzubieten. Auf globaler Maßstabsebene gewinnen Migrationsbewegungen und Multikulturalität ebenfalls zunehmend an Bedeutung; Migration und Integration werden daher auch in den kommenden Jahrzehnten wesentliche Elemente des gesellschaftlichen Wandels sein. Im Integrationsprozess spielen die Kommunen eine besondere Rolle. Dies betont auch der Nationale Integrationsplan von 2007, der den Kommunen ausdrücklich die Entwicklung von an den örtlichen Gegebenheiten orientierten Gesamtstrategien empfiehlt.

Angesichts des auslaufenden Sanierungsprogramms in Belm ist davor zu warnen, dass die in den vergangenen Jahren erarbeiteten erfolgreichen Integrationsstrategien als nur für den Sanierungszeitraum gültig angesehen werden und zukünftig an Bedeutung verlieren. Neben der dezidierten Weiterentwicklung eines Verstetigungskonzepts sollten die Verantwortlichen der doppelten Tatsache Rechnung tragen, dass Migranten in Belm auch in anderen Gemeindegebieten wohnen und die Integration ebenfalls eine gesamtgemeindliche Aufgabe darstellt. In diesem Zusammenhang ist die Erarbeitung eines Belmer „Leitbildes der Integration“ erstrebenswert, das die wichtigsten gesellschaftlichen Teilbereiche (Familie, lokale Bildungseinrichtungen und Schulen, regionaler Arbeitsmarkt, interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltung, Vereine und Ehrenamt) umfasst. Die Erarbeitung und politische Verabschiedung eines Integrationsleitbildes würde dazu beitragen, neben den Migranten auch die im Integrationsbereich bisher geleistete Arbeit anzuerkennen, abzusichern und zukunftsorientiert weiterzuführen. Die Entwicklung eines Leitbildes unter Beteiligung aller relevanten Bevölkerungsgruppen hilft, den Integrationsgedanken in der Gemeinde stärker zu verankern, Orientierungslinien für die zukünftige Integrationsarbeit vorzugeben und damit das Handeln der Netzwerkakteure in diesem Themenfeld auf eine verbindlichere Basis zu stellen. Ein von Toleranz geprägtes Zusammenleben innerhalb der Gemeinde wird dadurch langfristig gefördert und kann dann auch zukünftigen Generationen als Richtschnur dienen. Mit den bislang erarbeiteten Materialien und den vorliegenden Erfahrungen ist bereits eine gute Grundlage geschaffen worden für die zügige Erarbeitung eines geeigneten und realistischen Leitbildes unter Federführung der für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ Verantwortlichen. Damit würde ein Diskussionsprozess angestoßen, in dem ausgehend von den bewährten Strategien, Konzepten, Maßnahmen und Projekten ein übergeordnetes, koordinierendes Leitbild entstehen kann, das sich an realistischen Zielsetzungen orientiert und das über das ehemalige Programmgebiet hinaus Gültigkeit und Bedeutung für die Gesamtgemeinde erhalten kann.

Der Vorschlag, für Belm ein Leitbild zur Integration zu entwickeln, ist keine Handlungsempfehlung im engeren Sinne. Integrationsleitbilder können für Kommunen eine

Orientierungshilfe sein, indem sie sich unter Partizipation der Bevölkerung darüber verständigen, wo sie integrationspolitisch hinwollen. Wenn ein solches Leitbild klar und zugleich offen genug formuliert ist, erlaubt es und fordert zugleich zu wiederkehrender reflexiver Vergewisserung darüber auf, was man im Zeitverlauf getan, was man erreicht und was man verfehlt hat. Das schützt ggf. davor, in falsche Routinen zu verfallen, Unsinniges fortzusetzen und neu Erforderliches angesichts sich verändernder Problemlagen zu versäumen. Mit anderen Worten: Ein realistisches Leitbild, das sich an machbaren und möglichst praktischen Zielsetzungen orientiert, hilft, die je erforderliche Balance zwischen Mobilisierung und Normalisierung der Integration zu finden. Entsprechende Formulierungshilfen können ggf. über die bestehenden Kontakte mit dem Institut für Geographie/IMIS gegeben werden. Es kommt dabei darauf an, ein solches Leitbild mit allen, die es in der Kommune perspektivisch angeht, abzustimmen und sie dafür zu gewinnen: Dies betrifft neben Politik und Verwaltung alle die Einrichtungen, Gruppen, Vereine und Organisationen, die eine wichtige Rolle spielen und im Rahmen dieses Berichtes erwähnt sind. Leitbilder, die Wirksamkeit erzielen wollen, das weiß die Gemeinde selbst nur zu gut, bedürfen also nachdrücklicher und kontinuierlicher Mobilisierungsarbeit. Nach zehn Jahren erfolgreicher Umsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ mit weitreichenden Partizipationsformen und den beschriebenen positiven Ergebnissen bestehen dafür in Belm beste Voraussetzungen.

5 Anlagen

5.1 Berichte, Studien und Stadtteilzeitungen der Sozialplanung bzw. des QM

WENZEL, Hans-Joachim; HEUWINKEL, Dirk; BODE, Dagmar; ANDERS, Fred (2001): Sozialer Rahmenplan Belm-Powe. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; BODE, Dagmar; ANDERS, Fred (2002-2003): Zwischenberichte des Quartiermanagements Belm-Powe. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; BODE, Dagmar; NIEBUHR, Christine; ANDERS, Fred (2004): Zwischenbericht des Quartiermanagements Belm-Powe. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; NIEBUHR, Christine; ANDERS, Fred; PRABEL, Regine (2005): Zwischenbericht des Quartiermanagements Belm-Powe. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; NIEBUHR, Christine; ANDERS, Fred (2006-2007): Zwischenberichte des Quartiermanagements Belm-Powe. Osnabrück.

POTT, Andreas; FISCHER, Stefanie; ANDERS, Fred (2008-2009): Zwischenberichte des Quartiermanagements Belm-Powe. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; HEUWINKEL, Dirk; BODE, Dagmar; ANDERS, Fred (2002): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; BODE, Dagmar; ANDERS, Fred (2003): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. 1. Fortschreibung 2002. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; BODE, Dagmar; ANDERS, Fred (2003): Integriertes Handlungskonzept zur sozialen Stadterneuerung und dessen Umsetzung. Das Beispiel Belm-Powe. In: Neues Archiv für Niedersachsen Heft 2/2003, S. 27-46.

WENZEL, Hans-Joachim; BODE, Dagmar; ANDERS, Fred (2004): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. 2. Fortschreibung 2003. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; BODE, Dagmar; NIEBUHR, Christine; ANDERS, Fred (2004): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. Zusammenfassung 2004: Grundversion, 1. und 2. Fortschreibung. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; BODE, Dagmar; ANDERS, Fred (2005): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. 3. Fortschreibung 2004. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; NIEBUHR, Christine; ANDERS, Fred; PRABEL, Regine (2006): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. 4. Fortschreibung 2005. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; NIEBUHR, Christine; ANDERS, Fred; (2007): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. 5. Fortschreibung 2006. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; NIEBUHR, Christine; ANDERS, Fred; (2008): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. 6. Fortschreibung 2007. Osnabrück.

POTT, Andreas; FISCHER, Stefanie; ANDERS, Fred; (2009): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. Zusammenfassung 2008, Grundversion, 1. bis 6. Fortschreibung. Osnabrück.

POTT, Andreas; FISCHER, Stefanie; ANDERS, Fred; (2009): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. 7. Fortschreibung 2008. Osnabrück.

POTT, Andreas; FISCHER, Stefanie; ANDERS, Fred; (2010): Integriertes Handlungskonzept Belm-Powe. 8. Fortschreibung 2009. Osnabrück.

QUARTIERMANAGEMENT (2002-2011): div. Artikel. In: GEMEINDE BELM (Hrsg.): Stadtteilzeitung „Wir in Belm“, 30 Ausgaben. Belm.

5.2 Begleitende Studien (nach Erscheinungsjahr)

ROLFES, Manfred (2002): Schülerprognose für den Zeitraum 2002 bis 2010 für die Schulbezirke Belm und Powe. Osnabrück.

TEIGKY, Jenny (2004): Wirtschaftsförderung in kleinen Kommunen - Potenziale lokaler Gewerbetoren für die kommunale Wirtschaftspolitik untersucht am Beispiel der Gemeinde Belm. Diplomarbeit, Osnabrück.

NIEBUHR, Christine (2004): Bewohneraktivierung und –beteiligung in Stadtteilen mit besonderen Entwicklungsbedarf im Bund-Länder Programm „Soziale Stadt“. Probleme und Perspektiven für das QM untersucht am Quartier Belm-Powe. Diplomarbeit, Osnabrück.

WILHELM, Jan Lorenz (2004): Potenziale formativer Evaluation für das QM im Programm „Soziale Stadt“ untersucht am Beispiel des Quartiers Belm-Powe. In: WENZEL, Hans-Joachim und ROLFES, Manfred (Hrsg.): Das Programm „Die Soziale Stadt“ im Blickpunkt: Untersuchungen zu Belm-Powe/Landkreis Osnabrück. OSG-Materialien Bd. 59. Osnabrück..

WENZEL, Hans-Joachim; IMMKEN, Dirk; KLEINERT, Regine (2005): Evaluation des Projektes „JOB-aktiv“ der Belmer Integrationswerkstatt (BIW). Osnabrück.

PRABEL, Regine (2005): Imageveränderung von sozial benachteiligten Stadtteilen. In: WENZEL, Hans-Joachim und ROLFES, Manfred (Hrsg.): Das Programm „Die Soziale Stadt“ im Blickpunkt: Untersuchungen zu Belm-Powe/Landkreis Osnabrück. OSG-Materialien Bd. 59. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; ROLFES, Manfred (2005): Perspektiven, Umsetzungspraktiken und Untersuchungsbeispiele zu einer sozialen Stadtentwicklung. In: WENZEL, Hans-Joachim und ROLFES, Manfred (Hrsg.): Das Programm „Die Soziale Stadt“ im Blickpunkt: Untersuchungen zu Belm-Powe/Landkreis Osnabrück. OSG-Materialien Bd. 59. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; NIEBUHR, Christine; ANDERS, Fred (2006). Auswertung der Haushaltsbefragung 2006 im Sanierungsgebiet Belm-Powe. Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; SY, Michaela; SCHULZ, Susan; NIESSE, Hendrik (2006): Evaluation des TANDEM-Projektes der Belmer Integrationswerkstatt (BIW). Osnabrück.

WENZEL, Hans-Joachim; POTT, Andreas; VIEHÖFER, Julia (2008): An der Schwelle zur Berufswelt: Der Übergangsprozess Belmer Haupt- und Realschüler von der Schule in die Ausbildung und den Beruf. Osnabrück.

POTT, Andreas; HUMMEL, Lena (2008): Formative Evaluation des Arbeits- und Integrationsnetzwerkes Belm (AIB). Osnabrück.

POTT, Andreas; FISCHER, Stefanie; ANDERS, Fred; ROSSBERG, Marc (2009): Studie zur Akzeptanz des Förderprogramms „Soziale Stadt“ in der Gemeinde Belm. Osnabrück.

ZIGMANN, Friederike et al. (2011): Netzwerkanalyse des Belmer Netzwerks sozialer Akteure. Osnabrück.

5.3 ESF-geförderte Mikroprojekte (2003-2011)

Mikroprojekte Programm Lokales Kapital für soziale Zwecke (2003-2007)

Nr	Projektträger	Mikroprojekt	Jahr
1	Arge Männertreff	Einrichtung eines Männertreffs	2007
2	Belmer Integrationsclub	Wie werde ich mein eigener Chef?	2004
3	Belmer Integrationsclub	Integration junger Erwachsener	2004
4	Belmer Integrationsclub	Planung und Bau Trimm-Pfad	2006
5	Belmer Integrationsclub	Ehrenamtliches Engagement stärken durch Seifenkistenbau	2007
6	Belmer Integrationswerkstatt	Schulabschluss mit Sprachkurs	2004
7	Belmer Integrationswerkstatt	Qualifizierung in Installations- und Bautechnik	2004
8	Belmer Integrationswerkstatt	Radio Sprachkurs	2005
9	Belmer Integrationswerkstatt	Pflege von Streuobstwiesen	2006
10	Belmer Integrationswerkstatt	Bewerbungstraining	2007
11	Berufsbildungs- und Servicezentrum des Osnabrücker Handwerks GmbH	Intensivcoaching für Existenzgründer I u. II	2004
12	BiKult	Skulpturenpfad	2004
13	DETO	Belmer Ausbildungsplatzbörse	2006
14	DETO	Belmer Ausbildungsplatzbörse: Aufbauprojekt	2007
15	Diakonie Förderverein	Qualifizierung von Migrantinnen für Besuchsdienste	2005

16	Diakonie Förderverein	Qualifizierung neuer Migrantinnen für Besuchsdienste	2006
17	Diakonisches Werk GmHütte	Drogen- u. berufl. Integrationshilfe	2003
18	Diakonisches Werk GmHütte	Berufliche Integration von Drogenabhängigen	2004
19	Diakonisches Werk GmHütte	Netzwerk Drogen- und berufliche Integrationshilfe	2005
20	DRK Ortsverein Vehrte	Pflegehilfsdienstfachausbildung	2004
21	DRK Ortsverein Vehrte	Ausbildung Nachbarschaftshelfer	2005
22	Ev.-luth. Christus-Kirchengemeinde Belm	Aufbau eines Migrantinnen-Mütternetzwerkes zur Selbsthilfe	2007
23	Gemeindejugendring Belm	Bürger arbeiten Hand in Hand	2007
24	Gemeindejugendring Belm	Qualifizierung in der Gastronomie	2007
25	Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Belm	Aufbau eines Frauennetzwerkes	2007
26	Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Belm	Migrantinnen lernen Deutsch	2007
27	Grundschule Powe	Elternbildung für Migranten/-innen	2003
28	Haupt- und Realschule Belm	Qualifizierung Fahrzeugtechnik	2003
29	Heimat- und Wanderverein Belm	Gestaltung von Wanderwegen	2006
30	Ickerbachschule	Berufsorientierung	2007
31	Ickerbachschule	Persönlichkeitsstärkung und Förderung der Toleranz f. Förderschüler	2006
32	Internationaler Bund Osnabrück	Frauen-Arbeit-Teilzeit: berufliche Integrationsmaßnahmen f. Frauen	2005
33	Internationaler Bund Osnabrück	Frauen-Arbeit-Teilzeit: Aufbaumodul	2006
34	Johannes-Vincke-Schule	Schülerfirma BOSS	2004
35	Johannes-Vincke-Schule	Qualifizierung Fahrzeugtechnik	2004
36	Johannes-Vincke-Schule	"Pimp my kart & pimp my life"	2005
37	Johannes-Vincke-Schule	Zivilcourage	2005
38	Johannes-Vincke-Schule	Handwerk für die Berufs- und Lebenspraxis	2006
39	Johannes-Vincke-Schule	Qualifizierung Eventmanagement	2006

40	Johannes-Vincke-Schule	Fit for the Job	2006
41	Johannes-Vincke-Schule	"Wir sind die Schule und schauen nicht weg!"	2007
42	Jugendzentrum Gleis 3	Film ab: Qualifizierung Medien	2003
43	Jugendzentrum Gleis 3	Mediengruppe	2004
44	Jugendzentrum Gleis 3	Medien-Dreamteam	2005
45	Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB)	Fit für Beruf und Arbeitswelt	2003
46	Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB)	Netzwerk Schule und Betrieb	2004
47	Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB)	Praktikums- und Ausbildungsplatzbörse im Internet	2004
48	Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB)	Berufsorientierung	2005
49	Katholische Kirchengemeinde Belm	Wieder arbeiten lernen	2006
50	Kreisvolkshochschule LK Os	Nachträglicher Schulabschluss	2003
51	Kreisvolkshochschule LK Os	Qualifizierung Bauhandwerk	2003
52	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland	Stärkung der Integration von Aussiedlern in das Netzwerk	2003
53	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland	Integration von Aussiedlern	2004
54	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland	Integration von Aussiedlern: Aufbauprojekt	2005
55	Offener Kindertreff	Qualifizierung f. soziale Arbeit	2003
56	Offener Kindertreff	Qualifizierung Hauswirtschaft	2004
57	Pro Belmer Jugend	Innovation-Produktion-Kooperation	2007
58	Pro Belmer Jugend	"Bühne frei" für Integration durch Musik	2007
59	Pro Belmer Jugend	"Mein Leben?!" Mädchenprojekt	2007
60	Rechtsanwalt und Mediator M. Brinkmann	Konfliktlotsenausbildung	2005
61	SKM und über"Dacht"	Info-Treff für Männer	2003
62	SV Concordia Belm-Powe	Qualifizierung Metallbau durch den Bau eines Boxringes	2006
63	SV Concordia Belm-Powe	GaLaBau auf der Sportplatzanlage	2006
64	SV Concordia Belm-Powe	Sportlicher Einsatz f. Grünanlagen	2007

65	Treff ausländischer Frauen	Planen, Organisieren und Schaffen	2005
66	Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK)	Mama lernt Deutsch	2003
67	Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK)	Deutsch für Migrantinnen	2004
68	Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK)	Deutsch für Migranten/-innen	2005
69	Zirkus-AG Belmelli	Soziale Integration durch ein Zirkusprojekt	2005

Mikroprojekte Programm STÄRKEN vor Ort (2009-2011)

Nr	Projektträger	Mikroprojekt	Jahr
1	Ambulante Erziehungshilfen	Familienberatung	2009
2	Ambulante Erziehungshilfen	Familienbetreuung	2010
3	Belmer Integrationsclub	Sinnvolles am Sonntag	2009
4	Belmer Integrationswerkstatt	Qualifizierung DIA-Trainer	2009
5	Dagmar Bode	Stärkung ehrenamtlicher Netzwerkpartner	2010
6	Dagmar Bode	Begleitung und Stärkung der Netzwerkakteure in der Projektentwicklung	2011
7	DETO e.V.	BAP - Belmer Börse für Ausbildung und Praktika	2009
8	DETO e.V.	Jugendstadtplan	2010
9	DETO e.V.	Belmer Jugend-Orte	2011
10	DETO e.V.	INTEGA- Integration in Gastronomie und Hauswirtschaft	2011
11	Diakonie Förderverein	Haushaltshilfenetzwerkes	2011
12	Diakonisches Werk GmHütte	Sucht-Coaching	2010
13	Diakonisches Werk GmHütte	Integr. Suchtberatung u. Prävention in berufsorientierten Maßnahmen	2011
14	DLRG Bramsche	Ausbildung Rettungsschwimmer	2010

15	Gemeindejugendring	NET macht mobil	2009
16	Gemeindejugendring	Mit- und Füreinander – wir packen es an!	2010
17	InVia e.V.	Stärkung lebenspraktischer Kompetenzen junger Mütter	2011
18	Johannes-Vincke-Schule	Gemeinsam geht's leichter	2009
19	Johannes-Vincke-Schule	RadiJo: Aufbau eines Radiokanals	2010
20	Johannes-Vincke-Schule	Neue Berufsfelder entdecken durch den Bau einer Boulderwand	2011
21	Johannes-Vincke-Schule	Bewerbung mal anders	2011
22	Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB)	Schule, und was dann?	2010
23	Ökumenische Jugendhilfen	Mit Plan u. Elan in die Ausbildung	2011
24	Pro Belmer Jugend e.V.	"Belm macht mobil"	2009
25	Pro Belmer Jugend e.V.	Speed & Tooltime	2009
26	Pro Belmer Jugend e.V.	Raus aus der Ecke	2009
27	Pro Belmer Jugend e.V.	„Gestalte Dein Leben“	2010
28	Pro Belmer Jugend e.V.	„Raus aus der Sackgasse“	2010
29	Pro Belmer Jugend e.V.	Medienprojekt Videoclips	2010
30	Pro Belmer Jugend e.V.	"By the way" - Individuelle Förderung von Jugendlichen	2011
31	SKM – Kath. Verband für soziale Dienste	Ausbildung Haushaltsorganisation	2009
32	SKM – Kath. Verband für soziale Dienste	Ausbildung Haushaltsorganisation: Aufbaumodul	2010
33	Treff ausländischer Frauen	Belmer Migrantinnen starten durch	2009
34	Treff ausländischer Frauen	Zehn Jahre Frauentreff	2010
35	Treff ausländischer Frauen	Zehn Jahre Frauentreff – wir gründen einen Verein	2011
36	Verein für Bildung und Kultur	Belmer Marionettentheater	2009